Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

27. November 1978
Jg. 6 Nr. 48

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Nato setzt Türkei unter Druck

z.alb. Angesichts des Aufschwungs der Volkskämpfe im Iran wird der NATO der Zustand ihrer Südostflanke wieder einmal schmerzlich ins Bewußtsein gerückt. Kaum war der türkische Ministerpräsident Ecevit von einem Besuch aus Rumänien zurück, wo er über eine engere Zusammenarbeit der Balkanstaaten Gespräche geführt hatte, traf NATO-Generalsekretär Luns in Ankara ein: Die Türkei solle ihren Einspruch gegen den Beitritt Griechenlands zur NATO zurücknehmen. General Haig hatte das Einverständnis Griechenlands bereits im Sommer dieses Jahres erpreßt. Mit wirtschaftlichem Druck, Aussetzung von IWF-Krediten und einer nun schon zum 6. Mal seit September erzwungenen Abwertung des türkischen Pfundes soll jetzt auch die Türkei weichgemacht werden. Sicherer wird die NATO-Flanke dadurch jedenfalls nicht.

Arabische Rüstungsproduktion läuft an

z.anb. Im kommenden Jahr wird in Heluan bei Kairo die Produktion von Triebwerken für Alpha-Jets und Mirage 2000 Kampfflugzeuge im Rahmen der von den Ländern Saudi-Arabien, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten gegründeten ,,Arabischen Organisation für Industrialisierung'' beginnen. Die Organisation hat jetzt mit der französischen Triebwerkfirma SNECMA einen Lizenzvertrag abgeschlossen, der auch die Ausbildung von arabischen Technikern beinhaltet. Dieser Schritt nützt der Stärkung der arabischen Einheit und Selbständigkeit. Ägypten hatten die Sozialimperialisten über die Lieferung von schrottreifen Waffen in die Schuldknechtschaft getrieben und über den Boykott der Ersatzteile zu erpressen versucht. Die Volksrepublik China erklärte, die entsprechenden Ersatzteile für den sozialimperialistischen Schrott zu liefern.

Pakistan und Bangladesh: gemeinsame Schiffahrtsgesellschaft

z.gab. In einer gemeinsamen Erklärung vom 6.11. gaben Pakistan und Bangladesh diesen Beschluß bekannt. Ziel ist, das Monopol der US-Imperialisten zu brechen, die mit der US-Schiffahrtsgesellschaft ,,Sealand'' nahezu den gesamten Schiffsverkehr in dieser Region kontrollieren. Der US-Konzern Reynold Tobaccos betreibt

Arabische Rüstungsproduktion läuft an

z.anb. Im kommenden Jahr wird in Heluan bei Kairo die Produktion von Triebwerken für Alpha-Jets und Mirage 2000 Kampfflugzeuge im Rahmen der von den Ländern Saudi-Arabien, Qatar, Vereinigte Arabische Emirate und Ägypten gegründeten ,,Arabischen Organisation für Industrialisierung'' beginnen. Die Organisation hat jetzt mit der französischen Triebwerkfirma SNECMA einen Lizenzvertrag abgeschlossen, der auch die Ausbildung von arabischen Technikern beinhaltet. Dieser Schritt nützt der Stärkung der arabischen Einheit und Selbständigkeit. Ägypten hatten die Sozialimperialisten über die Lieferung von schrottreifen Waffen in die Schuldknechtschaft getrieben und über den Boykott der Ersatzteile zu erpressen versucht. Die Volksrepublik China erklärte, die entsprechenden Ersatzteile für den sozialimperialistischen Schrott zu liefern.

Pakistan und Bangladesh: gemeinsame Schiffahrtsgesellschaft

z.gab. In einer gemeinsamen Erklärung vom 6.11. gaben Pakistan und Bangladesh diesen Beschluß bekannt. Ziel ist, das Monopol der US-Imperialisten zu brechen, die mit der US-Schiffahrtsgesellschaft ,,Sealand'' nahezu den gesamten Schiffsverkehr in dieser Region kontrollieren. Der US-Konzern Reynold Tobaccos betreibt

die ,,Sealand'', die in einer Route rund um die Welt vom Kontinent durch den Arabischen Golf, den Indischen Ozean, den Pazifik zurück an die US-Westküste die Reichtümer der Länder der Dritten Welt ausplündert. Die Frachter der geplanten gemeinsamen Schiffahrtsgesellschaft sollen in regelmäßigen Routen die Häfen Pakistans und Bangladeshs mit den Häfen der Länder des Nahen Ostens am Golf und im Roten Meer verbinden. Alle angrenzenden Seenationen werden in der Erklärung eingeladen, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Asiatische Länder: Programm der Unabhängigkeit

z.pek. Mit der Konferenz der UNO-Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) verständigen sich die Länder dieser Region gegenwärtig in Bangkok über ein umfassendes Programm zur Stärkung der Zusammenarbeit und Wahrung der Unabhängigkeit. Gegen die Vorherrschaftsbestrebungen der Sowjetunion, die als Mitglied in der Kommission vertreten ist, betreiben die asiatischen und pazifischen Länder den Ausbau ihrer nationalen Handelsflotten, die Errichtung einer transasiatischen Eisenbahnverbindung mit Anschlußlinien für die Länder der Region und die Planung einer asiatischen Autobahnroute. Fünf Forschungs- und Ausbildungszentren für wirtschaftliche und soziale Entwicklung wurden eingerichtet. Mit Unterstützung des OPEC-Sonderfonds wird die gemeinsame Erforschung von Rohstoffvorkommen in den Schelfgebieten des Indischen und Pazifischen Ozeans betrieben.

OPEC-Konferenz im Dezember – die Supermächte stecken ihre ,,Sicherheitsinteressen'' ab

z.hku. Die Finanzbourgeoisie der Vereinigten Staaten hat die andere Supermacht eindringlich gewarnt, sich durch die Stationierung von MIG-23 Jägern ein strategisches Potential atomarer Waffen im ,,Hinterhof der USA'' aufbauen zu wollen. Die ,,Sicherheitsinteressen'' der USA würden dadurch schwerwiegend berührt. Breschnew hat in einem Interview mit der ,,Prawda'' am gleichen Wochenende verkündet, jede Intervention der USA im Iran würde die ,,Interessen der Sowjetunion'' tangieren. Unverfroren erklären die Sozialimperialisten damit den Iran zu ihrem ,,Hinterhof''. Versteht sich, daß die USA geantwortet haben, einen so guten Freund wie den Iran würden sie nie und nimmer dem Einfluß der Sowjetunion überlassen.

In den Kämpfen, die sich nach kurzer Atempause wieder neu entfalten, haben die iranischen Volksmassen unüberhörbar die Forderung nach Unabhängigkeit des Landes und nach Verschwinden aller ausländischen Blutsauger erhoben und diesen Forderungen durch Angriffe auf die Bastionen des Imperialismus im Land Nachdruck verliehen. Die Flugzeuge vom Iran in die USA sind dieser Tage immer voll, in der anderen Richtung leer. Ein großer Teil der sowjetischen ,,Berater'' hat inzwischen ebenfalls die Koffer gepackt. Sie waren mit dem Bau der neuen Erdgasleitung befaßt, mit der das iranische Erdgas in die Sowjetunion abtransportiert werden soll. Eine Erdölpipeline sollte nach dem Willen der Sowjetunion folgen.

Die imperialistischen Supermächte stoßen heftig aufeinander. Jede fühlt in der anderen die Schranke ihrer eigenen Expansion. Diese Schranke wird um so schmerzhafter spürbar, wie die Völker der Welt ihrer Gier nach Unterwerfung der Welt mit Erfolg entgegentreten. Alle imperialistischen Mächte streben nach dem Erdölmonopol als billige und jederzeit und beliebig verfügbare Energiebasis. Sie sind sich einig, daß die Völker der Welt ihnen diese Energie liefern sollen; uneinig sind sie in der Frage, *wem*. Die Völker der Welt kämpfen dagegen um die Verfügung über ihre nationalen Reichtümer, um sie zur Loslösung vom Imperialismus und zum Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft zu nutzen.

Am 16. Dezember beginnt in Abu Dhabi die diesjährige Konferenz der OPEC. Auf ihr wird unter anderem über die Gestaltung der Ölpreise und die Kontrolle der Erdölförderung beraten werden. Die Imperialisten bereiten die Konferenz auf ihre Weise vor. Sie rechnen mit Preiserhöhungen, ihre Läger haben sie randvoll gepumpt, in den vergangenen Monaten sind zum ersten Mal seit langem aufgelegte Tanker wieder flottgemacht worden, weil die Tankerfrachtraten stiegen. Wenn schon Preiserhöhung, dann wollen diese Geldseelen wenigstens durch Spekulation ihren Schnitt machen, billiges Öl massenweise aufkaufen und hernach teurer losschlagen.

Seit den erfolgreichen Preiserhöhungen der OPEC haben die Imperialisten wie wild über den ganzen Erdball nach neuen Ölquellen gesucht und alles getan, neu entdeckte an sich zu reißen. Durch Funde in Alaska, in der Nordsee, in Mexiko ist die Förderung außerhalb der OPEC beträchtlich erhöht worden. Der strategische Plan der Imperialisten besteht nach wie vor darin, durch Überschwemmen des Ölmarktes und verstärkte Produktion anderer Energieträger so starken Druck auf die OPEC auszuüben, daß die Einheit der

Fortsetzung Seite 2

wurden sie nie und nimmer dem Einfluß der Sowjetunion überlassen.

In den Kämpfen, die sich nach kurzer Atempause wieder neu entfalten, haben die iranischen Volksmassen unüberhörbar die Forderung nach Unabhängigkeit des Landes und nach Verschwinden aller ausländischen Blutsauger erhoben und diesen Forderungen durch Angriffe auf die Bastionen des Imperialismus im Land Nachdruck verliehen. Die Flugzeuge vom Iran in die USA sind dieser Tage immer voll, in der anderen Richtung leer. Ein großer Teil der sowjetischen ,,Berater'' hat inzwischen ebenfalls die Koffer gepackt. Sie waren mit dem Bau der neuen Erdgasleitung befaßt, mit der das iranische Erdgas in die Sowjetunion abtransportiert werden soll. Eine Erdölpipeline sollte nach dem Willen der Sowjetunion folgen.

Die imperialistischen Supermächte stoßen heftig aufeinander. Jede fühlt in der anderen die Schranke ihrer eigenen Expansion. Diese Schranke wird um so schmerzhafter spürbar, wie die Völker der Welt ihrer Gier nach Unterwerfung der Welt mit Erfolg entgegentreten. Alle imperialistischen Mächte streben nach dem Erdölmonopol als billige und jederzeit und beliebig verfügbare Energiebasis. Sie sind sich einig, daß die Völker der Welt ihnen diese Energie liefern sollen; uneinig sind

US-Arbeiter gegen ,,Recht auf Arbeit'' – Verteidigung der gewerkschaftlichen Freiheiten



,,Recht auf Arbeit'' war die Parole, unter der die Bourgeoisie in Missouri in einer Volksabstimmung einen schweren Schlag gegen die Arbeiterbewegung führen wollte. ,,Recht auf Arbeit'' heißt: keine Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften, Recht des Kapitalisten, unter Tarif einzustellen. Der Plan wurde von den Arbeitern vereitelt. Sie gewannen die Mehrheit. – In Kalifornien haben zweihundert gewerkschaftlich organisierte Farmarbeiter, die meisten Mexikaner, einen zehnwöchigen Streik gegen die Campbell-Kapitalisten geführt und ihre Forderungen durchgesetzt: Einstellung nur von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, verbesserte Renten- und Krankheitszahlungen und Lohnerhöhung auf 3,80 Dollar die Stunde, sowie – erstmals seit zwanzig Jahren – Anspruch auf einen freien Tag die Woche. – Carter will eine Lohnleitlinie von allerhöchstens sieben Prozent durchsetzen. Im nächsten Jahr laufen die Tarifverträge von über 4 Millionen Arbeitern aus. Ein entscheidender Punkt wird der Tarif der Transportarbeiter (Teamsters) sein, der am 31. März ausläuft. Die Transportarbeiter bereiten sich schon seit Wochen auf den Kampf vor, in Delegiertenkonferenzen und Aktionen. Im Dezember beginnen die Verhandlungen.

Die IG Metall will das Schlichtungsabkommen ändern

Verteidigung der gewerkschaftlichen Freiheiten



,,Recht auf Arbeit'' war die Parole, unter der die Bourgeoisie in Missouri in einer Volksabstimmung einen schweren Schlag gegen die Arbeiterbewegung führen wollte. ,,Recht auf Arbeit'' heißt: keine Zwangsmitgliedschaft in den Gewerkschaften, Recht des Kapitalisten, unter Tarif einzustellen. Der Plan wurde von den Arbeitern vereitelt. Sie gewannen die Mehrheit. – In Kalifornien haben zweihundert gewerkschaftlich organisierte Farmarbeiter, die meisten Mexikaner, einen zehnwöchigen Streik gegen die Campbell-Kapitalisten geführt und ihre Forderungen durchgesetzt: Einstellung nur von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, verbesserte Renten- und Krankheitszahlungen und Lohnerhöhung auf 3,80 Dollar die Stunde, sowie – erstmals seit zwanzig Jahren – Anspruch auf einen freien Tag die Woche. – Carter will eine Lohnleitlinie von allerhöchstens sieben Prozent durchsetzen. Im nächsten Jahr laufen die Tarifverträge von über 4 Millionen Arbeitern aus. Ein entscheidender Punkt wird der Tarif der Transportarbeiter (Teamsters) sein, der am 31. März ausläuft. Die Transportarbeiter bereiten sich schon seit Wochen auf den Kampf vor, in Delegiertenkonferenzen und Aktionen. Im Dezember beginnen die Verhandlungen.

Die IG Metall will das Schlichtungsabkommen ändern

Die Schlichtungsordnung ist ein Hemmschuh / Gewerkschaftstag hat völlige Beseitigung gefordert

z.peb. Die IG Metall will die Schlichtungsvereinbarung für die metallverarbeitende Industrie ändern. Diese Vereinbarung zwingt zum Schlichtungsverfahren, wenn eine der beiden Parteien die Schlichtungsstelle anruft. Die Schlichtungsstelle wird gebildet durch je einen stimmberechtigten Vertreter beider Seiten und durch zwei Vorsitzende, von denen abwechselnd einer stimmberechtigt ist, und die für jeweils zwei Jahre von Gewerkschaft und Kapitalistenverband vorgeschlagen werden. Während der ganzen Dauer der Schlichtung (die einseitig bis zu 21 Tagen ausgedehnt werden kann), bleibt die Friedenspflicht bestehen.

Diese Schlichtungsvereinbarung ist die Frucht einer Niederlage der Arbeiterbewegung und der Kapitulation der sozialdemokratischen Führung der IG Metall. Diese Niederlage wurde kassiert in der Nachfolge des Streiks der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein 1956/57. In diesem bisher längsten Streik in der Geschichte der BRD haben die Metallarbeiter für Urlaubsverlängerung, Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekämpft. Der Streik dauerte 144 Tage, bis zum Februar 1957, und endete mit einem Teilerfolg. Die Kapitalisten und die Adenauer-Regierung, die schon während des Streiks massiv Druck ausgeübt hatte, holten zum Gegenschlag aus. Wegen Verletzung der Friedenspflicht wurde die IG Metall auf Schadensersatz verklagt. Das BAG verurteilte die IGM zur Befriedigung der Schadensersatzforderungen der Kapitalisten in Höhe von 30–100 Mio. DM. Dieses Urteil wurde dann als Druckmittel zur Abpressung eines neuen Schlichtungsabkommens eingesetzt. Gleichzeitig hatte die Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts massive Einschränkungen des Streikrechts vorgenommen. Nach dieser Rechtssprechung sind Streiks grundsätzlich unerwünscht und rechtswidrig, da sie in die Eigentumsrechte des Kapitalisten eingreifen. Zulässig sind sie nur, wenn sie ,,sozialadäquat'' sind, d.h. durch ein höheres Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt. Das sind sie nur unter äußerst einschränkenden Bedingungen. Vor allem unter der, daß sie ,,ultima ratio'' sind, also alle anderen ,,Einigungsmöglichkeiten'' vorher ausgeschöpft sind. Eine Schlichtungsordnung, die diesen Vorstellungen entspricht, wurde ausgearbeitet und schließlich 1964 in den Verhandlungen mit der Gewerkschaft durchgesetzt, 1973 in einigen Punkten geändert.

In allen Lohnkämpfen haben die Metallarbeiter die Fessel des Schlichtungsverfahrens zu spüren bekommen. Sie haben die Schlichtungssprüche leid, die dort von ,,neutralen'' Landgerichtspräsidenten oder Wirtschaftsprofessoren verkündet werden. In der IG Metall wird deshalb seit Jahren die Beseitigung des Schlichtungsverfahrens gefordert. Auf dem 12. Gewerkschaftstag der IG Metall ist es darüber zu einer offenen Auseinandersetzung gekommen. Aus mehreren Verwaltungsstellen lagen Anträge auf Kündigung des Schlichtungsabkommens vor. Der Antrag der Verwaltungsstelle Darmstadt lautete: ,,Der Vorstand der IG Metall wird beauftragt, die Schlichtungs- und Schiedsvereinbarung für die Metallindustrie vom 12. Mai 1964 in der Fassung vom 1. Okt. 1973 zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen und keine neue Vereinbarung abzuschließen''. Die Antragskommission trat gegen diese Anträge auf. Loderer persönlich beschwor die Delegierten, an der bestehenden Schlichtungsordnung festzuhalten. Die Antragskommission wurde niedergestimmt. Beschlossen wurde allerdings nicht die vollständige Beseitigung des Schlichtungsabkommens. Der beschlossene Antrag enthält die Forderungen, die jetzt vom Vorstand der IG Metall vertreten werden: 1. Der Vorsitzende der Schlichtung soll von beiden Parteien gemeinsam benannt werden. 2. Die Friedenspflicht während der Schlichtung soll beseitigt werden. 3. Der Einlassungszwang (der Zwang, sich auf das Schlichtungsverfahren einzulassen, wenn auch nur eine der beiden Parteien das verlangt) soll beseitigt werden.

Die Schlichtungsordnung ist den Kapitalisten teuer, sie wollen sie nicht aufgeben. ,,Schlichtungsvereinbarungen haben den Zweck, Arbeitskämpfe zu erschweren, sie sollen den Tarifparteien die Möglichkeit geben, nach ergebnislosen Tarifverhandlungen noch einmal an den Verhandlungstisch zurückzufinden. Tarifparteien, die ein Schlichtungsabkommen abschließen, dokumentieren im Grunde durch einen Vertrag ihren guten Willen zur friedlichen Beilegung von Tarifstreitigkeiten''. (Ernst Günter Vetter in der ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'' vom 17.11.).

Die Schlichtungsordnung ist ein Hemmschuh. Sie dehnt die unerträgliche ,,Friedenspflicht'', d.h. das Streikverbot, noch in den Zeitraum aus, in dem der Tarifvertrag offen und die Verhandlungen unterbrochen sind. Die Arbeiter, die nicht untätig zusehen wollen, wie hinter verschlossenen Türen über unzumutbare Kapitalistenangebote verhandelt wird, können mit Entlassung, Strafverfolgung und Schadensersatzklagen überzogen werden. *Jede* Schlichtungsvereinbarung ist notwendig die praktische Anerkennung der Vorstellung, daß der Kampf zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse ein vorübergehender ,,Streit'' ist, der im höheren Gesamtinteresse zu schlichten sei, damit wieder Ruhe einkehrt.

Der Interessengegensatz zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse ist unversöhnlich. Er kann nicht geschlichtet werden. Jedes Zugeständnis an diese Vorstellung schwächt den Kampf der Arbeiterklasse.

OPEC-Konferenz im Dezember – die Supermächte stecken ihre „Sicherheitsinteressen" ab

Fortsetzung von Seite 1

OPEC zerbricht und „die Rohölpreise an der frischen Luft des Wettbewerbs zu Boden gehen", wie die westdeutsche Bourgeoisie den Plan beschreibt (Wirtschaftswoche 46/78).

Die US-Imperialisten hatten zur Absicherung dieser Strategie und zur Unterwerfung der amerikanischen Arbeiterklasse unter ihre Ziele das Energieprogramm geplant. Ein Eckpfeiler dieses Programms war die verdoppelte und verbilligte Förderung von US-Kohle; die Streiks der amerikanischen Bergarbeiter haben diesen Eckpfeiler zum Einsturz gebracht – das Energiegesetz ist entsprechend mager ausgefallen. Aufgegeben haben die US-Imperialisten ihr Ziel deswegen keineswegs; Energieminister Schlesinger hat erklärt, was er zum „Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen im In- und Ausland" für erforderlich hält: zum einen Fortsetzung der „Verhandlungen mit Mexiko". Die US-Imperialisten sind auf den Widerstand Mexikos gestoßen, aber sie sind entschlossen, die Erdgas- und Erdölschätze des Landes an sich zu bringen. Sie haben die mexikanischen Ölfelder zu einer „Frage der Sicherheitsinteressen" erklärt. Dann träumt Schlesinger davon, daß die USA die Erschließung der reichen chinesischen Vorkommen forcieren könne, „die wahrscheinlich zum großen Teil den Weg auf den Weltmarkt nehmen werden" und so eine „Entlastung" bringen würden (zit. in Amerika-Dienst Nr. 27).

Spaltung der OPEC durch Druck auf die Erdölpreise, verbunden mit unmittelbarem politischen Druck, wozu sie dieser Tage den berüchtigten Schatzmeister Blumenthal auf die Reise geschickt hat, ist die Taktik der einen Supermacht. Scheinbar im Gegensatz dazu redet die andere Supermacht ständig von kräftigen Preiserhöhungen und schmeißt ungebeten mit Zahlen um sich. Gleichzeitig betreibt sie Spaltung durch verschiedene Artikel über das „reaktionäre" Saudi-Arabien, in denen die Frage aufgeworfen wird, wohin denn der Ölreichtum dort gehe – „in Wirtschaft und Rüstung zur Vorbereitung von Expansion im Nahen Osten und Nordafrika". Frech redet sie davon, die arabischen Völker würden solche „benachbarten" Unterdrücker nicht dulden. Natürlich, sie betrachtet den Nahen Osten wie den Iran als ihr „Interessengebiet."

Die OPEC-Staaten haben die bevorstehende Konferenz lange vorbereitet, nachdem sie im vergangenen Jahr keine Preiserhöhung hatten vornehmen können. Sie haben erfolgreich ihre Einheit gewahrt, sie über diese oder jene Maßnahme gestellt. Sie wissen aus der langen Geschichte ihres Kampfes gegen Kolonialismus und Imperialismus: treten sie nicht gemeinsam auf, werden sie zertreten. 1978 haben die Mitgliedsländer die Erdölförderung in Absprache gedrosselt. Als die Imperialisten bei den Lieferstockungen aus dem Iran die Konkurrenz schüren wollten, hat Saudi-Arabien erklärt, Produktionserweiterungen würde es nur in Absprache mit den anderen Produzenten vornehmen.

Der irakische Informationsminister hat zur bevorstehenden Konferenz erklärt, „sein Land werde mit der Absicht hingehen, sicherzustellen, daß das Ergebnis ein einstimmiges sei, das die Einheit der OPEC sichert." Der Finanzminister Kuweits:„ Es gebe keine Alternative zu einem Anheben der Preise zum kommenden Jahr, um die Verluste durch den Dollarverfall auszugleichen. Die Verluste der OPEC würden unterstrichen durch eine Studie der City-Bank, die voraussagt, daß die Überschüsse der OPEC-Staaten auf 5 Mrd. Dollar 1980 fallen werden, selbst dann, wenn die Ölpreise jetzt um 5 – 10% steigen." (OPEC-Bulletin 6.11.) Die Werte, die die Imperialisten heute mit dem Öl an sich reißen, sind ungeheuer. Die Verluste durch den Dollarverfall, die Steigerungen der Exportpreise usw. werden auf ein Drittel des gesamten Produktionswertes seit 1974 geschätzt.

Die Imperialisten wollen unbedingt die Einheit der OPEC unterhöhlen und nach Möglichkeit eine Preiserhöhung verhindern. Die Existenz und die Tätigkeit der OPEC ist ein vorgeschobener Posten im Kampf der Dritten Welt um eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie er gegenwärtig auch auf der UNCTAD-Konferenz ausgetragen wird. Die Imperialisten haben schmerzlich zu spüren bekommen, welche scharfe Waffe das Öl im Kampf gegen die imperialistische Aggression ist; sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in Bagdad auch die Vorbereitung des OPEC-Treffens gefördert hat, und daß sich die Stimmen für den erneuten Einsatz der Ölwaffe mehren. Der irakische Ölminister hat die Hoffnung ausgesprochen, „daß die Ölwaffe gegen die Vereinigten Staaten angewendet wird, die eine feindliche Politik gegenüber den arabischen Völkern verfolgen"; das werde er auch auf der OPEC-Konferenz zur Sprache bringen. (Jana, 8.11.)

Die Einheit der OPEC beruht auf den gemeinsamen Interessen an der Befreiung der Länder von imperialistischer Ausplünderung. Deswegen ist sie auch fest mit dem Unabhängigkeitskampf der gesamten Dritten Welt verbunden, den die OPEC ihrerseits kräftig unterstützt. In den ersten 18 Monaten seines Bestehens, Anfang 1978, hat der „OPEC Special Fund" bereits 285 Mio. $ zinslose Darlehen an Länder der Dritten Welt gegeben und 485 Mio. $ in einen gesonderten Landwirtschaftsfonds. Auf der Gipfelkonferenz von Bagdad haben die arabischen Staaten , die großenteils Mitglieder der OPEC sind, beschlossen, die arabischen Frontstaaten mit 3,5 Mrd. $ zu unterstützen und Ägypten 8 Mrd. $ Hilfe angeboten, damit es sich aus der Umklammerung durch den US-Imperialismus lösen kann. Die Bagdader Konferenz war ein Erfolg im Kampf um die Einheit der arabischen Nation. Man kann heute schon sehen, wie die Spaltungspolitik der Imperialisten ins Stocken geraten ist.

Unterstützung der Volkskämpfe im Iran



Am 25.11.1978 wurde in Köln eine Demonstration zur Unterstützung des Kampfes der iranischen Volksmassen durchgeführt, zu der die Conföderation Iranischer Studenten aufgerufen hatte.

In der Grußadresse des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an die Teilnehmer der Demonstration heißt es:

„Es ist sicher, daß der Kampf der Volksmassen des Iran zum Sturz des Schahregimes, zur Befreiung vom Imperialismus und zur Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit führen wird, und daß auf diesem Weg sich die Volksmassen des Iran schließlich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien werden. Diesen Kampf unterstützen wir bedingungslos."

Eine Demonstration gegen das Schahregime in Frankfurt, zu der die CISNU aufgerufen hatte, wurde bei einer Zwischenkundgebung vor dem Generalkonsulat des USA-Imperialismus von der Polizei angegriffen und weitgehend auseinandergetrieben. Die Demonstranten setzten sich gegen die Angriffe zur Wehr. Ein Teil der Demonstranten führte hernach in der Universität eine Versammlung durch. Auch dorthin ist die Polizei vorgedrungen und hat Verhaftungen der Demonstranten vorgenommen.

Emslandstärke in Bauernhand?

b.lar. Emlichheim. Bis Weihnachten läuft in der Kartoffelstärkefabrik in Emlichheim die diesjährige Kartoffelkampagne. 350000 t sollen verarbeitet werden. In diesem Jahr war die Produktion höher als im letzten Jahr. Über 11000 t hat die Kartoffelstärkefabrik über die Genossenschaften mit den Bauern Lieferverträge abgeschlossen. Bis 11. November mußten diese Verträge erfüllt sein. Haben die Bauern mehr produziert als festgelegt, haben sie keine Garantie, daß ihnen die Kartoffeln abgenommen werden. Es erfolgt eine weitere Quotierung über die Genossenschaften.

In diesem Jahr liegt der Stärkegehalt der Kartoffeln im Durchschnitt um 15,8%. Richtwert für die Preise ist ein Stärkegehalt von 17%, der zentral von einer EG-Kommission festgelegt wird. Für Kartoffeln mit 17% Stärkegehalt bekommen die Bauern ca. 14,00 DM pro dz, für 14,1% bekam ein Bauer in diesem Jahr netto 11,00 DM. Er berichtete uns, daß der Stärkegehalt der Kartoffeln in den letzten Jahren ständig gesunken ist. Vor einigen Jahren waren Werte um 19% keine Seltenheit. Für die Bauern bedeutet das, daß sie für ihre Stärkekartoffeln immer weniger Geld bekommen. Der Bauer vermutet, daß die zu starke Entwässerung durch die Flurbereinigung dafür verantwortlich ist.

Die Bauern hier im Emsland sind zum großen Teil auf den Anbau von Kartoffeln angewiesen. Aus diesem Grund hatten sie sich auch mit einer Demonstration für den Erhalt der Stärkefabrik eingesetzt, als die holländische Mutterfirma Koninklijke Scholten-Honig GmbH Pleite ging und dann von der staatlichen zentralisierten holländischen Avebe übernommen wurde.

Die bürgerlichen Politiker versuchten die Bauern unter dem Slogan „Emslandstärke in Bauernhand" für die Sanierung zu gewinnen. Es wurde eine GmbH gegründet, finanziert wurde sie mit Hilfe der Bauern, die fünf Millionen Mark einzubezahlen hatten, weitere Anteile gingen an das Land und die Genossenschaften.

Für die Bauern bedeutet das 500,- DM pro 30 t netto Lieferquote zu zahlen in sieben Jahren. Auf der anderen Seite kaufte sich der Nährmittelkapitalist Jäckering mit 51% in den Betrieb ein. Damit kann er über die GmbH bestimmen und die Richtung festlegen. Die Richtung geht auf Export. Hatte vordem die Kartoffelstärke nur für Deutschland produziert und die Muttergesellschaft den Export betrieben, muß sich heute die Kartoffelstärkefabrik gegen den holländischen Betrieb behaupten. Ihr Export liegt heute bei 50% der Gesamtproduktion. Aber Jäckering will weiter. Im Gespräch ist die Einführung der vierten Schicht für die Arbeiter. Weiter wurde die Weizenstärkeproduktion von 15000 t letztes Jahr auf 20000 t dieses Jahr ausgedehnt. Ist die Kartoffelkampagne beendet, geht es weiter mit Weizen.

Die Bauern sind gezwungen, diesen Konkurrenzkampf mitzumachen. Mußten sie der alten Firma vor vier bis fünf Jahren eine Kläranlage finanzieren (jeder Bauer 500,- DM/ha), sind sie heute gezwungen, einmal die Einlagen in die GmbH zu zahlen, und zweitens lastet eine Bürgschaft auf ihnen, falls der Betrieb Pleite geht. Ein Bauer sagte uns, daß er für 20000 DM gerade stehen müßte, bei 35000 DM Pacht und 40000 DM Dünger im Jahr.

Nach der Sanierung steht Jäckering gut da, von dem Slogan „Emslandstärke in Bauernhand" ist nur geblieben: das Risiko in Bauernhand und höhere Profite für den Stärkekapitalisten.

Starker Ausbau der isländischen Fischereiflotte

Imperialisten befürchten „Ausrottung der isländischen Fischbestände"

Teil den Weg auf den Weltmarkt nehmen werden" und so eine „Entlastung" bringen würden (zit. in Amerika-Dienst Nr. 27).

Spaltung der OPEC durch Druck auf die Erdölpreise, verbunden mit unmittelbarem politischen Druck, wozu sie dieser Tage den berüchtigten Schatzmeister Blumenthal auf die Reise geschickt hat, ist die Taktik der einen Supermacht. Scheinbar im Gegensatz dazu redet die andere Supermacht ständig von kräftigen Preiserhöhungen und schmeißt ungebeten mit Zahlen um sich. Gleichzeitig betreibt sie Spaltung durch verschiedene Artikel über das „reaktionäre" Saudi-Arabien, in denen die Frage aufgeworfen wird, wohin denn der Ölreichtum dort gehe – „in Wirtschaft und Rüstung zur Vorbereitung von Expansion im Nahen Osten und Nordafrika". Frech redet sie davon, die arabischen Völker würden solche „benachbarten" Unterdrücker nicht dulden. Natürlich, sie betrachtet den Nahen Osten wie den Iran als ihr „Interessengebiet."

Die OPEC-Staaten haben die bevorstehende Konferenz lange vorbereitet,

heute mit dem Öl an sich reißen, sind ungeheuer. Die Verluste durch den Dollarverfall, die Steigerungen der Exportpreise usw. werden auf ein Drittel des gesamten Produktionswertes seit 1974 geschätzt.

Die Imperialisten wollen unbedingt die Einheit der OPEC unterhöhlen und nach Möglichkeit eine Preiserhöhung verhindern. Die Existenz und die Tätigkeit der OPEC ist ein vorgeschobener Posten im Kampf der Dritten Welt um eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie er gegenwärtig auch auf der UNCTAD-Konferenz ausgetragen wird. Die Imperialisten haben schmerzlich zu spüren bekommen, welche scharfe Waffe das Öl im Kampf gegen die imperialistische Aggression ist; sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Gipfelkonferenz der arabischen Staaten in Bagdad auch die Vorbereitung des OPEC-Treffens gefördert hat, und daß sich die Stimmen für den erneuten Einsatz der Ölwaffe mehren. Der irakische Ölminister hat die Hoffnung ausgesprochen, „daß die Ölwaffe gegen die Vereinigten Staaten angewendet wird, die eine feindliche



Am 25.11.1978 wurde in Köln eine Demonstration zur Unterstützung des Kampfes der iranischen Volksmassen durchgeführt, zu der die Conföderation Iranischer Studenten aufgerufen hatte.

In der Grußadresse des Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland an die Teilnehmer der Demonstration heißt es:

„Es ist sicher, daß der Kampf der Volksmassen des Iran zum Sturz des Schahregimes, zur Befreiung vom Imperialismus und zur Verwirklichung der nationalen Unabhängigkeit führen wird, und daß auf diesem Weg sich die Volksmassen des Iran schließlich von Ausbeutung und Unterdrückung befreien werden. Diesen Kampf unterstützen wir bedingungslos."

Eine Demonstration gegen das Schahregime in Frankfurt, zu der die CISNU aufgerufen hatte, wurde bei einer Zwischenkundgebung vor dem Generalkonsulat des USA-Imperialismus von der Polizei angegriffen und weitgehend auseinandergetrieben. Die Demonstranten setzten sich gegen die Angriffe zur Wehr. Ein Teil der Demonstranten führte hernach in der Universität eine Versammlung durch. Auch dorthin ist die Polizei vorgedrungen und hat Verhaftungen der Demonstranten vorgenommen.

Kartoffeln angewiesen. Aus diesem Grund hatten sie sich auch mit einer Demonstration für den Erhalt der Stärkefabrik eingesetzt, als die holländische Mutterfirma Koninklijke Scholten-Honig GmbH Pleite ging und dann von der staatlichen zentralisierten holländischen Avebe übernommen wurde.

Die bürgerlichen Politiker versuchten die Bauern unter dem Slogan „Emslandstärke in Bauernhand" für die Sanierung zu gewinnen. Es wurde eine GmbH gegründet, finanziert wurde sie mit Hilfe der Bauern, die fünf Millionen Mark einzubezahlen hatten, weitere Anteile gingen an das Land und die Genossenschaften.

Für die Bauern bedeutet das 500,- DM pro 30 t netto Lieferquote zu zahlen in sieben Jahren. Auf der anderen Seite kaufte sich der Nährmittelkapitalist Jäckering mit 51% in den Betrieb ein. Damit kann er über die GmbH bestimmen und die Richtung festlegen. Die Richtung geht auf Export. Hatte vordem die Kartoffelstärke nur für Deutschland produziert und die Muttergesellschaft den Export betrieben, muß sich heute die Kartoffelstärkefabrik gegen den holländischen Betrieb behaupten. Ihr Export liegt heute bei 50% der Gesamtproduktion. Aber Jäckering will weiter. Im Gespräch ist die Einführung der vierten Schicht für die Arbeiter. Weiter wurde die Weizenstärkeproduktion von 15000 t letztes Jahr auf 20000 t dieses Jahr ausge-

Starker Ausbau der isländischen Fischereiflotte

Imperialisten befürchten „Ausrottung der isländischen Fischbestände"

z.ham. Die isländische Fischereiflotte besteht aus 900 gedeckten Fahrzeugen, von denen 130 eine Größe von 100 bis 400 BRT haben. 80 sind größer als 400 BRT. In den letzten Jahren ist die Hochseetrawlerflotte stark ausgebaut worden.

Als Reaktion auf Islands Erklärung und Durchsetzung der 200-Meilen-Zone haben die EG-Imperialisten die Nordsee zum „EG-Meer" erklärt, in dem sie folgende Fischfangquoten durchgesetzt haben: Danach fischt die BRD alleine 64% ihrer Gesamtfangmenge außerhalb ihrer eigenen Gewässer, Frankreich 50% und Großbritannien 17%. So ist klar, warum besonders die BRD-Imperialisten das „EG-Meer" als große Errungenschaft feiern.

Zugleich schreiben sie in ihren „Nachrichten für den Außenhandel" vom 16.11.78: „Sollte der Loddefang (der Lodde ist ein etwas kleinerer Fisch als der Hering, er wird zu Tierfutter verarbeitet) in den kommenden Jahren in ähnlichem Umfang fortgesetzt werden, besteht die Gefahr, daß auch die Loddebestände – wie der Hering Mitte der 60er Jahre – stark dezimiert oder gar ausgerottet werden." Kann man den isländischen Fischern das Fischen denn wirklich allein überlassen?



Fischereikrieg: Im Hintergrund das Flaggschiff der kleinen isländischen Küstenschutzflotte, die Aegir, vorn ein britischer Trawler, der seinen Namen und Nr. übermalt hat, um nicht erkannt zu werden. Genutzt hat es nicht: Am 1. Juni 1976 mußte auch Groß-England die 200-Meilen-Zone anerkennen, nachdem 15 britische Fregatten von isländischen Kanonenbooten gerammt worden waren.

Über den Ausbau der isländischen Fischereiflotte schäumen die Imperialisten, weil dieser Ausbau die Bedingung für die tatsächliche Nutzung der Fischvorkommen und deren Sicherung ist. Mit dem Ende ihrer Herrschaft über die isländischen Fischreichtümer beschwören sie das Ende der Fischerei dort überhaupt; das wäre allerdings unter ihrem Regiment sicher gewesen. Die BRD-Fischereikapitalisten haben allein in den 50er und 60er Jahren jährlich 120000 t Fisch dort eingesackt.

Island besitzt auf Grund seiner geografischen Lage große nationale Fischvorkommen. Hier trifft der wärmere, nahrungsreiche Golfstrom auf kalte Meeresströmungen, so daß die dort lebenden Fische viel Futter finden. Hinzu kommt der ausgeprägte Festlandssockel mit einem ausgedehnten flachen Meeresboden, dem sogenannten Schelfmeer – das sind zugleich ideale Bedingungen für Laichgebiete, z.B. des Herings und des Dorsches. So war Island ein Tummelplatz der imperialistischen Fischfangflotten. Neben der BRD hat der britische Imperialismus jährlich bis 1971 207000 t Fisch aus den isländischen Gewässern geholt.

Die Sozialimperialisten haben mit ihren Fabrikschiffen, als lange klar war, daß langjährige Überfischung der isländischen Fischbestände herrschte, von Juli 1975 bis Dezember 1976 mit 17000 t Hering zugelangt.

Um den Raub seiner Fischreichtümer zu unterbinden, hat Island die 200-Meilen-Zone am 14. Juli 1975 erklärt und gleichzeitig festgestellt, alle Urteile des imperialistischen Internationalen Gerichtshofes nicht mehr anzuerkennen. Das letzte Fischereiabkommen über Fangquoten der BRD ist am 28. November 1977 ausgelaufen. Durch die Überfischung sind die Fänge der BRD 1973 auf 42000 gesunken. Islands Fänge an Hering, einst der wichtigste Speisefisch, sind von 40000 t 1972 auf 33000 t 1975 zurückgegangen. Am 29. September 1975 hat der isländische Außenminister Augustsson vor der Generalversammlung der UNO festgestellt, daß der Fischereiaufwand jetzt doppelt so groß sei wie noch vor 20 Jahren, der Dorschfang aber dennoch geringer geworden sei. Wegen dieses Rückgangs sind neue und größere Schiffe in Betrieb genommen worden, um neue Arten, wie den Lodde, befischen zu können. Die isländische Fischereiflotte ist von 1960 bis 1978 von 71000 auf 99000 BRT gewachsen.

Durch das Unterbinden der imperialistischen Raubfischerei ist der Gesamtfischertrag von 1975 bis 1977 von 994000 t auf 1373000 t gestiegen. 13% aller Erwerbstätigen sind im Fischereiwesen beschäftigt, mit den nachgelagerten Bereichen ist das die Haupterwerbsquelle. 75% aller Exporte sind Fisch. Um von den Preisschwankungen auf den Fischmärkten unabhängiger zu werden, wird jetzt die Fischverarbeitungsindustrie aufgebaut.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730238 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein: Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431 / 731471 / Redakteur: Brigitte Balzer 43195 / Redakteur: Brigitte Düring

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234, Telex 413080 kuehl d – Gedruckt in Hannover

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 48: 32000

Rumänien und Jugoslawien verfechten ihre Interessen

Jugoslawien läßt sich von der Bundesregierung nicht schikanieren



Tito und Ceaucescu am 17. November in Belgrad: „Eine Begegnung zwischen Freunden."

z.anb. Die Bundesregierung hat in der letzten Woche ihren Botschafter in Jugoslawien, von Puttkamer, zwecks „Berichterstattung" nach Bonn beordert. Die Beziehungen zu Belgrad seien „auf einem Tiefstpunkt", verlautete dazu aus Böllings „maßgeblichen" Munde. Die „Beziehungen" sind dort, wo sie die westdeutschen Imperialisten mit ihrer unverschämten Einmischung hingewirtschaftet haben: ein klarer Strich ist mit der eindeutigen und gerechten Entscheidung der jugoslawischen Regierung gezogen worden: bis hierher und nicht weiter. Ausnahmsweise ist der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" *ein* richtiger Kommentarsatz gelungen: „Sowenig es jetzt helfe, auf so etwas wie ‚Revanche' zu sinnen ..." – tatsächlich. Jugoslawien „schuldet Bonn" keinerlei „Erklärung", im Gegenteil. Die Prinzipien, nach denen es seine internationalen Beziehungen gestaltet, finden bei immer mehr Ländern breite Anerkennung und tragen bei zu dem wachsenden Ansehen und der Bedeutung der Blockfreien-Bewegung für die Entwicklung der Weltlage.

Der Besuch des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Hua Kuo Feng in Rumänien und Jugoslawien im August diesen Jahres war ein bewußter Schritt in der Außenpolitik der Volksrepublik China. Es war ein wichtiges Ereignis nicht nur für das rumänische und das jugoslawische Volk, sondern für die internationalen Beziehungen und vor allem für die wachsende Einheit der Länder der dritten Welt.

„Wir schätzen das Verständnis, das die Volksrepublik China der Blockfreien-Bewegung entgegenbringt," erklärte der jugoslawische Staatspräsident Tito anläßlich des Besuchs von Hua Kuo Feng. „Natürlich haben die blockfreien Länder in bezug auf die Ereignisse und Beziehungen in der Welt nicht alle den gleichen Standpunkt. Das ist durchaus verständlich. Aber ihr Wunsch, ... einheitlich zu handeln und eine gemeinsame Perspektive für die friedliche Überwindung von Gegensätzen und die Lösung der akuten Probleme in der Welt zu finden, ist stärker geworden." „Gleichzeitig bedeutet dies, daß die Blockfreien-Bewegung objektiv den langfristigen Grundinteressen der ganzen Menschheit und ihrem Wunsch nach Prosperität und Fortschritt zum Vorteil aller Länder, Nationen und Völker entspricht. Eben darin liegt die Quelle ihrer Stärke und ihre wachsende Rolle, ihr langfristiger Charakter und ihre historische Verantwortung."

In seiner Rede ging Genosse Hua Kuo Feng darauf ein und sagte: „Jugoslawien ist einer der Begründer der Blockfreien-Bewegung, es verfolgt beharrlich eine Politik der Blockfreiheit und spielt in den internationalen Angelegenheiten eine immer größere Rolle. Heute ist die Blockfreien-Bewegung zu einer wichtigen Kraft im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus geworden. Gerade deswegen gibt es Leute, die in dieser Bewegung ein großes Hindernis für ihre Aggressions- und Expansionspolitik sehen. Sie versuchen mit aller Kraft, die Einheit dieser Bewegung zu unterminieren und sie ihren hegemonialen Zielen unterzuordnen. Wir unterstützen entschieden Jugoslawien in seinem Kampf zur Wahrung der Einheit dieser Bewegung und beim Festhalten an ihrer grundlegenden Orientierung."

Mit Rumänien verbindet die Volksrepublik China bereits seit vielen Jahren eine freundschaftliche und erfolgreiche Zusammenarbeit. Bei seinem Besuch in Bukarest, wo fünf weitere Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in Produktion, Forschung und Handel unterzeichnet wurden, betonte Genosse Hua Kuo Feng, daß in der langen Geschichte der chinesisch-rumänischen Beziehungen ein neues Kapitel aufgeschlagen worden ist, das „nicht nur für die beiden Länder, sondern für die ganze Welt von weitreichender Bedeutung ist".

Der rumänische Staatspräsident Ceaucescu erklärte zum Abschluß des Besuches: „Wir haben über viele Fragen in bezug auf die Entwicklung der gegenwärtigen Weltlage gesprochen und sind zu dem Schluß gekommen, daß wir die rumänisch-chinesische Zusammenarbeit verstärken müssen, um im Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, der Sicherheit und des Friedens auf der Welt zur Lösung der umfassenden und komplizierten Fragen, denen sich die Welt heute gegenübersieht, beizutragen." (Peking Rundschau, 34/78, Seite 8)

Bevor Ceaucescu am 16. November nach Jugoslawien reiste, empfing er den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit. Gemeinsam besuchten sie die Arbeiter und Ingenieure des Erdölzentrums in Brazi; sie erklärten Ecevit den Bauplan für die Erdölraffinerien, die Rumänien und die Türkei gemeinsam in Zentralanatolien bauen mit dem Ziel, dort jährlich 5 Mio. t Rohöl zu verarbeiten. Rumänien und die Türkei vereinbarten die Intensivierung ihrer Kooperation in den Grundzweigen der Produktion – Erdölindustrie, Maschinenbau, Bergbau, Verkehrswesen, Landwirtschaft, Touristik – und die Verdoppelung ihres Handelsvolumens für das kommende Jahr.

Zu dieser guten Entwicklung hatten maßgeblich die Beratungen über die Außenpolitik beigetragen. Sie resultierten in der Entschlossenheit Rumäniens und der Türkei, die Zusammenarbeit zwischen den Balkanstaaten zu fördern, ihre Einheit gegen jegliche Einmischung von außen zu festigen und die Prinzipien der Blockfreien auch zur Grundlage der den Balkanraum betreffenden Fragen zu machen. Ecevit und Ceaucescu stimmten darin überein, daß Zypern die Angelegenheit der beiden Volksgruppen auf Zypern ist und von sonst niemandem, daß der Balkanraum zu „einer Zone des Friedens und der ersprießlichen Zusammenarbeit" zwischen den Völkern werden muß und zu diesem Zweck eine vollständige Entmilitarisierung notwendig ist. Rumänien hat in dieser wichtigen Begegnung die Prinzipien der Blockfreien-Bewegung zur Grundlage der Verständigung mit der Türkei gemacht.

„Immer mehr treten die Bestrebungen und Interessen der Völker und Staaten an einer freien und unabhängigen Entwicklung zutage, an Beziehungen der Gleichheit und gegenseitiger Achtung; ihr Widerstand gegen alle Formen der Herrschaft des Drucks von außen und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder." Ausgehend von dieser Haupttendenz in der Welt erklärten Tito und Ceaucescu anläßlich des rumänischen Staatsbesuchs in Jugoslawien am 17. November die entschiedene Unterstützung der beiden Länder für die Befreiungskämpfe im südlichen Afrika, für das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenständigen, unabhängigen Staat, der den vollständigen Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten zur Voraussetzung hat, für das Recht des Volkes von Korea auf friedliche Wiedervereinigung ohne jegliche äußere Einmischung sowie für die Stärkung der UNO und ihrer Organe, vor allem der UNCTAD, um den Kampf um eine neue Weltwirtschaftsordnung zum Sieg zu führen.

„Im Lichte der Belgrader Beschlüsse" untersuchten die beiden Präsidenten die Lage in Europa. „... es ist notwendig, unverzügliche Maßnahmen zu treffen für die Lösung der Zypern-Frage auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den beiden zypriotischen Gemeinschaften im Einklang mit den UNO-Resolutionen." (Neuer Weg, 19.11., Seite 3) Ausdrücklich hoben sie hervor, die verstärkte Zusammenarbeit der Balkanstaaten „aufgrund von Gleichheit unter völliger Achtung der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und der selbständigen Entwicklung eines jeden Landes dient der Konsolidierung der Stabilität und des Friedens im Balkanraum". In Umsetzung dieser Erklärung hat der rumänische Staatspräsident inzwischen eine offizielle Einladung an den griechischen Ministerpräsidenten gerichtet.

Die Prinzipien, nach denen die Volksrepublik China ihre Außenpolitik ausrichtet, erweisen sich als eine große Kraft in den internationalen Beziehungen, weil sie den objektiven Interessen der Völker entsprechen und den Spaltungs- und Unterwerfungsabsichten aller Imperialisten, vor allem der Supermächte zuwiderlaufen.

Das Parteiorgan des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, „Kommunist", veröffentlichte am 20. November eine Auswertung des Besuchs von Ceaucescu: „(Er ist) ein gutes Beispiel dafür, wie die zwei benachbarten sozialistischen Länder die Beziehungen erfolgreich und allseitig entwickeln können, indem sie die gegenseitige vollständige Selbständigkeit in Bestimmung eingener Wege der inneren Entwicklung sowie die Besonderheiten ihrer internationalen Stellung würdigen... Der Umstand, daß sowohl der Bund der Kommunisten Jugoslawiens als auch die Kommunistische Partei Rumäniens die Affirmierung derselben Grundsätze und Ziele in der internationalen Arbeiterbewegung anstreben und die Standpunkte Jugoslawiens und Rumäniens in vielen Fragen der internationalen Beziehungen große Ähnlichkeit charakterisiert, vervollständigt das Bild der jugoslawisch-rumänischen Beziehungen als beispielgebend und erwünscht." Ganz anders sieht das für die sozialimperialistische Supermacht aus. Ihr bereitet die „äußerst selbständige Außenpolitik des Warschauer-Pakt-Mitglieds Rumänien beträchtliches Kopfzerbrechen". (Kommentar im Österreichischen Fernsehen zum Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Moskau am 22.11.1978)



Auf der rumänischen Werft in Constanta am Schwarzen Meer wurde Hua Kuo Feng bei seinem Staatsbesuch in Rumänien am 21. August ein begeisterter Empfang bereitet. Die Arbeiter hatten die gesamte Werft festlich geschmückt. Als Hua Kuo Feng eintraf, waren sie bei der Arbeit und jubelten ihm von den Docks herunter zu. – Das Schiffbauprogramm Rumäniens hat in den Jahren seit 1970 zu weltweit beachteten Erfolgen geführt. Die Tonnage ist um das Fünffache angewachsen. Auf der Werft von Constanta wurden Trockendocks gebaut, die Produktion auf Massengutfrachter und Container-Frachtschiffe ausgedehnt, womit Rumänien bewußt die Anstrengungen der Länder der dritten Welt unterstützt, sich aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Schiffahrtsmonopolen zu befreien.

Jugoslawisches Straßennetz: Von den Faschisten verwüstet, vom Volk aufgebaut und entwickelt

z.pek. Mit einer Massenkundgebung von 100000 Menschen zum Gedenken an die Schlacht am Fluß Neretva haben die jugoslawischen Volksmassen am 12. November ihre Entschlossenheit bekundet, das Land gegenüber jeglicher imperialistischer Aggression zu verteidigen. Vor 35 Jahren hatten an der Neretva 20000 Partisanen den über 90000 Mann starken, an Waffen überlegenen Besatzertruppen der Hitlerarmee eine Niederlage bereitet. „Einen solchen Sieg konnte nur ein Heer erringen, das wußte, worum es kämpft," erklärte der jugoslawische Präsident Tito, und an die Adresse der beiden Supermächte gerichtet: „Solche Heldentaten werden auch in Zukunft wiederholt werden, wenn das Land von irgendjemandem bedroht wird."

Anfang April 1941 waren die deutschen Faschisten im Bündnis mit den italienischen und bulgarischen Faschi-



Jugoslawische Partisanenverbände kontrollieren die Adriaküste, 1943

sten in Jugoslawien eingefallen und hatten das Land besetzt. Innerhalb weniger Wochen hatten die jugoslawischen Arbeiter und Bauern die ersten Partisanenverbände gebildet und den Kampf gegen die Besatzertruppen aufgenommen. Noch im selben Jahr wurden einzelne Gebiete von den faschistischen Besatzern befreit und im April 1945 errangen die Partisanenverbände im Bündnis mit der Roten Armee den endgültigen Sieg über die Hitlerarmee. Sofort begannen die jugoslawischen Arbeiter und Bauern mit dem Aufbau des von den Besatzertruppen verwüsteten Landes. Entscheidend war die Wiederherstellung der fast völlig zerstörten Straßenverbindungen.

Darüber berichtet die jugoslawische Monatszeitschrift „Transport":



Eine der neuen Straßen in der Teilrepublik Bosnien-Herzegowina. Das Netz der asphaltierten Fernstraßen wurde hier von 40 km im Jahre 1945 auf 3452 km im Jahre 1975 ausgebaut.

„Am Ende des Krieges gab es in Jugoslawien 1480 km moderner Straßen. Dabei ist es wichtig, daran zu erinnern, daß im Laufe des Krieges Straßen und Brücken stark beschädigt oder zerstört wurden. 70% aller Brücken waren zerstört und 56% aller Straßenverbindungen für den Verkehr unpassierbar. Zur Zeit der Okkupation baute der Okkupator Straßen in erster Linie für seine Kriegsziele und für die Verbindung in Richtung Deutschland aus. Zur Beseitigung der Kriegszerstörungen begann man gleich nach der Befreiung mit der Erneuerung der zerstörten Brücken und Straßen, um die Verkehrsverbindungen wiederherzustellen. In dieser Zeit verfügte man über wenige Fachleute. Es gab keine Maschinen, und es fehlten Baumaterialien. Alle diese Mängel wurden durch den großen Einsatz der Arbeiter, Techniker und der gesamten Bevölkerung des Landes wettgemacht. Durch diesen großen Einsatz wurden die Straßen schon im Laufe des Jahres 1945 und 1946 wieder benutzbar gemacht.

Eine große Zahl von Brücken wurde provisorisch durch Holzkonstruktionen ersetzt. Die größeren Brücken wurden in den folgenden Jahren erneuert. So waren bis 1946 von 49580 Metern zerstörter Brücken 47000 Meter erneuert, und 95% aller Straßen waren wieder für den Verkehr benutzbar."

Das auf der Grundlage der Kriegs- und Vorkriegsverhältnisse wiederhergestellte Verkehrsnetz war für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft Jugoslawiens völlig unzureichend. Durch die faschistischen Besatzer wurde, ebenso wie durch die jahrhundertelange Unterdrückung der jugoslawischen Völker durch die österreichische Monarchie, die Erschließung des Landes und die Verbindung der heutigen Teilrepubliken verhindert. Die Verkehrswege waren lediglich für den raschen Abtransport der natürlichen Reichtümer und der Produkte der jugoslawischen Arbeiter und Bauern gebaut worden sowie für den imperialistischen Krieg. Zur Verbindung der wichtigsten Produktionszentren der Industrie und der Erschließung der reichen Rohstoffvorkommen wurde bis 1955 das Netz der asphaltierten Fernstraßen auf 3350 km erweitert.

In den Teilrepubliken Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien gab es 1945 insgesamt nur 45 km asphaltierter Fernstraßen. Zur Überwindung dieser Rückständigkeit wurden große Anstrengungen unternommen. Das Netz der modernen Fernstraßen in ganz Jugoslawien wurde bis 1975 auf 35500 km erweitert.

Das jugoslawische Volk hat aus der Verwüstung des Landes durch die faschistischen Besatzer seine Lehren gezogen. Gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Erschließung des Landes werden die neuen Straßen so angelegt, daß sie eine wirksame Verteidigung gegenüber jeglichem Aggressor ermöglichen. Die jugoslawische Volksverteidigungsarmee hat dazu einen bedeutenden Beitrag geleistet. 5630 km Straßen sind von ihr repariert und neu gebaut worden.



tarsatz gelungen: „Sowenig es jetzt helfe, auf so etwas wie ‚Revanche' zu sinnen ..." – tatsächlich. Jugoslawien „schuldet Bonn" keinerlei „Erklärung", im Gegenteil. Die Prinzipien, nach denen es seine internationalen Beziehungen gestaltet, finden bei immer mehr Ländern breite Anerkennung und tragen bei zu dem wachsenden Ansehen und der Bedeutung der Blockfreien-Bewegung für die Entwicklung der Weltlage.

Der Besuch des Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Hua Kuo Feng in Rumänien und Jugoslawien im August diesen Jahres war ein bewußter Schritt in der Außenpolitik der Volksrepublik China. Es war ein wichtiges Ereignis nicht nur für das rumänische und das jugoslawische Volk, sondern für die internationalen Beziehungen und vor allem für die wachsende Einheit der Länder der dritten Welt.

„Wir schätzen das Verständnis, das die Volksrepublik China der Blockfreien-Bewegung entgegenbringt," erklärte der jugoslawische Staatspräsident Tito anläßlich des Besuchs von Hua Kuo Feng. „Natürlich haben die blockfreien Länder in bezug auf die Ereignisse und Beziehungen in der Welt nicht alle den gleichen Standpunkt. Das ist durchaus verständlich. Aber ihr Wunsch, ... einheitlich zu handeln und eine gemeinsame Perspektive für die friedliche Überwindung von Gegensätzen und die Lösung der akuten Probleme in der Welt zu finden, ist stärker geworden." „Gleichzeitig bedeutet dies, daß die Blockfreien-Bewegung objektiv den langfristigen Grundinteressen der ganzen Menschheit und ihrem Wunsch

beiden Länder, sondern für die ganze Welt von weitreichender Bedeutung ist".

Der rumänische Staatspräsident Ceaucescu erklärte zum Abschluß des Besuches: „Wir haben über viele Fragen in bezug auf die Entwicklung der gegenwärtigen Weltlage gesprochen und sind zu dem Schluß gekommen, daß wir die rumänisch-chinesische Zusammenarbeit verstärken müssen, um im Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, der Sicherheit und des Friedens auf der Welt zur Lösung der umfassenden und komplizierten Fragen, denen sich die Welt heute gegenübersieht, beizutragen." (Peking Rundschau, 34/78, Seite 8)

Bevor Ceaucescu am 16. November nach Jugoslawien reiste, empfing er den türkischen Ministerpräsidenten Ecevit. Gemeinsam besuchten sie die Arbeiter und Ingenieure des Erdölzentrums in Brazi; sie erklärten Ecevit den Bauplan für die Erdölraffinerien, die Rumänien und die Türkei gemeinsam in Zentralanatolien bauen mit dem Ziel, dort jährlich 5 Mio. t Rohöl zu verarbeiten. Rumänien und die Türkei vereinbarten die Intensivierung ihrer

würdigen... Der Umstand, daß sowohl der Bund der Kommunisten Jugoslawiens als auch die Kommunistische Partei Rumäniens die Affirmierung derselben Grundsätze und Ziele in der internationalen Arbeiterbewegung anstreben und die Standpunkte Jugoslawiens und Rumäniens in vielen Fragen der internationalen Beziehungen große Ähnlichkeit charakterisiert, vervollständigt das Bild der jugoslawisch-rumänischen Beziehungen als beispielgebend und erwünscht." Ganz anders sieht das für die sozialimperialistische Supermacht aus. Ihr bereitet die „äußerst selbständige Außenpolitik des Warschauer-Pakt-Mitglieds Rumänien beträchtliches Kopfzerbrechen". (Kommentar im Österreichischen Fernsehen zum Gipfeltreffen des Warschauer Paktes in Moskau am 22.11.1978)

Auf der rumänischen Werft in Constanta am Schwarzen Meer wurde Hua Kuo Feng bei seinem Staatsbesuch in Rumänien am 21. August ein begeisterter Empfang bereitet. Die Arbeiter hatten die gesamte Werft festlich geschmückt. Als Hua Kuo Feng eintraf, waren sie bei der Arbeit und jubelten ihm von den Docks herunter zu. – Das Schiffbauprogramm Rumäniens hat in den Jahren seit 1970 zu weltweit beachteten Erfolgen geführt. Die Tonnage ist um das Fünffache angewachsen. Auf der Werft von Constanta wurden Trockendocks gebaut, die Produktion auf Massengutfrachter und Container-Frachtschiffe ausgedehnt, womit Rumänien bewußt die Anstrengungen der Länder der dritten Welt unterstützt, sich aus der Abhängigkeit von den imperialistischen Schiffahrtsmonopolen zu befreien.

Jugoslawisches Straßennetz: Von den Faschisten verwüstet, vom Volk aufgebaut und entwickelt

z.pek. Mit einer Massenkundgebung von 100000 Menschen zum Gedenken an die Schlacht am Fluß Neretva haben die jugoslawischen Volksmassen am 12. November ihre Entschlossenheit bekundet, das Land gegenüber jeglicher imperialistischer Aggression zu verteidigen. Vor 35 Jahren hatten an der Neretva 20000 Partisanen den über 90000 Mann starken, an Waffen über-

des von den Besatzertruppen verwüsteten Landes. Entscheidend war die Wiederherstellung der fast völlig zerstörten Straßenverbindungen.

Darüber berichtet die jugoslawische Monatszeitschrift „Transport":

provisorisch durch Holzkonstruktionen ersetzt. Die größeren Brücken wurden in den folgenden Jahren erneuert. So waren bis 1946 von 49580 Metern zerstörter Brücken 47000 Meter erneuert, und 95% aller Straßen waren wieder für den Verkehr benutzbar."

Das auf der Grundlage der Kriegs- und Vorkriegsverhältnisse wiederhergestellte Verkehrsnetz war für die Ent-

Vorbereitung des Kampfes um den neuen Manteltarif Chemie

z.sth.Ludwigshafen. Am 2. Dezemberg beginnen die Manteltarifverhandlungen für die Chemie Industrie. Bereits im Frühjahr war der MTV gekündigt worden, dann zusammen mit dem Tarifabschluß von 4,3% und 2 Tagen Urlaub wieder in Kraft gesetzt worden. Verlangt hatten die Verlängerung des MTV die Kapitalisten und durch Flankenschutz der Gewerkschaftssozialdemokratie diese Verlängerung genutzt, um den Angriff auf die Arbeiter und Angestellten zu verschärfen. Dagegen fand die 1. Betriebsversammlung im Türmerleimwerk seit Gründung 1886 statt. Die Türmerleimwerke in Ludwigshafen sind ein Klebstoffbetrieb, der von der BASF abhängig ist mit 60 Arbeitern und 49 Angestellten. Die Forderungen, die auf der Betriebsversammlung diskutiert und dem Betriebsrat übergeben wurden sind u.a.: Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Einstufung in die nächsthöhere Lohngruppe... Streichung von Lohngruppe 1 und 2, Durchsetzung der Erschwerniszulage von mindestens 2% nach dem Bezirksrahmentarifvertrag. Weiter wurde die Abschaffung von Gefährdungspunkten, Bezahlung des steuerbegünstigten Essenszuschusses, mehr Transportmittel und Beschränkung der Überstunden bei Abfertigung von Lastwagen gefordert. Die Forderungen wurden im Speisesaal aufgehängt. Der Zusammenschluß der Türmerleim-Arbeiter für diese Forderungen ist eine gute Vorbereitung zur Führung des anstehenden Manteltarifkampfes.

Kunststoff- und Holzverarbeitende Industrie Hessen: 5%-Abschluß

z.fum. In der Schlichtungsverhandlung vom 17.11.1978 um die Tarife in der hessischen Kunststoff- und holzverarbeitenden Industrie wurde eine Erhöhung der Tarife für Lohn und Gehalt um 5% vereinbart. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten und gilt rückwirkend zum 1.10.1978: 5% mehr Lohn und Gehalt, rückwirkend zum 1.10.78, Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 39 DM, Erhöhung der Ausbildungsentgelte im 1. Lehrjahr um 24 DM auf 494 DM, im 2. um 25 DM auf 525 DM, im 3. um 28 DM auf 573 DM, im 4. um 30 DM auf 620 DM. In den Arbeiterlohngruppen (Ecklohngruppe 3 = 7,94 DM)



rungen ist eine gute Vorbereitung zur Führung des anstehenden Manteltarifkampfes.

Kunststoff- und Holzverarbeitende Industrie Hessen: 5%-Abschluß

z.fum. In der Schlichtungsverhandlung vom 17.11.1978 um die Tarife in der hessischen Kunststoff- und holzverarbeitenden Industrie wurde eine Erhöhung der Tarife für Lohn und Gehalt um 5% vereinbart. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten und gilt rückwirkend zum 1.10.1978: 5% mehr Lohn und Gehalt, rückwirkend zum 1.10.78, Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 39 DM, Erhöhung der Ausbildungsentgelte im 1. Lehrjahr um 24 DM auf 494 DM, im 2. um 25 DM auf 525 DM, im 3. um 28 DM auf 573 DM, im 4. um 30 DM auf 620 DM. In den Arbeiterlohngruppen (Ecklohngruppe 3 = 7,94 DM)



macht die Erhöhung bei 173 Stunden monatlich aus: LG 1 - um 83,04 DM auf 1745,57 DM; LG 2 - um 72,66 DM auf 1527,59 DM; LG 3 - um 69,20 DM auf 1442,82 DM; LG 4a - um 65,74 DM auf 1385,73 DM; LG 4b - um 64,01 DM auf 1349,40 DM; LG 5a um 64,01 DM aif 1335.56 DM; LG 5b - um 62,28 DM auf 1297,50 DM. – Die Kapitalisten hatten in der ersten Verhandlung nur 4,5% mehr Lohn und Gehalt angeboten. Demgegenüber standen die Forderungen nach 7,4% mehr Lohn und Gehalt, Erhöhung der vermögenswirksamen Leistung auf 52 DM. Auf den Gewerkschaftsversammlungen vor den Tarifverhandlungen und nachdem die Gewerkschaft die Verhandlungen für gescheitert erklärt hat, wurden die erhobenen Forderungen aufrechterhalten. Nötigenfalls sollten sie mit Streik durchgesetzt werden.

Trienter Michelin-Arbeiter lehnen Samstagsarbeit ab

z.erb.Rom. Der französische Reifenkapitalist Michelin, der in 16 Ländern über 100000 Arbeiter ausbeutet, plante im Werk Trient, einer seiner sechs italienischen Fabriken, eine ganz spezielle „Arbeitszeitverkürzung". Die 1300 Arbeiter sollten künftig drei Wochen lang je sechs Tage, also auch samstags, arbeiten, danach sollte eine Woche Pause sein. Drei mal 48 macht 144 Arbeitsstunden, geteilt durch vier, ergibt „durchschnittlich" 36 Stunden pro Woche, rechnete Michelin vor. Dabei ging er erklärtermaßen davon aus, den Arbeitern jährlich noch zwölf Sonderschichten zusätzlich abpressen zu können. Die „Durchschnittsarbeitszeit" hätte er damit schon auf 38 Stunden gebracht und „bei gutem Geschäft" zweimal im Jahr die gesamte Belegschaft je sieben Wochen täglich außer sonntags ausbeuten können. „Dieser Vorschlag beweist, daß sich die Verkürzung der Arbeitszeit mit einer Erhöhung der Produktivität des Unternehmens vertragen kann", kommentierte der stellvertretende Generalsekretär der Metallergewerkschaft, Del Turco. Unter der Parole „Arbeitszeitverkürzung ohne Mehrkosten" wollen die bürgerlichen Gewerkschaftsführer einem allgemeinen Angriff der Kapitalisten auf den erkämpften freien Samstag Tür und Tor öffnen. So wollte Michelin die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ins gerade Gegenteil verkehren. Schon jetzt wird im Trienter Werk auch nachts gearbeitet. Die Michelin-Arbeiter haben am 9.11. auf einer Betriebsversammlung diesen Betrug fast einstimmig abgelehnt.

Kontrolle über ausländische Arbeiter bei Kapitalisten vorsehen

z.ere. Nicht nur, daß er die Ausbeutung ausländischer Arbeiter als „arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch notwendig" bezeichnet, der Minister für Arbeit und Soziales preist die „Ausländerbeschäftigung" gleichfalls als einen „wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung". „Guten Tag" heißt denn auch ein Film, mit dem er die Werber (vor allem aus den Auslandsstellen des Goethe-Instituts) ausschwärmen läßt, die erforderliche „Lebenshilfe" zu geben. – Schon frühzeitig hat sich die deutsche Bourgeoisie diesen Quell des Profits zu erschließen gewußt und Millionen ausländischer Arbeiter, zwangsdeportiert, der brutalsten Ausbeutung unterworfen. – Wegen zunehmender Verflechtung und Integration der „nationalen Arbeitsmärkte" legte der „Rat der Europäischen Gemeinschaft" Anfang November 1976 eine Richtlinie vor, die den EG-Kapitalisten die Ausübung „wirksamerer Zwangmaßnahmen", wie es in der Richtlinie heißt, ermöglichen soll. Der Rat schreibt, den Wünschen der EG-Kapitalisten folgend, vor, daß binnen zweier Jahre entsprechende Gesetzesvorlagen in Kraft zu treten haben. Nach der Verschärfung des Ausländerrechts steht im Mittelpunkt dieser jetzt vom Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales vorgelegten Beschlußempfehlung die „Einführung eines Kontrollsystems". Im Vorgriff auf die geplante Europäische Paß-Union wird die Kontrolle und Bespitzelung der ausländischen Arbeiter direkt auf die Arbeitsorte, anstatt wie bisher auf die Grenzübertrittsorte, verlegt. Das heißt, daß unmittelbar über die Betriebe die Paßkontrolle erfolgen wird, zu-

tisch notwendig" bezeichnet, der Minister für Arbeit und Soziales preist die „Ausländerbeschäftigung" gleichfalls als einen „wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung". „Guten Tag" heißt denn auch ein Film, mit dem er die Werber (vor allem aus den Auslandsstellen des Goethe-Instituts) ausschwärmen läßt, die erforderliche „Lebenshilfe" zu geben. – Schon frühzeitig hat sich die deutsche Bourgeoisie diesen Quell des Profits zu erschließen gewußt und Millionen ausländischer Arbeiter, zwangsdeportiert, der brutalsten Ausbeutung unterworfen. – Wegen zunehmender Verflechtung und Integration der „nationalen Arbeitsmärkte" legte der „Rat der Europäischen Gemeinschaft" Anfang November 1976 eine Richtlinie vor, die den EG-Kapitalisten die Ausübung „wirksamerer Zwangmaßnahmen", wie es in der Richtlinie heißt, ermöglichen soll. Der Rat schreibt, den Wünschen der EG-Kapitalisten folgend, vor, daß binnen zweier Jahre entsprechende Gesetzesvorlagen in Kraft zu treten haben. Nach der Verschärfung des Ausländerrechts steht im Mittelpunkt dieser jetzt vom Bundestagsausschuß für Arbeit und Soziales vorgelegten Beschlußempfehlung die „Einführung eines Kontrollsystems". Im Vorgriff auf die geplante Europäische Paß-Union wird die Kontrolle und Bespitzelung der ausländischen Arbeiter direkt auf die Arbeitsorte, anstatt wie bisher auf die Grenzübertrittsorte, verlegt. Das heißt, daß unmittelbar über die Betriebe die Paßkontrolle erfolgen wird, zu-

nächst bezogen auf die „illegalen Zuwanderer", wie es der Berichterstatter Dr. George formulierte. „Strenge, abschreckende Sanktionen" seien geboten, das Abschiebeverfahren zu erleichtern. Zu alledem wollen diese Blutsauger auch noch ein gutes Stück an diesen „Zwangsmaßnahmen" verdienen. Der Ausschuß empfiehlt, den Betroffenen mit den Kosten für die Abschiebung zu belasten.

„Da arbeitet noch jemand" – Wer das wohl ist?

z.bil. Geht es nach Paul C. Martin, Kolumnist der „Welt am Sonntag", dann arbeiten außer ihm nur noch wenige. Er hat eine Rechnung durchgeführt: In der ganzen Bundesrepublik gebe es nur noch 5 bis 6 Mio. richtige Arbeiter: Gesamtbevölkerung minus 12 Mio. Rentner, 15 Mio., die in die Schule gehen, anderthalb Mio. Kranke, 850000 Studenten, 200000 Betriebsräte, 4 Mio. „sozial Schwache", 1.8 Mio. Urlauber usw.. Auch minus Bauern und Staatsbedienstete. Trickreich fragt Martin, ob denn jemand den verbliebenen 5 Mio. verdenken könne, wenn sie jetzt keine Lust mehr hätten und die 35-Stunden-Woche wollen. Verständnis für die Arbeiter? Mitnichten! Sondern Gleichsetzen des müßiggehenden Kapitalisten mit dem Postboten, des Grundbesitzers mit dem Bauern und Isolierung der Arbeiterklasse. Und dann der Ruf: Treibt die Kranken zur Arbeit! Holt die Urlauber zurück! Die Kinder in die Produktion und die Studenten zum Arbeitsdienst! Der Ruf nach mehr, immer noch mehr lebendiger Arbeitskraft für die kapitalistischen Moloche. Paul, auch du kommst noch an die Reihe.

Verbot der Überstunden! Bezahlte Pausen! 6 Wochen Urlaub! – Beschlüsse zum Manteltarif HBV

r.düb. Unter Berufung auf das Weihnachtsgeschäft wollen die Kaufhauskapitalisten Methoden gegen die Beschäftigten im Handel durchsetzen, mit denen sie hoffen, Zielen, wie sie von der Forschungsstelle für Handel angepeilt sind, näher zu kommen: Steigerung des Umsatzes bis 1985 auf 162% mit 16500 Beschäftigten weniger.

Der geltende Manteltarif (MT) wird von den Kaufhauskapitalisten genutzt, um ihre Rationalisierungspläne durchzusetzen und mit einem ausgeklügelten System von Arbeitszeitregelungen die Arbeitszeit für die Beschäftigten so zu legen, daß sie in die arbeitsintensive Zeit fällt. In §3 des MT für den Einzelhandel in Hamburg heißt es: „Eine von Ziffer 1 und 2 abweichende Einteilung der regelmäßigen Arbeitszeit ist aus Gründen der Freizeitgewährung zulässig, wenn innerhalb von 26 Wochen die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit gemäß Ziffer 1 (40 Std.) bzw. Ziffer 2 (42,5 Std.) nicht überschritten wird...." Für die Karstadt-Beschäftigten in Hamburg heißt das, an 68,3% aller Arbeitstage länger als acht Stunden zu arbeiten, freitags nach dem Wochenarbeitsplan acht Stunden und 43 Minuten.

Die Karstadt-Kapitalisten erzwingen bei Neueinstellungen in Braunschweig das „Einverständnis", auf den Rolltag im Dezember ganz zu verzichten, und die Verpflichtung auf eine volle 6-Tage-Woche mit mindestens 48 Std. Schinderei im überfüllten Kaufhaus. Auf der Betriebsversammlung im Karstadt-Lager (Celler Straße) haben die Arbeiter erklärt, daß sie keinen Samstag zusätzlich arbeiten wollen.

Das Kaufhaus Kepa in Wolfsburg will aus der von 81 auf 67 Beschäftigten reduzierten Belegschaft vor der Schließung noch das letzte rausholen, Schüler wurden als Aushilfen für 4 DM die Stunde angekauft.

In der Buchhandlung Frensche (Hamburg) mußte im Weihnachtsgeschäft 1974 noch von 9 bis 18 Uhr Montags bis Samstags gearbeitet werden, Inventur samstags bei geöffnetem Laden. Seit 1976 ist durchgesetzt, daß der Betriebsrat keine Überstunden mehr genehmigt; lange Samstage vor Weihnachten werden in der gleichen oder folgenden Woche durch einen freien Tag verrechnet, ¼ Std. Pause zusätzlich wurde erkämpft.

Die HBV hat zum 1.1.78 für Niedersachsen, Hamburg und NRW den Manteltarif gekündigt. Die Fachgruppe Einzelhandel Bremen forderte in der letzten Woche alle Beschäftigten und Gewerkschafter auf, Überstunden abzulehnen. Betriebsräte sollen keine Überstunden mehr genehmigen, die Tarifkommission der HBV soll sich für eine Regelung im Manteltarif einsetzen, die dem Verbot der Überstunden gleichkommt. Die Fachgruppe Einzelhandel in Göttingen hat am 13.11. als Forderungen beschlossen: 40 Stunden-Woche einschließlich der Pausen als Schritt zum 7-Stunden-Tag, die Festschreibung der Arbeitszeit soll das Verbot der Überstunden praktisch enthalten, 30 Tage Urlaub für alle, Aufnahme des 13. Monatsgehalts. Die Forderung nach Verbot der Teilzeitarbeit konnte gegen die sozialdemokratischen Führer in der Fachgruppe nicht durchgesetzt werden.

Die Tarifkommission der HBV hat für Niedersachsen volle Durchsetzung der 40-Stunden-Woche an 5 Arbeitstagen, Einbeziehung der Pausen als Schritt zum 7-Stunden-Tag und ein Rationalisierungsschutzabkommen beschlossen; in Hamburg zwei Tage mehr Urlaub auf die bisherige Staffelung; in NRW 6 Wochen Urlaub. Die Sozialdemokraten in der HBV-Führung müssen auf die Forderungen der Belegschaften nach Durchsetzung des Normalarbeitstages, um den 7-Stunden-Tag zu erkämpfen, eingehen. Raum für Manöver bleibt ihnen, solange sie den Kapitalisten noch die Ausweitung der Teilzeitarbeit mittels des Manteltarifs ermöglichen und es ihnen gelingt, den Kampf um die Arbeitszeit vom Kampf um den Lohn zu trennen. Der Abschluß für den Buchhandel und die Verlage in Rheinland-Pfalz ist so ein Manöver, er ist unannehmbar: bezahlte Pausen und die freien Samstage fallen unter den Tisch und statt Beschränkung auf vier Stunden an Bildschirmen wird den Kapitalisten der Druck-Rastertarif angeboten. 61 Buchhandels- und Verlagsbeschäftigte haben sofort Ablehnung verlangt, die Fachgruppe Buchhandel und Verlage Mannheim fordert, daß sofort mit der Vorbereitung der Lohnkämpfe begonnen werden muß.

P&S-Stahlkapital: Expansion mit „roten Zahlen"

r.gör. Am 21. Oktober hat die Tarifkommission bei den Stahlwerken Peine und Salzgitter AG ebenfalls gefordert: 5% mehr Lohn (auch für die Prämienbestandteile), „Einstieg" in die 35 Stunden-Woche, 50 DM mehr Ausbildungsvergütung.

Berechnet auf die Lohn- und Gehaltssumme sind 5% etwa 30 bis 35 Mio. DM (jährlich); als Festgeldbetrag wären das 140 bis 160 DM pro Beschäftigten monatlich. Dieser Betrag liegt wegen des Anteils hoher Gehälter etwas über dem Durchschnitt von 120 DM.

Gegen die Forderung der Arbeiter halten insbesondere auch die P&S-Kapitalisten ihre „roten Zahlen". Tatsächlich haben sie gerade erst für 133 Mio. DM einen 23%-Anteil an der Sachs-AG gekauft, schon das allein macht fünfmal die Forderung der Arbeiter. Tatsächlich zeigt auch der letzte veröffentlichte Geschäftsbericht (1976/77) nur an der manipulierten Oberfläche „rote Zahlen" von 180 Mio. Verlust, in Wirklichkeit selbst bei vorsichtiger Schätzung der Profitverschleierungen einen Bruttogewinn von 100-150 Mio. DM. Im Licht solcher

Rohstahlproduktion P&S-Stahlwerke in Mio. t
Kapital pro Beschäftigten P&S-Stahlwerke in 1000 DM
P&S-Stahlwerke Umsatz pro Beschäftigten in 1000 DM
Mio. t – Kapazität – Erzeugung – Rohstahlproduktion (BRD)
Beschäftigte P&S-Stahlwerke in 1000
DM pro t – Walzdraht – Inlandpreise – Ausfuhrpreise
1972 73 74 75 76 77 78

re völlig unbezahlte Arbeit der gesamten Belegschaft, 138000 DM pro Beschäftigten. Als Kapital, gesteuert vom Profitstreben, schlägt diese ungeheure Ausdehnung von Produktionskapazitäten gesetzmäßig in die Überproduktionskrise um. Das Schaubild illustriert einige Seiten dieser Entwicklung für das P&S-Kapital. Die Strategie der

Kapital, das nicht voll in das Schlachtfeld der internationalen Konkurrenz geworfen werden kann, und ein Hindernis bei der umfassendsten Ausbeutung der Arbeitskraft. Also die Strategie, deren Durchsetzung die Stahlkapitalisten zu so wilden Gegnern einer Verwirklichung und Verkürzung des *Normal*arbeitstages macht: Einschrän-

tag im Dezember ganz zu verzichten, und die Verpflichtung auf eine volle 6-Tage-Woche mit mindestens 48 Std. Schinderei im überfüllten Kaufhaus. Auf der Betriebsversammlung im
Forderungen beschlossen: 40 Stunden-Woche einschließlich der Pausen als Schritt zum 7-Stunden-Tag, die Festschreibung der Arbeitszeit soll das Verbot der Überstunden praktisch enthal-
sofort Ablehnung verlangt, die Fachgruppe Buchhandel und Verlage Mannheim fordert, daß sofort mit der Vorbereitung der Lohnkämpfe begonnen werden muß.

P&S-Stahlkapital: Expansion mit „roten Zahlen"

r.gör. Am 21. Oktober hat die Tarifkommission bei den Stahlwerken Peine und Salzgitter AG ebenfalls gefordert: 5% mehr Lohn (auch für die Prämienbestandteile), „Einstieg" in die 35 Stunden-Woche, 50 DM mehr Ausbildungsvergütung.

Berechnet auf die Lohn- und Gehaltssumme sind 5% etwa 30 bis 35 Mio. DM (jährlich); als Festgeldbetrag wären das 140 bis 160 DM pro Beschäftigten monatlich. Dieser Betrag liegt wegen des Anteils hoher Gehälter etwas über dem Durchschnitt von 120 DM.

Gegen die Forderung der Arbeiter halten insbesondere auch die P&S-Kapitalisten ihre „roten Zahlen". Tatsächlich haben sie gerade erst für 133 Mio. DM einen 23%-Anteil an der Sachs-AG gekauft, schon das allein macht fünfmal die Forderung der Arbeiter. Tatsächlich zeigt auch der letzte veröffentlichte Geschäftsbericht (1976/77) nur an der manipulierten Oberfläche „rote Zahlen" von 180 Mio. Verlust, in Wirklichkeit selbst bei vorsichtiger Schätzung der Profitverschleierungen einen Bruttogewinn von 100-150 Mio. DM. Im Licht solcher

„roter Zahlen" muß man auch die Andeutung des Vorstandsvorsitzenden Birnbaum über das am 30.9.1978 abgelaufene Geschäftsjahr würdigen, daß ein (um 30 Mio. DM) „verminderter Verlust" eingetreten sei (Handelsblatt, 24./25.11.78).

Auch die P&S-Stahlkapitalisten können zahlen! Was sie treibt, ist hingegen die Jagd nach Höchstprofit und hierfür die maßlose Ausdehnung ihres Kapitals. Um 37% auf 2523 Mio. DM sind Anlage- und Umlaufvermögen in den vergangenen 6 Jahren (bis 30.9.77) gesteigert worden; das sind etwa 5 Jah-

re völlig unbezahlte Arbeit der gesamten Belegschaft, 138000 DM pro Beschäftigten. Als Kapital, gesteuert vom Profitstreben, schlägt diese ungeheure Ausdehnung von Produktionskapazitäten gesetzmäßig in die Überproduktionskrise um. Das Schaubild illustriert einige Seiten dieser Entwicklung für das P&S-Kapital. Die Strategie der

Stahlkapitalisten ist, durch immer mehr verschärfte Ausbeutung von immer weniger Arbeitern ihr Kapital für die Durchsetzung in der Weltmarktkonkurrenz messerscharf zu machen. Der Exportanteil liegt bei den P&S-Stahlwerken bereits bei über 30%.

Das bedingt die „Strukturpolitik" der Stahlkapitalisten. Mit 60% beziffern die P&S-Kapitalisten derzeit die Auslastung ihrer Kapazitäten, gemessen am 100%-Ziel bei vollständiger Verdichtung des Arbeitstages rund um die Uhr. Das bedeutet 40% „totes"

Kapital, das nicht voll in das Schlachtfeld der internationalen Konkurrenz geworfen werden kann, und ein Hindernis bei der umfassendsten Ausbeutung der Arbeitskraft. Also die Strategie, deren Durchsetzung die Stahlkapitalisten zu so wilden Gegnern einer Verwirklichung und Verkürzung des Normalarbeitstages macht: Einschrän-

kung, Brachlegen und Vernichtung von Produktionsstätten und Arbeitskraft, die nicht den Höchstprofit abwerfen, um durch konzentrierteste Ausbeutung der Arbeitskraft in den übrigen das Kapital schlagfähig zu machen. Als nächstes: Stillegung des Hochofenwerks Ilsede und von 500 Arbeitern. Das Manöver, die Entscheidung hierüber auf den März nächsten Jahres zu vertagen, ändert an der festen Absicht der P&S-Kapitalisten nichts. Aber es ist bereits ein Eingeständnis der Kampfstärke und Kampfentschlossenheit der Stahlarbeiter.

Erwerbstätigkeit

	Lohnabhäng. gesamt	davon Frauen (1950: 4259)	Landwirtsch.
1962	21032	7150	421
1970	22246	7425	295
1977	21314	8196	244

Kontinentalsperre

z.diz. 1809 – Napoleon hatte gerade Preußen erobert – verhängt er die sogenannte Kontinentalsperre gegen die damals führende Seemacht England: Kein Hafen in seinem Machtbereich durfte von englischen Schiffen angelaufen werden. Eigentlich hatte er die Invasion Englands vorgehabt, was aber ins Wasser fiel, nachdem die Engländer die französische Flotte bei Trafalgar vernichtend geschlagen hatten. – Napoleonisch in diesem Sinn ist die Entscheidung 78/774/EWG des Rats der EG: Es soll ein Informationssystem errichtet werden „über die Tätigkeiten von Handelsflotten, deren Praktiken den Schiffahrtsinteressen der Mitgliedsstaaten schadet" – und zwar auf den Routen Nord- und Mittelamerika, Ostafrika und Ferner Osten. Es soll über zwei Jahre erfaßt werden, welche Reedereien wann mit welchen Waren und Schiffen diese Routen von den Häfen der EG aus bedienen. Eine solche Statistik könnte bei „weitergehenden Überlegungen über die mögliche gemeinsame Anwendung von Gegenmaßnahmen nützlich sein".

30 Mark Rückzahlung sollen Postgebührenerhöhung versüßen

z.kec. Mit Blick auf den Lohnkampf kündigt die Bundespost eine Rückzahlung von je 30 DM auf die Senkung der Telefon-Grundgebühren von 32 auf 27 DM seit 1. Juli 1978 an. Die Gebühren wurden seither berechnet wie gehabt – bisher ein zinsloser Kredit an die Bundespost von etwa 500 Mio. DM. Im gleichen Atemzug werden zum 1.1.1979 die Tarife für Dienste, die die Massen in Anspruch nehmen müssen, um 10 bis 25% heraufgesetzt. Anders bei den Diensten, die ausschließlich die Kapitalisten benutzen. Porto für Zeitungen: bleibt gleich; für Zeitschriften wie den „Stern": vorher 65, jetzt 71 Pfennig (+ 9,2%); Paket für Selbstabholer bis 5 kg: vorher 2,50, jetzt 2,70 DM (+ 8%). Gebühren für Telex- und Datexleitungen bleiben gleich.

Bester Lärmschutz: Bußgelder und Fahrverbot

z.jol. „Schutz gegen Verkehrslärm von Straßen und Schienen" nennt die Bundesregierung einen neuen Gesetzentwurf. Herauskommen wird die Erweiterung des Bußgeldkatalogs und Verschärfung der Zulassungserlaubnis.

Mehr Subventionen – mehr Rationalisierung und Arbeitshetze

Vaterländische Werfthilfe unter Beschuß sozialdemokratischer Arbeiter

r.ped. Der Vorstandsvorsitzende der Krupp eigenen AG-Weser-Werft Ache, gab der Presse ein Interview. „Die deutschen Werften sind besser als die meisten in der Welt, ausgenommen Japan und vielleicht Südkorea. Den Rest der Schiffbauländer nehmen wir nicht allzu ernst.“ Die deutschen Werften seien um rund 30 % produktiver als die Franzosen, und sogar um rund 50% leistungsfähiger als die Engländer. „Die norwegischen, italienischen, englischen und auch die französischen Betriebe am Mittelmeer sind praktisch pleite.“

Und, damit die Sache wirklich „praktisch“, Realität, wird: „brauchen wir rund 500 Mio DM im Jahr vom Bund, aber nur für eine kurze Periode“. Dann würde sich die deutsche Werftindustrie in zwei, drei Jahren an die gegenwärtige Schiffbaukrise nur noch „mit einem wohligen Gruseln erinnern.“ Soweit Ache nach der Bremerhavener „Nordsee Zeitung“.

Nachdem wir in der KVZ Nr. 45 schon darauf hingewiesen hatten, daß es in den Tatsachen keinerlei Anhaltspunkte „für eine Erpressung der BRD als Schiffbaunation durch andere gibt“, sondern es sich im Gegenteil genau andersherum verhält, dürfte mit dieser freimütigen Aussage eines berüchtigten Werft-Betriebsführers endgültig Schluß sein damit, daß die führenden Gewerkschaftssozialdemokraten wie Otto vom Steeg, sich im Namen der IG-Metall nicht entblöden, die

Akkordvergleich 1/77 bis 5/77 zu 1/78 bis 5/78

Monat/Jahr	1/77	2/77	3/77	4/77	5/77	1/78	2/78	3/78	4/78	5/78
ges. Schiffbau	38,38	38,36	38,63	38,68	38,75	38,96	39,23	38,97	39,28	39,64
ges. Masch'bau	38,61	38,45	39,36	39,68	39,80	39,56	39,97	39,63	39,64	39,73
Reparatur u. MV	38,05	37,92	38,37	38,31	38,51	39,12	38,46	38,56	38,45	38,75
ges. Akkordlöhner	38,34	38,24	38,78	38,89	39,02	39,21	39,22	39,05	39,12	39,37
Steig. in % zu 77						0,87	0,98	0,27	0,23	0,35

Akkorddurchschnitte sind Barometer. Sind die abgegebenen Akkorde verhältnismäßig hoch oder haben sie eine steigende Tendenz, so bringen sie einen unverhältnismäßig niedrigen Tariflohn zum Ausdruck der zu vermehrter Akkordschinderei treibt. Die fast um ein Prozent höhere Verschreibung im Januar und Februar 1978 bringen das zum Ausdruck. Danach erreicht die Höhe der Durchschnittsakkorde eine Grenze – was sich in sinkenden Steigerungsraten zeigt – und zeigen die überdurchschnittlichen Schwankungen überdurchschnittliche Verkürzung der Akkordvorgaben, die nicht mehr ausgleichbar sind.

Werftkapitalisten zu „offensiverer Geschäftspolitik“ aufzufordern.

„Für 2,8 Mrd DM haben wir innerhalb von zwei Jahren subventioniert und in den gleichen zwei Jahren wurden die Arbeitsplätze von 82000 auf 58000 gesenkt. Da müssen wir *mehr* reinstecken, wenn wir mehr Arbeitsplätze erhalten wollen. Aber natürlich nur mit Bedingungen an die Unternehmer.“ Protzig klang es auf einer Veranstaltung im Rahmen einer Tour sozialdemokratischer Bundestagsmitglieder unter Leitung von Kanzleramtschef Ehmke in Bremen-Nord am 20.11. Schnell wurden denen durch die Erfahrung ihrer *arbeitenden* Parteimitglieder gleich die Grenzen gesteckt: „Bedingungen müssen gestellt werden? Was hat uns das denn alles genutzt? Technologie, Technologie, was bringt uns das denn? Da stellen sie einfach eine neue Maschine hin und entlassen acht Arbeiter. Damit können doch die kleinen Funktionäre nicht arbeiten – man zieht uns die Hose aus.“ Den, der das auf der Versammlung, vor rund 150, vorwiegend Funktionären der SPD-Ortsvereine, bzw. Betriebsgruppen sagte, hatten die Vulkankapitalisten im Alter von etwa 50 Jahren als verschlissen rausgeworfen. Ein anderer forderte das Verbot der Akkordarbeit. Den SPD-Abgeordneten wurde so vollständig das Maul gestopft.

Die Wirkungen der Subventionen – Rationalisierungen, verstärkte Auspressung der Arbeiter, Überflüssigmachung von Arbeitskräften bei gleichen oder gestiegenem Produktionsumfang – sind im Gedächtnis der Werftarbeiter.

Als Ehmke von einem KBW-Mitglied nach Unterstützung der Arbeiter im Lohnkampf, Verbot der Nacht- und Schicht- und Akkordarbeit, Ablehnung der neusten Steuerreform der Regierung und stattdessen Durchsetzung einer einheitlichen Erhöhung des Grundfreibetrages um 2000 DM gefragt wurde, konnte er nur „Demagogie, Demagogie“ in den schweigenden und gespannt wartenden Saal



NC-Brennmaschine. 1,2 Mio. Kosten, 20 Brenner „freigesetzt“, 4-facher Produktionsausstoß.

krähen um dann alsbald die Versammlung zu schließen mit den Worten „wenn ich die Wahl hätte zwischen F.J.Strauß auf der einen und dem KBW auf der anderen Seite, ich bliebe bei der SPD“. Das brachte ihm aber auch nur wenige staatstragende Klatscher ein.

VW: 6,4 Milliarden Kapital sollen profitträchtig angelegt werden

z. pee. 6,4 Mrd. „flüssiges Kapital“ haben die VW-Kapitalisten 1977/78 aufgeschatzt. 6,4 Mrd. DM die nur danach schreien, profitträchtig angelegt zu werden. Von daher liegt alles drin, und wird sich da beteiligt, wo die Geldquelle sprudelt. Nach Beteiligung an MAN, um im Lastwagenbau führend mitzumischen, haben sie solch ein Geschäft auch in Südamerika vor. Ebenfalls in Südamerika will VW zusammen mit „Puch“ Mopeds und Kleinkrafträder bauen. Jetzt wollten sich die VW-Kapitalisten mit 500 Mrd. DM in die Computerfirma Nixdorf einkaufen und 50% der Beteiligungen halten. Auf der letzten Aktionärsversammlung in Wolfsburg wurde darüber gesprochen, daß sich VW in der „Gute Hoffnungs Hütte“ einkaufen wolle, was aber vom Vorstand dementiert wurde. Die Beteiligung bei Nixdorf passt in das Rationalisierungsvorhaben und eine eventuelle Serienproduktion der von VW patentierten „Handhabungsautomaten“, sogenannter Industrieroboter, die jetzt in kleiner Stückzahl und sechs Versionen im Baukastensystem gebaut und z.B. an Mercedes verkauft werden. Die Sondierungsgespräche sind am 24.11. zunächst geplatzt. Die Börse hat daraufhin „ unruhig“ reagiert. Anscheinend haben sich die Coupon-Schneider und Spekulanten auch einen hübschen Reibach aus der Kooperation VW-Konzern – Nixdorf versprochen.

Teure Algerien-Reise eines MAN-Managers

z.anb. Mit einem 8Mrd. DM Umsatzpolster im Rücken (500 Mio. DM mehr als im Vorjahr) reiste Otto Voisard, für den Nutzfahrzeugbau zuständiges Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) nach Algerien, „neuen Aufträgen“ entgegen. Es ging um die Vervollkommnung des Warenexports von LKW und Bussen für 200 Mio. DM durch die hohe Kunst des Kapitalexports, der das Herz eines Kapitalisten erst im richtigen Rhythmus schlagen läßt. Vorerst aber stellten sich Kreislaufstörungen ein, bei Voisard; verursacht durch den extremen Stress von drei Tagen und drei Nächten, die er – wie er sich höflich ausdrückte – „in algerischem Gewahrsam“ zubringen mußte. Die Omnibusse, die die MAN-Kapitalisten an Algerien geliefert hatten, waren untauglich für Wüstenstraßen, aber genau dafür waren sie gekauft worden, für den Transport auf der Trans-Sahara-Straße über 3500 km von Algier nach Lagos (Nigeria). Der schrottreife Krempel, mit dem die MAN-Gangster einen weiteren fetten Reibach zu machen gedachten, schmälerte nun ihr „Umsatzplus“ um 3 Mio.DM. Die nämlich mußten sie zahlen, um ihren Vorstandsexperten aus dem Gewahrsam zu „befreien“. Angesichts der „harten Töne“ der algerischen Regie-

Ford-Arbeiter beschließen Beendigung des Streiks

5%-Linie klar gebrochen / Einheit der Ford-Arbeiter gewachsen / Kapitalisten können Bedingungen durchsetzen

z.mat.Liverpool. Am Mittwoch vergangener Woche haben die 57000 britischen Fordarbeiter mit eindeutiger Mehrheit die Annahme des letzten Angebots der Ford-Kapitalisten und die Beendigung ihres über achtwöchigen Streiks beschlossen. Die Gewerkschaften hatten die Annahme empfohlen. In den Betriebsversammlungen, wo über Annahme oder Ablehnung in offener Abstimmung entschieden wurde, war die Mehrheit in fast allen Werken groß. In den vier Werken von Halewood bei Liverpool, wo die Vertrauensleute zur Ablehnung aufriefen, stimmte eine Mehrheit von ca. 60% für die Annahme. Auch dort war aber vor der Abstimmung klar, daß bei Zustimmung der übrigen Betriebe der Streik auch in Halewood beendet würde.

Damit haben die Fordarbeiter ihren Streik ebenso geschlossen beendet wie sie ihn begonnen hatten. Die Ford-Kapitalisten trauern den 117000 Autos nach, die die Arbeiter nicht für sie produziert haben und die für sie einen Umsatzverlust von 1,8 Milliarden DM bedeuten. Die Fordarbeiter können ein Ergebnis verbuchen, daß beträchtlich über dem ersten Angebot liegt. Statt einer Erhöhung des Wochengrundlohns um 3,12 Pfund bis 3,92 Pfund haben sie eine Erhöhung um 5,92 Pfund bis 8 Pfund durchgesetzt. Außerdem hat Ford einen Zuschlag auf den Wochenlohn von weiteren 3,20 Pfund bis 4 Pfund zugestehen müssen, bei dem sie allerdings üble Bedingungen durchsetzen konnten.

Nachdem die Fordarbeiter vor einem Jahr die Kapitalisten schon ohne Streik zwingen konnten, ihr erstes Angebot von 10%, das der Lohnleitlinie der Regierung entsprach, zu erhöhen, und eine Lohnerhöhung von knapp 13% erreichten, haben sie durch ihren zähen und hartnäckigen Streik jetzt erreicht,

daß Ford jedes Festhalten an der gegenwärtigen Lohnleitlinie von 5% schon nach kürzester Zeit aufgeben mußte. Wesentlich beigetragen zu diesem Erfolg hatte der entschlossene zeitige Streikbeginn, der eine Lage geschaffen hatte, in der die Kapitalisten in zahlreichen europäischen Werken in Nachschubschwierigkeiten mit Autoteilen gerieten, noch bevor sich der Druck des leeren Lohnkontos kurz vor Weihnachten schädlich auf die Streikfront auswirken konnte. Die lückenlose Unterstützung durch die Seeleute und Hafenarbeiter tat ein übriges, die Kapitalisten weich zu machen.

Dem Umfang nach hatte Ford die jetzt ausgehandelte Lohnerhöhung schon vor drei Wochen angeboten. Damals, Ende Oktober, sollte der Zuschlag auf den Wochenlohn von mehreren Bedingungen abhängig sein: Unter anderem sollte jeder Arbeiter, der mehr als einmal in der Woche verspätet die Arbeit aufnimmt oder ein einziges Mal mehr als fünf Minuten zu spät kommt, den Zuschlag für die ganze Woche nicht erhalten, ebenso Arbei-

Schicht dauert, soll der Zuschlag ebenfalls für die ganze Woche entfallen.

Mit diesen Bedingungen hoffen sich die Ford-Kapitalisten ein Instrument für die Durchsetzung noch schärferer Rationalisierung geschaffen zu haben. Die Fordarbeiter sagen auch schon: „Das wird bald neuen Ärger geben“. Wie es jetzt aussieht, wird es vor allem Ärger für die Kapitalisten sein. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben: „Bei den Abstimmungen herrschte keine Jubelstimmung, aber auch keine Niedergeschlagenheit“. Die Einheit der Arbeiter ist gefestigt, die Belegschaften sind weiter kampfbereit.

Daß es trotz der Urabstimmung vor drei Wochen nun zur Annahme dieser Bedingungen gekommen ist, hat die reformistische Gewerkschaftsführung zu verantworten. Sie hatte von Anfang an nicht die Durchsetzung der Streikforderungen im Auge. In den letzten Wochen hat sie die geforderten 20 Pfund und die 35-Stunden-Woche überhaupt nicht mehr erwähnt. Möglich war ihr das, weil die Forderung nach 20 Pfund

gültig Schluß sein damit, daß die führenden Gewerkschaftssozialdemokraten wie Otto vom Steeg, sich im Namen der IG-Metall nicht entblöden, die

gleich die Grenzen gesteckt: „Bedingungen müssen gestellt werden? Was hat uns das denn alles genutzt? Technologie, Technologie, was bringt uns

pressung der Arbeiter, Überflüssigmachung von Arbeitskräften bei gleichen oder gestiegenem Produktionsumfang – sind im Gedächtnis der Werftarbeiter.

F.J.Strauß auf der einen und dem KBW auf der anderen Seite, ich bliebe bei der SPD“. Das brachte ihm aber auch nur wenige staatstragende Klatscher ein.

Ford-Arbeiter beschließen Beendigung des Streiks

5%-Linie klar gebrochen / Einheit der Ford-Arbeiter gewachsen / Kapitalisten können Bedingungen durchsetzen

z.mat.Liverpool. Am Mittwoch vergangener Woche haben die 57000 britischen Fordarbeiter mit eindeutiger Mehrheit die Annahme des letzten Angebots der Ford-Kapitalisten und die Beendigung ihres über achtwöchigen Streiks beschlossen. Die Gewerkschaften hatten die Annahme empfohlen. In den Betriebsversammlungen, wo über Annahme oder Ablehnung in offener Abstimmung entschieden wurde, war die Mehrheit in fast allen Werken groß. In den vier Werken von Halewood bei Liverpool, wo die Vertrauensleute zur Ablehnung aufriefen, stimmte eine Mehrheit von ca. 60% für die Annahme. Auch dort war aber vor der Abstimmung klar, daß bei Zustimmung der übrigen Betriebe der Streik auch in Halewood beendet würde.

Damit haben die Fordarbeiter ihren Streik ebenso geschlossen beendet wie sie ihn begonnen hatten. Die Ford-Kapitalisten trauern den 117000 Autos nach, die die Arbeiter nicht für sie produziert haben und die für sie einen Umsatzverlust von 1,8 Milliarden DM bedeuten. Die Fordarbeiter können ein Ergebnis verbuchen, daß beträchtlich über dem ersten Angebot liegt. Statt einer Erhöhung des Wochengrundlohns um 3,12 Pfund bis 3,92 Pfund haben sie eine Erhöhung um 5,92 Pfund bis 8 Pfund durchgesetzt. Außerdem hat Ford einen Zuschlag auf den Wochenlohn von weiteren 3,20 Pfund bis 4 Pfund zugestehen müssen, bei dem sie allerdings üble Bedingungen durchsetzen konnten.

Nachdem die Fordarbeiter vor einem Jahr die Kapitalisten schon ohne Streik zwingen konnten, ihr erstes Angebot von 10%, das der Lohnleitlinie der Regierung entsprach, zu erhöhen, und eine Lohnerhöhung von knapp 13% erreichten, haben sie durch ihren zähen und hartnäckigen Streik jetzt erreicht,



daß Ford jedes Festhalten an der gegenwärtigen Lohnleitlinie von 5% schon nach kürzester Zeit aufgeben mußte. Wesentlich beigetragen zu diesem Erfolg hatte der entschlossene zeitige Streikbeginn, der eine Lage geschaffen hatte, in der die Kapitalisten in zahlreichen europäischen Werken in Nachschubschwierigkeiten mit Autoteilen gerieten, noch bevor sich der Druck des leeren Lohnkontos kurz vor Weihnachten schädlich auf die Streikfront auswirken konnte. Die lückenlose Unterstützung durch die Seeleute und Hafenarbeiter tat ein übriges, die Kapitalisten weich zu machen.

Dem Umfang nach hatte Ford die jetzt ausgehandelte Lohnerhöhung schon vor drei Wochen angeboten. Damals, Ende Oktober, sollte der Zuschlag auf den Wochenlohn von mehreren Bedingungen abhängig sein: Unter anderem sollte jeder Arbeiter, der mehr als einmal in der Woche verspätet die Arbeit aufnimmt oder ein einziges Mal mehr als fünf Minuten zu spät kommt, den Zuschlag für die ganze Woche nicht erhalten, ebenso Arbeiter, die mit Zustimmung der Betriebsleitung einen Tag abwesend sind, um persönliche Dinge zu erledigen. Dieses „Angebot“ war von 20 der 23 Werke abgelehnt worden. Als Ergebnis von drei weiteren Streikwochen hat Ford die genannten Bedingungen aufgeben müssen. Gelungen ist es den Kapitalisten aber, einige Bedingungen für den Zuschlag durchzusetzen. So wird bei Arbeitsmangel wegen Streiks in anderen Abteilungen oder Betrieben des Ford-Konzerns nur der Grundlohn gezahlt. Bei Beteiligung an einem Streik, auch wenn er nur einen Teil einer Schicht dauert, soll der Zuschlag ebenfalls für die ganze Woche entfallen.

Mit diesen Bedingungen hoffen sich die Ford-Kapitalisten ein Instrument für die Durchsetzung noch schärferer Rationalisierung geschaffen zu haben. Die Fordarbeiter sagen auch schon: „Das wird bald neuen Ärger geben“. Wie es jetzt aussieht, wird es vor allem Ärger für die Kapitalisten sein. Selbst die bürgerliche Presse muß zugeben: „Bei den Abstimmungen herrschte keine Jubelstimmung, aber auch keine Niedergeschlagenheit“. Die Einheit der Arbeiter ist gefestigt, die Belegschaften sind weiter kampfbereit.

Daß es trotz der Urabstimmung vor drei Wochen nun zur Annahme dieser Bedingungen gekommen ist, hat die reformistische Gewerkschaftsführung zu verantworten. Sie hatte von Anfang an nicht die Durchsetzung der Streikforderungen im Auge. In den letzten Wochen hat sie die geforderten 20 Pfund und die 35-Stunden-Woche überhaupt nicht mehr erwähnt. Möglich war ihr das, weil die Forderung nach 20 Pfund pro Woche sehr hoch war, und deshalb gegen das letzte Ford--Angebot auch keine Einheit auf den 20 Pfund mehr möglich war.

Der Streik hat die Widersprüche in der Bourgeoisie über ihre Taktik gegen die Arbeiterklasse verschärft. Die Regierung, die zu Beginn des Streiks täglich mit Sanktionen gegen Ford und alle, die über 5% abschließen, gedroht hatte, hüllt sich in Schweigen. Diskutiert wird in der Presse, ob die Regierung keine Ford-Autos mehr kaufen soll. Die 5%-Linie rettet das auch nicht.

Teure Algerien-Reise eines MAN-Managers

z.anb. Mit einem 8Mrd. DM Umsatzpolster im Rücken (500 Mio. DM mehr als im Vorjahr) reiste Otto Voisard, für den Nutzfahrzeugbau zuständiges Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) nach Algerien, „neuen Aufträgen“ entgegen. Es ging um die Vervollkommnung des Warenexports von LKW und Bussen für 200 Mio. DM durch die hohe Kunst des Kapitalexports, der das Herz eines Kapitalisten erst im richtigen Rhythmus schlagen läßt. Vorerst aber stellten sich Kreislaufstörungen ein, bei Voisard; verursacht durch den extremen Stress von drei Tagen und drei Nächten, die er – wie er sich höflich ausdrückte – „in algerischem Gewahrsam“ zubringen mußte. Die Omnibusse, die die MAN-Kapitalisten an Algerien geliefert hatten, waren untauglich für Wüstenstraßen, aber genau dafür waren sie gekauft worden, für den Transport auf der Trans-Sahara-Straße über 3500 km von Algier nach Lagos (Nigeria). Der schrottreife Krempel, mit dem die MAN-Gangster einen weiteren fetten Reibach zu machen gedachten, schmälerte nun ihr „Umsatzplus“ um 3 Mio.DM. Die nämlich mußten sie zahlen, um ihren Vorstandsexperten aus dem Gewahrsam zu „befreien“. Angesichts der „harten Töne“ der algerischen Regierung wurde dieser nicht einmal rotzig: die geplante Errichtung von drei Werken der MAN AG in Algerien stockt.

Sonderschichten bei Daimler-Benz Bremen

z.wob. „Die Gewinne der deutschen Autoindustrie sind im Vergleich mit denen der amerikanischen Autokonzerne überaus bescheiden“, verkündete der Daimler-Benz-Chef Zahn im „Spiegel“. Für das Bremer Werk sind die Zielvorstellungen 1979 abgesteckt: 50000 Leichttransporter TN und 30000 PKW der T-Reihe. Das wäre 100% Produktionssteigerung mit einer aufgestockten Belegschaft von 4500 auf 6000 gegenüber 1978. Der Bremer Betriebsführer Zeyfang hat auch schon erklärt, wie das gehen soll: „Das Fließband müsse schneller arbeiten, wenn die Stückzahlen erhöht werden.“ Ab Januar sollen mittels analytischer Arbeitsplatzbewertung und MTM-System die Lohneingruppierungen durchforstet werden. Auf der letzten Betriebsversammlung ist das abgelehnt worden. Am 11. und 18.11. sind Sonderschichten angesetzt worden, „um die Lieferfristen zu verkürzen“. Aber so, wie die Versuche, die Bänder schneller zu stellen und die Arbeiter zu höheren Leistungen zu pressen, bislang nur zu halbfertigen Fahrzeugen, die dann nachgearbeitet werden mußten, führte, so war es mit der ersten Sonderschicht. Viele Arbeiter waren nicht erschienen. „Wir brauchen das Wochende, das hält kein Schwein sonst aus, und außerdem, was hat man schon davon? Die Abzüge bei der Weihnachtsgeldabrechnung sprechen Bände.“

Das Vorgehen: Eine Lärmgrenze festlegen (70 Dezibel tags, 60 nachts), die kaum unter der „Unannehmlichkeitsschwelle“ liegt. Die Kapitalisten treten auf und erklären den Bau leiser Motoren für „nicht wirtschaftlich“. Und: Nicht die Motoren, die Fahrer machen den Lärm. Während sowohl die Bundes- wie die Länderregierungen entschlossen sind, 18 Mrd. DM für Lärmschutz nicht zu verausgaben, unternimmt Lemmrich, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, CSU, den Vorstoß: Veränderungen an Mopeds könne man mit 100 DM oder Entzug der Betriebserlaubnis bestrafen. „Mit wenig polizeilichem Aufwand könne man viel ruhestörenden Lärm verhindern.“

Rheinwiese in „Volksgolfplatz“ umgewandelt

z.jol. Auf einem Stück Rheinwiese hat die Stadt Düsseldorf einen Golfplatz eröffnet. 300000 DM aus Steuergeldern wurden aufgewendet, um Kapitalisten und Anhang in unmittelbarer Nähe der Düsseldorfer „Geschäftswelt“ die Möglichkeit zu schaffen, beim Golfspiel zum Vorzugspreis von 5 DM (Jahresbeitrag im „Club“ ca. 650 DM) ihre festgefahrenen Geschäfte wieder flott zu machen, wofür dieses Spiel bekannt ist. Das Projekt wurde gegen den Widerstand der Anwohner durchgesetzt, denen damit ein weiterer Erholungsraum weggenommen wurde. Einweihung durch Walter Scheel und der Titel „Volks“-Golfplatz erinnern, wer bezahlt hat. Mehr mit Volk hat es nicht zu tun. Die nächste Haltestelle ist 30 Minuten weit weg.

„Terroristen fahren jetzt Bahn“ – Ausbau der Bahnpolizei

z.kea. „Die deutschen Terroristen benutzen in zunehmendem Maße öffentliche Verkehrsmittel wie Eisenbahn oder Straßenbahn,“ will das Bundeskriminalamt herausgefunden haben. „Da die Bahnpolizei keine Vollpolizei mit allen dazugehörigen Rechten und überdies kriminalistisch nicht besonders ausgebildet ist,... schulen jetzt die Sicherheitsbehörden Bahnpolizisten in besonderem Maße.“ In den wichtigsten Reisezügen und in allen Bundesbahndirektionen werden „Computer – Terminals“ (Anschlüsse an den Bundespolizeicomputer in Wiesbaden) installiert. Einsatzübungen mit Zugstops, Personenkontrollen und Durchsuchung finden bereits statt. Die Bahnpolizei soll jetzt wie die *Vollpolizei* ausgebaut und auf Vordermann gebracht werden. Mit einer Änderung des Polizeirechts, soweit es die Tätigkeit der Bahnpolizei auf das Bahngelände beschränkt, ist zu rechnen.

Statt Jesus jetzt Rausschmeißer

z.mif. Die Kriminaler-Sonnenbrille und das Zionistenkäppchen hat er wieder an den Kostümverleih zurückgegeben. Vor dem Verein der Auslandspresse ließ er seinen glotzäugigen Blick frei über den Erdball schweifen. „Der Kanzler hat gegen alle polemisiert, besonders gegen die, die im Ausland weiter ein, wie man in Bonn sagt, entstelltes Bild von Deutschland verbreiten... Im Krieg gegen die ‚übertriebene Kritik‘, die gegen sein Land vorgebracht wird, hat Schmidt gesagt, er werde von jetzt ab nicht zulassen, daß auch Länder, die Kredite von der Bundesbank kriegen wollen, wie die der Dritten Welt, dann Deutschland von der Tribüne der Vereinten Nationen beleidigen.“ (Corriere della Sera, 15.11.) Die Stiefel will er sich lecken lassen, ehe er sich zur Ausbeutung bereit findet. Im Traum sieht er sich als eine Mischung aus Cecil Rhodes und Rausschmeißer auf der Reeperbahn. Mit der Reitpeitsche in die UNO... Das 3. Komitee der 33. Vollversammlung der UNO hat am 16. November jede Zusammenarbeit mit den Rassistenregimes in Südafrika scharf verurteilt, gegen sieben Stimmen, darunter Westdeutschland.

Die Kirche soll Mut zum Spielverderben haben

z.chs. ,,Die christlichen Kirchen sollen sich mehr denn je als ,Bohrender Stachel im Fleisch falscher Gewißheiten von Wachstum, Fortschritt, Wissenschaft und politischen Heilslehren – wie z.B. eines anthropologisch verblendeten Kommunismus'... verstehen.'' Sie werden aufgerufen, ,,mit aller Macht die großen Spielverderber zu sein und bewußt zu machen, daß Politik und Technokratie das Heil des Menschen nicht verwirklichen können.'' Remmers, Niedersächsischer Kultusminister, erst jüngst in Erscheinung getreten als Streiter gegen die ,,Staatsverdrossenheit'' der Massen mit seiner Kampagne gegen die ,,viel zu komplizierten Schulbücher'', hat den Massen gedroht, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen, damit endlich ein großer Schritt voran gemacht werden kann in der billigeren Produktion billigerer Arbeitskräfte. Jetzt hat er seinen Mitstreitern die Aufgaben gewiesen: Am 21. Oktober sprach er vor der Evangelischen Akademie in Loccum, am 13. November nahm er sich die Bischöfliche Akademie des Bistums Aachen vor. Während der Minister gegen die ,,Konsumkartelle'' und ,, Bedürfnisproduzenten'' wettert, die ,,ständig und immer lauter die Illusion eines Himmels auf Erden und damit die vermeintliche absolute Freiheit... suggerieren'' und es beklemmend findet, daß ,,immer mehr Jugendliche bewußt und gewollt in die innere Emigration auf Tauchstation gingen'', hat die evangelische Landeskirche Hannover dienstbeflissen ein Erziehungskonzept für die Vorschulerziehung, die weitgehend unter ihrer Fuchtel steht, vorgelegt. Duldsamkeit ist ihr oberstes Erziehungsziel. – Durch Unterwerfung verhindern, daß die Arbeiterklasse, die die erste Produktivkraft ist, die Produktionsmittel, die sie ja schafft, auch beherrscht. Dumm gehalten werden sollen die Massen durch ,,einfache Schulbücher'' und viel Evangelium, damit sie den Pfaffen glauben, daß die Technologie sie unterdrückt und ausbeutet und nicht die Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen und für sie ihren Profit schaffen lassen.

Familienprobleme? Am besten durch staatliche Familienberatung zu lösen?

z.haw. Mit einer zweiseitigen Anzeige in ,,Bild am Sonntag'' fragt das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, ob man das Beste aus seiner Familie machen würde. Über ein Fragespiel soll den Volksmassen nachgewiesen werden, daß sie nicht in der Lage sind, Fragen der Erziehung ihrer Kinder sowie Eheprobleme selbständig zu lösen und deshalb staatliche Familienberatung auf jeden Fall notwendig

Jugendliche bewußt und gewollt in die innere Emigration auf Tauchstation gingen'', hat die evangelische Landeskirche Hannover dienstbeflissen ein Erziehungskonzept für die Vorschulerziehung, die weitgehend unter ihrer Fuchtel steht, vorgelegt. Duldsamkeit ist ihr oberstes Erziehungsziel. – Durch Unterwerfung verhindern, daß die Arbeiterklasse, die die erste Produktivkraft ist, die Produktionsmittel, die sie ja schafft, auch beherrscht. Dumm gehalten werden sollen die Massen durch ,,einfache Schulbücher'' und viel Evangelium, damit sie den Pfaffen glauben, daß die Technologie sie unterdrückt und ausbeutet und nicht die Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen und für sie ihren Profit schaffen lassen.

Familienprobleme? Am besten durch staatliche Familienberatung zu lösen?

z.haw. Mit einer zweiseitigen Anzeige in ,,Bild am Sonntag'' fragt das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, ob man das Beste aus seiner Familie machen würde. Über ein Fragespiel soll den Volksmassen nachgewiesen werden, daß sie nicht in der Lage sind, Fragen der Erziehung ihrer Kinder sowie Eheprobleme selbständig zu lösen und deshalb staatliche Familienberatung auf jeden Fall notwendig ist. In der Anzeige wird so getan, als ob alle Widersprüche, die in der Familie auftreten können, Widersprüche der Volksmassen untereinander seien. Die Produktionsverhältnisse, denen sie tatsächlich entstammen, werden nur in einer Frage angeschnitten: ,,Vater ist so überbeschäftigt, daß er kaum Zeit für die Familie hat. Was meint er dazu?'' Drei Antworten sind zugelassen. ,,1. Bei euren Ansprüchen muß ich ja so schuften. 2. Statt zum Frühschoppen geh' ich am Sonntag mal mit dem Jungen in den Zoo. 3. Ich muß ja schließlich vorankommen.'' – Die Arbeiterklasse lebt zu üppig, will man uns mit der 1. Antwort weismachen. Die Stahlarbeiter, die gerade für Streik im Lohnkampf gestimmt haben, sind da ganz anderer Meinung, deshalb bekommt man auch nur einen Punkt. Zwei Punkte gibt es, wenn man sich zum Antreiber machen läßt. Aber noch besser ist es halt, wenn der Vater einsieht, daß es der Frühschoppen ist, und nicht Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit, die keine Zeit für die Familie lassen. Löst die Familie alle Fragen in diesem Sinne, bedarf sie keiner staatlichen Bespitzelung durch eine Familienberatung mehr, sondern ist geeignet, selbt als Spitzel zu fungieren. ,,Sie sind sicher der richtige Partner für eine Nachbarschaftsinitiative.'' – Um herauszukriegen, wie das Bespitzelungssystem den Volksmassen am besten verkauft werden kann, soll zu guter letzt an einem Preisausschreiben teilgenommen werden können, bei dem drei Flüge für die ganze Familie gewonnen werden können. Man braucht nur aufzuschreiben, was mar von der Familie erwartet, ,,Schutz, Wärme, Liebe. Oder?''

Die Saarbergwerke richten eine ganze Region zugrunde

z.bef./els. 1957 wurden die saarländischen Kohlegruben in die staatliche ,,Saarbergwerke AG'' überführt. Seitdem der Staat die Produktion in eigene Regie genommen hat und selbst zum Kapitalisten geworden ist, hat er zielstrebig begonnen, den Kohlebergbau zu rationalisieren.

Mit den seither vorgenommenen 10 Grubenstillegungen sind 43000 Bergarbeiter wegrationalisiert worden. Der Raubbau an Arbeitskraft und Lohn ging einher mit der Zugrunderichtung einer ganzen Region. Ohne Wiederverfüllen der leeren Stollen werden die vielschichtig übereinanderliegenden Kohleflöze bis heute im Raubbau abgebaut. Von den heute noch in Betrieb befindlichen 5 Kohlegruben werden zu den stillgelegten Gruben Durchbrüche getrieben, um den Einsatz an Arbeitskraft und Maschinerie möglichst gering zu halten und damit den Profitvorteil zu wahren. Z.B. fallen dadurch sämtliche Grubeneinfahrtsanlagen weg. An Brutalität und Kaltblütigkeit hat es den Saarbergwerken bisher nicht gefehlt, für die daraus unvermeidlichen Bergschäden die Volksmassen in der Region bluten zu lassen.

Schiefstehende Häuser mit großen Rissen, mit Kellern, die mit vielen Grubenstempeln abgestützt sind und aussehen wie ein Grubenlehrstollen, Häusern, bei denen man nicht mehr zur Haustüre hineingehen kann, bei denen die Fensteröffnungen mit Balken und Brettern abgestützt sind, so sieht es in der Ortschaft Saarbrücken-Altenkessel aus unter der die Stollen der Grube Luisenthal verlaufen. ,,Die ,Entschädigung' der Saarbergwerke besteht darin, daß sie in regelmäßigen Abständen mittels eines Druckverfahrens Putz an die Wände sprühen'', berichtete uns eine Bewohnerin dieser Häuser. In einigen Häusern sind die Riße in den Häuserwänden so groß, daß man sich von Haus zu Haus sehen und miteinander sprechen kann. Ein Teil der Häuser sind Reihenhäuser, die sich Arbeiter vom Mund abgespart und von der Stadt Saarbrücken gekauft haben. Schritt für Schritt werden die Arbeiter aus den Häusern getrieben und müssen zusehen, daß sie bei Bekannten, Verwandten oder den Kindern unterkommen. Zum großen Teil sind dem kostspielige Renovierungsmaßnahmen vorausgegangen, mit denen das letzte Ersparte verloren ging oder es mußten Kredite aufgenommen werden. ,,Es steht überhaupt nicht fest, was wir an Entschädigung kriegen. Wir müssen uns selbst Ersatz suchen, aber finden Sie heutzutage mal was Billiges. Auf alle Fälle bekommen wir lange nicht mehr das, was wir an Schweiß und Geld reingesteckt haben. Jetzt haben wir erst eine neue Tür reinsetzen müssen, weil die alte überhaupt nicht mehr geschlossen hat und 5500 DM für Platten bezahlen müssen, die durch die Erdbewegungen gesprungen sind. Die Haustür paßt nicht richtig, weil die Platten noch fehlen. Wir legen Nachts Decken vor die Tür, trotzdem zieht es wie verrückt und verursacht natürlich enorme Heizkosten''. Entschädigung dafür gibt es nicht.

Mit widerlichen Methoden versuchen die Saarbergwerke die Entschädigungspflicht, die im ,,Allgemeinen Berggesetz für die preußischen Staaten vom 24.6.1865'' festgelegt ist, zu umgehen bzw. so gering wie möglich zu halten. Bewohner aus Altenkessel berichteten, daß die Saarbergwerke in einzelnen Fällen eine Schadensregulierung abgelehnt hätten solange die Gefahr besteht, daß sich weitere Bergschäden einstellen. Genau wissentlich, ,,daß in den meisten Fällen ein Abriß unumgänglich sei'' (Schlicker, Bergschadensbeauftragter der Saarbergwerke), versuchen sich die Saarbergwerke mit ausgekochten Betrügereien. ,,Vor zwei Jahren sind die schon mal hier gewesen. Damals hat man noch gar keine Riße und Verschiebungen gesehen. Sie haben mir dann 70000 DM angeboten. Sie haben gesagt, eventuell könne mal was passieren und wenn ich aus dem Haus rausgehe, könne man die anderen Häuser retten... Jetzt hat man gesagt, wir bekommen ca. 110000 DM, vielleicht auch ein bißchen mehr'', berichtete uns eine 84jährige Rentnerin. Daß die Saarbergwerke solche Summen anbieten müssen, ist das Ergebnis eines langandauernden Kampfes der Bevölkerung in Altenkessel.

Mit Bildung von ,,Interessensgemeinschaften'' versucht die Sozialdemokratie die Organisierung einer Front gegen die Saarbergwerke zu verhindern. Große Erfolge haben sie damit bisher nicht erzielen können. ,,Die machen viele und große Worte und tun so gut wie nichts, außer tönen, durch ihre Arbeit wäre schon viel erreicht worden, daß wir überhaupt etwas kriegen. Sie sagen dann, wenn wir zuviel unternehmen, zahlen die Saarbergwerke nachher überhaupt nichts'', berichtete uns ein Arbeiter. Die CDU propagiert, in Zusammenarbeit mit den Saarbergwerken müsse man eine ,,volkswirtschaftliche Lösung'' finden.



Druckindustrie: Gehaltstarifvertrag für Angestellte in Vorbereitung

Streichung der unteren Lohngruppen, ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag!

z.bew. Für die Angestellten in der Druckindustrie hat die IG Druck und Papier die Manteltarifverträge gekündigt. An die Stelle der bislang für die einzelnen Landesbezirke unterschiedlichen Manteltarifverträge soll nun ein einheitlicher Tarifvertrag treten. Parallel dazu hat der Vorstand der IG Drupa einen Vorschlag für eine neue Gehaltstarifstruktur den Mitgliedern zur Diskussion vorgelegt. In der Gehaltstarifstruktur sind die Gehaltsgruppen mit ihren Arbeitsanforderungs- und Qualifikationsmerkmalen festgelegt, die die Grundlage für die Gehaltstarifverträge bilden. Die bestehenden Gehaltstarifstrukturen und Gehaltstarifverträge sind bislang ebenfalls unterschiedlich in den einzelnen Landesbezirken der Druckindustrie.

Der ,,Entwurf Gehaltsstruktur kaufmännische und technische Angestellte in der Druckindustrie'' wurde von ei-

dustrie gegen die Rationalisierungs- und Lohnraubmaßnahmen der Kapitalisten bei der Einführung der ,,Neuen Techniken'' konnten nicht verhindern, daß dieser Vertrag den Kapitalisten vielfältige Möglichkeiten bietet zur weiteren Rationalisierung und zum Lohnabbau. Nachgesetzt haben die Kapitalisten direkt mit einem 5%igen Lohnraubabschluß.

Der Entwurf für eine neue Gehaltstarifstruktur ist die Fortsetzung dieser Politik der Unterwerfung unter die Interessen der Druckkapitalisten. Gezwungen durch Beschluß des letzten Gewerkschaftstages, einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Angestellten in der Druckindustrie abzuschließen, haben es diese ,,linken'' Vorreiter genutzt, einen Entwurf vorzulegen, der die bestehende Spaltung weiter vertieft und den Kapitalisten die Möglichkeiten

gruppierungen vorzunehmen, so etwa bei den Stenotypistinnen, die bisher nach dem Hessischen Gehaltstarif in K2 oder K 3 eingruppiert werden konnten, und jetzt nach G2 bezahlt werden sollen, was einen Lohnabbau bis zu 340 DM bedeuten kann. Gleichzeitig kann ein kleiner Teil, wie die Kalkulatoren, bisher K3, höhergruppiert werden in G4, was ihnen ein Plus von 310 DM einbringt.

Die bestehende Spaltung vertiefen, für einen Teil Festschreiben eines Hungerlohnes, einen anderen runterdrücken und einem kleinen Teil die Hoffnung auf Höhergruppierung eröffnen, das ist die Wirkung dieses Entwurfs. Die Spaltung bei der Bildschirmarbeit, die im RTS-Vertrag zwischen Texterfassern und Textgestaltern gemacht wurde, wird hier vertieft: Maschinensetzer am Perforator oder der Fotosatzmaschine mit einem bisherigen Tarifgrundlohn von 2221,88 DM können nach G3 (Texterfasser) mit 1850 bis 2221 DM oder Textgestalter (G4) mit 2222 bis 2500 DM bezahlt werden.

In der Diskussion in der IG Drupa und in den Betrieben der Druckindustrie kommt es jetzt darauf an, die geplanten Auswirkungen der neuen Gehaltsstruktur an den Beispielen aus den eigenen Betrieben zu untersuchen und Forderungen aufzustellen, die den Spaltungsabsichten und Lohnabbauplänen der Kapitalisten entgegenstehen.

BAföG ist das Ziel – Gesetzentwurf

sehen wie ein Grubenlehrstollen, Häusern, bei denen man nicht mehr zur Haustüre hineingehen kann, bei denen die Fensteröffnungen mit Balken und Brettern abgestützt sind, so sieht es in der Ortschaft Saarbrücken-Altenkessel aus unter der die Stollen der Grube Luisenthal verlaufen. ,,Die ,Entschädi-

Platten noch fehlen. Wir legen Nachts Decken vor die Tür, trotzdem zieht es wie verrückt und verursacht natürlich enorme Heizkosten''. Entschädigung dafür gibt es nicht.

Mit widerlichen Methoden versuchen die Saarbergwerke die Entschädi-



Druckindustrie: Gehaltstarifvertrag für Angestellte in Vorbereitung

Streichung der unteren Lohngruppen, ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag!

z.bew. Für die Angestellten in der Druckindustrie hat die IG Druck und Papier die Manteltarifverträge gekündigt. An die Stelle der bislang für die einzelnen Landesbezirke unterschiedlichen Manteltarifverträge soll nun ein einheitlicher Tarifvertrag treten. Parallel dazu hat der Vorstand der IG Drupa einen Vorschlag für eine neue Gehaltstarifstruktur den Mitgliedern zur Diskussion vorgelegt. In der Gehaltstarifstruktur sind die Gehaltsgruppen mit ihren Arbeitsanforderungs- und Qualifikationsmerkmalen festgelegt, die die Grundlage für die Gehaltstarifverträge bilden. Die bestehenden Gehaltstarifstrukturen und Gehaltstarifverträge sind bislang ebenfalls unterschiedlich in den einzelnen Landesbezirken der Druckindustrie.

Der ,,Entwurf Gehaltsstruktur kaufmännische und technische Angestellte in der Druckindustrie'' wurde von ei-ner Expertenkommission der IG Drupa am 2.10.1978 erstellt und vom Hauptvorstand am 13.10. vorgelegt. Die Diskussion soll im Dezember abgeschlossen sein, wo der Vorstand Beschluß faßt und den Vertragstext im Januar den Kapitalisten vorlegen will.

Die Arbeiter und Angestellten in der Druckindustrie haben ihre bitteren Erfahrungen mit den Tarifabschlüssen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung in der IG Drupa gemacht, die sich selbst gern als ,,linker'' Vorreiter im DGB aufspielt. Erst im Frühjahr haben sie mit dem Abschluß des ,,Tarifvertrages über Einführung und Anwendung rechnergesteuerter Textsysteme (RTS)'' den Kapitalisten Tor und Tür geöffnet, die Ausbeutung an den Bildschirmgeräten weiter zu verschärfen, indem sie die Forderung nach einer Beschränkung der Anzahl der Zeichen ersatzlos fallen ließen und haben die Lohnraubabsichten der Kapitalisten unterstützt, indem sie die Spaltung weiter vertieft haben: anstelle einer einheitlichen Regelung für *alle* im rechnergesteuerten Textsystem arbeitenden Arbeiter und Angestellten haben sie die vorhandene Aufsplitterung des Lohngefüges weiter getrieben, so daß neben die verschiedenen Angestelltenlohngruppen nun noch die ,,Angestellten'' treten, die nach ihrem alten Maschinensetzer-, Korrektoren- oder Facharbeiterlohn einschließlich der Zulagen bezahlt werden. Durch die schrittweise Angleichung der Facharbeiterentlohnung an die Gehaltsgruppen über die nächsten sieben Jahre werden diese nochmals aufgesplittert. Jahrelange Auseinandersetzungen und ein dreiwöchiger Streik in der Druckin-

dustrie gegen die Rationalisierungs- und Lohnraubmaßnahmen der Kapitalisten bei der Einführung der ,,Neuen Techniken'' konnten nicht verhindern, daß dieser Vertrag den Kapitalisten vielfältige Möglichkeiten bietet zur weiteren Rationalisierung und zum Lohnabbau. Nachgesetzt haben die Kapitalisten direkt mit einem 5%igen Lohnraubabschluß.

Der Entwurf für eine neue Gehaltstarifstruktur ist die Fortsetzung dieser Politik der Unterwerfung unter die Interessen der Druckkapitalisten. Gezwungen durch Beschluß des letzten Gewerkschaftstages, einen einheitlichen Tarifvertrag für alle Angestellten in der Druckindustrie abzuschließen, haben es diese ,,linken'' Vorreiter genutzt, einen Entwurf vorzulegen, der die bestehende Spaltung weiter vertieft und den Kapitalisten die Möglichkeiten zu Runtergruppierungen und sonstigen Formen des Lohnabbaus bietet. Eine bundeseinheitliche Regelung nützt den Angestellten der Druckindustrie wenig, wenn damit die niedrigen Löhne der alten Verträge und die bestehende Spaltung festgeschrieben wird – im Gegenteil, sie zerren dadurch einen Teil der Angestellten auf das ,,Durchschnittsniveau'' zurück, aus dem die Gehaltsangaben errechnet wurden. Die unteren Gehaltsgruppen sind in dem Entwurf nicht gestrichen, wie es von vielen Belegschaften und gewerkschaftlichen Körperschaften gefordert wird. Die bisherigen unteren Gehaltsgruppen K1 und K2 tauchen mit nahezu gleichen Qualifikations- und Arbeitsanforderungen als G1 und G2 wieder auf: bisher K1 zwischen 1145 DM (nach vollendetem 18. Lebensjahr – hessischer Gehaltstarif –) und 1544 DM (nach 28. Lebensjahr) – jetzt G1 zwischen 1300 DM (bei erstmaliger Eingruppierung) und jetzt 1758 DM (nach 2jähriger Tätigkeit); bisher K2 zwischen 1323 und 1758 DM – jetzt G2 zwischen 1600 und 1850 DM. Ein solcher Hungerlohn zwischen etwa 950 und maximal 1200 DM netto soll für Angestellte mit ,,abgeschlossener Berufsausbildung'' und für Arbeiten, ,,deren Verrichtung Genauigkeit und Konzentration erfordert'', so der Vertragsentwurf des IG Drupa Vorstandes, gezahlt werden. Trotz Absatz 5 der ,,Allgemeinen Bestimmungen'', in dem festgehalten wird, daß keine Runtergruppierung stattfinden darf, werden über die Qualifikationsmerkmale und die Richtbeispiele den Kapitalisten tarifvertragliche Regelungen vorgeschlagen, die es ihnen ermöglichen, etwa über Änderungskündigungen Ab-

gruppierungen vorzunehmen, so etwa bei den Stenotypistinnen, die bisher nach dem Hessischen Gehaltstarif in K2 oder K 3 eingruppiert werden konnten, und jetzt nach G2 bezahlt werden sollen, was einen Lohnabbau bis zu 340 DM bedeuten kann. Gleichzeitig kann ein kleiner Teil, wie die Kalkulatoren, bisher K3, höhergruppiert werden in G4, was ihnen ein Plus von 310 DM einbringt.

Die bestehende Spaltung vertiefen, für einen Teil Festschreiben eines Hungerlohnes, einen anderen runterdrücken und einem kleinen Teil die Hoffnung auf Höhergruppierung eröffnen, das ist die Wirkung dieses Entwurfs. Die Spaltung bei der Bildschirmarbeit, die im RTS-Vertrag zwischen Texterfassern und Textgestaltern gemacht wurde, wird hier vertieft: Maschinensetzer am Perforator oder der Fotosatzmaschine mit einem bisherigen Tarifgrundlohn von 2221,88 DM können nach G3 (Texterfasser) mit 1850 bis 2221 DM oder Textgestalter (G4) mit 2222 bis 2500 DM bezahlt werden.

In der Diskussion in der IG Drupa und in den Betrieben der Druckindustrie kommt es jetzt darauf an, die geplanten Auswirkungen der neuen Gehaltsstruktur an den Beispielen aus den eigenen Betrieben zu untersuchen und Forderungen aufzustellen, die den Spaltungsabsichten und Lohnabbauplänen der Kapitalisten entgegenstehen.

BAföG ist das Ziel – Gesetzentwurf zur Krankenpflegeausbildung

r.san. Die Bourgeoisie hat vor, alle Auszubildenden im Gesundheitswesen auf BAföG herabzudrücken, was ihr bei den Krankengymnastik-, MTA- und Diätschülern bereits gelungen ist. Alle Referentenentwürfe, die das Ziel hatten, auch die Krankenpflegeschüler auf BAföG zu setzen, mußten auf Grund ihres Widerstandes zurückgenommen werden. Im Gesetzentwurf ist über die Vergütung nichts gesagt. Im Berufsbildungsgesetz, von dem einige Paragraphen angewendet werden sollen, heißt es dazu, daß eine ,,angemessene Vergütung zu gewähren'' ist (§10). Ganz bewußt ist dies offen gehalten ebenso wie der Status, weil das Ziel ,,BAföG'' heißt, und die Bourgeoisie weiß, auf was für einen Widerstand sie stoßen wird, würde sie ihre Pläne offen verkünden.

Weiter ist geplant, die Krankenpflege- und Hebammenausbildung zusammenzulegen, womit die Ausbildung der Hebamme um ein Jahr verlängert wird. Nach einem Jahr gemeinsamen theoretischen Unterrichts sollen sie zwei Jahre lang den Stationen als billigste Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Mit dieser Trennung soll der Zusammenschluß untereinander, der mit dem Blockunterricht und dem wöchentlichen Unterrichtstag da ist, verhindert werden. Ferner sollen die freien Hebammen abgeschafft und unter die Knute des öffentlichen Dienstherrn gebracht werden: waren sie für die gesamte Schwangerschaft, Geburt und Nachsorge da ,,sollen sie jetzt nur noch für den Geburtsvorgang zuständig sein.''

In Dortmund fand am 16.11. eine Demonstration gegen die dort geplante Anrechnung im Planstellenplan von Krankenpflegeschülern statt. Von der SV der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken Kiel ist dazu eine Solidaritätserklärung abgeschickt worden.

Die Nichtanrechnung auf den Planstellenplan sowie die Rücknahme der Lohnkürzungen vom letzten Jahr forderten auch die Krankenpflegeschüler des Friedrich-Ebert-Krankenhauses auf ihrer letzten Vollversammlung. Ständig betreibt die Bourgeoisie Angriffe auf den Lohn der Krankenpflegeschüler. Erst Anfang des Jahres mußten sich die Schüler der Krankenpflegeschule der Universitätskliniken Kiel die Lehrmittelfreiheit erkämpfen. Jetzt hat sich bei der vorletzten Lohnabrechnung herausgestellt, daß die Schüler in ihrem Schulmonat Lohndifferenzen von bis zu 10 DM hatten, weiter ist ihnen der Steuerfreibetrag von 400 DM nicht im November zusammen mit dem Weihnachtsgeld angerechnet worden. Nachdem der Sachbearbeiter von der Hauptverwaltung sich mehrmals mit fadenscheinigsten Vorwänden vor einer Rechtfertigung vor der Klasse gedrückt hat, wird es richtig sein, ihn mit der Klasse selbst aufzusuchen, um ihn zur Zurücknahme dieser Maßnahmen zu zwingen. Noch vor Weihnachten wollen die Krankenpflegeschüler eine Veranstaltung zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung machen.

Was die Fünf Gangster wollen

z.bep. Mit der gewöhnlichen Dreistigkeit, die zu Beginn der Lohnbewegungen auf ihrer Seite noch herrscht, hat die Professorenmaffia dem Programm der Kapitalisten für die Lohnkämpfe ein wissenschaftliches Gewand geliehen. Erörtert wird die Konkurrenz-Situation des BRD-Imperialismus. Sie wird für günstig gehalten. Trotz Dollar-Abwertung konnte durch Verbilligung der Rohstoffe und Erhöhung des Ausbeutungsgrads der Weltmarktanteil behauptet werden. Der Verlauf der Lohnauseinandersetzungen wird entscheiden, wie ergiebig sich die Profitmacherei weiterhin gestaltet. „Breite Zustimmung“ hat das Gutachten gefunden bei denen, die es bestellt haben. Die Gewerkschaftssozialdemokratie hat noch nicht viel zu entgegnen gewußt. Sie muß stets vor der bürgerlichen Wissenschaft auf dem Bauch liegen, deren Ausgangspunkt sie teilt: die Ideologie vom Gemeinwohl, in dem die Gegensätze der Klassen aufgehoben sind.

Lohnerhöhungen unter Vorjahr

„Als wichtigste Aufgabe bleibt bestehen, von der Kostenseite her eine solide Basis für ein kräftigeres Wachstum zu schaffen. Damit stellt sich erneut die Frage, ob nach wie vor die Notwendigkeit besteht, die Reallöhne zu korrigieren... Wenn allerdings Unterbeschäftigung herrscht ... und gleichzeitig festgestellt werden muß, daß die realen Lohnstückkosten auf einem Niveau sind, bei dem es Vollbeschäftigung in der Bundesrepublik noch nie gegeben hat, so läßt sich die Vermutung nicht einfach von der Hand weisen, daß das Kostenniveau korrigiert werden muß.“ „Als Grundlinie für die Lohnpolitik im Jahr 1979 halten wir Tarifabschlüsse für angemessen, die im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt unter denen des Jahres 1978 liegen... Unserer Prognose haben wir allerdings Tarifabschlüsse als Annahme zugrunde gelegt, die nur etwas niedriger sind als die von 1978. Wenn schon ein größerer Schritt zur Verbesserung der Angebotsbedingungen nicht erreichbar sein sollte, so wäre es doch im Interesse von Investitionen und Beschäftigung geboten, die Lohnpolitik der kleinen Schritte in Richtung auf eine allmähliche Korrektur des Kostenniveaus fortzusetzen.“

Arbeiter: Tag und Nacht einsatzbereit

„Minderung des Kostendrucks“, das heißt höhere Profiterwartung – das ist das entscheidende Ziel der Kapitalisten. „Es müssen jedoch günstige Angebotsbedingungen hinzukommen, wenn der Aufschwung nachhaltig als von Wachstumsdynamik bestimmt sein soll.“ „Da die Zunahme der Produktion über das Wachstum des Produktionspotentials... hinausgehen wird, zeichnet sich erstmals seit 1976 wieder eine Zunahme des Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten ab. Auch dies wird die Investitionsbereitschaft festigen... Es ist indes schwer abzuschätzen, wie viele Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden. Der Produktivitätszuwachs ist keine feste Größe, sondern ergibt sich aus dem Wechsel von Kapazitätsauslastung, technischem Fortschritt, Kostendruck und anderen Faktoren.“ „Günstige Angebotsbedingungen“ sind also: niedrige Löhne, verbesserte Auslastung der Kapazität der Maschinerie zur Einsaugung von Mehrarbeit rund um die Uhr, technischer Fortschritt – d.h. ein gesteigertes Niveau der Schweißauspressung.

Durch indirekte Steuer und Versicherungsbetrug auch noch die Ärmsten bestehlen

Lob für die Steuerpolitik der Regierung: „Was im vergangenen Jahr an finanzpolitischen Entscheidungen gefallen ist und was in diesem Jahr noch an Entscheidungen erwartet werden kann, führt zusammengenommen zu beachtlichen Steuersenkungen. Hierin kann man eine Antwort auf Probleme der Besteuerung sehen, die seit Jahren bestehen, sich über die Zeit verschärft haben, bisher jedoch nicht oder nur in Teilen grundsätzlich angegangen worden sind. Als besondere Aufgabe stellt sich für die Steuerpolitik, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung auf mittlere Sicht zu verbessern.“ Senkung der Steuern auf Profit, Erhöhung der Mehrwertsteuer, die den Ärmsten noch plündert – das ist die Anwort auf die „Probleme der Besteuerung“. Matthöfer hat das als Unterstützung der Mehrwertsteuererhöhung erfreut vermerkt. Weiter so! heißt es: „Der Staat könnte außerdem im Rahmen der Reform des Steuersystems weitere Möglichkeiten nutzen, den Unternehmen die Übernahme von Risiken zu erleichtern.“ Ermutigung auch für Ehrenbergs Kostendämpfung: „Bei den Sozialversicherungen werden sich dagegen infolge der Sanierungsmaßnahmen Einnahmen und Ausgaben nahezu ausgleichen“ (alle Zitate: Jahresgutachten des Sachverständigenrats).



Die Stahlkapitalisten glauben anscheinend, auch nach der Urabstimmung mit Spielchen durchzukommen. Anstatt die sowieso billige Lohnforderung von 5% zu bezahlen und sich glücklich zu preisen, daß es nicht mehr war, boten sie 3% und statt Arbeitszeitverkürzung Urlaub. – Vermutlich vermeinen die Stahlkapitalisten, jetzt durch Aussperrung was zu erreichen. Spätestens damit werden sie selber den Anstoß zu einer politischen Bewegung gegeben haben, die das Verbot der Conti-Schichten, das Verbot der Nachtarbeit und der Überstunden durchsetzen kann, und mit den dauernden Lohnsenkungen, die in der Stahlindustrie besonders drückend waren, wird Schluß sein.

IG-Metall: Sozialdemokraten wirbeln Forderungschaos auf! Entwürdigendes Durcheinander bei den Tarifkommissionen / Vereinheitlichung tut not!

z.maf. Die kämpfende Arbeiterbewegung hat in den letzten Jahren immer besser verstanden, daß sie sich auf Forderungen vereinheitlichen muß, um den Kapitalisten widerstehen zu können. In dem Maße, in dem die Bewegung selber ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen klärt, muß die Sozialdemokratie versuchen, künstliches Chaos zu stiften. Ein starkes Stück in dieser Hinsicht vollführt zur Zeit die IG Metall Spitze.

Mittwoch vergangener Woche wurde im „Nordverbund“ der IG Metall, – das betrifft die Gegend um Kiel, Hamburg und Bremen –, eine Forderung aufgestellt, deren Hauptteile sind: 6%, mindestens aber 86 DM Lohnerhöhung, unter 18 Lebensjahren 26 Tage Urlaub, unter 25 Lebensjahren 25 Tage Urlaub, unter 30 Lebensjahren 28 Tage Urlaub und über dreißig dann 30 Tage Urlaub. Zwei Tage später, am Freitag also, tritt die Tarifkomission für die Tarifbezirke Baden-Württembergs, wo Franz Steinkühler wirkt, zusammen und beschließt in der Hauptsache: 6,5% Lohnerhöhung und 30 Tage Urlaub für alle gleich.

Diese Forderungen sind nicht nur verschieden und schon gleich gar nicht nur verschieden *hoch*. Sie sind sozusagen direkt gegeneinander aufgestellt worden. Die Mindestforderung im Nordverbund greift in die Entlohnungsstruktur ein, wenngleich diese Mindestforderung so niedrig ist, daß sie bloß gegenüber einer 3,5% oder 4% Abschlußdrohung spannend wird, so hat sie offenbar gerade darin eine gewisse *praktische Bedeutung*. Die schräge Urlaubsforderung ist bestens geeignet, die IG-Metall lächerlich zu machen, dies spätestens dann, wenn bei Stahl mehr angeboten wird, was prompt geschah. – Die reine Prozentforderung in Baden-Württemberg ist beschönigt mit der Forderung nach Streichung der Lohngruppen 1 und 2, eine dort oft aufgestellte und immer als Verhandlungsobjekt verschobene Angelegenheit. Franz Steinkühler konnte die Tarifkomission denn auch nur mit knapper Not in sein Forderungspapier einwickeln: 101 Für- und 94 Gegenstimmen zeigen doch, daß Steinkühler auch nicht mehr machen kann, was er will, und das, was er noch machen kann, vielleicht nicht mehr allzu lange machen wird.

In diesen Tagen werden die verbleibenden Tarifkomissionen der IG-Metall beschließen. Wird es so weiter gehen? Werden sie alle mißbraucht werden zur Plazierung von Forderungen, die der kämpfenden Arbeiterbewegung auf der einen Seite entgegenkommen, um sie auf der anderen Seite beliebigen Machenschaften der Kapitalisten auszuliefern? Manches spricht dafür. Man soll aber nicht übersehen, daß in dem gegenwärtigen Chaos sich doch auch interessante Entwicklungen abzeichnen. Es kann ja nicht ausbleiben, daß die Metallarbeiter beginnen, aus dem Riesendurcheinander die jeweils einzelnen passenden Bestandteile zusammenzufummeln. Sie sind's ja gewöhnt und geübt, die Dinge so zu montieren, daß sie nachher *passen*.

Forderungslage in den öffentlichen Diensten

z.haj. Die neuen Minister, mit denen die Bourgeoisie nach der Methode „neuer Wein treibt“ nach und nach ihre Innenressorts ausgestattet hat, haben sich gewiß mehr vorgenommen: der Zwischenberichtskatalog Dienstrechtsreform zur weiteren Lohnsenkung und Rationalisierung liegt vor, die neue festere Zwangsjacke zur alten Ministerpräsidentenerlaß-Bespitzelung wird mit viel Aufwand gefüttert, die Besoldungserhöhung '78 für die Beamten ist nach wie vor offen, die Verhandlungen mit der ÖTV über „Abbau der Überversorgung im öffentlichen Dienst“ sind vertagt. Mit der Durchsetzung sieht es eher schlechter aus als vorher. Die Bewegung gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung jedenfalls hat Erfahrung und konzentriert die Vorbereitung des Tarifkampfes auf die Lohnforderung.

Zum Tariflohn

Am 17.11. hat bereits die Bundestarifkommission für die Seehafenarbeiter 6%, mindestens 100 DM mehr Lohn verlangt. Für die Seeleute, die letztes Mal eine Verlängerung ihres Tarifs hinnehmen mußten, steht jetzt die Forderung nach Erhöhung der Heuer um 240 DM Festgeld. Auf einer Vertrauensleutesitzung im Bezirk Ludwigsburg/Waiblingen kam kein Beschluß zustande, nachdem %- und Festgeldforderungen gegeneinander standen; die ÖTV-Mitgliederversammlung der Stauerei Carl Tiedemann in Hamburg hatte vor dem Beschluß der Seehafenarbeiter-Tarifkommission 7%, mindestens 130 DM aufgestellt; die ÖTV-Mitgliederversammlung Unikern in Frankfurt beschloß am 15.11. die Forderung 5,5%, mindestens 150 Mark mehr Lohn. Festgeld wird gefordert von dem Vertrauensleutekörper der Bremer Universität (160 DM), von der ÖTV-Betriebsgruppe an der Universität Bonn (150 DM), von der Erzieherfachgruppe Ludwigsburg/Waiblingen (mindestens 120 DM) und von dem Regionalverband Meppen der GEW Münster-Emsland, dessen Mitgliederversammlung 150 DM Festgeld für alle fordert, sowie: Steuergrundfreibetragsanhebung um mindestens 2000 DM, 1500 DM monatlich steuerfrei, keine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Gegen Überstunden, die Arbeit bei Nacht und in Schichten

Kampfmaßnahmen hat die ÖTV gegen die Schichtregelung für die Assistenzärzte in Dortmund angekündigt: 4 Schichten zu 32 Stunden sind das mindeste, an Wochenenden sogar von Samstag morgens bis Montagabend. In Duisburg hat die Vertrauensleutevollkonferenz gegen die Streichung von 200 weiteren Planstellen und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschlossen, am 18.12. eine Kundgebung während der Arbeitszeit durchzufüh-

„Minderung des Kostendrucks“, das heißt höhere Profiterwartung – das ist das entscheidende Ziel der Kapitalisten. „Es müssen jedoch günstige Angebotsbedingungen hinzukommen, wenn der Aufschwung nachhaltig als von Wachstumsdynamik bestimmt sein soll.“ „Da die Zunahme der Produktion über das Wachstum des Produktionspotentials... hinausgehen wird, zeichnet sich erstmals seit 1976 wieder eine Zunahme des Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten ab. Auch dies wird die Investitionsbereitschaft festigen... Es ist indes schwer abzuschätzen, wie viele Arbeitskräfte zusätzlich eingestellt werden. Der Produktivitätszuwachs ist keine feste Größe, sondern ergibt sich aus dem Wechsel von Kapazitätsauslastung, technischem Fortschritt, Kostendruck und anderen Faktoren.“ „Günstige Angebotsbedingungen“ sind also: niedrige Löhne, verbesserte Auslastung der Kapazität der Maschinerie zur Einsaugung von Mehrarbeit rund um die Uhr, technischer Fortschritt – d.h. ein gesteigertes Niveau der Schweißauspressung.

Durch indirekte Steuer und Versicherungsbetrug auch noch die Ärmsten bestehlen

Lob für die Steuerpolitik der Regierung: „Was im vergangenen Jahr an finanzpolitischen Entscheidungen gefallen ist und was in diesem Jahr noch an Entscheidungen erwartet werden kann, führt zusammengenommen zu beachtlichen Steuersenkungen. Hierin kann man eine Antwort auf Probleme der Besteuerung sehen, die seit Jahren bestehen, sich über die Zeit verschärft haben, bisher jedoch nicht oder nur in Teilen grundsätzlich angegangen worden sind. Als besondere Aufgabe stellt sich für die Steuerpolitik, die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung auf mittlere Sicht zu verbessern.“ Senkung der Steuern auf Profit, Erhöhung der Mehrwertsteuer, die den Ärmsten noch plündert – das ist die Anwort auf die „Probleme der Besteuerung“. Matthöfer hat das als Unterstützung der Mehrwertsteuererhöhung erfreut vermerkt. Weiter so! heißt es: „Der Staat könnte außerdem im Rahmen der Reform des Steuersystems weitere Möglichkeiten nutzen, den Unternehmen die Übernahme von Risiken zu erleichtern.“ Ermutigung auch für Ehrenbergs Kostendämpfung: „Bei den Sozialversicherungen werden sich dagegen infolge der Sanierungsmaßnahmen Einnahmen und Ausgaben nahezu ausgleichen“ (alle Zitate: Jahresgutachten des Sachverständigenrats).

sten widerstehen zu können. In dem Maße, in dem die Bewegung selber ihre wirtschaftlichen und politischen Forderungen klärt, muß die Sozialdemokratie versuchen, künstliches Chaos zu stiften. Ein starkes Stück in dieser Hinsicht vollführt zur Zeit die IG Metall Spitze.

Mittwoch vergangener Woche wurde im „Nordverbund“ der IG Metall, – das betrifft die Gegend um Kiel, Hamburg und Bremen –, eine Forderung aufgestellt, deren Hauptteile sind: 6%, mindestens aber 86 DM Lohnerhöhung, unter 18 Lebensjahren 26 Tage Urlaub, unter 25 Lebensjahren 25 Tage Urlaub, unter 30 Lebensjahren 28 Tage Urlaub und über dreißig dann 30 Tage Urlaub. Zwei Tage später, am Freitag also, tritt die Tarifkomission für die Tarifbezirke Baden-Württembergs, wo Franz Steinkühler wirkt, zusammen und beschließt in der Hauptsache: 6,5% Lohnerhöhung und 30 Tage Urlaub für alle gleich.

Diese Forderungen sind nicht nur verschieden und schon gleich gar nicht nur verschieden *hoch*. Sie sind sozusagen direkt gegeneinander aufgestellt worden. Die Mindestforderung im Nordverbund greift in die Entlohnungsstruktur ein, wenngleich diese Mindestforderung so niedrig ist, daß sie bloß gegenüber einer 3,5% oder 4% Abschlußdrohung spannend wird, so hat sie offenbar gerade darin eine gewisse *praktische Bedeutung*. Die schräge Urlaubsforderung ist bestens geeignet, die IG-Metall lächerlich zu machen, dies spätestens dann, wenn bei Stahl mehr angeboten wird, was prompt geschah. – Die reine Prozentforderung in Baden-Württemberg ist beschönigt mit der Forderung nach Streichung der Lohngruppen 1 und 2, eine dort oft aufgestellte und immer als Verhandlungsobjekt verschobene Angelegenheit. Franz Steinkühler konnte die Tarifkomission denn auch nur mit knapper Not in sein Forderungspapier einwickeln: 101 Für- und 94 Gegenstimmen zeigen doch, daß Steinkühler auch nicht mehr machen kann, was er will, und das, was er noch machen kann, vielleicht nicht mehr allzu lange machen wird.

In diesen Tagen werden die verbleibenden Tarifkomissionen der IG-Metall beschließen. Wird es so weiter gehen? Werden sie alle mißbraucht werden zur Plazierung von Forderungen, die der kämpfenden Arbeiterbewegung auf der einen Seite entgegenkommen, um sie auf der anderen Seite beliebigen Machenschaften der Kapitalisten auszuliefern? Manches spricht dafür. Man soll aber nicht übersehen, daß in dem gegenwärtigen Chaos sich doch auch interessante Entwicklungen abzeichnen. Es kann ja nicht ausbleiben, daß die Metallarbeiter beginnen, aus dem Riesendurcheinander die jeweils einzelnen passenden Bestandteile zusammenzufummeln. Sie sind's ja gewöhnt und geübt, die Dinge so zu montieren, daß sie nachher *passen*.

die ÖTV-Mitgliederversammlung der Stauerei Carl Tiedemann in Hamburg hatte vor dem Beschluß der Seehafenarbeiter-Tarifkommission 7%, mindestens 130 DM aufgestellt; die ÖTV-Mitgliederversammlung Unikern in Frankfurt beschloß am 15.11. die Forderung 5,5%, mindestens 150 Mark mehr Lohn. Festgeld wird gefordert von dem Vertrauensleutekörper der Bremer Universität (160 DM), von der ÖTV-Betriebsgruppe an der Universität Bonn (150 DM), von der Erzieherfachgruppe Ludwigsburg/Waiblingen (mindestens 120 DM) und von dem Regionalverband Meppen der GEW Münster-Emsland, dessen Mitgliederversammlung 150 DM Festgeld für alle fordert, sowie: Steuergrundfreibetragsanhebung um mindestens 2000 DM, 1500 DM monatlich steuerfrei, keine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Gegen Überstunden, die Arbeit bei Nacht und in Schichten

Kampfmaßnahmen hat die ÖTV gegen die Schichtregelung für die Assistenzärzte in Dortmund angekündigt: 4 Schichten zu 32 Stunden sind das mindeste, an Wochenenden sogar von Samstag morgens bis Montagabend. In Duisburg hat die Vertrauensleutevollkonferenz gegen die Streichung von 200 weiteren Planstellen und die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschlossen, am 18.12. eine Kundgebung während der Arbeitszeit durchzufüh-

ren. Gegen die Anrechnung der Krankenpflegeschüler auf den Stellenplan haben in Dortmund über 10000 durch ihre Unterschrift protestiert, 800 haben bereits Mitte des Monats gegen diese Absicht demonstriert. Es ist keine Frage, daß eine Forderung nach gesetzlichem Verbot der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit in diesen Kämpfen eine feste Grundlage hat.

Für Urlaub und Urlaubsgeld

Das gilt ebenso für die Forderungen zum Urlaub. Zum Rahmentarif der Preußenelektra verlangt die ÖTV 2 Tage mehr Urlaub ab 1979, einen weiteren Tag ab 1980 sowie Zusatzurlaub bei Contischicht von 4 und bei sonstiger Schicht von 2 Tagen. Die ÖTV-Betriebsgruppe Universität Bonn verlangt ausreichendes Urlaubsgeld, der Vertrauensleutekörper der Universität Bremen fordert neben der Lohnforderung 30 Tage Urlaub für jeden, der ÖTV-Vorsitzende Heinz Kluncker erklärte in Frankfurt auf der Vertrauensleuteversammlung, das Urlaubsgeld sei sein besonderes Anliegen.

Die Sozialdemokraten halten viel davon, Prozente in „Forderungspaketen“ verpackt aufzustellen, deren Aufwickeln dazu führt, daß die Beschäftigten Schicht um Schicht auseinanderdividiert werden. Die Lage könnte dazu verlocken. Konzentration auf die Durchsetzung der notwendigen Festgeldforderung ist dafür das richtige Gegenmittel und gibt auch dem Kampf für das gesetzliche Verbot der Überstunden-, Nacht- und Schichtarbeit die richtige Grundlage.

Was die fünf Gangster wollen

z.jük. 135342 Stahlarbeiter, d.h. 86,96% der stimmberechtigten 155628 Stahlarbeiter, stimmten in der Urabstimmung für Streik. Berechnet man die abgegebenen Stimmen, dann stimmten von 148111 abgegebenen Stimmen 12769 mit Nein oder ungültig, so daß die 135342 Stimmen für Streik 91% entsprechen. Kaum war die Urabstimmung vorbei, versuchten Kapitalistenverbände, Großbanken die zum Ausdruck gebrachte Einheit der Stahlarbeiter zu unterminieren, mit dem Ziel der Spaltung der Stahlarbeiter und Isolierung ihres Kampfes von den übrigen Lohnabhängigen. Die bürgerliche Presse ist voller Artikel, wobei die Kapitalisten bei ihrer Pressekampagne die Forderungen der IG Metall selber benutzen. Formulierungen im Urabstimmungstext, wie daß „die 35-Stundenwoche“ auch durch „Freizeitausgleich“ erreicht werden könne, sind Spaltungslinien, die die Kapitalisten aufgreifen. Ebenso die Tatsache, daß die Forderung nach 5% schlecht ist.

Gleichwohl konnten die Schreiberlinge nicht verhindern, daß mit Beginn der Urabstimmung eine breite Solidaritätsbewegung mit den Stahlarbeitern einsetzte, wobei die Klammer dieser Solidarität gerade die Frage ist, die die Kapitalisten geflissentlich aus den Kämpfen raushalten wollen: der Lohn. Die Bereitschaft der Stahlarbeiter, den Streik zu führen, wird dadurch erheblich gestärkt und ermutigt.

Frankfurter Allgemeine

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bereitet hartes Durchgreifen vor: „Aus der Tatsache, daß nicht einmal die Hälfte der Stahlarbeiter an den Kundgebungen der IG Metall teilgenommen haben (120000 von 210000, Red.) könne geschlossen werden, daß auch die Arbeitnehmer die Kundgebungen und die Urabstimmung für unnötig hielten“ (20.11.), versucht das Bourgeoisblatt die Arbeiter als feige und gespalten hinzustellen und droht: „Daß die Arbeitgeberverbände jeden Widerstand gegen die in der gegenwärtigen Situation für falsch gehaltenen gewerkschaftlichen Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit leisten werden. Wenn es zum Arbeitskampf kommen sollte, dann zeigt sich Esser (BDA-Präsident) überzeugt davon, daß sich die Arbeitgeberseite diesem Kampf stellen werde. In erster Linie (werde) natürlich... auch vom Mittel der Abwehraussperrung Gebrauch“ gemacht (21.11.). Durchsetzen wollen die Kapitalisten eine „maßvolle Lohnpolitik“ (Sachverständigengutachten) und möglichst „längere Laufzeiten“ (23.11.).



Das „Handelsblatt“ winkt mit 3%.

Dabei setzt das Blatt auf die Mitbestimmungsinteressen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung und schreibt: „Die rauhen Töne der Gewerkschaftsführer an der Ruhr gegen die Arbeitgeber, die ansonsten in den Vorständen und Aufsichtsräten der Stahlindustrie Partner seien, hätten nämlich nur Alibifunktionen. Es solle durch den Arbeitskampf bewiesen werden, daß trotz der weitergehenden Montanmitbestimmung dennoch die Tarifautonomie bis zu ihrer äußersten Konsequenz bis zur Ultima ratio im Arbeitskampf funktioniere“ (23.11.). Folglich wäre „der Spielraum, der in erneuten Verhandlungen noch ausgeschöpft werden könnte“, so zu sehen: „Sie (die Stahlkapitalisten) wären bereit, sich den Verzicht der IG Metall auf diese Interpretation (des „Einstieges in die 35-Stundenwoche“) etwas kosten zu lassen, wobei sie den Verhandlungspartner nicht korrigieren würden, wenn er das Verhandlungsergebnis einer Urlaubsverlängerung als „Einstieg deklarieren würde“ (24.11.).

Süddeutsche Zeitung

Die „Süddeutsche Zeitung“ unterhöhlt mit ihren Pressekommentaren das Ergebnis der Urabstimmung. „Der Arbeitgeberverband sei auch bereit, die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung zu erfüllen. Mit der von der IG Metall vorgeschlagenen Form der Verkürzung der Wochenarbeitszeit sei er jedoch nicht einverstanden. Hier müßten andere Lösungen gefunden werden“ (23.11.). Der Urabstimmungstext selber wird als Spaltungslinie benutzt: „Hätte man die Arbeitnehmer vor die Alternative Wochenarbeitszeitverkürzung oder Urlaubsverlängerung gestellt, hätte das Ergebnis anders ausgesehen“ (23.11.).

DIE WELT

Die „Welt“ wittert, daß es teuer werden kann, wenn die Stahlarbeiter geschlossen zusammenstehen und der Zusammenschluss der Arbeiterklasse sich entwickelt: „Angesichts der jahrelangen Flaute der Stahlindustrie wäre ein Angebot von Null ökonomisch angemessen gewesen. Das reicht der IG Metall selbstredend nicht“ (20.11.) Die parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klasse werden schon in die Schlichtungssessel befördert: „Ungewöhnlich knappe Zeit bliebe also diesmal einem neutralen Vermittler (der wohl am ehesten in der Person des Nordrhein-westfälischen Arbeitsministers Farthmann zu finden wäre), wenn er die Kampfhähne noch vor Streikbeginn an den Verhandlungstisch zurückholen wollte. Dreimal schon ist dies in der Nachkriegsgeschichte erfolgreich gewesen. Diesmal aber stehen die Zeichen deutlicher auf Sturm.“ (23.11.)

88 Wochenstunden im Humboldt-Krankenhaus sind nicht genug

z.rom. In einer Dokumentation ,,Berliner Krankenkassen informieren'', wird drei Westberliner Krankenhäusern vorgeworfen, ,,die Grundlagen der Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden, leistungsfähigen Krankenhauses verlassen'' zu haben. U.a. wird dem städtischen Humboldt-Krankenhaus vorgeworfen, daß die Verweildauer der Patienten im Schnitt acht Tage mehr als entsprechende westdeutsche Krankenhäuser beträgt. Außerdem habe es vergleichsweise 30% mehr Personal. Der Westberliner Gesundheitssenator Pätzold hat bereits in einer Veranstaltung mit Ärzten angekündigt, daß Ehrenberg sich Westberlin der paradiesischen Zustände im Gesundheitswesen wegen zur Brust nehmen will. – Bis zu 88 Wochenstunden haben die Assistenzärzte in den letzten Monaten durch Nachtarbeit in der Chirurgischen Abteilung des Humboldt-Krankenhauses ableisten müssen. Der Grund liegt in der Nichtbesetzung freier Stellen. Die von den Ärzten angestellten Überlegungen, gegen solche Zustände den Kampf zu organisieren, gingen hin bis zur Bestreikung der Ambulanz. Dieser konnte zwar durch Spaltungsmanöver, wie die Nichtverlängerung eines Zeitvertrages, verhindert werden, die Entschlossenheit der Ärzte hat aber ausgereicht, die Einstellung von vier neuen Ärzten durchzusetzen. Die Arbeitszeit beträgt jetzt immer noch ca. 72 Stunden.

Entwurf eines Psychotherapeutengesetzes vorgelegt

z.diw. Am 12.6. hat das Innenministerium einen Referentenentwurf für ein Psychotherapeutengesetz vorgelegt. Nach diesem Entwurf ist die Ausübung dieses Berufes von Staats wegen erlaubnispflichtig. (§ 1) Genauso kann die psychotherapeutische Tätigkeit auch wegen ,,Unwürdigkeit'' bzw. ,,Unzuverlässigkeit'' verboten werden. (§ 2 Abs.3) Von der Regierung ist also ein flächendeckendes, an bestimmte Therapieformen (§ 5,1) ausgerichtetes, einheitlich operierendes Kontingent von Psychotherapeuten geplant. Die Regierung setzt die Maßstäbe und unterwirft die Psychologen der staatlichen Kontrolle. Der Entwurf beinhaltet weiter den verschärften Angriff auf die studentische Arbeitskraft: Nach § 4 muß man nach dem Diplom eine dreijährige Praktikantenzeit mit anschließendem Staatsexamen (vier mündliche, zwei schriftliche Prüfungen) machen. Mußten bisher Diplompsychologen nach BAT IIa (ca. 2500 DM Brutto bei Berufsanfängern) bezahlt werden, so soll jetzt drei Jahre lang zu Praktikantenstatus und -bezahlung gearbeitet werden. Beabsichtigt ist also, das bis jetzt berufsberechtigende Diplom zu unterhöhlen und den Bedarf an Therapeuten kostengünstig zentral zu regeln. Das Anhörungsverfahren ist bereits gelaufen, ohne die Studenten hinzugezogen zu haben. Die VDS-Fachtagung Psychologie hat beschlossen, einen

z.diw. Am 12.6. hat das Innenministerium einen Referentenentwurf für ein Psychotherapeutengesetz vorgelegt. Nach diesem Entwurf ist die Ausübung dieses Berufes von Staats wegen erlaubnispflichtig. (§ 1) Genauso kann die psychotherapeutische Tätigkeit auch wegen ,,Unwürdigkeit'' bzw. ,,Unzuverlässigkeit'' verboten werden. (§ 2 Abs.3) Von der Regierung ist also ein flächendeckendes, an bestimmte Therapieformen (§ 5,1) ausgerichtetes, einheitlich operierendes Kontingent von Psychotherapeuten geplant. Die Regierung setzt die Maßstäbe und unterwirft die Psychologen der staatlichen Kontrolle. Der Entwurf beinhaltet weiter den verschärften Angriff auf die studentische Arbeitskraft: Nach § 4 muß man nach dem Diplom eine dreijährige Praktikantenzeit mit anschließendem Staatsexamen (vier mündliche, zwei schriftliche Prüfungen) machen. Mußten bisher Diplompsychologen nach BAT IIa (ca. 2500 DM Brutto bei Berufsanfängern) bezahlt werden, so soll jetzt drei Jahre lang zu Praktikantenstatus und -bezahlung gearbeitet werden. Beabsichtigt ist also, das bis jetzt berufsberechtigende Diplom zu unterhöhlen und den Bedarf an Therapeuten kostengünstig zentral zu regeln. Das Anhörungsverfahren ist bereits gelaufen, ohne die Studenten hinzugezogen zu haben. Die VDS-Fachtagung Psychologie hat beschlossen, einen Aktionstag dagegen zu machen.

Sprachförderung à la Ehrenberg

z.klb. ,,Sprachverband Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V.'' *klingt* harmlos. Mitglieder: Ehrenberg, Stingl, Caritas... 22 Kurse für ausländische Jugendliche laufen in Baden-Württemberg an. Ein Dienstblatt der Bundesanstalt für Arbeit (241/78) klärt die Sache unumwunden als weiteren Brocken im Arbeitsdienstprogramm auf. Die Herren Mitglieder sind sich allerdings einig, daß einiges aufzubringen ist, um aus einem besonders rebellischen Teil der Arbeiterklasse Arbeitstiere zu machen. – Die Planung für die ,,Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung'' ist deshalb detailliert: Neben notdürftigem ,,Sprachunterricht'' (damit das Kind einen Namen hat) mindestens 25% ,,Werkunterricht'', ferner ,,sozialpädagogische Maßnahmen, Elternarbeit und Lehrerkonferenzen'' – das ein Jahr lang. Damit die Lehrer spuren: ,,Gleichzeitiger Einsatz von mindestens 2 Lehrkräften im Unterricht'' (für 20 Jugendliche) und: ,,Damit sich während der Sommerferien keine Beeinträchtigung des pädagogischen Erfolgs einstellt, ist in dieser Zeit ein verstärkter sozialpädagogischer Einsatz erforderlich.'' ,,Da die Berufswahl... durch die Entscheidung der Eltern geprüft wird, ist eine Elternberatung... unerläßlich.'' Das Ganze paßt gut zum ,,Zumutbarkeitserlaß'' dieses Arbeitsministers. Die beiden Erlässe liegen ja auch nur 11 Nummern auseinander.

Jugendhilfe – Ausbau der Bespitzelung und Unterdrückung

Neufassung des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes

z.diz. Seit 1970 rühren sie in dieser stinkenden Suppe, jetzt ist dabei der Regierungsentwurf eines ,,Sozialgesetzbuches (SBG) – Jugendhilfe –'' herausgekommen. Eine Sachverständigenkommission und zwei Referentenentwürfe waren notwendig, um den Ausbau der zuchthausmäßigen Unterdrückung der Arbeiterjugendlichen und -familien so umzuschminken, daß er als ,,Jugendhilfe'' auf den Markt geworfen werden kann. In der Begründung schreibt die Bundesregierung: ,,Seinen Standort hat das Jugendhilferecht vor allem zwischem dem Familienrecht..., den Bildungsgesetzen..., dem Arbeitsrecht..., dem Jugendstrafrecht''.

Vor allem verhaßt ist das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, das mit einigen Änderungen heute noch gilt, wegen der Heimunterdrückung der ,,verwahrlosten'' Jugendlichen, die von den Heimträgern – zumeist den Kirchen – der kleinlich-gehässigen Schikane unterworfen werden, damit sie für ein Taschengeld an irgendeinen Kapitalisten zur Arbeit ausgeliehen werden können. Geld- und Prügelstrafen, Arrest, Zensur der Post, nächtlicher Einschluß und Bewachung durch scharfe Hunde, das alles ist in Jugendheimen gang und gäbe. Trotzdem geht der Bourgeoisie das Gesetz noch nicht weit genug. Möglichst viele Arbeiterjugendliche der staatlichen Unterdrückung zu unterwerfen, damit sie schneller und billiger den Kapitalisten zur Ausbeutung zur Verfügung stehen, das haben sie sich mit dem neuen Gesetz vorgenommen.

,,Hilfen zur Stärkung der Erziehungskraft der Familien'', das ist der ideologische Drehpunkt, über den Regierung und Opposition, mit mehr oder weniger frommem Gesicht angereichert, die Heimunterdrückung aus dem Gerede bringen und gleichzeitig die Erziehung der Arbeiterkinder der verstärkten staatlichen Aufsicht unterwerfen wollen. Daß die Erziehung ausgerichtet sein muß auf die Achtung der Würde der Kapitalistenklasse und das Fügen in das Schicksal des Arbeiterdaseins ,,unter Achtung der Rechte anderer'', das legt gleich der erste Paragraf fest. Diese Erziehung, das hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt, ist ,,Elternrecht'' und ,,Elternpflicht''. Kommen die Eltern dieser Pflicht nicht nach, ,,greift das Wächteramt des Staates nach Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz ein.''

Doch das reicht ihnen nicht: ,,Noch immer überwiegt Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie gegenüber Förderungsleistungen und Hilfen zur Stärkung der Erziehungskraft der Familie... Aufgabe der Reform der Jugendhilfe ist es deshalb nicht in erster Linie, die verbale Bedeutung der Erziehung in der eigenen Familie zu wiederholen, sondern diesem Vorgang durch eine Umstrukturierung des Hilfesystems in der Praxis Geltung zu verschaffen.'' Auf deutsch: Die Bespitzelung der Arbeiter muß erhöht werden. Das Gesetz führt das unter Ausbau der ,,ambulanten sozialen Dienste und sozialpflegerischen Dienste'': 1974 wurde dafür ein Sozialarbeiter pro 7400 Einwohner eingesetzt, 1987 soll es einer pro 3500 sein. Die Anzahl der Erziehungsberatungsstellen, die 1977 550 betrug, soll bis 1987 auf 1200 mehr als verdoppelt werden. 1982 sollen 1920 Jugendliche in ,,Übungs-und Erfahrungskurse'' gepresst werden, 1987 sollen es schon 7500 sein. Die Heimunterbringung von Jugendlichen, zynisch ,,Hilfe zur Erziehung in einem Heim'' genannt, soll der absoluten Zahl nach etwas zurückgehen, da aber die Anzahl der Jugendlichen unter 18 Jahren stärker sinkt, wird sie relativ zunehmen. 11940 Beamte und Angestellte sollen dafür zusätzlich eingestellt werden, davon 1335 in Rängen der höheren Dienstaufsicht, 9040 im gehobenen Dienst und 1565 im mittleren Dienst.

Die ,,gewöhnliche'' Heimunterdrückung soll dabei noch effektiviert werden: Mehr Jugendliche sollen in Wohngruppen untergebracht werden, die wegen der ,,fachlichen Beratung'' Heimen angegliedert sein sollen. Vorteil: Die Aufsicht ist besser, und es ist einfacher, Mehrarbeit aus den Erziehern herauszupressen: ,,Besondere und schwer lösbare Probleme entstehen in den Heimen durch die vierzigstündige Wochenarbeitszeit der Erzieher...''. In den Wohngruppen sind sie Tag und Nacht im Dienst, deshalb ist die Wohngruppe ,,im übrigen auch kostengünstiger''. ,,Dabei steht außer Frage, daß Jugendhilfe... die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beachten hat und daß sie damit im Widerspruch stehende Aktivitäten freier Träger der Jugendhilfe nicht fördern darf'', schreibt die Regierung gleichzeitig den Sozialarbeitern ins Stammbuch. Daß die Wohngruppe von den Jugendlichen dazu genutzt wird, den Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu organisieren, das wollen sie auf jeden Fall verhindern.

Die christdemokratische Reaktion hat sich zum jetzt vorliegenden Regierungsentwurf noch nicht geäußert. Vor einem halben Jahr hat sie durchblicken lassen, daß die Rechte der Kirche als Hauptträger der Jugendheimunterdrückung auf keinen Fall eingeschränkt werden dürften und daß die ,,Eltern wieder ermutigt werden sollten, Kinder zu haben'', damit den Kapitalisten das Ausbeutungsmaterial nicht ausgeht. Eigentlich können sie mit dem Regierungsentwurf zufrieden sein, ihre Forderungen sind erfüllt.

Manöver des Westberliner Senats zur Durchsetzung des §218

z.vot. Die Bourgeoisie und ihr geschäftsführender Ausschuß, das Parlament, tun sich schwer, den § 218 in Westberlin durchzusetzen. Bereits am 31. Mai 1976, noch bevor die Neufassung des § 218 in Kraft trat, hat der SPD-Gesundheitssenator Pätzold den Gesundheitsämtern, den Jugend- und Sozialämtern, der Ärztekammer und dem Justizsenator per Rundschreiben mitgeteilt, daß er beabsichtige, die Anwendung des § 218 in einem Landesgesetz genauer zu regeln. Diese Absicht des Senators konnte bis heute noch nicht verwirklicht werden – 5 Gesetzentwürfe wurden dabei verschlissen. Der 6. steht nun zur 2. Lesung im Abgeordnetenhaus an. Auch er hat – mitsamt dem Senator – bereits Federn gelassen und es ist überhaupt nicht sicher, ob es der letzte sein wird.

1. Der Versuch der scharfen Durchsetzung des § 218
Am 21.7.1976 wurde der reformierte § 218 für Westberlin übernommen. Senator Pätzold ordnete Sofortmaßnahmen zu seiner Durchsetzung an: Alle

des öffentlichen Dienstes Leserbriefe, die gegen den Abdruck und den Inhalt dieses Schmarrens protestierten. Im Februar 1977 fand eine Veranstaltung des DGB zum § 218 statt. Die Angriffe der Versammelten auf den § 218 zwangen die Gewerkschaftssozialdemokraten, nacheinander aufzustehen und die Streichung des § 218 gutzuheißen, wobei sie der Fristenlösung leise nachweinten. In der Schlußabstimmung wurde die ersatzlose Streichung des § 218 mitsamt der Zwangsberatung gefordert. Im April 1977 erhob der Landesbezirkstag der IG Druck und Papier die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218, kurz darauf die HBV-Fachgruppe Buchhandel und die GEW Berlin. Die Anzahl der Beratungen auf den Zwangsberatungsstellen ging rapide zurück.

Im August 1977 brachte der Senator dann seinen 5. Anlauf des Gesetzentwurfes heraus. Im § 4 dieses Machwerks wurde die Registrierung der Schwangeren ,,aus strafrechtlichen Gründen'' befohlen. Die Daten sollten

sinnvoll zu verbinden. SPD und CDU stimmten dem zu und überwiesen sie dem Justiz- und dem Gesundheitsausschuß.

Im Juli 1978 fand eine ÖTV-Veranstaltung zum § 218 statt. Erstmals fanden sich auf dem Podium sämtliche bürgerlichen Parteien ein. Sie demonstrierten damit ihren Willen zur Einheit. Er zerbrach schnell, als die Gewerkschaftsmitglieder beide Gesetzentwürfe ablehnten und den ÖTV-Frauenausschuß aufforderten, eine Broschüre gegen das Ausführungsgesetz herauszubringen. Unverzagt luden beide Fraktionen zu einem Hearing über den § 218 am 17. Oktober ein. Caritas, Pro Familia, die SPD-Frauenkonferenz kamen zu Wort. Sie mußten feststellen, daß die Frauen mit dem festen Entschluß zur Abtreibung in die Beratungsstellen kommen. Als Senator Pätzold das Schlußwort sprechen wollte, entrollten Mitglieder des Komitees ein Transparent mit der Forderung ,,Weg mit dem § 218''. Es fand Beifall bei den Versammelten und der Senator verzichtete auf längere Ausführungen.

Mittlerweile ist wieder der offene Krach zwischen CDU und SPD ausgebrochen. Der ,,Tagesspiegel'' vermeldete am 9. November: ,,Grundsätzliche Differenzen über den § 218 auch bei den Parteien im Berliner Gesundheitsausschuß''.

Am 23. November forderte die gemeinsame Schulgruppe beider GEWs der 2. Ober- / Hauptschule Tempelhof einstimmig: ,,Ersatzlose Streichung des § 218 – Weg mit dem Ausführungsgesetz!''

Weg mit dem §218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!

Manöver des Westberliner Senats zur Durchsetzung des §218

z.vot. Die Bourgeoisie und ihr geschäftsführender Ausschuß, das Parlament, tun sich schwer, den § 218 in Westberlin durchzusetzen. Bereits am 31. Mai 1976, noch bevor die Neufassung des § 218 in Kraft trat, hat der SPD-Gesundheitssenator Pätzold den Gesundheitsämtern, den Jugend- und Sozialämtern, der Ärztekammer und dem Justizsenator per Rundschreiben mitgeteilt, daß er beabsichtige, die Anwendung des § 218 in einem Landesgesetz genauer zu regeln. Diese Absicht des Senators konnte bis heute noch nicht verwirklicht werden – 5 Gesetzentwürfe wurden dabei verschlissen. Der 6. steht nun zur 2. Lesung im Abgeordnetenhaus an. Auch er hat – mitsamt dem Senator – bereits Federn gelassen und es ist überhaupt nicht sicher, ob es der letzte sein wird.

1. Der Versuch der scharfen Durchsetzung des § 218
Am 21.7.1976 wurde der reformierte § 218 für Westberlin übernommen. Senator Pätzold ordnete Sofortmaßnahmen zu seiner Durchsetzung an: Alle Bezirksämter wurden zu Zwangsberatungsstellen erklärt, zwei Modellberatungsstellen wurden eingerichtet. Die Ärztekammer beraumte eine Ausrichtungsveranstaltung an, der Senat führte Fortbildungsveranstaltungen für Sozialarbeiter durch. Nach Bekanntwerden der Senatsmaßnahmen verweigerten die Sozialarbeiter des Bezirksamtes Neukölln die Registrierung. Die dortige ÖTV-Fachgruppe Sozialarbeit verabschiedete die Forderung nach Volksentscheid. Die Veranstaltung der Ärztekammer wurde vom Komitee gegen den § 218 aufgesucht und entsprechend umgewandelt. Auf den Fortbildungsveranstaltungen für Sozialarbeiter sorgte das Komitee dafür, daß sowohl Referenten wie anwesende Kollegen an der Forderung nach Volksentscheid nicht vorbeikamen.

2. Das Manöver mit der liberalen Handhabung des § 218
Die scharfe Anwendung des § 218 per Dienstanordnung und Ausrichtungsseminaren mißlang dem Senator gründlich. Er wurde zu Manövern gezwungen. Im ÖTV-,,Dialog'' vom September 1976 veröffentlichte er einen Artikel mit der Überschrift ,,§ 218 – ein Schritt in die richtige Richtung''. Unter anderem enthielt er die Beteuerung, daß in Westberlin der § 218 ,,liberal'' gehandhabt werde. Gleichzeitig ließ Pätzold fieberhaft an einem Gesetzentwurf arbeiten, der den Zersetzungserscheinungen in der Anwendung des § 218 ein Ende machen sollte.

Das Geschwätz von der liberalen Handhabung konnte den Kampf gegen den § 218 nicht brechen. Gegen den Artikel Pätzolds schrieben Kollegen des öffentlichen Dienstes Leserbriefe, die gegen den Abdruck und den Inhalt dieses Schmarrens protestierten. Im Februar 1977 fand eine Veranstaltung des DGB zum § 218 statt. Die Angriffe der Versammelten auf den § 218 zwangen die Gewerkschaftssozialdemokraten, nacheinander aufzustehen und die Streichung des § 218 gutzuheißen, wobei sie der Fristenlösung leise nachweinten. In der Schlußabstimmung wurde die ersatzlose Streichung des § 218 mitsamt der Zwangsberatung gefordert. Im April 1977 erhob der Landesbezirkstag der IG Druck und Papier die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218, kurz darauf die HBV-Fachgruppe Buchhandel und die GEW Berlin. Die Anzahl der Beratungen auf den Zwangsberatungsstellen ging rapide zurück.

Im August 1977 brachte der Senator dann seinen 5. Anlauf des Gesetzentwurfes heraus. Im § 4 dieses Machwerks wurde die Registrierung der Schwangeren ,,aus strafrechtlichen Gründen'' befohlen. Die Daten sollten – der Verjährungsfrist entsprechend – 5 Jahre aufgehoben werden. Diese Hinterhältigkeit rief große Empörung hervor. Der RIAS brachte ein Interview mit Senator Pätzold, in dem dieser flugs seinen eigenen Entwurf kritisierte: ,,Ich habe das zum Anlaß genommen, um das im Gesetzentwurf noch mal überdenken und wohl ändern zu lassen.'' Wohl oder übel mußte der Senator das ändern lassen. Zum gleichen Zeitpunkt bekräftigten mehrere Bezirksversammlungen der IG Druck und Papier die Forderung ihres Landesbezirks. Innerhalb von drei Wochen sammelten die Komitees in der BRD und in Westberlin 12000 Unterschriften unter einen offenen Brief an den Gewerkschaftstag der IG Metall, in dem die ersatzlose Streichung des § 218 gefordert wurde. Das Ausführungsgesetz wurde erneut ,,überarbeitet''.

Im nunmehr 6. Anlauf des Ausführungsgesetzes wird ausdrücklich auf die Registrierung der Schwangeren verzichtet. Sie ist trotzdem gesichert – über den Arzt, der die Indikation ausstellt. Die Ärztekarteien sollen in den Modellberatungsstellen konzentriert werden, deren Ausbau geplant ist. Das Ganze trägt den Namen AbDuG (Abtreibungsdurchführungsgesetz) und sichert neben der Registrierung den Zugriff auf die Ärztekarteien sowie die Überwachung von Beratern und Ärzten. Die CDU stellte dem AbDuG ihr SchwBergG (Schwangerenberatungsgesetz) gegenüber, in dem die Registrierung offen gefordert wird. Bei der 1. Lesung im April 1978 machte die FDP den Vorschlag, beide Entwürfe sinnvoll zu verbinden. SPD und CDU stimmten dem zu und überwiesen sie dem Justiz- und dem Gesundheitsausschuß.

Im Juli 1978 fand eine ÖTV-Veranstaltung zum § 218 statt. Erstmals fanden sich auf dem Podium sämtliche bürgerlichen Parteien ein. Sie demonstrierten damit ihren Willen zur Einheit. Er zerbrach schnell, als die Gewerkschaftsmitglieder beide Gesetzentwürfe ablehnten und den ÖTV-Frauenausschuß aufforderten, eine Broschüre gegen das Ausführungsgesetz herauszubringen. Unverzagt luden beide Fraktionen zu einem Hearing über den § 218 am 17. Oktober ein. Caritas, Pro Familia, die SPD-Frauenkonferenz kamen zu Wort. Sie mußten feststellen, daß die Frauen mit dem festen Entschluß zur Abtreibung in die Beratungsstellen kommen. Als Senator Pätzold das Schlußwort sprechen wollte, entrollten Mitglieder des Komitees ein Transparent mit der Forderung ,,Weg mit dem § 218''. Es fand Beifall bei den Versammelten und der Senator verzichtete auf längere Ausführungen.

Mittlerweile ist wieder der offene Krach zwischen CDU und SPD ausgebrochen. Der ,,Tagesspiegel'' vermeldete am 9. November: ,,Grundsätzliche Differenzen über den § 218 auch bei den Parteien im Berliner Gesundheitsausschuß''.

Am 23. November forderte die gemeinsame Schulgruppe beider GEWs der 2. Ober- / Hauptschule Tempelhof einstimmig: ,,Ersatzlose Streichung des § 218 – Weg mit dem Ausführungsgesetz!''

Weg mit dem §218!
Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!
Das Volk selber soll entscheiden!
Volksentscheid gegen den §218!



Weg mit dem Ausführungsgesetz zum §218!

Veranstaltung gegen den §218:

,,Das Ausführungsgesetz – der Versuch, die Strafverfolgung einzuleiten''
28.11.1978, 19 h, Gesellschaftshaus Neukölln Karl-Marx-Str. 131

Komitee ,,Volksentscheid gegen den §218''

„Bald werden die Ferkel totgeschlagen"

Niedrigstpreise für Schweine – Höchstprofite für Schlachtereien

z.reh. Zwischen 60 und 75 DM kostet zur Zeit ein normales Ferkel. Die Mastschweine bringen jetzt im Raum Nord- und Osthannover durchschnittlich 255 DM pro Schwein. Während bei den Mastschweinen bei den derzeitigen Ferkel- und Futterpreisen noch bescheidene bis normale Arbeitsverdienste möglich sind, müssen die Ferkelerzeuger bei diesen Preisen schon kräftig zusetzen. Seit vier Jahren waren die Ferkelpreise nicht mehr so in den Keller gegangen.

Der niedrige Ferkelpreis ist die Folge der starken Aufstockungen bei den Ferkelerzeugern in den letzten zwei Jahren. Um sechs bis acht Prozent pro Jahr sind die Sauenbestände in Folge der damals guten Ferkelpreise – über 100 DM pro Stück – aufgestockt worden. In dieser Zeit wurden viele Sauenställe neu- oder umgebaut und damit vor allem arbeitswirtschaftlich auf den neuesten Stand gebracht. Die Tatsache, daß für Ferkelerzeugung und Schweinezucht relativ viel Zeit aufgewendet werden muß und nicht so viel Kapital, wie z.B. bei Schweinemast, macht die Ferkelerzeugung gerade für kleine und mittlere Betriebe zu einem wichtigen Betriebszweig. Damit konnte auf kleiner Fläche mit Einsatz von Familienarbeitskräften ein besseres Einkommen als mit anderen Betriebszweigen erreicht werden – solange die Preise stimmen.

Zwangsläufig sind deshalb auch 68% aller Betriebe, die Zuchtsauen halten, kleiner als 20 ha. Diese Betriebe halten jedoch nur 49% aller Zuchtsauen, d.h. die Bestandsgröße nimmt mit steigender Betriebsgröße rapide zu. Bei Mastschweinen stellt sich das schärfer dar. Hier werden 81,5% aller Schweine in Betrieben über 10 ha gehalten von nur 48% aller Mastschweinehalter. Bei einigermaßen modernen Ställen war mit 30 Arbeitsstunden pro Sau und Jahr ein Rohüberschuß von etwa 20 bis 30 DM pro Ferkel erzielt worden. Das mindeste, was ein Ferkel jetzt kosten muß, ist 80 bis 85 DM, wenn die Kosten gedeckt sein sollen.

Die Anarchie des kapitalistischen Marktes führt jedoch dazu, daß solange aufgestockt wird, bis ein Überangebot besteht, also gesellschaftlich nützliche Arbeit sich in überflüssige verwandelt. In Form von niedrigen Preisen – schließlich unterhalb der Kostengrenze – schlägt das dann auf die Produzenten zurück. Gerade die Bauern aber, die gerade erst gebaut haben, und dafür Kredite aufnahmen, können jetzt nicht einfach weniger produzieren, sondern müssen mit niedrigeren Produktionskosten möglichst mehr produzieren. So verschärft sich die Konkurrenz der einzelnen Bauern untereinander. Von den Nationalökonomen müssen sie sich dann noch den Vorwurf gefallen lassen, sie hätten am Bedarf vorbeiproduziert.

Für die Schweinemäster verläuft diese Entwicklung – mit einer Verzögerung – genau so ab.

Die aufkaufenden Kapitalisten nutzen die Zersplitterung der Bauern nach Kräften aus, um ihre Profite zu realisieren. Beweisen läßt sich das durch folgende Daten: Während die Schweinepreise zwischen 1970 und 1977 konjunkturbereinigt um ca. 20% anstiegen und ab 1973 faktisch auf gleichem durchschnittlichen Niveau blieben, gingen die Handelsspannen kontinuierlich und steil nach oben. In diesen Jahren stieg die Handels- und Bearbeitungsspanne für Schweinefleisch von 1,47 DM/kg auf 2,53 DM/kg. Das sind 72%. Dabei ist auffällig, daß gerade dann, wenn die Schweinepreise sehr niedrig sind, die Spanne am größten wird. 1974, in dem Jahr mit den schlechtesten Preisen, stieg die Spanne von 1,73 DM/kg auf 2,43 DM/kg, das sind 40%.

Wenn man sich die Verbraucherpreise ansieht, dann wird deutlich, wer die Preise macht. Die Verbraucherpreise stiegen von 1970 bis 1977 um 72,3%, das ist exakt der Betrag, um den die Handelsspanne stieg. Während auf der einen Seite also die Arbeiterklasse mehr für Schweinepreise aufbringen mußte, bekommen die Bauern – relativ zu ihren Kosten – weniger. So realisieren die Schlachtereien und Fleischwarenfabriken ihren Profit.

Auch der Vermarktungsprozeß hat sich in den letzten Jahren sehr gewandelt. Während früher das meiste Schlachtvieh über Lebendmärkte verkauft wurde, wird heute der größte Teil tot vermarktet. Der prozentuale Anteil der Schlachtungen stieg von 31,1% 1973 auf 42,5% 1977. D.h. die Schweine werden an Schlachthöfe oder Versandschlachtereien verkauft und dort ausgeschlachtet und am Haken gewogen und beurteilt. Man geht dabei von einer Ausschlachtung von 79-80% aus und gleicht den Preis dann entsprechend den Lebendviehmärkten an. Die Totvermarktung hat für die Handelskapitalisten den Vorteil, daß sie genau wissen, wie die Fleischpartien ausgeprägt sind und sie deshalb nie die Katze im Sack kaufen. Die Züchter und Ferkelerzeuger mußten in Folge der Totvermarktung ihre Schweine stärker in Richtung auf Fleischmenge und weniger Fett züchten, die Fleischqualität geriet ins Hintertreffen. Das merkt man ziemlich schnell, wenn man Fleisch früherer Züchtung mit dem Fleisch heutiger Schweine vergleicht.

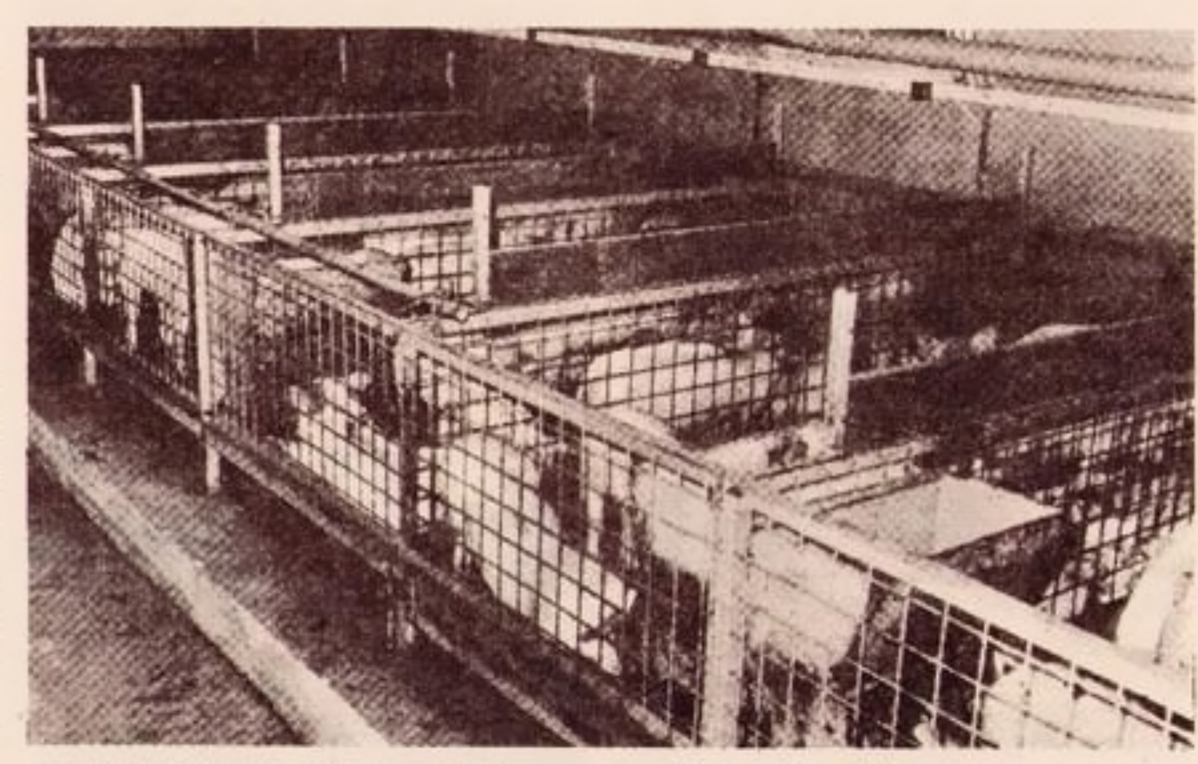
Die Konzentration im Schlachtereigewerbe wurde auch zum Teil durch die verschärften Produktionsbestimmungen in der BRD beschleunigt. Die Anforderungen, die an die Schlachtbetriebe gestellt werden, überstiegen oft die finanziellen Möglichkeiten der Schlachter, so daß viele heute die eigene Schlachtung aufgegeben haben und Schweinehälften von den Versandschlachtereien kaufen müssen. Die Schlachter machen dann nur noch die Verarbeitung des Fleisches.

Auch die Hausschlachtungen gingen in den letzten fünf Jahren erheblich zurück, nämlich von 2,7 auf 2,3 Mio. Schweine pro Jahr.

Ständig werden die Bauern durch die Handels- und Schlachtereikapitalisten mehr ausgeplündert. Die Vernichtung vieler kleiner Ferkelerzeugerbetriebe ist mit der Entwicklung vorprogrammiert; denn für längere Zeit pro Ferkel 10 DM Verlust zu machen, kann niemand verkraften. Abzusehen ist, daß dann eher die Ferkel totgeschlagen werden, als sie mit Verlust großzuziehen. Oder die Sauen werden tragend zum Schlachten gebracht, was auf das gleiche hinausläuft.

Da für die Mäster Ferkel als Kostenfaktor auftreten, wirkt sich der schlechte Ferkelpreis für sie günstig aus. Die Schlachtereien holen jedoch zum großen Schlag aus, sie drohen mit Preisen unter 250 DM pro Schwein. Die Mäster können darauf nur noch mit billigen Futtermitteln reagieren oder daduch, daß sie z.B. an den Stalleinrichtungen notwendige Reparaturen unterlassen.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Anarchie des kapitalistischen Marktes sind Fesseln für die Entfaltung der Produktivkräfte. Die kleinen Produzenten können diese Fesseln sprengen, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse zusammenschließen und die Revolution machen.



Frühabsetzung von der Sau, Haltung in vollklimatisierten Käfigställen – weniger Arbeit und höherer Umschlag pro Sau.

Erzeugerpreise für Kohl unter Produktionskosten



Erzeugerpreise für Kohl unter Produktionskosten



Überall in Dithmarschen, einem Hauptanbaugebiet von Rot- und Weißkohl, wird zur Zeit der Kohl geerntet. 80 Pfennig für den Zentner Kohl werden gezahlt. Ein Teil der Kohlernte ist von den Gemüsekapitalisten und dem Landhandel aufgekauft worden. Die Gemüsekapitalisten haben mit einigen Bauern langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Die Bauern, die solche Verträge nicht haben, bleiben auf ihrem Kohl sitzen. Bereits im letzten Jahr, als der Ladenpreis zeitweilig 9 Pfennig das Pfund betrug, meldet die Dithmarscher Landeszeitung: Das Überangebot an Kohl werde wohl einige Bauern zwingen, den Kohlanbau aufzugeben, weil ihre Verträge ausgelaufen seien und der Verkaufspreis die Kosten nicht decken würde.

Bei dem diesjährigen Preisverfall, dem Zwang die Ernte sofort verkaufen zu müssen, weil die kleinen und mittleren Bauern keine Möglichkeit haben, den Kohl längere Zeit zu lagern – das Geld für die dazu notwendigen Kühlanlagen haben sie nicht – den geringeren Chancen, den Kohl selbst zu vermarkten über den Hausverkauf und die Belieferung des Marktes in der Stadt, haben viele Bauern den Kohl einfach untergepflügt oder jagen die Schafe auf das Kohlfeld.

Weiteres Komitee der Bauern in Polen gegründet

z.mih. Die polnische Regierung verschärft die Gangart gegen die kleinen und mittleren Bauern, die sich hartnäckig dagegen zur Wehr setzen, sich über das Instrument des neuen Rentensystems von ihrem Land vertreiben zu lassen. Nach wie vor verweigern viele dieser Bauern die Zwangsbeiträge für diese „Altersversorgung". In Lowisko in der Region Rzeszow (Südosten Polens) hat die neue Bourgeoisie ihren Staatsapparat verstärkt darauf ausgerichtet, die Bauern nun schon vor der Verrentung zur „Abtretung" ihres Grund und Bodens „zu bewegen". Ihr Land soll für die Rinderzucht genutzt werden und darüber die Nahrungsmittelexporte gesteigert. Trotz Schikanen wie Bußgeldern und dem Boykott lebensnotwendiger Lieferungen wie z.B.Kohle weigern sich die Bauern, die Beiträge zu zahlen. In staatlichen Betrieben will die Regierung nun solche Bauern entlassen, die neben ihrer Landarbeit sich bereits zusätzlich in der Fabrik ausbeuten lassen müssen, um ihr Stückchen Land zu erhalten. Gegen diese Politik der vollständigen Ruinierung der kleinen Bauern hat sich am 12. November in Lowisko ein weiteres „Komitee zur Selbstverteidigung der Bauern" gegründet neben den bereits bestehenden in Lublin und Grojec.

Statt Rekordernte – Rekord an Ernteeinsätzen in der DDR

z.mih. Das beständige Absinken der Hektarerträge bei Kartoffeln und Zuckerrüben in der DDR seit 1970 ist Ausdruck der Ruinierung der Landwirtschaft. (Kartoffeln: 1970 195,7 dz, 1976 113,7 dz; Zuckerrüben: 1970 320,1 dz, 1976 191,1 dz) Die Erträge von Weizen sind wieder auf dem Stand von 1970 (35,6 dz). Die Exportverpflichtungen an die Sowjetunion reißen zusätzlich zu diesen sinkenden Erträgen große Lücken in die Ernte. „Extreme Wetterbedingungen" müssen dafür herhalten, um zehntausende Schüler, Studenten, Hausfrauen und „Werktätige aus Produktion und Verwaltung" zu „freiwilligen Ernteeinsätzen" aufs Land zu treiben. Für mehrere Stunden, oft am Wochenende oder für eine Nachtschicht noch zusätzlich zu der Ausbeutung in der Fabrik sollen sie dafür sorgen, „daß der Tisch gedeckt ist". Ganze Reparaturkolonnen sind zur Wartung der Landmaschinen „rund um die Uhr" abkommandiert worden. Die „Rekorde" solcher Art gesteigerter Ausbeutung sind im Amtsblatt der neuen Bourgeoisie „Neues Deutschland" täglich vermeldet worden. Durch den Propadandarummel hindurch dringt der Widerstand und die Empörung der Massen darüber. So hätten „einige Betriebsleiter" darauf hingewiesen, daß sie mit „ihren Freiwilligen" in der Fabrik ja auch noch „Pläne zu erfüllen" haben.

EG will Milchüberschuß eindämmen

z.ere. Aber für die kleinen Kuhhalter soll ein soziales Programm entwickelt werden, wenn es darum geht, den „Milchüberschuß einzudämmen". So sieht es die jüngste Empfehlung der EG-Kommission vor. Schon im Frühjahr hatte Josef Ertl zu einem Hearing geladen, um die „Strukturprobleme in der Landwirtschaft" zugunsten der BRD-Imperialisten lösen zu können. 513000 kleine Bauern in der EG halten ein bis zwei Kühe, weitere 331000 haben drei oder vier im Stall. Etwa 1,2 Mio. füttern fünf bis 29, und endlich 167000 halten mehr als 30 Kühe. Sie *alle* „bekommen praktisch täglich Geld für ihre Produktion" garantiert durch die EG-Agrarpreisordnung. Das sind wenigstens 85000 „Subventionsempfänger" zu viel. Während der Verbrauch stagniert, nimmt die Milcherzeugung zu. Die Agrarminister stehen nach Ansicht der Kommission vor dem „Problem, wie die Zahl der Milchkühe durch entsprechende *politische* Maßnahmen gesenkt werden könne." Ein kleiner Eingriff, so scheint es, ist erforderlich. Der Preis, zu dem die Marktordnungsstelle, das „Bundesamt für Gewerbliche Wirtschaft", die Milch aufkauft, soll künftig direkt an den Produktionsumfang gebunden werden. Die Kuh unters Messer und den kleinen Bauern vom Hof. Sollten Ertl die Erfahrungen des Ministers für Arbeit und Soziales entgangen sein, wenn er die „Bereitschaft des kleinen Bauern zur Mobilität in doppeltem Sinne" erzwingen will?

UNIDO-Konferenz: Ohne eigene Düngemittelindustrie keine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln für die Dritte Welt

z.pek. Mit einer durch die UNIDO (Organisation für industrielle Entwicklung der Vereinten Nationen) organisierten Konferenz haben sich die Länder der Dritten Welt vom 6. bis 10. November in Innsbruck über den Aufbau ihrer eigenen Düngemittelproduktion verständigt. Diese muß beträchtlich gesteigert werden, um die Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln zu erreichen. Bereits in den letzten Jahren hat die jährliche Steigerung des Verbrauchs von Düngemitteln in den Ländern der Dritten Welt durchschnittlich 16% betragen. In der Regel kann durch die Anwendung von einer Tonne Düngemitteln der Ernteertrag um 10 Tonnen gesteigert werden. Die erforderlichen Rohstoffe wie Phosphate, Schwefelgesteine, Pottasche, Erdöl oder Erdgas sind in der einen oder anderen Form in den meisten Ländern der Dritten Welt ausreichend vorhanden. Für die Errichtung von Produktionsanlagen sind die Länder der Dritten Welt jedoch stark von Lieferungen der Imperialisten abhängig, die dafür Wucherpreise kassieren. Allein zwischen 1973 und 1974 haben die Imperialisten nach Angaben der UNIDO die Preise für die wichtigsten Anlagen um 170 bis 225% erhöht.

Dabei sind die Länder der Dritten Welt auch noch der Sabotage der Imperialisten ausgesetzt, indem die gelieferten Anlagen durch technische Herstellungsmängel häufig bereits nach kurzer Zeit ausfallen. Viele Anlagen können daher nicht mit ihrer vollen Kapazität genutzt werden. Um sich gegen solche Sabotage zu schützen, fordern die Länder der Dritten Welt die vollständige Gewährleistung bei technischen Mängeln und die Bezahlung aller Produktionsverluste durch die Imperialisten. Solche Bestimmungen sollen in einem einheitlichen Vertragsmuster festgelegt werden, damit nicht einzelne Länder von den Imperialisten durch Erpressung um die Gewährleistung geprellt werden können. Die EG-Imperialisten fühlten sich durch diese Forderung in ihrem Lebensnerv der Extraprofite getroffen. Entrüstet erklärte ihr Delegierter auf der Konferenz, daß „so etwas unvereinbar mit der freien Marktwirtschaft" sei.

Während die EG-Imperialisten unter dem Druck der Länder der Dritten Welt zugeben mußten, daß sie untaugliche Anlagen liefern (sich dann allerdings auf „unzuverlässige Gesellschaften", für die die Regierungen keine Verantwortung übernehmen könnten, herauszureden versuchten), mußten die Sozialimperialisten zur plumpen Lüge greifen. Ihr Delegierter erklärte frech, daß es „bei der beträchtlichen Zahl von Anlagen, die die Sowjetunion in die Länder der Dritten Welt geliefert hat, keine Schwierigkeiten in der Gewährleistung für eine angemessene Qualität" gegeben habe. Die Erfahrungen der Länder der Dritten Welt mit den sowjetischen Anlagen sprechen gegen solches Lügengeschwätz.

Gegen den Preiswucher bei der Lieferung von Düngemittelanlagen haben die Länder der Dritten Welt eine allgemeine Preissenkung gefordert und die Verstärkung ihrer Zusammenarbeit bei der Errichtung ihrer eigenen Anlagen festgelegt. Es sollen neue Forschungs- und Ausbildungszentren gemeinsam eingerichtet, technische Information und Ersatzteile ausgetauscht und regelmäßige regionale Konferenzen über Düngemittelproduktion abgehalten werden.

Gegenwärtig sind die Länder der Dritten Welt noch stark auf den Einkauf von fertigen Düngemitteln auf dem Weltmarkt angewiesen. Die Chemiemonopole nützen diese Abhängigkeit, um Extraprofite einzustreichen. So haben beispielsweise die US-Imperialisten den Preis von Diammoniumphosphatdünger innerhalb von vier Jahren verdoppelt. Um diese Preistreiberei besser bekämpfen zu können, fordern die Länder der Dritten Welt eine Untersuchung des Weltmarkts durch die UNIDO. Aufgeschreckt haben die BRD-Imperialisten dagegen gezetert, daß jede Voraussage über die Entwicklung der Produktion und der Versorgung für mehr als fünf Jahre reine Spekulation" sei, – eine fadenscheinige Erklärung und ein untauglicher Versuch, die Aufdeckung des Preiswuchers der Chemiemonopole zu verhindern.

Kämpfe gegen die Durchsetzung des Praktischen Jahres

z.hek.Heidelberg. 40-Stunden-Woche bei 15 Stunden Prüfungsvorbereitung! Ein Studientag am Freitag jede Woche! Keine Verpflichtung zu Nacht- und Wochenenddiensten! Das sind die Forderungen, für deren sofortige Durchsetzung die PJ-Studenten der Chirurgischen und Medizinischen Unikliniken in Heidelberg geschlossen gestreikt haben. Den Klinikdirektoren, die sich seit Wochen weigern, die Forderungen zu erfüllen, wurde das Ultimatum gestellt: „Falls bis zum 23.11. der Studientag nicht gewährt ist, gehen wir ab Freitag, den 24.11.78, freitags nicht mehr ins PJ.“ Die PJler an den Heidelberger Lehrkrankenhäusern, die dort in den letzten Wochen überall den Studientag durchgesetzt und z.T. die Nacht- und Wochenenddienste zurückgeschlagen haben, unterstützen den Streik an den Unikliniken durch Solidaritätserklärungen.

An den Tübinger Lehrkrankenhäusern, in Frankfurt und Aachen werden die Forderungen nach 40-Stunden-Woche und gegen die Nacht- und Wochenenddienste in offenen Briefen an die Dekane und in Aktionsprogrammen erhoben, in Köln kämpfen die PJler gegen Anwesenheitskontrollen in Lehrveranstaltungen, in Pforzheim haben die im Personalwohnheim wohnenden PJler einen Mietstreik beschlossen, weil sie 45 DM mehr Miete zahlen sollen als die Ärzte und Schwestern mit der Begründung: „Da Sie keinen Tarifvertrag haben, können wir Ihnen keinen Mietzuschuß gewähren.“ Ähnlich ist die Lage an fast allen Kliniken im Bundesgebiet: Die PJler führen Kämpfe gegen die schrankenlose und kostenlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft und für die Durchsetzung von Teilforderungen des seit Jahren geforderten Ausbildungs- und Tarifvertrags.

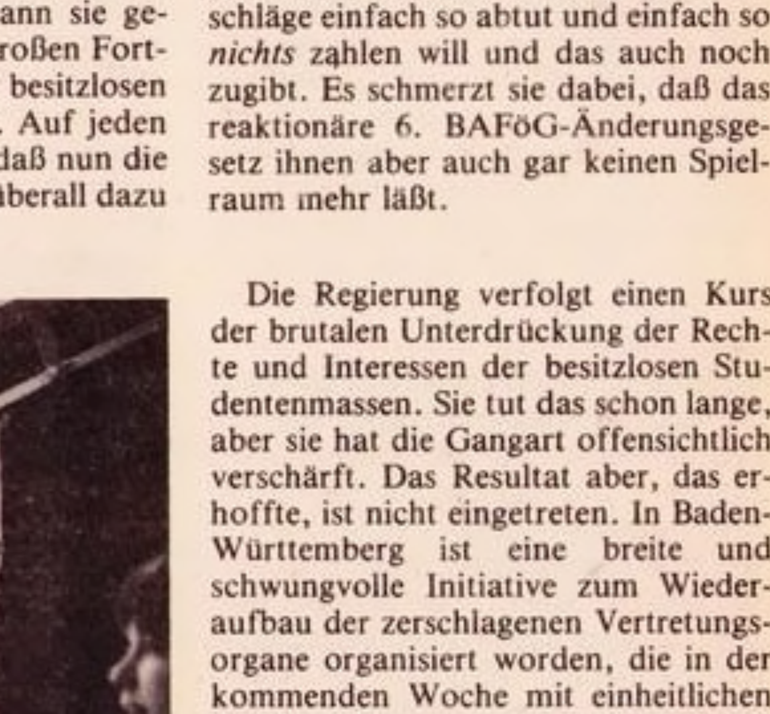
Unterdessen ist die Regierung eifrig dabei, die 3. Novellierung der Approbationsordnung auszuarbeiten, mit der sie plant, die PJ-Zeit zu verdoppeln oder gar zu verdreifachen und die Ausrichtung und Unterdrückung der PJ-Studenten über die Prüfung nach dem PJ zu verschärfen. Vorbereitet hat die Bourgeoisie diesen Angriff auf die Medizinstudenten über die „Konzertierte Aktion Gesundheitswesen“, wo Standesvertreter, Minister und Krankenkassenvorsitzende einen Chorgesang anstimmten, „wie wenig die jungen Ärzte nach dem Praktischen Jahr können, wie unverantwortlich, sie so auf die Patienten loszulassen“. Der Heidelberger Professor Schettler hat gleich in einem Interview in der „Münchner Medizinischen Wochenzeitschrift“ zu berichten gewußt, daß die Patienten Angst vor diesen Ärzten haben und der Ruf des ganzen Berufsstandes gefährdet sei, wenn man sie nicht besser ausbildet, sprich noch zwei Jahre lang kostenlos an den Kliniken zu arbeiten zwingt.

Gegen diesen Angriff hat die Heidelberger PJ-Gruppe einen Aufruf an alle PJ-Vollversammlungen in der BRD beschlossen, in dem sie vorschlägt, für Januar bundesweit einen Warnstreik vorzubereiten zur Bekräftigung der Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr und zur Durchsetzung der einzelnen Forderungen, über die Ausbildungsbedingungen wie sie derzeit an den Kliniken erhoben werden.

Kampf um die Durchführung der VDS-Aktionstage an den Hochschulen

z.crw. Der Vorstand der VDS hat seinen Beschluß, vom 27.11. bis 2.12. an allen Hochschulen zu Aktionstagen „für die berechtigten Interessen der Studenten“ aufzurufen, wie eine heiße Kartoffel fallen lassen. Lediglich der revisionistische Studentenverband Spartakus hat 70 von ihm geführte ASten zu Aktionen aufrufen lassen. Warum dieser – durchaus unerfreuliche – Sinneswandel der Jusos und spontaneistischen Mitglieder im Vorstand der VDS? Daß „die Bewegung für einheitliche Aktion nicht weit genug“ sei, ist ihr Argument. Nur glauben sie *das* selber nicht. Eher ist es gerade andersherum.





Zahlreiche Institutsgruppen, aber auch ASten und Studentenräte haben aufgerufen, die Woche vom 27.11. zu nutzen, um über die möglichen und notwendigen Schritte im Kampf gegen die Hochschulreform der Bourgeoisie zu beraten, die Absichten der Reaktion genau zu untersuchen und gegen diese Absicht ein Programm der Studentenbewegung zu stellen. Diese Absicht haben die besitzlosen Studenten breit auch bereits umgesetzt in der Organisierung ihrer Kämpfe. Eine einheitliche Aktion der VDS zu diesem Zwecke, und zu keinem anderen kann sie genutzt werden, hätte einen großen Fortschritt für den Kampf der besitzlosen Studenten bringen können. Auf jeden Fall ist es ein Rückschritt, daß nun die VDS nicht einheitlich und überall dazu aufrufen.

Es ist ganz sicher *kein* Zufall, daß die reformistischen VDS-Vorstände genau zu dem Zeitpunkt „Aktionen“ vorschlugen, als der Minister Schmude den Studentenmassen seine und der Regierung Absicht offenbarte, die BAFöG-Zahlung auf drei Jahre hinaus zu senken. Das war berechnet, aber anders. Seit einem knappen Jahr leisten vor allem die jungen Sozialdemokraten eine hartnäckige Propaganda zur Senkung des BAFöG unter dem Mantel der „Steuergerechtigkeit“ und stimmen die Revisionisten in dies Lied ein mit der Forderung nach einer demokratischen Hochschule, bei der die Bezahlung auch sozial sein soll. Was muß es diesen jungen Vollblutpolitiker schmerzen, daß der Minister ihre Vorschläge einfach so abtut und einfach so *nichts* zahlen will und das auch noch zugibt. Es schmerzt sie dabei, daß das reaktionäre 6. BAFöG-Änderungsgesetz ihnen aber auch gar keinen Spielraum mehr läßt.

Die Regierung verfolgt einen Kurs der brutalen Unterdrückung der Rechte und Interessen der besitzlosen Studentenmassen. Sie tut das schon lange, aber sie hat die Gangart offensichtlich verschärft. Das Resultat aber, das erhoffte, ist nicht eingetreten. In Baden-Württemberg ist eine breite und schwungvolle Initiative zum Wiederaufbau der zerschlagenen Vertretungsorgane organisiert worden, die in der kommenden Woche mit einheitlichen Wahlen fortgesetzt wird. In zahlreichen Hochschulen ist die Front gegen die Plünderung durch die Studentenwerke gefestigt, vor allem in den Studentenwohnheimen. Die vielen einzelnen Kämpfe gegen die einzelnen Professoren, die einzelne Prüfung, im einzelnen Seminar sind lange zu dem Punkt ihrer notwendigen Zusammenfassung und Verallgemeinerung in einem Aktionsprogramm mit den Forderungen nach den Koalitionsrechten gereift. Die Aktionstage der VDS, von denen die reformistischen und revisionistischen Vorstände am liebsten nichts wissen wollen, können durchgeführt werden und die erste Antwort auf die 6. BAFöG-Änderung sein. Zum zweiten Schritt hat das Studentenparlament der Fachhochschule in Hannover bereits aufgerufen: Demonstration der VDS im Januar für die Forderungen 100 DM mehr für alls BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag.

1000 demonstrieren gegen die Schließung der PH

z.klr. Am 6. April legte der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Jochimsen das „Gesetz über die Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen“ als Entwurf vor. Am 30.11. soll es im Landtag verabschiedet werden und am 1. April 79 sollen alle PH's aufgelöst und deren Fachbereiche in entsprechende Fachbereiche der wissenschaftlichen Hochschulen eingegliedert werden. Einher mit der Verle-



gung der Lehrerausbildung sollen die Lehrerstudenten Studienort und meistens auch Wohnort wechseln. Von den 7000 PH-Studenten in Dortmund sind das 4000. Lehrerstudenten und Fachwissenschaftsstudenten sollen an den Fachbereichen zusammengepfercht werden; unbesetzte Planstellen für Lehrpersonal sollen nicht mehr besetzt werden. Neue Studien- und Prüfungsordnungen sollen beschlossen werden. Prof. Steinlein, Präsident der Rektorenkonferenz hat in Bochum am 8.11. in Übereinstimmung mit Schmudes 22 Orientierungspunkten die Richtung festgelegt: „Die Ausbilung der Uni muß flexibler und breiter sein; besser ist ein kürzeres Studium, anschließende Berufstätigkeit und später dann ein Weiterbildungsstudium.“ Für die Masse der Studenten soll Verschärfung der Konkurrenz in verkürzten Regelstudiengängen mit höheren Wochenstundenzahlen herauskommen; ungezügelte Vernutzung der studententischen Arbeitskraft soll sie in kürzerer Zeit zum Lehrer abrichten. In der Woche vor der Demonstration hatten 50 Seminare an der PH Dortmund gegen die PH-Schließung Beschlüsse gefaßt und gefordert: „Einspruchsrecht der Studentenvertretungen bei allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten! Gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!“

Studentenwerk in der Hand des Staates

Geschäftsführer Loschke vergoldet seine „schwere Jugend“

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Südostniedersachsen für die Universität, PH in Göttingen, TU, FHS, PH, SHfbK in Braunschweig und TU Clausthal — 20. Nov. 1978 Jg. 1 / Nr. 21

sie.Braunschweig. Als Selbsthilfeorganisation der Studenten wurde 1928 „der Verein Braunschweiger Studentenhilfe e.V.“ gegründet. Nachdem der Staatsapparat die Studentenwerke übernahm, plünderten die Faschisten die „Darlehnskasse des Deutschen Studentenwerks“.

„Ab 1932 erwuchsen dem Studentenwerk bedeutungsvolle neue Aufgabengebiete in der Durchführung von Arbeitslagern für Studenten und stellungslose Jungakademiker, wofür Reich, Länder und Kommunen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellten. Reichskanzler Schleich lud... zu einem Bierabend ein, bei dem er schon seine Pläne hinsichtlich einer künftigen deutschen Miliz vortrug, bei deren Aufbau auch die Studenten als Führungskader benötigt werden würden...“ (R. Schairer, Deutsches Studentenwerk)

1945 wurde das „Akademische Hilfswerk der TH Braunschweig e.V.“ von Rektor und Senat gegründet. Karl-Heinz Loschke, Student mit über 30 Semestern, wird später Geschäftsführer. Die Landesregierung wandelt das „Hilfswerk“ in eine „Anstalt öffentlichen Rechts“ um. Sie wußte, was sie zwecks Ausplünderung und Unterdrückung an Loschke hatte:

„Einfach mehr Geld unter die Leute zu streuen ist sinnlos. Nur gezielt und sachlich erörterte Maßnahmen führen zum Erfolg... der Anspruch auf Förderung... oder Studentengehalt... immer wieder als Forderung der Studentenschaft vorgetragen..., bringt viele Probleme. Das Gefühl der Dankbarkeit gegenüber den Eltern über die Finanzierung oder Teilfinanzierung eines Studiums sollte erhalten bleiben“ (Loschke in seinem Vortrag im „Studium Generale“ am 15.12.65).

1976 veröffentlichte Loschke im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst eine Studie über „Raumbedarfsermittlung für Verpflegungseinrichtungen an Hochschulen“. Loschke stellt befriedigt fest, daß die Braunschweiger Mensa die höchste Kapazität erzielt auf der Grundlage von Personaleinsparungen und Auspressung des verbleibenden Teils. So konnte Loschke bei ganzer Treue zur Landesregierung denn auch so nebenbei im Trüben fischen:

1957 hatte das „Studentische Hilfswerk“ bereits 100000 DM der „Studentischen Krankenversorgung“ (SKV) entnommen. 1976 wurde die SKV bei der Auflösung um 530496,42 DM zurückbehaltene studentische Gelder geplündert. Gesichert hat die Landesregierung ihren Mann; Loschke ist nur durch ihren Beschluß kündbar. Es „darf nicht vergessen werden, die richtigen Maßstäbe wieder herzustellen“ (Loschke) – man muß es ihm glauben. Vor zwei Wochen auf dem internationalen Treffen der Burschenschaften in der Mensa fühlte er die „richtigen Maßstäbe“ wieder hergestellt.

In den zur Zeit stattfindenden Mensaprozessen ist er im Auftrag der Landesregierung Hauptzeuge und Nebenkläger, assistiert von Burschenschaftlern.

Im ersten Prozeß am Mittwoch wollte das Gericht richtig einsteigen: „Nachgewiesen ist, was die Kammer als Beweis erachtet“. Der Freispruch in erster Instanz wurde in 30 Tagessätze umgewandelt.

zahlen sollen als die Ärzte und Schwestern mit der Begründung: „Da Sie keinen Tarifvertrag haben, können wir Ihnen keinen Mietzuschuß gewähren.“ Ähnlich ist die Lage an fast allen Kliniken im Bundesgebiet: Die PJler führen Kämpfe gegen die schrankenlose und kostenlose Vernutzung ihrer Arbeits-
schlossen, in dem sie vorschlägt, für Januar bundesweit einen Warnstreik vorzubereiten zur Bekräftigung der Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr und zur Durchsetzung der einzelnen Forderungen, über die Ausbildungsbedingungen wie sie derzeit an den Kliniken erhoben werden.
stand der VDS? Daß „die Bewegung für einheitliche Aktion nicht weit genug“ sei, ist ihr Argument. Nur glauben sie das selber nicht. Eher ist es gerade andersherum.
Zahlreiche Institutsgruppen, aber auch ASten und Studentenräte haben aufgerufen, die Woche vom 27.11. zu nutzen, um über die möglichen und notwendigen Schritte im Kampf gegen die Hochschulreform der Bourgeoisie zu beraten, die Absichten der Reaktion genau zu untersuchen und gegen diese Absicht ein Programm der Studenten-
Es ist ganz sicher kein Zufall, daß die reformistischen VDS-Vorstände genau zu dem Zeitpunkt „Aktionen“ vorschlugen, als der Minister Schmude den Studentenmassen seine und der Regierung Absicht offenbarte, die BAFöG-Zahlung auf drei Jahre hinaus zu senken. Das war berechnet, aber anders. Seit einem knappen Jahr leisten vor allem die jungen Sozialdemokraten eine hartnäckige Propaganda zur Senkung des BAFöG unter dem Mantel der „Steuergerechtigkeit“ und stimmen die Revisionisten in dies Lied ein
nem Aktionsprogramm mit den Forderungen nach den Koalitionsrechten gereift. Die Aktionstage der VDS, von denen die reformistischen und revisionistischen Vorstände am liebsten nichts wissen wollen, können durchgeführt werden und die erste Antwort auf die 6. BAFöG-Änderung sein. Zum zweiten Schritt hat das Studentenparlament der Fachhochschule in Hannover bereits aufgerufen: Demonstration der VDS im Januar für die Forderungen 100 DM mehr für alls BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag.
1000 demonstrieren gegen die Schließung der PH
z.klr. Am 6. April legte der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister Jochimsen das „Gesetz über die Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen“ als Entwurf vor. Am 30.11. soll es im Landtag verabschiedet werden und am 1. April 79 sollen alle PH's aufgelöst und deren Fachbereiche in entsprechende Fachbereiche der wissenschaftlichen Hochschulen eingegliedert werden. Einher mit der Verle-
Fachwissenschaftsstudenten sollen an den Fachbereichen zusammengepfercht werden; unbesetzte Planstellen für Lehrpersonal sollen nicht mehr besetzt werden. Neue Studien- und Prüfungsordnungen sollen beschlossen werden. Prof. Steinlein, Präsident der Rektorenkonferenz hat in Bochum am 8.11. in Übereinstimmung mit Schmudes 22 Orientierungspunkten die Richtung festgelegt: „Die Ausbilung der Uni muß flexibler und breiter sein; besser ist ein kürzeres Studium, anschließende Berufstätigkeit und später dann ein Weiterbildungsstudium.“ Für die Masse der Studenten soll Verschärfung der Konkurrenz in verkürzten Regelstudiengängen mit höheren Wochenstundenzahlen herauskommen; ungezügelte Vernutzung der studententischen Arbeitskraft soll sie in kürzerer Zeit zum Lehrer abrichten. In der Woche vor der Demonstration hatten 50



Studentenwerk in der Hand des Staates
Geschäftsführer Loschke vergoldet seine „schwere Jugend“
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Südostniedersachsen für die Universität, PH in Göttingen, TU, FHS, PH, SHfbK in Braunschweig und TU Clausthal — 20. Nov. 1978 Jg. 1 / Nr. 21
sie.Braunschweig. Als Selbsthilfeorganisation der Studenten wurde 1928 „der Verein Braunschweiger Studentenhilfe e.V.“ gegründet. Nachdem der Staatsapparat die Studentenwerke übernahm, plünderten die Faschisten die „Darlehnskasse des Deutschen Studentenwerks“.
„Ab 1932 erwuchsen dem Studentenwerk bedeutungsvolle neue Aufgabengebiete in der Durchführung von Arbeitslagern für Studenten und stel-
Semestern, wird später Geschäftsführer. Die Landesregierung wandelt das „Hilfswerk“ in eine „Anstalt öffentlichen Rechts“ um. Sie wußte, was sie zwecks Ausplünderung und Unterdrückung an Loschke hatte:
„Einfach mehr Geld unter die Leute zu streuen ist sinnlos. Nur gezielt und sachlich erörterte Maßnahmen führen zum Erfolg... der Anspruch auf Förderung... oder Studentengehalt... immer wieder als Forderung der Stu-
Grundlage von Personaleinsparungen und Auspressung des verbleibenden Teils. So konnte Loschke bei ganzer Treue zur Landesregierung denn auch so nebenbei im Trüben fischen:
1957 hatte das „Studentische Hilfswerk“ bereits 100000 DM der „Studentischen Krankenversorgung“ (SKV) entnommen. 1976 wurde die SKV bei der Auflösung um 530496,42 DM zurückbehaltene studentische Gelder geplündert. Gesichert hat die Landesregierung ihren Mann; Loschke ist nur durch ihren Beschluß kündbar. Es „darf nicht vergessen werden, die richtigen Maßstäbe wieder herzustellen“ (Loschke) – man muß es ihm glauben.

ASTA-Sozialreferententreffen: „Zentral nicht geplant“

z.wan. Letztes Wochenende fand in Münster ein Seminar für die AStA-Sozialreferenten statt, geleitet vom Sozialdemokraten Rickert, AStA Uni Saarbrücken. Seine Aufgabe sah er darin, die AStA-Sozialreferenten zu Sozialberatern für „exemplarische Einzelfälle von BAFöG-Opfern“(VDS-Blitz-Info) auszubilden. Zum Regierungsbeschluß wußte er lediglich zu sagen, daß man ihn halt vollständig ablehnen müsse und sich an den einzelnen Hochschulen überlegen solle, was man machen könne, eventuell auch regional. Zentral sei von den VDS noch nichts vorgesehen.

Dabei hatte zwei Tage vorher der Zentralrat einstimmig den „Offenen Brief“ „an die Bundestagsabgeordneten“ verabschiedet. Wortgewaltig ist dort von „Skandal“ die Rede. Der Sache nach ist der Offene Brief ein reines Gejammer darüber, daß der alte angeblich sozial(demokratisch)e Reformgeist, der dem BAFöG innewohne, von der Regierung abgetötet würde. Dementsprechend sehen auch die Aktionsvorschläge des Zentralrats aus, von deren Existenz Rickert offensichtlich nicht einaml unterrichtet war:

Im neuen VDS-Blitz-Info werden die ASten aufgefordert , mit „von BAFöG-Kürzungen betroffene Kommilitonen... Bundestagsabgeordnete in ihren örtlichen Sprechstunden“ aufzusuchen und „mit exemplarischen Einzelfällen von BAFöG-Opfern an die Öffentlichkeit zu treten.“

Je frecher die Bundesregierung die mit dem Bundesausbildungsförderungsgesetz bezweckte Plünderung des Familieneinkommens entfaltet, desto größer die Anstrengungen dieser Kriecher, die Studenten der Bourgeoisie „öffentlichkeitswirksam“ als Bittsteller vorzuführen. Man darf das nicht zulassen. Demgegenüber ist es richtig, worauf sich auch auf der Tagung vier Sozialreferenten geeinigt haben, daß man sich in den Lehrveranstaltungen gemeinsam in Form von BAFöG-Erhebungen ein Bild von der Wirkung des Regierungsangebots macht und die Forderungen klärt. Der nächste, die Kraft der Studentenbewegung zusammenfassende Schritt muß sein, daß man diese Forderungen im Januar in einer Demonstration in Bonn erhebt.

„Pädagogik des Sterbens“

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Studentenbund Koblenz/Mittelrhein für die Hochschulen: EWH-Koblenz, FH-Koblenz — 20. Nov. 1978 Jg. 1 / Nr. 2

Bellebaum weiß wirklich gut, was die Bourgeoisie gelehrt wissen will. Schon im Wintersemester 1975/76 bot er die Übung „Sterben und Tod“ an. Das Thema hat er auch in seinem Buch über die „moderne Gesellschaft“ verbreitet. Er versucht dabei den Massen nahezubringen, daß man den alten Arbeitern einen angenehmen, d.h. schnellen Tod bereiten müsse. Verpackt ist das ganze recht geschickt: Zuerst einmal stellte er fest, daß früher jeder dauernd mit dem Tod zu tun gehabt hätte. Heute aber, wo die Menschen länger lebten, teilweise unnötig künstlich verlängert, da wüßte niemand so recht, was er mit dem Tod anfangen sollte. Die Alten würden isoliert und schließlich in „Siechheimen“ enden, ihr Tod würde ihnen zur Qual.

„Was früher vertraut und bekannt zu sein hatte, wird heute verschleiert; ... Es gilt als ausgemacht, daß dem todgeweihten Kranken gegenüber die Verheimlichung der Schwere seines Zustandes erste Pflicht der Familie, des Arztes ist...“ Abgesehen davon, daß es eine ziemlich dreiste Lüge ist, die Massen würden immer älter, fragt sich, wann denn jemand todgeweiht ist, etwa, sobald rentenbezugsberechtigt? Was dem Kerl stinkt, sind die „Intensivstationen, das Sterben im Krankenhaus und die Siechheime“, das dauert ihm alles zu lange dort. „Das damit angeschnittene Thema *Euthanasie* konnte bislang weder national noch international zufriedenstellend erörtert werden ...“ Aber die „... passive Sterbehilfe wird ja auch nicht selten stillschweigend praktiziert...“, da „... die übliche Familie weder fähig ist, noch kann sie willens sein, Schwerkranke ausreichend zu pflegen...“.

Also: Die Massen sind sowieso dafür, die Ärzte praktizieren es schon, aber Euthanasie darf man's nicht nennen. Bellebaum ist für den Begriff „Orthothanasie“, Pädagogik des Sterbens, die muß dann aber schnell und billig sein.

Brüten die Professoren an den Hochschulen nicht direkt reaktionäre Programme aus, so geben sie sich jedenfalls alle Mühe, entsprechendes im Nachhinein ideologisch abzusichern, oder auch zu verbessern, um so den Auftrag der Bourgeoisie „zufriedenstellend zu erörtern“.

Alle Zitate aus: A. Bellebaum, „Die Moderne Gesellschaft“, 1977

Kampf um die politische Macht in Westberlin
Befugnisse der Besatzertruppen

z.hek. ,,Die Entscheidung über den Verlauf der im Wedding (Westberlin, d. Red.) geplanten Stadtautobahn ist gefallen – in den Amtsstuben der französischen Militärregierung. Nach Angaben der Senatsbauverwaltung haben sich die Franzosen in mehreren Schreiben deutlich für die sogenannte ,A'-Trasse dieser Autobahn ausgesprochen. Als Gründe seien militärische und strategische Überlegungen genannt worden.'' (Tagesspiegel, 21.11.)

Die militärstrategischen Überlegungen sind: Kürzeste panzertaugliche Verbindungswege von den Besatzerkasernen im Westen der Stadt zur Mauer. In regelmäßigen Abständen üben Panzereinheiten der Besatzer zu verschiedenen Tageszeiten den Vorstoß zur Mauer. Bei Truppenparaden führen die Besatzer Bergepanzer mit Planierschaufeln, ähnlich denen der Bundeswehr vor. Während diese Panzer bei der Bundeswehr ausschließlich für den Einsatz hinter der Front bestimmt sind, folglich auch keine wesentliche Bewaffnung haben, sind die der Westalliierten mit einer 200 mm-Kanone, einem festinstallierten Maschinengewehr und einem Infrarotstrahler gerüstet. Beim Einsatz dieser Panzer wird also mit direkten Kampfhandlungen gerechnet, tags wie nachts. Das Hindernis, das geräumt werden soll, ist die Mauer. Unverhohlen bauen sie die Panzertrassen bis auf wenige Meter vor die Mauer wie am Potsdamer Platz, wo es keinen Autoverkehr mehr gibt.

Aus den gleichen ,,militärischen und strategischen Überlegungen'' heraus beharrt der US-Stadtkommandant auf dem Bau seiner Besatzersiedlung exakt auf dem Düppeler Feld entgegen allen grün-bunt-schwarzen Alternativen.

Die Besatzersiedlung soll direkt an der B1, deren Ausbau als Autobahn direkt bis zur Mauer ebenfalls geplant ist, liegen. Der Regierende Bürgermeister Stobbe hatte nach dem Urteil eines amerikanischen Gerichtes über die in diesem Fall bestehende Nichtzuständigkeit von amerikanischen Gerichten verlauten lassen, daß er sich nicht unmittelbar äußern und noch gründliche Überlegungen anstellen wolle. Knapp eine Woche später hat der US-Stadtkommandant ihm schriftlich Überlegungshilfe gegeben. ,,Die amerikanische Miliärregierung in Berlin hat in einem Schreiben an Justizsenator Meier bekräftigt, daß deutsche Gerichte im Streit um den Wohnungsbau in Düppel nicht tätig werden dürften. Das Schreiben bezieht sich damit auf einen erneuten Antrag einer Berlinerin beim Verwaltungsgericht, vorläufig einen Baustopp zu erreichen'', meldet am 17.11. die ,,Abendschau''. Im Klartext: Der amerikanische Stadtkommandant ist zuständig und sonst niemand, weshalb es von Anfang an vernünftig war und ist, die Forderung nach Rücknahme des Baubefehls durch den Stadtkommandanten aufzustellen.

,,Der Berliner CDU-Fraktionsvorsitzende Lummer hat dazu erklärt, der Zustand einer eingeschränkten Rechtsstaatlichkeit in bestimmten Fällen sei damit markiert worden und der Vorgang solle zum Anlaß genommen werden, um auf beiden Seiten über die Voraussetzung einer Inanspruchnahme von Besatzungsrechten nachzudenken'' (Abendschau). Sauer stößt es den westdeutschen Bourgeois auf, daß nicht sie die Herren des Brückenkopfes Westberlin sind. Lummer: ,,Das Besatzungsrecht ist die Basis unserer Existenz, aber die Alliierten sind auch unsere Freunde und sie haben aus diesem Grunde sehr sparsam davon Gebrauch gemacht.'' Die Verbote der Demonstrationen gegen die Truppenparade, gegen den Carter-Besuch und gegen die Bebauung des Düppeler Feldes auf Grundlage des Besatzungsrechtes zählt er offensichtlich nicht. Sie werden aber nicht vergessen. Vorderhand appellieren die bürgerlichen Politiker an die Wolfsfreundschaft unter Kapitalisten, solange die westdeutsche Bourgeoisie nicht direkt gegen den US-Rivalen antreten kann. Gleichzeitig fürchten sie die Entwicklung der Volksbewegung gegen die Besatzer auf Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse nach Vertreibung aller Imperialisten, um die Ausbeuterordnung zu stürzen. ,,Die Frage ist nur die, ob es richtig ist, daß wegen einer solchen, sag ich mal, Geringfügigkeit, dem Bürger das Recht genommen wird, die Dritte Gewalt in Anspruch zu nehmen.'' (Lummer)

Daß zu einem vollständigen bürgerlichen Staatsapparat auch die ,,Dritte Gewalt'' gehört, sieht auch der US-Stadtkommandant. Der amerikanische Stadtkommandant hat durch eine Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines amerikanischen Gerichtes für Berlin aus dem Jahre 1955 die Vorbereitung des Prozesses wegen der Entführung einer polnischen Verkehrsmaschine nach Westberlin getroffen. Das seinerzeit vom Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland ausgefertigte Gesetz wird damit erstmals angewendet werden. Durch die zum 1. November erfolgten Abänderungen wurden neben dem regulären Staatsanwalt auch eventuell erforderliche Sonderbeauftragte, amerikanische Staatsanwälte, zur Strafverfolgung zugelassen.

Apel, Brigadekommandeur und Bundeswehrverband lavieren gegen Dienstausgleich

r.hob. ,,Was meinen Sie denn, meine Herren Kompaniechefs?'' fragte Brigadekommandeur Oberst Uhle-Wetter (Panzerlehrbrigade 9, Munster) auf der Sitzung mit Vertrauensmännern und Kompaniechefs vor einigen Tagen, mit einem Lächeln auf den Lippen. Die Soldaten hatten durch Untersuchungen der Dienstpläne nachgewiesen, daß bis zu 2400 Stunden Zusatzdienste pro Monat in einer Kompanie geleistet werden. Dienstausgleich wurde gefordert und Beispiele aus anderen Bereichen der Truppe angeführt. Ein Kp-Chef antwortete auf die Frage des BrigKdr, daß das doch nicht so schlimm sei, weil es doch jedes Jahr Oster-, Pfingst-, Weihnachts-, und Neujahrsdienstbefreiung gebe. Die Vertrauensleute hielten an ihrer Forderung fest, worauf der BrigKdr feststellte, man sollte das doch ,,nicht so materiell sehen'', schließlich hätten wir doch den ,,Verteidigungsauftrag''... Ein Kp-Chef fügte ein, daß es doch schon intern Dienstausgleich in den Kompanien gebe, z.B. für einen GvD am Wochenende einen halben Tag und für 10 Wachen einen Tag. Der BrigKdr überließ die ,,Dienstausgleichsfrage'' dann den Kp-Chefs,um das jeweils mit den Vertrauensmännern zu regeln; die Spaltung zwischen den einzelnen Kompanien will er. Die Vertrauensmänner waren sich aber einig, jetzt Dienstausgleich gegenüber den Kp-Chefs zu fordern, sich gegenseitig zu unterrichten und das bei der nächsten Sitzung beim BrigKdr erneut auf die Tagesordnung zu setzen

Der Bundeswehrverband (DBwV) hat inzwischen die Unverschämtheit besessen, eine ,,Zulage'' von 60 DM für 51 bis 60 Wochenstunden und von 120 DM bei Mehrarbeit über 61 Stunden als ,,Dienstausgleich'' zu fordern. Sehr aufmerksam haben Anfang November auf einer Wehrpflichtigentagung des DBwV, an der 60 Wehrpflichtige aus allen Teilstreitkräften teilgenommen haben, Staatssekretär Dr. Hiehle vom BMVg und der Wehrbeauftragte die Tagung verfolgt, um zu sehen, wie über den DBwV die Spaltung betrieben werden kann. Hiehle ,,betonte, der Wehrsold sei kein Leistungsgehalt, sondern habe Taschengeldcharakter'' (Cellesche Zeitung, 13.11.78), was eine Verhöhnung des Kampfes der Soldaten gegen die Vernutzung ihrer Arbeitskraft zu einem Hungersold durch die Bourgeoisie ist. Nachdem Apel bereits angekündigt hat, ab 1.1.79 zwei Heimfahrten pro Monat mit der Bahn zu zahlen, betonte Hiehle, daß ab 1.7.79 die Wehrpflichtigen damit rechnen könnten, unbegrenzte Familienheimfahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln durchführen zu können. Der DBwV hat daraus die Forderung nach ,,finanziellem Ausgleich'' für Familienheimfahrten mit Privat-PKW gemacht. Die über 300 Soldaten der Nibelungenkaserne in Walldürn und der Deutschordenkaserne in Bad Mergentheim haben bereits die Antwort erteilt. In einem Brief an Apel haben sie die Bezahlung aller Heimfahrten gefordert. Apel beabsichtigt offenbar mit seinen Ankündigungen nicht nur Spaltung, er verfolgt mehr, die Soldaten sollen offenbar mit seinen Ankündigungen wie beim Rekruteneinzug in die Standorte gekarrt werden.

Bezahlung aller Heimfahrten, Dienstausgleich für alle Zusatzdienste, Lohnfortzahlung – die Soldaten fordern das, und nur so können die Manöver Apels, seiner Kommandeure und des Bundeswehrverbandes bekämpft werden.

90000 ,,Räte zur Vorbeugung der Kriminalität'' gegen die Rebellion der Jugend in der UdSSR

z.krk. Mit großer Freude begrüßte unlängst ein Herr Schlyapochnikow, Doktor der Rechtswissenschaften in der Zeitschrift ,,Literaturnaja Gazeta'' die in der sowjetischen Presse entfachte Kampagne gegen die Jugendkriminalität, insbesondere gegen den ,,Huliganismus'' (Bandenbildung von Jugendlichen).

Die gegenwärtig mit großer Intensität geführte Kampagne ist Ausdruck der immer schärfer werdenden Klassenwidersprüche in der sowjetischen Gesellschaft. Die imperialistische Bourgeoisie verstärkt ihren Zugriff auf die Jugend, denn sie braucht billige und kräftige Arbeiter und Soldaten für ihre imperialistischen Abenteuer – ,,gesellschaftliche Bedürfnisse, nach Arbeitern, die den heutigen Erfordernissen entsprechen'' in der Sprache der neuen Bourgeoisie. Dagegen gibt es Widerstand.

Die Schüler ,,wenden sich innerlich der Schule ab ... Es entsteht ein Drang zur Selbstbestätigung auf allen möglichen, nicht nur auf schulischem Gebiet, bis hin zur Bildung von Straßencliquen.'' – stellt ein Professor Leontjew von der Akademie der pädagogischen Wissenschaften fest. Der 10. Fünfjahresplan sieht vor, die Zahl der Jugendlichen, die in Massenberufen ohne Fach- und Hochschulbildung ausgebildet werden sollen, um das 2,5-fache zu steigern. Dagegen besuchen heute in den mittelasiatischen Republiken nur 7 – 8% der Jugendlichen eine Berufsschule, in der ukrainischen, Belorussischen und der Kaukasischen SSR sind es nur bis zu 15%. Die Abendschulen leiden in vielen Teilen des Landes an Schülermangel, viele Abendschüler brechen ihre Ausbildung frühzeitig ab. Nicht nur in die Schule läßt sich die Jugend schwer pressen. Statt die Tugenden von Lohnsklaverei zu entwickeln, wechseln junge Leute viel zu häufig ihren Arbeitsplatz und wollen nichts von Disziplin wissen, klagen die Artikel.

Dagegen wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, so die Einrichtung von Schüler- und Studentenbrigaden, die zur Zwangsarbeit an Baustellen, bei der Post oder in der Landwirtschaft verschickt werden. 1977 waren es 9,7 Millionen Schüler, die in den Genuß dieser Erziehungsmaßnahme kamen. Verstärkt werden soll das System der Arbeitsvermittlung für Schulabgänger, die nicht bereit sind, sofort eine vom Staat erwünschte Arbeit aufzunehmen. Und weil diese Maßnahmen offensichtlich noch immer nicht ausreichen, wird ein dichtes Netz faschistischer Bespitzelung und Unterdrückung ausgebaut. 90000 ,,Räte zur Vorbeugung der Kriminalität'' schnüffeln vor allem in den Betrieben herum, ,,Kommitees gegen die Trunkenheit'' sollen



Im Hintergrund die Antreiber, oben links die Fernsehkamera. Das ist die Überwachung in einer sowjetischen ,,Ausbildungswerkstatt''.

jeden bis in die eigene Wohnung verfolgen. Freiwillige Polizei soll dort Dienst tun, wo sich die staatlichen Einheiten nicht hinwagen – in den Wohnbezirken. Das alles reicht nicht aus – sagt der oben zitierte Professor. Eine allumfassende Überwachung aller ,,antisozialer'' Erscheinungen soll her. Man sieht: die sowjetische neue Bourgeoisie hat große Schwierigkeiten.

Panzertrassen bis auf wenige Meter vor die Mauer wie am Potsdamer Platz, wo es keinen Autoverkehr mehr gibt.

Aus den gleichen ,,militärischen und strategischen Überlegungen'' heraus beharrt der US-Stadtkommandant auf dem Bau seiner Besatzersiedlung exakt auf dem Düppeler Feld entgegen allen grün-bunt-schwarzen Alternativen.

Die Besatzersiedlung soll direkt an der B1, deren Ausbau als Autobahn direkt bis zur Mauer ebenfalls geplant ist, liegen. Der Regierende Bürgermeister Stobbe hatte nach dem Urteil eines amerikanischen Gerichtes über die in diesem Fall bestehende Nichtzuständigkeit von amerikanischen Gerichten verlauten lassen, daß er sich nicht unmittelbar äußern und noch gründliche Überlegungen anstellen wolle. Knapp eine Woche später hat der US-Stadtkommandant ihm schriftlich Überlegungshilfe gegeben. ,,Die amerikanische Miliärregierung in Berlin hat in einem Schreiben an Justizsenator Meier bekräftigt, daß deutsche Gerichte im Streit um den Wohnungsbau in Düppel nicht tätig werden dürften. Das Schreiben bezieht sich damit auf einen erneuten Antrag einer Berlinerin beim Verwaltungsgericht, vorläufig einen Baustopp zu erreichen'', meldet am 17.11.

treten kann. Gleichzeitig fürchten sie die Entwicklung der Volksbewegung gegen die Besatzer auf Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse nach Vertreibung aller Imperialisten, um die Ausbeuterordnung zu stürzen. ,,Die Frage ist nur die, ob es richtig ist, daß wegen einer solchen, sag ich mal, Geringfügigkeit, dem Bürger das Recht genommen wird, die Dritte Gewalt in Anspruch zu nehmen.'' (Lummer)

Daß zu einem vollständigen bürgerlichen Staatsapparat auch die ,,Dritte Gewalt'' gehört, sieht auch der US-Stadtkommandant. Der amerikanische Stadtkommandant hat durch eine Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines amerikanischen Gerichtes für Berlin aus dem Jahre 1955 die Vorbereitung des Prozesses wegen der Entführung einer polnischen Verkehrsmaschine nach Westberlin getroffen. Das seinerzeit vom Hohen Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland ausgefertigte Gesetz wird damit erstmals angewendet werden. Durch die zum 1. November erfolgten Abänderungen wurden neben dem regulären Staatsanwalt auch eventuell erforderliche Sonderbeauftragte, amerikanische Staatsanwälte, zur Strafverfolgung zugelassen.

gegen die Rebellion der Jugend in der UdSSR

z.krk. Mit großer Freude begrüßte unlängst ein Herr Schlyapochnikow, Doktor der Rechtswissenschaften in der Zeitschrift ,,Literaturnaja Gazeta'' die in der sowjetischen Presse entfachte Kampagne gegen die Jugendkriminalität, insbesondere gegen den ,,Huliganismus'' (Bandenbildung von Jugendlichen).

Die gegenwärtig mit großer Intensität geführte Kampagne ist Ausdruck der immer schärfer werdenden Klassenwidersprüche in der sowjetischen Gesellschaft. Die imperialistische Bourgeoisie verstärkt ihren Zugriff auf die Jugend, denn sie braucht billige und kräftige Arbeiter und Soldaten für ihre imperialistischen Abenteuer – ,,gesellschaftliche Bedürfnisse, nach Arbeitern, die den heutigen Erfordernissen entsprechen'' in der Sprache der neuen Bourgeoisie. Dagegen gibt es Widerstand.

Die Schüler ,,wenden sich innerlich der Schule ab ... Es entsteht ein Drang zur Selbstbestätigung auf allen möglichen, nicht nur auf schulischem Gebiet, bis hin zur Bildung von Straßencliquen.'' – stellt ein Professor Leontjew von der Akademie der pädagogischen Wissenschaften fest. Der 10. Fünfjahresplan sieht vor, die Zahl der Jugendlichen, die in Massenberufen ohne Fach- und Hochschulbildung ausgebildet werden sollen, um das 2,5-fache zu steigern. Dagegen besuchen heute in den mittelasiatischen Republiken nur 7 – 8% der Jugendlichen eine Berufsschule, in der ukrainischen, Belorussischen und der Kaukasischen SSR sind es nur bis zu 15%. Die Abendschulen leiden in vielen Teilen des Landes an Schülermangel, viele Abendschüler brechen ihre Ausbildung frühzeitig ab. Nicht nur in die Schule läßt sich die Jugend schwer pressen. Statt die Tugenden von Lohnsklaverei zu entwickeln, wechseln junge Leute viel zu häufig ihren Arbeitsplatz und wollen nichts von Disziplin wissen, klagen die Artikel.

Dagegen wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, so die Einrichtung von Schüler- und Studentenbrigaden, die zur Zwangsarbeit an Baustellen, bei der Post oder in der Landwirtschaft verschickt werden. 1977 waren es 9,7 Millionen Schüler, die in den Genuß dieser Erziehungsmaßnahme kamen. Verstärkt werden soll das System der Arbeitsvermittlung für Schulabgänger, die nicht bereit sind, sofort eine vom Staat erwünschte Arbeit aufzunehmen. Und weil diese Maßnahmen offensichtlich noch immer nicht ausreichen, wird ein dichtes Netz faschistischer Bespitzelung und Unterdrückung ausgebaut. 90000 ,,Räte zur Vorbeugung der Kriminalität'' schnüffeln vor allem in den Betrieben herum, ,,Kommitees gegen die Trunkenheit'' sollen



Im Hintergrund die Antreiber, oben links die Fernsehkamera. Das ist die Überwachung in einer sowjetischen ,,Ausbildungswerkstatt''.

jeden bis in die eigene Wohnung verfolgen. Freiwillige Polizei soll dort Dienst tun, wo sich die staatlichen Einheiten nicht hinwagen – in den Wohnbezirken. Das alles reicht nicht aus – sagt der oben zitierte Professor. Eine allumfassende Überwachung aller ,,antisozialer'' Erscheinungen soll her. Man sieht: die sowjetische neue Bourgeoisie hat große Schwierigkeiten.

Steigende Nervosität in den bewaffneten Formationen Spaniens

Putschversuch faschistischer Offiziere / ,,Aktionstag gegen den Terrorismus'' gescheitert

z.hev. Quasi zur Einübung der neuen spanischen Verfassung, über die in einem Referendum am 6. Dezember abgestimmt werden soll, hat die spanische Regierung am 23. November alle Demonstrationen bis zum 10. Dezember verboten. Hektische Stimmung und hektische Aktionen machen sich in den herrschenden spanischen Kreisen breit, bei den westeuropäischen Imperialisten, voran den westdeutschen, wächst die Unsicherheit darüber, ob es gelingen wird, Spanien in die EG zu hieven, ohne sich revolutionäre Kämpfe der Arbeiter und Bauern Spaniens einzuhandeln.

Die Vertreter des abgehalfterten Franco-Regimes, im wesentlichen Generale und Obristen der Schlächterbande ,,Guardia Civil'', einer 65000 Mann starken, militärisch organisierten und kasernierten Bürgerkriegspolizei, waren am 16. November bei der Vorbereitung eines Putsches verhaftet worden. Ihnen genügten nicht die Sicherheiten, die in der neuen Verfassung gegen die Arbeiter eingebaut sind.

Unterdrückung á la Franco gilt ihnen immer noch als der bürgerlichen Weisheit letzter Schluß. Bestärkt wurden sie in dieser Meinung durch das zähe Festhalten, vor allem der Basken, an der Forderung nach nationaler Unabhängigkeit, für deren Unterdrückung die ,,Guardia Civil'' den Kopf hinhalten mußte und dabei einige ihrer Schlächterpersönlichkeiten durch Hinrichtung auf offener Straße verlor. Die Zersetzung dieser Truppe war schon so weit vorangeschritten, daß sich die Regierung nach der Möglichkeit des Aufbaus einer baskischen Polizei umsah,



Rota, Stützpunkt der VI. US-Flotte im Innern der Bucht von Cadiz. Er ist mit 3000 US-Soldaten besetzt und gilt als der zweitgrößte Marinestützpunkt der Welt.

den alten Hunden mit neuen Uniformen ein anderes Image verpassen wollte und sie im Polizeireformgesetz vom 27. Juli bei Beibehaltung der militärischen Organisation dem Innenministerium statt wie bisher der Armee unterstellte.

Knapp eine Woche vor dem Putschversuch, am 11. November, hatten die bürgerlichen Parteien, erschreckt darüber, daß immer noch keine rechte Liebe des spanischen Volkes zur Bourgeoisherrschaft in der neuen Verkleidung aufkommen wollte, zu einem ,,Aktionstag gegen den Terrorismus'' aufgerufen. An ihrer Spitze stand wieder einmal der berüchtigte Revisionistenführer Carillo. Der Korrespondent des ZDF Michael Vermehren berichtete etwas zerknirscht: ,,Wegen des schweren Regens, der seit heute morgen fällt, ist die Zahl der Teilnehmer gewiß geringer, als die Veranstalter hoffen durften. Aber auf die Menge kommt es nicht an. Wichtig ist, daß Vertreter aller parlamentarischen Parteien, von links bis rechts, teilgenommen haben, und ebenso die großen Gewerkschaften. Damit kann sich die spanische Regierung das moralische Recht nehmen, wenn sie es braucht, bei der angekündigten Kampagne gegen den Terrorismus so hart zu sein, wie das Gesetz es nur irgend erlaubt.''

Die Moral zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Bauern besitzt die Regierung zweifellos. Sie stützt sich auf die vom Franco-Regime übernommenen bewaffneten Formationen, die ,,Guardia Civil'' und auf das Offizierskorps der 300000 Mann starken Wehrpflichtigen-Armee. 15000 bis 30000 US-Besatzertruppen, die jederzeit vervielfacht werden können, und die seit dem spanisch-amerikanischen Militärabkommen von 1953 ein umfangreiches Stützpunktnetz aufgebaut haben, sichern die US-Interessen in Spanien und dem gesamten Mittelmeerraum.

Diese Besatzer vor Augen, ist bis in die Reihen der spanischen Bourgeoisie hinein der Wunsch nach deren Abzug groß und der Horror vor einem eventuellen Beitritt Spaniens zur NATO ebenso. Die Regierung Suarez mußte im Sommer mehrmals versichern, daß der Beitritt Spaniens zur NATO ,,derzeit nicht aktuell'' sei. Die Präsenz der Besatzertruppen ist allgegenwärtig: Die USA unterhalten mit Rota bei Cadiz einen Marinestützpunkt der 6. Flotte, der gleichzeitig Ausgangspunkt einer eigenen Pipeline für die Treibstoffversorgung der Luftwaffenstützpunkte Moró bei Sevilla, Torrejón bei Madrid und Zaragoza ist. Dazu kommen Versorgungsbasen der 6. US-Flotte in La Grana, Mahon auf den Balearen und in Barcelona, wo sie eigene Dockanlagen besitzen. Ein engmaschiges Netz von Radar- und Nachrichtenstationen überzieht das ganze Land, darunter die von Alicante mit der höchsten Antenne Europas (470 m), die die Nachrichtenverbindung der 6. Flotte im Mittelmeer aufrechterhalten soll.

Der größte Unsicherheitsfaktor bei den bewaffneten Formationen im Kalkül der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten und der spanischen Regierung ist die Armee. 200000 Wehrpflichtige, also 2/3 der Gesamtstärke aller drei Waffengattungen, leisten eine 18-monatige Wehrdienstzeit ab, in Garnisonen wie Besatzer über das ganze Land verstreut. Schon bei der Liquidierung des Franco-Regimes hatten sich die größten Zersetzungserscheinungen dort gezeigt. Das Todesurteil gegen die baskischen Revolutionäre durch ein Militärgericht 1970 (Burgos-Prozeß) hatte selbst die Generalität gespalten.



Die spanische Generalität, über und über dekoriert für die Schlächtereien des spanischen Bürgerkriegs, betrauert zwei der Ihren im August dieses Jahres.

Indianer in Brasilien gegen Landraub per Regierungsdekret

z.alb. Ca. 200000 Indios, Nachfahren der brasilianischen Ureinwohner in den riesigen Dschungelgebieten Amazoniens (Norden und Nordwesten des Landes), sollen jetzt „emanzipiert" werden. Staatspräsident Geisel will den „Indianer-Emanzipations-Erlaß" noch in diesem Monat unterzeichnen. Die Indios sollten „an allen Rechten und Möglichkeiten teilhaben, die jeder



brasilianische Bürger genießt". Insbesondere erhalten sie dabei das Recht, „über ihre Stammesgebiete frei zu verfügen." Bisher waren diese Gebiete staatlich geschützt. Das neue Gesetz öffnet Tor und Tür, die Indios um ihr Land zu betrügen oder es einfach über Verschuldung an sich zu reißen.

In die Feder diktiert haben das die imperialistischen Konzerne, die sich in den letzten Jahren schon mehrere Mio. ha Urwaldgebiete zwecks Plantagen- und Viehwirtschaft staatlich subventioniert angeeignet haben, allen voran die US-, BRD- und japanischen Konzerne. Unter den größten Viehzüchtern finden sich General Motors und VW do Brasil. Zudem locken in Amazonien die größten Bauxitvorkommen und 50% der reichen Eisenerzvorkommen Brasiliens. Was gelten da Schutzrechte und Leben von 200000 Indianern! Straßenbau, staatliche Kolonisation und Einwanderung von „wilden" Siedlern haben die Stammesgebiete verletzt und die Stämme vertrieben. Das und eingeschleppte Krankheiten haben von 1 Mio. Indianern 1966 noch 200000 übriggelassen. Die meisten Stämme haben sich ganz in den Dschungel zurückgezogen.

Das Recht auf ihre Stammesgebiete verteidigen die Indios entschlossen. Im letzten Jahr wurden ein weißer Siedler und zwei Techniker einer staatlichen Bergbau-Forschungsgesellschaft auf dem Gebiet der Arara erschossen. Zu Beginn dieses Jahres kam ein als Unterhändler dorthin geschickter Indianer mit Pfeilwunden zurück: er sollte die Arara zum Wegziehen überreden, weil ein Konzern auf diesem Gebiet eine Plantage errichten wollte.

Kreisky: „Die Herausforderung meines Lebens"

Zwentendorf und das Expansionsprogramm gegen die österreichische Arbeiterklasse

z.anb.Wien. Am Sonntag Vormittag gab man ihm zwei Stunden Sendezeit im Fernsehen. Der Chef der österreichischen Regierung, Bruno Kreisky, „stellte sich" den Journalisten. Zwei Wochen „nach Zwentendorf" hatte er eine Scharte auszuwetzen; „Vertrauensschwund" lastet auf seiner sozialdemokratischen Regierung. Grantig, aber gehorsam verkündet er die „Konsequenzen", die die Finanzbourgeoisie aus der Abstimmungsniederlage gezogen hat. „Unlängst war bei mir der Präsident der Nationalbank ... die Zahlungsbilanz entwickelt sich erfreulich, es ist eine echte Trend-Umkehr. Er meinte, daß das auch langfristig so bleiben wird." Meinte er. Und genau das ist ungewiss. Ungewiss deshalb, weil eine Reihe von Voraussetzungen für diese Jubelgeschäfte der Finanzbourgeoisie dahinschwinden. Die Steigerung der Industrieproduktion um 31% und des Investitionsvolumens um 40% von 1970 bis 1977 ist ausschließlich aus der gewaltigen Verschärfung der Ausbeutung der erfahrenen und geschickten österreichischen Arbeiterklasse erzielt worden. Mit veralteter und abgenutzter Maschinerie ist dieser Erfreulichkeit keinerlei Aussicht auf

EUMIG z.B. „begründet" die 1040 Entlassungen damit, daß über das Jahr hinweg laufend eingestellt worden sei, jetzt die Lager voll stehen, der Absatz stockt und zwecks Reduzierung der untragbar hohen Kosten für diese Lagerhaltung man dorthin „zurückkehren" müsse, „wo der Betrieb schon immer war: zum Saisonbetrieb". Eine derartige Unterwerfung der Arbeiterheere unter die Willkür der kapitalistischen Produktionsweise hat brutale Wirkungen auf den Lohnstandard. Der Durchschnittslohn des österreichischen Industriearbeiters liegt zur Zeit bei etwa 1100 bis 1200 DM umgerechnet.

Das wuchernde Zulagen- und Prämiensystem, das z.T. über 50% des Lohns ausmacht – d.h. 50%, die man durch Zahlung des *Tariflohns* streichen kann – soll den Weg zur Auffüllung der unteren Lohngruppen freischaufeln. Bei Steyr-Daimler-Puch in Graz z.B. „ersetzen" jetzt am Maxi-Motorenband zwei Arbeiterinnen die beiden männlichen Kollegen und bekommen für dieselbe Arbeit 52 Schilling (ca. 7 DM) die Stunde, vorher waren es 64,40 Schilling. Kreiskys „Umstrukturierung" hat viele Seiten der

ferauftrag für VW und seit dem 21.11. auch dessen Aktien an der Wiener Börse, wer weiß ... – mit 30% Umsatzsteuer belegt worden; die Neuzulassungen gingen bis zum Sommer um 60% zurück. Die Mineralölsteuer wird zum 1.1.79 um 3,5% erhöht, die Bahntarife um 8,3%; für Schüler werden die Freikarten abgeschafft, bei Milch und Brot die „staatliche Stützung abgebaut", und, und, und ... Kreisky: „Ich sage noch einmal: ich *werde* diese Situation meistern! ... Es ist jedenfalls die größte Herausforderung, die ich in meinem Leben gehabt habe." So wird es sein.

Daß die „billige Energie aus Zwentendorf ausbleibt", für das steinharte Expansionsprogramm ist das ein Verlust, „und man wird es so leicht nicht ersetzen können... Wir werden die Haushalte zum Sparen anhalten müssen... vorderhand müssen wir mehr Energie importieren..." und die Strompreise erhöhen, es sagt sich nur nicht so leicht nach der deutlichen Absage der Massen. Zumal die Finanzbourgeoisie mit ihrem besten Pferd im Stall bei dieser Volksabstimmung auf viel mehr gesetzt hatte, als „nur" auf Zwentendorf. Sie hat die abgefeimte Intention verfolgt, die Arbeiterbewegung politisch zu isolieren. Bewußt wurden alle opportunistischen und kleinbürgerlichen Strömungen gehätschelt, gegen „das Atom" zog sogar die christliche Reaktion der ÖVP ins Feld. Das Pferd hat sich als blindes Huhn entpuppt. Die Arbeiterklasse hat ein *Programm* abgelehnt, sie hat der sozialdemokratischen Regierung die ungeheure Ausbeutung und Plünderung aufs Konto geschrieben, für die diese sich einen Freibrief ausstellen lassen wollte, um mit dem „Volkswillen" im Rücken die nächsten Gemeinheiten loszulassen. Jetzt ist der schlaue Kreisky grantig und trinkt wieder häufiger einen über den Durst. Es ist ungemütlich, wenn sich offene Klassenschlachten als unvermeidbar erweisen.

Angriffe auf die Tarifautonomie, sorgsame Päppelung der „Paritätischen Kommission", einer staatlichen Zwangsinstitution, bei der die Arbeiter immer erst die „Freigabe" ihrer Lohnkämpfe erbetteln sollen, ist jetzt für die Bourgeoisie das Gebot der Stunde. Hinter verschlossener Tür handelten sie soeben „paritätisch" den Lohntarif für die Versicherungsangestellten aus: 4,9%, das sind für die Masse der Angestellten 399,35 Schilling brutto (56 DM). Für den öffentlichen Dienst soll ein verschärftes Dienstrecht die „Leistungsorientierung" und die „Anpassung an die Erfahrungen unserer westeuropäischen Nachbarn" bringen, nuschelt Kreisky.

Die portugiesischen Arbeiter stehen im Streik gegen die weitere Verkürzung ihrer Reproduktionsbasis

z.rua. Am 13.11. versicherte Präsident Eanes dem Europaparlament Portugals „Bereitschaft, seine nationalen Verhältnisse schrittweise und kontinuierlich der neuen europäischen Dimension anzupassen", und betonte: „Europa hat, obwohl es seine koloniale Vergangenheit hinter sich gelassen hat, noch immer eine Weltstimme." Diese Weltstimme skandiert um einige Töne lauter, wenn Portugal endgültig in die EG einverleibt ist. Die neokolonialen Ambitionen der EG-Imperialisten be-



Die Landarbeiter haben in erbittertem Kampf die Zerschlagung der Koopera-

deuten für die portugiesischen Arbeiter Lohnsenkung, verschärfte Ausplünderung – Elend. Schon 1974 lag der Pro-Kopf-Verbrauch bei Milch, Fleisch und Eiern um 43–66% unter dem Durchschnittsverbrauch der EG. Das Handelsdefizit gegenüber der EG will die Regierung durch Kürzung der Nahrungsmittelimporte bei gesteigertem Export drosseln. – Zwei Tage nach Eanes' Rede traten 27000 Eisenbahnarbeiter, 40000 Postarbeiter und 7000 Bergarbeiter in den Streik. Am 16.11. schlossen sich 200000 Beschäftigte der Sozialversicherungen und Textilarbeiter den Kämpfen an. Am Abend des 17.11. traten 30000 Bäckereiarbeiter in den Streik. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von mindestens 20%. Die Nahrungsmittelpreise sind seit Januar um 23% gestiegen, nicht gerechnet die erhöhten Steuern, Tarife und Gebühren. Die Streikbewegung hat das ganze Land erfaßt. – Gegen die Arbeiter und Volksmassen hat Ministerpräsident Mota Pinto sein neues Kabinett gebildet. Es ist eine ausgesuchte Profibande. Mota Pintos Stellvertreter, Wirtschafts- und Finanzminister, ist der bisherige Verantwortliche für die IWF-Verhandlungen. Außenminister ist der bisherige NATO-Botschafter. Der bisherige Landwirtschaftsminister, der die Zerschlagung der Koo-



3,1% Inflationsrate ist gar nichts, und 55000 offiziell Arbeitslose ist Vollbeschäftigung, sagt Kreisky. Der staatliche Stahlkonzern VÖEST (Bild: Arbeiter bei der Drehbankmontage) hat von 1975 bis 1977 den Umsatz von 28,3 auf 45,1 Mrd Schilling gesteigert und in derselben Zeit die Beschäftigtenzahl um 7,1% reduziert. VÖEST „strukturiert um" auf Anlagenbau; für den Export von Kapital nach Südafrika, Zimbabwe, Indien ...

Bestand beschieden. „Wir müssen umstrukturieren. Und wir strukturieren um!" droht Kreisky. Die Fakten: nach der offiziellen Statistik allein seit dem letzten Jahr 11800 Industriearbeiter weniger. Gleichzeitig wird eine neue Welle der Rationalisierung angekündigt: beim Maschinenbaukonzern Steyr-Daimler-Puch (Mercedes-Partner) über 700, wobei 250 an die Armee und den Arbeitsdienst verschachert

Lohnsenkung und Entrechtung.

25 Mrd. Schilling will die Regierung bis 1980 für den großen „Strukturwandel" aus Lohngeldern bereitstellen. Allein der VÖEST-Konzern will 16 Mrd.

Solch gewaltige Summen sind unter Beibehaltung des Profits allein aus der Steigerung der Ausbeutung *lebendiger* Arbeiter nicht zu rekrutieren. *Deshalb* hat die sozialdemokratische Regierung

Die portugiesischen Arbeiter stehen im Streik gegen die weitere Verkürzung ihrer Reproduktionsbasis

z.rua. Am 13.11. versicherte Präsident Eanes dem Europaparlament Portugals „Bereitschaft, seine nationalen Verhältnisse schrittweise und kontinuierlich der neuen europäischen Dimension anzupassen", und betonte: „Europa hat, obwohl es seine koloniale Vergangenheit hinter sich gelassen hat, noch immer eine Weltstimme." Diese Weltstimme skandiert um einige Töne lauter, wenn Portugal endgültig in die EG einverleibt ist. Die neokolonialen Ambitionen der EG-Imperialisten be-



Die Landarbeiter haben in erbittertem Kampf die Zerschlagung der Koopera-
tiven abgewehrt.

deuten für die portugiesischen Arbeiter Lohnsenkung, verschärfte Ausplünderung – Elend. Schon 1974 lag der Pro-Kopf-Verbrauch bei Milch, Fleisch und Eiern um 43–66% unter dem Durchschnittsverbrauch der EG. Das Handelsdefizit gegenüber der EG will die Regierung durch Kürzung der Nahrungsmittelimporte bei gesteigertem Export drosseln. – Zwei Tage nach Eanes' Rede traten 27000 Eisenbahnarbeiter, 40000 Postarbeiter und 7000 Bergarbeiter in den Streik. Am 16.11. schlossen sich 200000 Beschäftigte der Sozialversicherungen und Textilarbeiter den Kämpfen an. Am Abend des 17.11. traten 30000 Bäckereiarbeiter in den Streik. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von mindestens 20%. Die Nahrungsmittelpreise sind seit Januar um 23% gestiegen, nicht gerechnet die erhöhten Steuern, Tarife und Gebühren. Die Streikbewegung hat das ganze Land erfaßt. – Gegen die Arbeiter und Volksmassen hat Ministerpräsident Mota Pinto sein neues Kabinett gebildet. Es ist eine ausgesuchte Profibande. Mota Pintos Stellvertreter, Wirtschafts- und Finanzminister, ist der bisherige Verantwortliche für die IWF-Verhandlungen. Außenminister ist der bisherige NATO-Botschafter. Der bisherige Landwirtschaftsminister, der die Zerschlagung der Koo-
perativen anordnete, bleibt im Amt.



3,1% Inflationsrate ist gar nichts, und 55000 offiziell Arbeitslose ist Vollbeschäftigung, sagt Kreisky. Der staatliche Stahlkonzern VÖEST (Bild: Arbeiter bei der Drehbankmontage) hat von 1975 bis 1977 den Umsatz von 28,3 auf 45,1 Mrd Schilling gesteigert und in derselben Zeit die Beschäftigtenzahl um 7,1% reduziert. VÖEST „strukturiert um" auf Anlagenbau; für den Export von Kapital nach Südafrika, Zimbabwe, Indien ...

Bestand beschieden. „Wir müssen umstrukturieren. Und wir strukturieren um!" droht Kreisky. Die Fakten: nach der offiziellen Statistik allein seit dem letzten Jahr 11800 Industriearbeiter weniger. Gleichzeitig wird eine neue Welle der Rationalisierung angekündigt: beim Maschinenbaukonzern Steyr-Daimler-Puch (Mercedes-Partner) über 700, wobei 250 an die Armee und den Arbeitsdienst verschachert
werden – ein zweifellos „einmaliger" Vorgang – bei EUMIG, dem größten Kamera- und Filmhersteller, sind es 1040, bislang , bei Bauknecht 160, bei der staatlichen VÖEST (Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke) ist noch nicht einmal das Ausmaß bekannt. Mit der ökonomischen Ruinierung tausender Arbeiter ist es den Kapitalisten nicht getan, es geht schließlich um die langfristige Perspektive.

Lohnsenkung und Entrechtung.

25 Mrd. Schilling will die Regierung bis 1980 für den großen „Strukturwandel" aus Lohngeldern bereitstellen. Allein der VÖEST-Konzern will 16 Mrd.

Solch gewaltige Summen sind unter Beibehaltung des Profits allein aus der Steigerung der Ausbeutung lebendiger Arbeiter nicht zu rekrutieren. Deshalb hat die sozialdemokratische Regierung
die Steuerausplünderung zu Rekorden getrieben: 30% Anstieg der Lohnsteuer seit 1977; ihr Anteil an der Lohnsumme beträgt 9% (1968: 3,5%). Der Posten Mehrwertsteuer im Haushalt hat sich von 1973 bis 1978 mehr als verdoppelt auf 78,8 Mrd. Schilling. Seit Anfang 1978 sind Importautos – „leider" gibt es noch immer keine eigenständige PKW-Endfertigung, immerhin gibt es den 1 Mrd.-Schilling-Zulie-

gung politisch zu isolieren. Bewußt wurden alle opportunistischen und kleinbürgerlichen Strömungen gehätschelt, gegen „das Atom" zog sogar die christliche Reaktion der ÖVP ins Feld. Das Pferd hat sich als blindes Huhn entpuppt. Die Arbeiterklasse hat ein Programm abgelehnt, sie hat der sozialdemokratischen Regierung die ungeheure Ausbeutung und Plünderung aufs Konto geschrieben, für die diese sich einen Freibrief ausstellen lassen wollte, um mit dem „Volkswillen" im Rücken die nächsten Gemeinheiten loszulassen. Jetzt ist der schlaue Kreisky grantig und trinkt wieder häufiger einen über den Durst. Es ist ungemütlich, wenn sich offene Klassenschlachten als unvermeidbar erweisen.

Angriffe auf die Tarifautonomie, sorgsame Päppelung der „Paritätischen Kommission", einer staatlichen Zwangsinstitution, bei der die Arbeiter immer erst die „Freigabe" ihrer Lohnkämpfe erbetteln sollen, ist jetzt für die Bourgeoisie das Gebot der Stunde. Hinter verschlossener Tür handelten sie soeben „paritätisch" den Lohntarif für die Versicherungsangestellten aus: 4,9%, das sind für die Masse der Angestellten 399,35 Schilling brutto (56 DM). Für den öffentlichen Dienst soll ein verschärftes Dienstrecht die „Leistungsorientierung" und die „Anpassung an die Erfahrungen unserer westeuropäischen Nachbarn" bringen, nuschelt Kreisky.

Die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) hat ihm ein Ultimatum gestellt: bis Ende des Jahres müssen die Brennstäbe von Zwentendorf außer Landes gebracht werden – die Versuchung ist sonst zu groß... – andernfalls wird der 19. Januar zum landesweiten Aktionstag erklärt gegen das Energieprogramm. Die zwei Stunden im Fernsehen darf man ihm so schnell nicht vergessen.

Streik Prager Arbeiter gegen Preiserhöhungen

z.krk. Am 11. November fand in dem Prager Maschinenbaubetrieb CKD ein zwölfstündiger Streik statt gegen die am Vortag angekündigten Preiserhöhungen. Die Arbeiter beendeten den Streik erst nach einer Intervention des Prager Parteisekretärs Kapek. – Die jetzt verordneten Preiserhöhungen betreffen importierte Autos und alkoholische Getränke, ausgenommen Bier und Wein aus einheimischer Produktion.

Bereits im Juli vergangenen Jahres hat es in der CSSR für eine Reihe von Waren alltäglichen Gebrauchs Preiserhöhungen gegeben: für Stoffe aus Wolle und Baumwolle, für Kaffee und Schokolade. Die Presse der neuen Bourgeoisie versuchte die Bedeutung dieser Preiserhöhungen herabzumindern: dafür seien Farbfernseher und Synthetikstoffe billiger geworden. Bei den gegenwärtigen Preisen für Farbfernseher in den osteuropäischen Ländern kann man getrost davon ausgehen, daß diese Maßnahme ausschließlich der Bourgeoisie und ihrem besser geschmierten Anhängsel zu Gute kommen dürfte, wogegen die Preiserhöhungen die Massen der arbeitenden Bevölkerung treffen. Wollpullover sollen zum Luxus werden, die Volksmassen sollen sich mit schlechter, weil billiger Synthetikware begnügen. Die Preise für Obst, Gemüse und Kartoffeln sind in der letzten Zeit ständig gestiegen, und die Fleischpreise im staatlichen Verkauf sind nur deswegen nicht erhöht worden, weil sie eh schon hoch genug sind. 1 kg Rinderkeule kostet 29 kcs, was beim angegebenen Durchschnittslohn von 2400 kcs bedeutet, daß ein Arbeiter – wenn wir von allen Überstunden und Sonderschichten absehen – auf jeden Fall über zwei Stunden dafür arbeiten muß. Zusätzlich wurden 1977 auch die Benzinpreise erhöht, was unmittelbar über ⅓ der Haushalte betraf, denn soviele verfügen über einen eigenen PKW. Man fragt sich nun, wieso Preiserhöhungen für importierte Autos so eine große Bedeutung haben in einem Land, das selbst zu den großen Kraftfahrzeugherstellern gehört. ⅓ der Produktion der zu den „Tschechoslowakischen Automobilwerken" gehörenden Fabriken wird exportiert, jährlich 13000 LKW, 88000 PKW, 106000 Motorräder und Ersatzteile im Wert von 3 Milliarden Kcs. Im Laufe des geltenden 6. Fünfjahrplanes sollen 277885 PKW, 52627 LKW in die Länder des RGW, vor allem die Sowjetunion geliefert werden.

Die Vernutzung der einheimischen Arbeitskräfte für die Interessen des Sozialimperialismus macht den Import von teuren ausländischen Fahrzeugen notwendig – und zwar wiederum aus der Sowjetunion. 1976 kaufte die CSSR für 771 Millionen kcs Kraftfahrzeuge aus der Sowjetunion. Die Profite der Sozialimperialisten sollen die Volksmassen bezahlen, wobei die einheimische Bourgeoisie durchaus auch ihren Brocken erhält.

Deutsche Fiat Bank

z.hku. Die Deutsche Bank AG plant, mit dem Fiat-Konzern eine gemeinsame Finanzierungsgesellschaft in den USA zu gründen, um den Verkauf italienischer Automobile zu forcieren. Die Deutsche Bank kennt sich aus mit dem italienischen Finanzkapital. Sie war führend in dem Bankenkonsortium, das den Millionenkredit an die italienische Regierung zusammenbrachte und dabei den italienischen Konkurrenten die Verschärfung der Ausbeutung diktierte. Die Deutsche Bank kennt bestens auch die Mehrwertauspressung in den USA, sie und die anderen Großbanken waren Vorreiter des westdeutschen Waren- und Kapitalexports dorthin. Seit April dieses Jahres ist die „Atlantic Capital Corporation" eine 100%ige Tochter der Deutschen Bank, immerhin die größte nichtamerikanische Investmentbank. 35 ausländische Tochtergesellschaften, 78 hochprozentige Beteiligungen sind inzwischen die „Stützpunkte in aller Welt". Sie bilden die Grundlage für zeitweiliges Zusammengehen mit den Konkurrenten – wie Fiat – um die ökonomische Schlagkraft zu erhöhen und gleichzeitig beim Konkurrenten selbst sich festzusetzen. Das spiegelt exakt die derzeitige Linie des westdeutschen Imperialismus wider.

Schweden will Territorialgewässer erweitern

z.coi. Mitte November hat der schwedische Justizminister Romanus in einer Beschlußvorlage an den Reichstag vorgeschlagen, die Territorialgewässer Schwedens einschließlich des Luftraumes und des Meeresbodens von bisher vier auf zwölf Seemeilen zu erweitern. In Kraft treten soll die Erweiterung am 1. Juli 1979. Laut „Dagens Nyheter" (14.11.) würden dadurch die sowjetischen U-Boote in der Ostsee in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, da sie nur mit entsprechender Genehmigung das schwedische Territorialgewässer passieren dürften. Ferner würden „fremde Staaten" in ihren Möglichkeiten beschnitten, Schweden auszuspionieren. Gegen die Anwesenheit der mit Kernwaffen ausgerüsteten sowjetischen U-Boote in der Ostsee ist die schwedische Regierung scharf aufgetreten. Anfang November hat der schwedische Außenminister Blix in einer programmatischen Rede erklärt: „Der Norden ist praktisch eine kernwaffenfreie Zone. Deswegen muß von den Großmächten gefordert werden, einen Weg in dieselbe Richtung zu gehen. Es ist z.B. selbstverständlich, daß die Ostsee eine solche kernwaffenfreie Zone werden muß." Das Oberkommando der schwedischen Armee hatte im Mai bekanntgegeben, daß die Grenzverletzungen des schwedischen Hoheitsgebietes 1977 zunahmen. Zur See wurden 19 Verletzungen festgestellt, in der Luft 28. Von den Grenzverletzungen zur See bezogen sich 10 auf U-Boote.

EG-Gesundheitsminister: Zwei Programme zur Kostendämpfung

z.scc. BRD-Gesundheitsministerin Huber – wer sonst? – führte den Vorsitz, als sie und ihre EG-Kollegen sich in der vorletzten Woche ihre Leistungen bei der Arznei- und Krankenhauskostendämpfung vorrechneten. Huber war nicht die einzige, die dabei Erfolge vorweisen konnte. Ihre italienische Kollegin Anselmi beispielsweise konnte stolzgeschwellt über eine 20%ige Abnahme des Medikamentengebrauchs infolge der Einführung der Rezeptge-

„Wirtschaftshilfe" an Äthiopien – Grundlage sozialimperialistischer Einmischung

Vertrag über „Freundschaft und Zusammenarbeit" / Erneute Großoffensive gegen das eritreische Volk

z.rua. Keine 12 Stunden, nachdem sich Breschnew von Mengistu den Vertrag über „Freundschaft und Zusammenarbeit" unterzeichnen ließ, eröffnete die äthiopische Militärregierung erneut eine Großoffensive gegen das eritreische Volk. 80000 bis 100000 Mann starke Söldnertruppen, kubanische Artillerieschützen und russische Militärberater rücken aus dem Norden Äthiopiens gegen die eritreische Stadt Keren vor; gleichzeitig greifen aus dem Westen ca. 40000 Söldner Keren an. Am 23.11. vermeldet Radio Addis Abeba, daß die äthiopischen Truppen unter schweren Verlusten die Straße zwischen Asmara und Massawa von den „Banditen" befreit hätten, wobei ihnen von den an der Straße lebenden Einwohnern ein heldenhafter Empfang bereitet worden sei. Alsdann hätten die äthiopischen Truppen den von den eritreischen „Rebellen" gehaltenen Belagerungsring um Asmara durchbrochen, um im Triumph in Asmara einzuziehen und die eingeschlossenen äthiopischen Truppen zu befreien.

Die Sache hat einen Haken. Außer den äthiopischen Söldnertruppen befand sich am 23.11. kein Mensch auf der Straße zwischen Asmara und Massawa. Die eritreische Befreiungsorganisation EPLF hat in der Nacht zum 21.11., kurz vor Beginn der Offensive, den taktischen Rückzug ihrer Streitkräfte durchgeführt, um die Befreiungsstreitkräfte in Keren zu stärken und die sozialimperialistische Aggression zurückzuschlagen. Die eritreischen Volksmassen leben in den Bergen Eritreas, von wo aus sie den Guerillakampf gegen die sozialimperialistischen Söldnertruppen führen. Die Aggressionstruppen können sich nur auf der Straße bewegen. Die schweren russischen Waffen sind nicht geländegängig, und die Russen und Kubaner kennen sich nicht aus im Gebiet. Sie sind anfällig. Die eritreischen Befreiungsstreitkräfte haben im Sommer die Offensive zurückgeschlagen und ihnen große Verluste zugefügt. Auf Grundlage der militärischen Erfolge haben die eritreischen Befreiungsorganisationen stets ihre Bereitschaft erklärt, mit Äthiopien Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des eritreischen Volkes zu führen. Das eritreische Volk wird in seinem Kampf um die nationale Unabhängigkeit von den äthiopischen Volksmassen unterstützt, die selbst den Kampf gegen das sozialimperialistisch beherrschte Mengistu-Regime intensivieren. Das Regime kann nur mit brutalem Terror den Aufstand des Volkes niederhalten. Mitglieder der revolutionären Organisationen und Gewerkschaften werden verhaftet, verschleppt und ermordet. In der Armee erstarkt der Widerstand gegen den ungerechten Krieg. Die reguläre äthiopische Armee umfaßt 50800 Mann, hinzu kommen 28000 Reservisten. Die Offensive im Sommer wurde mit 200000 Mann geführt, große Teile der Jugend wurden zwangsrekrutiert. Die Reihen der Truppen sind zersetzt. Ende September hat das Mengistu-Regime in Asmara 68 Offiziere hingerichtet, weil sie sich für Verhandlungen zur Lösung des Eritrea-Konflikts ausgesprochen haben. Wenige Wochen zuvor wurden in Agordat sechs Offiziere aus demselben Grund ermordet.

Die Sozialimperialisten haben mit der Unterzeichnung des Vertrages über „Freundschaft und Zusammenarbeit" ihre seit langem betriebene Intervention am Horn von Afrika formell besiegelt. Der Vertrag beinhaltet eine „Konsultations- und Beistandsklausel", nach der sie jederzeit offiziell in Äthiopien einmarschieren können, um sowohl den Aufstand des äthiopischen Volkes niederzuwerfen, als auch den Angriffskrieg gegen das eritreische Volk und die Nachbarvölker zu führen. Er ist auf 20 Jahre befristet mit fünfjährigen Verlängerungsfristen. Die Benutzung der eritreischen Häfen durch die Kriegsflotte der UdSSR ist gewährleistet. Für den Fall, daß sich Äthiopien gegen die Ausführung des Vertrages wehrt, ist drohend festgehalten, daß „Schwierigkeiten in der Anwendung des Vertrages im Geiste der Freundschaft zu lösen sind". Der Vertrag bedeutet die Verwandlung Äthiopiens, das als einziges afrikanisches Land nie Kolonie war, in eine Halbkolonie der Sozialimperialisten. Er ist Resultat der ökonomischen und politischen Abhängigkeit, in die die Sozialimperialisten Äthiopien nach dem Sturz des von den US-Imperialisten beherrschten feudalen Haile-Selassie-Regimes gebracht haben.

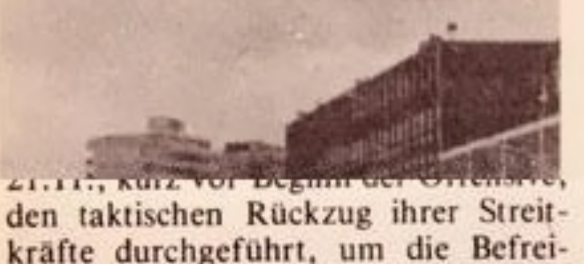
Nach dem Sturz Haile Selassies war die Wirtschaft Äthiopiens von großer Rückständigkeit gezeichnet. Auf den Plantagen und Ländereien der Großgrundbesitzer arbeiteten 90% der Bevölkerung. Die hauptsächlichen landwirtschaftlichen Produkte, die überwiegend exportiert wurden, waren Kaffee, Hirse, Sorghum, Weizen, Sesam und tierische Produkte. Das Handwerk und die Kleinindustrie waren kaum entwickelt. Der Hauptanteil am Export ging in die USA, gefolgt von der BRD, Japan und Italien. Die nationale Bourgeoisie legte das Schwergewicht auf den Ausbau der weiterverarbeitenden Nahrungsmittel-, Textil- und Schuhindustrie, die auf den Export ausgerichtet war. Die Landwirtschaft, die durch die Dürre von 1973, in der 80% der Viehbestände verendeten, gezeichnet war, verödete. Zwar wurde 1975 mit der Landreform der Großgrundbesitz enteignet, jedoch wurde auf den Staatsfarmen die Produktion nicht entsprechend den nationalen Bedürfnissen entwickelt. Der Boden wurde zum Großteil nicht kultiviert, gegen die verheerenden Auswirkungen von Dürre und Heuschreckenbefall wurden keine Schutzmaßnahmen getroffen. 1975 sind in der Wollo-Region 300000 Menschen qualvoll verhungert. Die unzureichenden Transportverbindungen wurden nicht entwickelt, große Teile der landwirtschaftlichen Produkte verdarben. Die Nahrungsmittelselbstversorgung war nicht mehr gewährleistet.

In dieser Lage boten die Sozialimperialisten ihre „helfende Hand" dar. Ihre „Wirtschaftshilfe" war von Anfang an auf die Strangulierung und Aussaugung der äthiopischen Wirtschaft ausgerichtet. Hatten sie bisher fast gar keinen Handel mit Äthiopien betrieben, exportierten sie 1976 bereits für 3,6 Mio. Rubel Maschinen und Ausrüstungen. Sie importierten aus Äthiopien für 0,7 Mio. Rubel Sesamkörner, die der äthiopischen Landwirtschaft dringend fehlten. Mit sowjetischen Krediten wurden Fleischkonservenfabriken errichtet, deren Produkte für den Export bestimmt sind.

Den Durchbruch erzielten die Sozialimperialisten, nachdem sie im Februar 1977 Mengistu als ihren Mann an die oberste Staatsmacht geputscht hatten. Mengistu kündigte die Wirtschaftsbeziehungen mit den US-Imperialisten und schloß im Mai 1977 mit den Sozialimperialisten ein Kreditabkommen über 12 Milliarden Rubel. Die Erdölraffinerie von Assab wurde ausgebaut und die Goldgrube von Adola mechanisiert. Ein Teil des Kredits wird zur geologischen Erkundung durch russische „Experten" verwandt. Auf 7600 ha suchen sie nach Gold. Sie haben weiter erkundet, daß außer den in Äthiopien befindlichen großen Mengen an Gold, Kupfer, Platin, Mangan, Zinn und Asbest im Ogaden und im Roten Meer Erdöllagerstätten sind. In Eritrea werden reiche Vorkommen an Gold, Kupfer und Eisenerz vermutet. Neben der strategischen Bedeutung der Region ein Anreiz für die Sozialimperialisten, sich die Vorherrschaft über die Region zu sichern. Sie haben den großmannssüchtigen Oberst Mengistu zur Aggression gegen das eritreische Volk angestachelt und mit Waffen beliefert, für die Äthiopien inzwischen mit mehr als einer Milliarde $ bei ihnen verschuldet ist. Seit 1977 haben die Sozialimperialisten ihre Exporte nach Äthiopien verzehnfacht. Im ersten Halbjahr 1978 betrugen die Exporte der UdSSR nach Äthiopien 46 Mio. Rubel, Äthiopien exportierte Waren in die UdSSR für 4,2 Mio. Rubel.

Die Sozialimperialisten verlangen ihren Tribut. Im Sommer hat sich Äthiopien um die Mitgliedschaft im RGW beworben. Die Zinsleistungen an die UdSSR müssen in Devisen abgetragen werden, Äthiopien steht am Rand des Staatsbankrotts. Seine Währungsreserven sanken allein von Dezember 1977 auf Februar 1978 um 16%, sie betrugen damals nur noch 189 Mio. $.

Die Kosten für die sozialimperialistische Beherrschung werden den äthiopischen Volksmassen aufgebürdet. Ihre Lage ist heute elender als zuvor. Seit 1974 sind die Preise für Nahrungsmittel um mehr als 110% gestiegen. Die Steuern auf den Kriegshaushalt wurden drastisch erhöht. Der Haß der äthiopischen Volksmassen auf die Sozialimperialisten wächst. Auch in den Reihen der nationalen Bourgeoisie entfaltet sich der Widerstand. Erst im Oktober mußte Mengistu sämtliche Minister auswechseln.





21.11., kurz vor Beginn der Offensive, den taktischen Rückzug ihrer Streitkräfte durchgeführt, um die Befreiungsstreitkräfte in Keren zu stärken und die sozialimperialistische Aggression zurückzuschlagen. Die eritreischen Volksmassen leben in den Bergen Eritreas, von wo aus sie den Guerillakampf gegen die sozialimperialistischen Söldnertruppen führen. Die Aggressionstruppen können sich nur auf der Straße bewegen. Die schweren russischen Waffen sind nicht geländegängig, und die Russen und Kubaner kennen sich nicht aus im Gebiet. Sie sind anfällig. Die eritreischen Befreiungsstreitkräfte haben im Sommer die Offensive zurückgeschlagen und ihnen große Verluste zugefügt. Auf Grundlage der militärischen Erfolge haben die eritreischen Befreiungsorganisationen stets ihre Bereitschaft erklärt, mit Äthiopien Verhandlungen über die Beilegung des Konflikts und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des eritreischen Volkes zu führen. Das eritreische Volk wird in seinem Kampf um die nationale Unabhängigkeit von

um sowohl den Aufstand des äthiopischen Volkes niederzuwerfen, als auch den Angriffskrieg gegen das eritreische Volk und die Nachbarvölker zu führen. Er ist auf 20 Jahre befristet mit fünfjährigen Verlängerungsfristen. Die Benutzung der eritreischen Häfen durch die Kriegsflotte der UdSSR ist gewährleistet. Für den Fall, daß sich Äthiopien gegen die Ausführung des Vertrages wehrt, ist drohend festgehalten, daß „Schwierigkeiten in der Anwendung des Vertrages im Geiste der Freundschaft zu lösen sind". Der Vertrag bedeutet die Verwandlung Äthiopiens, das als einziges afrikanisches Land nie Kolonie war, in eine Halbkolonie der Sozialimperialisten. Er ist Resultat der ökonomischen und politischen Abhängigkeit, in die die Sozialimperialisten Äthiopien nach dem Sturz des von den US-Imperialisten beherrschten feudalen Haile-Selassie-Regimes gebracht haben.

Nach dem Sturz Haile Selassies war die Wirtschaft Äthiopiens von großer Rückständigkeit gezeichnet. Auf den

nicht mehr gewährleistet.

In dieser Lage boten die Sozialimperialisten ihre „helfende Hand" dar. Ihre „Wirtschaftshilfe" war von Anfang an auf die Strangulierung und Aussaugung der äthiopischen Wirtschaft ausgerichtet. Hatten sie bisher fast gar keinen Handel mit Äthiopien betrieben, exportierten sie 1976 bereits für 3,6 Mio. Rubel Maschinen und Ausrüstungen. Sie importierten aus Äthiopien für 0,7 Mio. Rubel Sesamkörner, die der äthiopischen Landwirtschaft dringend fehlten. Mit sowjetischen Krediten wurden Fleischkonservenfabriken errichtet, deren Produkte für den Export bestimmt sind.

Den Durchbruch erzielten die Sozialimperialisten, nachdem sie im Februar 1977 Mengistu als ihren Mann an die oberste Staatsmacht geputscht hatten. Mengistu kündigte die Wirtschaftsbeziehungen mit den US-Imperialisten und schloß im Mai 1977 mit den Sozialimperialisten ein Kreditabkommen über 12 Milliarden Rubel. Die Erdöl-



Auf der Militärparade am „Tag der Unabhängigkeit" werden russische Raketen aufgefahren / Der Kampf der äthiopischen Volksmassen gegen die sozialimperialistische Beherrschung erstarkt.

Gegen die Einmischung des Sozialimperialismus – EPLF schlägt Äthiopien Verhandlungen vor

z.ulg.Rom. Die EPLF (Eritreanische Volksbefreiungsfront) hat dem äthiopischen Militärregime erneut Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Eritreafrage ohne jede Vorbedingungen angeboten. Das berichtete am vorletzten Donnerstag der Generalsekretär der EPLF Romedan Mohamed Nur auf einer Pressekonferenz in Rom. Einen entsprechenden Vorschlag hatte bereits im Juni auch die Gemeinsame Politische Führung der beiden Befreiungsorganisationen EPLF und ELF (Eritreanische Befreiungsfront) gemacht. Drei Mitgliedsländer der Arabischen Liga – Libyen, Sudan und die VDR Jemen – bemühen sich gemeinsam um eine Vermittlung. Truppen der VDR Jemen hatten noch Anfang dieses Jahres gemeinsam mit den kubanischen Söldnern der Sozialimperialisten am Ogaden-Krieg gegen Somalia teilgenommen. Während dieser Zeit waren sie auch an Operationen der äthiopischen Armee gegen das Volk von Eritrea beteiligt. Inzwischen hat die VDR Jemen ihre Truppen aus Äthiopien und Eritrea abgezogen und das Selbstbestimmungsrecht des eritreischen Volkes grundsätzlich anerkannt.

Eritrea und Äthiopien werden beide vom Imperialismus unterdrückt und können ihre Differenzen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts friedlich beilegen. Die russischen Sozialimperialisten versuchen dagegen, das äthiopische Militärregime immer tiefer in den ungerechten Kolonialkrieg gegen Eritrea zu verstricken, um sich in beiden Ländern um so mehr festzusetzen.

Während die äthiopische Regierung in Worten die Vermittlungsbemühungen der drei arabischen Staaten unterstützt, hat sie tatsächlich eine neue Offensive gegen Eritrea begonnen. Nachdem das eritreische Volk von den im Juni neu in den Kampf geworfenen 80000 Mann etwa 30000 vernichtet hat, hat das Militärregime eine weitere Division und zwei Brigaden nach Eritrea verlegt. Kubanische und sowjetische Soldaten sind direkt in die äthiopischen Einheiten integriert, um mit Gewalt die „Disziplin" aufrechtzuerhalten. Zur Vernichtung der Lebensbedingungen des eritreischen Volkes werden nach dem „Vorbild" der US-Aggression in Indochina „Entlaubungsmittel" zur Zerstörung von Wäldern und Feldern eingesetzt.



In der ersten Hälfte dieses Jahres waren Verhandlungen zwischen der EPLF und der äthiopischen Regierung in Berlin (DDR) schließlich gescheitert, weil das Militärregime nur auf der Grundlage seines „nationaldemokratischen Programms", nach dem dem eritreischen Volk höchstens Autonomie im Rahmen des äthiopischen Staatsverbandes eingeräumt werden soll, „verhandeln" wollte und unterdessen eine militärische Offensive vorbereitete. EPLF und ELF fordern im gemeinsamen Interesse der Völker Eritreas und Äthiopiens eine „demokratische Lösung..., die nur auf Grundlage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des eritreischen Volkes und der EPLF und ELF als legitimer Vertreter des eritreischen Volkes erreicht werden kann."

pischen Militärregime erneut Verhandlungen über eine friedliche Lösung der Eritreafrage ohne jede Vorbedingungen angeboten. Das berichtete am vorletzten Donnerstag der Generalsekretär der EPLF Romedan Mohamed Nur auf einer Pressekonferenz in Rom. Einen entsprechenden Vorschlag hatte bereits im Juni auch die Gemeinsame Politische Führung der beiden Befreiungsorganisationen EPLF und ELF (Eritreanische Befreiungsfront) gemacht. Drei Mitgliedsländer der Arabischen Liga – Libyen, Sudan und die VDR Jemen – bemühen sich gemeinsam um eine Vermittlung. Truppen der VDR Jemen hatten noch Anfang dieses Jahres gemeinsam mit den kubanischen Söldnern der Sozialimperialisten am Ogaden-Krieg gegen Somalia teilgenommen. Während dieser Zeit waren sie auch an Operationen der äthiopischen Armee gegen das Volk von Eritrea beteiligt. Inzwischen hat die VDR Jemen ihre Truppen aus Äthiopien und Eritrea abgezogen und das Selbstbestimmungsrecht des eritreischen Volkes grundsätzlich anerkannt.

Eritrea und Äthiopien werden beide vom Imperialismus unterdrückt und können ihre Differenzen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts friedlich beilegen. Die russi-

hat, hat das Militärregime eine weitere Division und zwei Brigaden nach Eritrea verlegt. Kubanische und sowjetische Soldaten sind direkt in die äthiopischen Einheiten integriert, um mit Gewalt die „Disziplin" aufrechtzuerhalten. Zur Vernichtung der Lebensbedingungen des eritreischen Volkes werden nach dem „Vorbild" der US-Aggression in Indochina „Entlaubungsmittel" zur Zerstörung von Wäldern und Feldern eingesetzt.



In der ersten Hälfte dieses Jahres waren Verhandlungen zwischen der EPLF und der äthiopischen Regierung in Berlin (DDR) schließlich gescheitert, weil das Militärregime nur auf der Grundlage seines „nationaldemokratischen Programms", nach dem dem eritreischen Volk höchstens Autonomie

---

bühr berichten. Weit gefehlt aber, daß sich die erlauchte Gesellschaft auf ihren Lorbeeren ausruhen wollte: Neben einem „Forschungs"programm, mit dessen Hilfe sie vor allem die Krankenhausausgaben auf den gleichen elenden Nenner zu bringen trachten, beschlossen sie eine Krankheits-„Vorbeugungs"kampagne. Oder wußten Sie etwa nicht, daß die Ursache der „Kostenexplosion im Gesundheitswesen" Ihre „falsche Ernährung" ist? – Die sogenannte „Ernährungsinformations"kampagne beginnt in den *Grundschulen:* Keine Süßigkeiten für Kinder... Richtet dann den *Hausarzt* aus, daß der seinen Patienten den „Zusammenhang" von „üppiger Nahrung" und Herz- und Kreislaufkrankheiten nahebringe. Vergißt auch die *Sozialarbeiter* nicht, die zusätzlich zu all ihren aufgetragenen Bespitzelungstätigkeiten die Inspektion des Kühlschranks übernehmen sollen. Die *schwangere Frau* soll eingehämmert bekommen, daß „zuviel essen" die zukünftigen Kinder träge macht – ungesund für die Profitproduktion. *Diätärzte* an allen Krankenhäusern sollen den lohnabhängigen Patienten das richtige Essensmaß beibringen. Weg frei für kräftige Lohnsenkung!

Der Lord und der Tabakgenuß

z.scc. Lord Kennet im europäischen Parlament will wissen: „Wie hoch sind in den einzelnen Mitgliedsstaaten die Gesamtkosten zu Lasten a) des öffentlichen Haushalts, b) der Wirtschaft, die durch den Tabakverbrauch entstehen (Rauchen, Kauen und Schnupfen), unter Einbeziehung einer bestmöglichen Schätzung des Kapitals und der laufenden Ausgaben für die ärztliche Versorgung, Krankenhausbau, medizinische Ausbildung, Entlohnung von medizinischem Hilfspersonal, Antirauchkampagnen usw., und wie hoch sind die Einnahmen aus der Tabaksteuer?" Wäre bei so viel adligem Eifer eine weitere Präzisierung der Forschungsrichtung für die befragte EG-Kommission nicht hilfreich gewesen?

Etwa: Wie hoch ist der Profitausfall durch die Krankheitstage von Rauchern – aber warum eigentlich nur von Rauchern, wo einem Lord Kennet der Nachweis gesundheitsschädigender Auswirkungen auf Dritte nicht schwerfallen würde? Mit wieviel schlagen die „Zigarettenpausen" tabaksüchtiger Lohnabhängiger zu Buche? Wieviel kostet nicht zuletzt die zu erwartende Verminderung der Arbeitskraft noch ungeborener Arbeitergenerationen, deren Mütter - pfui! - sich stärker denn je dem Tabakgenuß hingeben, laut den EG-Gesundheitsministern? Aber: was soll die lange Rede, wenn der Sinn so kurz die Bourgeois für des Volkes Vergnügen „entschädigen".

Den Himmel offen für den Profit!

z.hku. „Freiheit der Meere!" proklamierten die aufsteigenden bürgerlichen Großmächte Europas ihr unveräußerliches Recht, alle Meere der Welt ungehindert für die Expansion zu nutzen.

– Die International Aviation Transport Association (IATA) hat auf ihrer 34. Versammlung formell die Auflösung des Tarifkartells auf den Hauptrouten des zivilen Luftverkehrs beschlossen. Die IATA war nach dem 2. Weltkrieg das Instrument der US-Imperialisten gewesen, sich die Vorherrschaft im Weltluftverkehr abzusichern. Noch 1975 wurden von den insgesamt 573 Mrd. Personenkilometern 45,7% von US-Gesellschaften geflogen, nur 23,4% von europäischen und 2,9% z.B. von afrikanischen Linien. Dennoch: der Aufbau eigener Linien in allen Ländern der Dritten Welt – von den Imperialisten giftig als „Prestigeobjekte" verfolgt – und die Konkurrenz auch kleinerer europäischer Linien außerhalb des Kartells haben die US-Vorherrschaft angeschlagen. Jetzt hat Jimmy Carter die „Politik des offenen Himmels" entdeckt. – Nach Beschluß der IATA wird es auch weiterhin „Regionalkonferenzen" geben, auf denen Kartellabsprachen getroffen werden. Wo die Imperialisten sich ihrer Vorherrschaft sicher sind, gehen sie ins Kartell. Wo nicht, wollen sie einen Vernichtungsfeldzug gegen die Konkurrenz starten, bis sie auf neuer Stufe ihr Monopol wieder aufrichten können.

Spanien und Mexiko: Wirtschaftsabkommen von der Fischerei bis zur Atomtechnik

z.hev. In Zusammenhang mit einem Besuch des spanischen Königs Juan Carlos in Mexiko, der am 18. November begann, sind zwischen beiden Ländern mehrere Abkommen über die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit geschlossen worden. Gemeinsame Investitionen sind vorgesehen auf dem Gebiet der Geologie und des Hüttenwesens, in der chemischen Industrie, dem Schiffbau und der Fischerei.

Spanien wird sich außerdem an dem Ausbau der Klein- und Mittelindustrie beteiligen, eine Touristikgesellschaft nach Mexiko einrichten, während Mexiko einen Teil seiner Waffenkäufe in Spanien tätigen wird. Hervorstechender Bestandteil der Verträge ist ein Abkommen über die Ausbildung von 36 mexikanischen Atomtechnikern durch Spanien, die den Kern für die Verwirklichung des mexikanischen Atomprogramms bilden werden. Den beiden Supermächten ist es nicht gelungen, hier ihren Fuß reinzusetzen, obwohl sie eigensüchtig darauf bedacht sind, das atomare Monopol weltweit unter sich zu halten. Die staatliche mexikanische Mineralölgesellschaft Pemex hat erst jüngst zwei Ölfelder entdeckt mit einer Ölreserve von 180 Mrd. Barrels und 840 Mrd. cbm Erdgas.

Großer Appetit der französischen Imperialisten auf Eisenerz aus der Sahara

z.jon.Paris. 1960 wurden in der französischen Stahlindustrie 3,7% der verwendeten Erze importiert. 1972 waren es 24% und 1977/78 sind es fast 50%. 1960 kamen die importierten Erze zur Hälfte aus Europa, vor allem aus Schweden und Spanien, und zu einem Drittel aus der damaligen Kolonie Algerien. Heute ist der größte Lieferant Brasilien, dicht gefolgt von Mauretanien und Liberia. Algerien liefert seit 1969 kein Eisenerz mehr nach Frankreich. Es hat seit seiner Unabhängigkeit seine eigene Stahlindustrie aufgebaut.

Das in Frankreich geförderte Erz, vor allem das lothringische, das die Grundlage der französischen Stahlindustrie bildet, hat einen relativ niedrigen Eisengehalt (rund 31%). Die Stahlindustrie im Norden und Osten Frankreichs stellt bis heute eine Vielzahl von Produkten her, wie z.B. Bauträger und Betonstahl, ,,die die unterentwickelten Länder und sehr tüchtige kleine Produzenten wie die italienische Bresciani billiger herstellen''. (Le Monde, 22.9.78). Das importierte Erz, das wie z.B. das mauretanische mit 64% Eisengehalt eine sehr viel bessere Qualität hat, wird vor allem in neuen Stahlwerken verarbeitet, die auf die Produktion von Blechen und hochwertigen Industriestählen spezialisiert sind. Anfang der 60er Jahre wurde in Dünkirchen am Ärmelkanal eine neue Stahlindustrie aus dem Boden gestampft, die zu 9/10 importiertes Erz verarbeitet. 1972 begannen die Konzerne Sacilor und Usinor unter Beteiligung von Thyssen mit dem Bau der Stahlwerke in Fos bei Marseille am Mittelmeer, die bereits 1974 die Produktion aufnahmen und über einen eigenen Hafen vor allem mit afrikanischen Erzen beliefert werden. Der Stahlplan, den die französische Regierung im September dieses Jahres verabschiedet hat, verfolgt vor allem das Ziel, das in der traditionellen Stahlindustrie angelegte Kapital zu vernichten und mithilfe des in der Dritten Welt geplünderten Erzes die Voraussetzungen für eine neue Expansion auf dem Weltmarkt zu schaffen. ,,Wir werden also die Produktion in Lothringen begrenzen müssen, damit sich das in Fos geschaffene Werkzeug drehen kann'', schreibt ,,Le Monde''. Fos hat eine Produktionskapazität von 4 Mio. t. Stahl (französische Gesamtproduktion 1977: 22 Mio. t.). Es ist ganz auf die Plünderung der nordafrikanischen Erzvorkommen ,, vor der Haustür Frankreichs'' ausgerichtet.

Der Appetit der französischen Imperialisten richtet sich dabei auf zwei große Lagerstätten, die sie in den letzten Jahren unter ihre Kontrolle bekommen wollten, indem sie die Widersprüche unter den Staaten Nordafrikas schürten. Algerien hat seine Erzförderung in Quenza, Boukhadra und Khanguet dem französischen Zugriff entzogen. Es verfügt aber noch über unerschlossene Vorkommen in der geschätzten Höhe von 2 Mrd. t. südlich von Tindouf in der Nähe der Grenze zur Demokratischen Arabischen Republik Sahara, in einem Gebiet, auf das Marokko Anspruch erhebt. Ebenfalls nahe der Grenze zur Republik Sahara liegen bei Idjil die marokkanischen Erzvorkommen, die heute auf 1 Mrd. t. geschätzt werden. Neue Vorkommen werden gerade von französischen Geologen prospektiert. 1975, bevor der Krieg gegen das saharauische Volk die Produktion sinken ließ, wurden dort 11,6 Mio. t. gefördert, von denen über 20% nach Frankreich gingen.

Die französische Kolonialmacht hatte mit der Ausplünderung der Eisenerz- und Kupferlager in Mauretanien begonnen. 1974 verstaatlichte Mauretanien den Eisenerz- und Kupferbergbau und begann, die Exportüberschüsse zum Aufbau einer selbständigen Wirtschaft zu nutzen. 1975 unterstützten die französischen Imperialisten den von den US-Imperialisten angezettelten Versuch Marokkos und Mauretaniens, die Republik Sahara zu annektieren und untereinander aufzuteilen. Algerien unterstützt das saharauische Volk. Seine Niederlage hätte die Unabhängigkeit Algeriens geschwächt und die französischen Hoffnungen auf eine ,,Erschließung'' der Erzvorkommen bei Tindouf gestärkt. In Mauretanien griffen die französischen Imperialisten direkt ein. Die Kriegslasten trieben die mauretanischen Auslandsschulden wieder in die Höhe, das Handelsbilanzdefizit stieg erneut auf 80 Mio. $. Frankreich konnte wieder Truppen in seine ehemalige Kolonie schicken, die sich an der Unterdrückung des saharauischen Volkes beteiligten.

Es ist vor allem dem Befreiungskampf des saharauischen Volkes zu verdanken, daß es den französischen Imperialisten nicht gelang, Mauretanien erneut in koloniale Abhängigkeit zu bringen. Truppen der FPolisario griffen immer wieder die Erztransporte an und brachten damit den Erzexport fast zum Erliegen. Die neue mauretanische Regierung hat im Sommer Verhandlungen mit der FPolisario aufgenommen und ihre Bereitschaft zum Frieden erklärt. Die FPolisario hat den Kampf gegen Mauretanien eingestellt. Das französische Militär hat seinen Abzug zusagen müssen. Der mauretanische Ministerrat hat am 25.9. einen Aufbauplan beschlossen. Die Einkünfte aus der Erzförderung sollen in Zukunft vor allem für den Aufbau einer unabhängigen Landwirtschaft genutzt werden. Am 3.11. schloß Mauretanien mit der OPEC ein Abkommen über einen zinslosen Kredit von 5 Mio. $ ab, mit dem die Förderung neuer Eisenerzvorkommen durch Mauretanien entwickelt werden soll.

Phosphat aus Nordafrika ,,lebensfähige Alternative'' für US-Imperialisten

z.erb. An die Stelle der früheren Kolonialmacht Frankreich wollen die US-Imperialisten gegenüber dem 1956 unabhängig gewordenen Marokko treten. Noch wickelt Marokko 40% seines Außenhandels mit Frankreich ab.

Phosphat macht über ein Viertel der Ausfuhr Marokkos aus, und auf die Phosphatvorkommen haben es die US-Imperialisten hauptsächlich abgesehen. Für den Fall einer Erschöpfung der Phosphatvorkommen im Osten der USA spekulieren sie darauf, daß zukünftig ,,eine lebensfähige Alternative Phosphat aus Nordafrika'' sein soll. (Mineral Facts and Problems, New York, 1977) So versuchen die US-Imperialisten, in der Plünderung der Mineralien Marokkos und der Sahara, wo sie an den Phosphatminen zu 40% beteiligt sind, voranzukommen.

Schon 1961 haben die USA Marokko einen Garantievertrag für Investitionen ,,amerikanischer Bürger'' abgepreßt. Durch Handelsverträge, wie den von 1970 über die Einfuhr amerikanischer Agrarprodukte, wird Marokko verpflichtet, die teuren Importe noch dazu mit amerikanischen Schiffen befördern zu lassen, während es die Versicherung der Transporte selbst zu zahlen hat. Mit dem Zins für solche Verträge plündern die US-Imperialisten das marokkanische Volk. Ihre Direktinvestitionen im Bergbau und Hüttenwesen betrugen zum Jahresende 1977 für ganz Nordafrika insgesamt 544 Millionen Dollar.

Wo sich eine Supermacht herumtreibt, da möchte die andere nicht lange hintanstehen. Im Januar 1978 haben die Sozialimperialisten mit Marokko einen 2-Milliarden-Dollar-Vertrag über den Bau einer Phosphatmine bei Meskala, 100 km östlich des Atlantikhafens Es-Saouira, abgeschlossen. Marokko mußte sich dabei für 30 Jahre zu Phosphatlieferungen in die Sowjetunion verpflichten.

Nachdem die USA schon 1942 Militärstützpunkte in Marokko errichtet hatten, hatten sie 1960 vertraglich zusagen müssen, bis 1963 alle Truppen abzuziehen und die Stützpunkte zu räumen. 1977 waren noch immer 800 US-Soldaten stationiert, und der letzte Stützpunkt, die Senderanlage Kenitra, wurde erst im Oktober 1978 an Marokko übergeben – wie viele US-Soldaten werden wohl als ,,zivile Berater'' geblieben sein? Während das marokkanische Heer mit französischen und sowjetischen Panzern ausgerüstet ist, ist die Luftwaffe von Waffen- und Flugzeuglieferungen der US-Imperialisten abhängig. Der US-Konzern Westinghouse entwickelte und modernisierte 1977 ein ,,integriertes Luftverteidigungssystem'' und kassierte dafür 200 Millionen Dollar. Für 120 Millionen Dollar haben die USA im Februar 1977 eine Staffel Kampfflugzeuge an Marokko verkauft.

Über den letzten 100-Millionen-Dollar-Verkauf von 24 Flugzeugen und 24 Cobra-Hubschraubern verhängte der amerikanische Kongreß einen Lieferstopp, um von König Hassan die Zustimmung zu den Camp-David-Manövern zu erpressen. Nachdem er sich in den Krieg gegen das saharauische Volk hetzen ließ, blieb ihm jetzt nichts anderes übrig, als wie ein Bittsteller bei der Supermacht in Washington vorzusprechen. Daß Hassan durch die Teilnahme Marokkos an der Gipfelkonferenz in Bagdad ,,zum Zusammenhalt der arabischen Welt beigetragen hat'', wie Carter säuerlich bemerkte, ist den US-Imperialisten freilich gar nicht recht, und so ist noch immer ungewiß, ob die Hubschrauber nun geliefert werden.

Die Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) ist die Voraussetzung, damit sich Marokko von der Unterdrückung durch die Supermächte befreien kann.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat auf der diesjährigen Konferenz in Khartum beschlossen, ein Komitee zur Beilegung des Krieges von Marokko und Mauretanien gegen die DARS zu bilden. Das Komitee, dem die Präsidenten von Sudan, Tansania, Elfenbeinküste, Mali, Nigeria und Guinea angehören, wird Ende November seine erste Tagung aufnehmen.

Vorletzte Woche hat Tansania als 17. Land die DARS diplomatisch anerkannt. Die FPolisario gab für den 12. November in den befreiten Gebieten ein Militärkommuniqué heraus, wonach die Befreiungsarmee ALPS allein an diesem Tag 10 Autos und 4 Kanonen bzw. Mörser der marokkanischen Truppen bei Oum-Beika zerstört sowie 4 Lastwagen, 7 Jeeps, 12 Maschinengewehre, 10 Mörser, 27 Munitionskisten und 58 Gewehre erbeutet hat. Der Verteidigungsminister der DARS gab bekannt, daß bei Tan-Tan 56 Soldaten des marokkanischen Regimes getötet wurden. Am gleichen Tag kämpfte die Befreiungsarmee gegen Aggressionstruppen in Bir-Enzaren und Tifariti, wobei 4 marokkanische Soldaten getötet und 6 Lastwagen zerstört wurden.

Aus Anlaß des dritten Jahrestags des Vertrags von Madrid zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien zur Aufteilung der Sahara hat die FPolisario am 14. November einen Aufruf an ,,alle Staaten und Kräfte, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten'', gerichtet, ,,das saharauische Volk in seinem gerechten Kampf zu unterstützen, um die Invasions- und Expansionstruppen hinter die Grenzen seines Landes zurückzuschlagen'' und den Teilungsvertrag zu verurteilen, ,,der im übrigen schon jetzt eine Leiche ist''.



Versammlung während des 4. Kongresses der FPolisario

der 60er Jahre wurde in Dünkirchen am Ärmelkanal eine neue Stahlindustrie aus dem Boden gestampft, die zu 9/10 importiertes Erz verarbeitet. 1972 begannen die Konzerne Sacilor und Usinor unter Beteiligung von Thyssen mit dem Bau der Stahlwerke in Fos bei Marseille am Mittelmeer, die bereits 1974 die Produktion aufnahmen und über einen eigenen Hafen vor allem mit afrikanischen Erzen beliefert werden. Der Stahlplan, den die französische Regierung im September dieses Jahres verabschiedet hat, verfolgt vor allem das Ziel, das in der traditionellen Stahlindustrie angelegte Kapital zu vernichten und mithilfe des in der Dritten Welt geplünderten Erzes die Voraussetzungen für eine neue Expansion auf dem Weltmarkt zu schaffen. ,,Wir werden also die Produktion in Lothringen begrenzen müssen, damit sich das in Fos geschaffene Werkzeug drehen kann'', schreibt ,,Le Monde''. Fos hat eine Produktionskapazität von 4 Mio. t. Stahl (französische Gesamtproduktion 1977: 22 Mio. t.). Es ist ganz auf die Plünderung der nordafrikanischen Erzvorkommen ,, vor der Haustür Frankreichs'' ausgerichtet.

Der Appetit der französischen Imperialisten richtet sich dabei auf zwei große Lagerstätten, die sie in den letzten Jahren unter ihre Kontrolle bekommen wollten, indem sie die Widersprüche unter den Staaten Nordafrikas schürten. Algerien hat seine Erzförderung in Quenza, Boukhadra und Khanguet dem französischen Zugriff entzogen.

,,Erschließung'' der Erzvorkommen bei Tindouf gestärkt. In Mauretanien griffen die französischen Imperialisten direkt ein. Die Kriegslasten trieben die mauretanischen Auslandsschulden wieder in die Höhe, das Handelsbilanzdefizit stieg erneut auf 80 Mio. $. Frankreich konnte wieder Truppen in seine ehemalige Kolonie schicken, die sich an der Unterdrückung des saharauischen Volkes beteiligten.

Es ist vor allem dem Befreiungskampf des saharauischen Volkes zu verdanken, daß es den französischen Imperialisten nicht gelang, Mauretanien erneut in koloniale Abhängigkeit zu bringen. Truppen der FPolisario griffen immer wieder die Erztransporte an und brachten damit den Erzexport fast zum Erliegen. Die neue mauretanische Regierung hat im Sommer Verhandlungen mit der FPolisario aufgenommen und ihre Bereitschaft zum Frieden erklärt. Die FPolisario hat den Kampf gegen Mauretanien eingestellt. Das französische Militär hat seinen Abzug zusagen müssen. Der mauretanische Ministerrat hat am 25.9. einen Aufbauplan beschlossen. Die Einkünfte aus der Erzförderung sollen in Zukunft vor allem für den Aufbau einer unabhängigen Landwirtschaft genutzt werden. Am 3.11. schloß Mauretanien mit der OPEC ein Abkommen über einen zinslosen Kredit von 5 Mio. $ ab, mit dem die Förderung neuer Eisenerzvorkommen durch Mauretanien entwickelt werden soll.

len hat. Mit dem Zins für solche Verträge plündern die US-Imperialisten das marokkanische Volk. Ihre Direktinvestitionen im Bergbau und Hüttenwesen betrugen zum Jahresende 1977 für ganz Nordafrika insgesamt 544 Millionen Dollar.

Wo sich eine Supermacht herumtreibt, da möchte die andere nicht lange hintanstehen. Im Januar 1978 haben die Sozialimperialisten mit Marokko einen 2-Milliarden-Dollar-Vertrag über den Bau einer Phosphatmine bei Meskala, 100 km östlich des Atlantikhafens Es-Saouira, abgeschlossen. Marokko mußte sich dabei für 30 Jahre zu Phosphatlieferungen in die Sowjetunion verpflichten.

Nachdem die USA schon 1942 Militärstützpunkte in Marokko errichtet hatten, hatten sie 1960 vertraglich zusagen müssen, bis 1963 alle Truppen abzuziehen und die Stützpunkte zu räumen. 1977 waren noch immer 800 US-Soldaten stationiert, und der letzte Stützpunkt, die Senderanlage Kenitra, wurde erst im Oktober 1978 an Marokko übergeben – wie viele US-Soldaten werden wohl als ,,zivile Berater'' geblieben sein? Während das marokkanische Heer mit französischen und sowjetischen Panzern ausgerüstet ist, ist die Luftwaffe von Waffen- und Flugzeuglieferungen der US-Imperialisten abhängig. Der US-Konzern Westinghouse entwickelte und modernisierte 1977 ein ,,integriertes Luftverteidi-



Versammlung während des 4. Kongresses der FPolisario

den Krieg gegen das saharauische Volk hetzen ließ, blieb ihm jetzt nichts anderes übrig, als wie ein Bittsteller bei der Supermacht in Washington vorzusprechen. Daß Hassan durch die Teilnahme Marokkos an der Gipfelkonferenz in Bagdad ,,zum Zusammenhalt der arabischen Welt beigetragen hat'', wie Carter säuerlich bemerkte, ist den US-Imperialisten freilich gar nicht recht, und so ist noch immer ungewiß, ob die Hubschrauber nun geliefert werden.

Die Anerkennung der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) ist die Voraussetzung, damit sich Marokko von der Unterdrückung durch die Supermächte befreien kann.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hat auf der diesjährigen Konferenz in Khartum beschlossen, ein Komitee zur Beilegung des Krieges von Marokko und Mauretanien gegen die DARS zu bilden. Das Komitee, dem die Präsidenten von Sudan, Tansania,

4 Lastwagen, 7 Jeeps, 12 Maschinengewehre, 10 Mörser, 27 Munitionskisten und 58 Gewehre erbeutet hat. Der Verteidigungsminister der DARS gab bekannt, daß bei Tan-Tan 56 Soldaten des marokkanischen Regimes getötet wurden. Am gleichen Tag kämpfte die Befreiungsarmee gegen Aggressionstruppen in Bir-Enzaren und Tifariti, wobei 4 marokkanische Soldaten getötet und 6 Lastwagen zerstört wurden.

Aus Anlaß des dritten Jahrestags des Vertrags von Madrid zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien zur Aufteilung der Sahara hat die FPolisario am 14. November einen Aufruf an ,,alle Staaten und Kräfte, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten'', gerichtet, ,,das saharauische Volk in seinem gerechten Kampf zu unterstützen, um die Invasions- und Expansionstruppen hinter die Grenzen seines Landes zurückzuschlagen'' und den Teilungsvertrag zu verurteilen, ,,der im übrigen schon jetzt eine Leiche ist''.

Westafrikanische Staaten erkämpfen ihre Unabhängigkeit von der alten Kolonialmacht Frankreich

z.jon. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEAO hat am 27. Oktober in Bamako, der Hauptstadt von Mali, ihre Jahreskonferenz abgehalten. Die Konferenz dauerte nur sieben Stunden. Der mauretanische Staatspräsident Mustapha Ould Mohamed Saleck wurde zum neuen Präsidenten der Gemeinschaft gewählt. Wichtigstes Ergebnis der Konferenz ist die Einrichtung eines ,,Solidaritäts- und Investitionsfonds für die Wirtschaftsentwicklung der Gemeinschaft'' aus Mitteln der Mitgliedsstaaten, der den bereits bestehenden ,,Gemeinschaftlichen Entwicklungsfonds'' ergänzt. Außer den Präsidenten der Mitgliedsstaaten, der Elfenbeinküste, Obervolta, Mali, Mauretanien, Niger und Senegal, nahmen Beobachter aus Togo und Benin und der OAU teil. Ebenfalls anwesend war ein Vertreter der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, die offiziell von Mauretanien noch nicht anerkannt wird.

Die CEAO wurde 1973 gegründet. Die Mitgliedsstaaten sind alle ehemalige französische Kolonien. Eine Mehrheit, Elfenbeinküste, Obervolta, Niger und Senegal, gehört der ,,Franc-Zone'' an. ,,Franc-Zone'' heißt, daß die Währung dieser Staaten, der Franc CFA (CFA: Französische Kolonien in Afrika) frei mit der Währung der alten Kolonialmacht austauschbar ist und daß die Reserven der gemeinsamen Zentralbank der westafrikanischen Staaten zu 80% bei der französischen Zentralbank deponiert werden müssen. Die französischen Imperialisten wollen sich auf diese Weise uneingeschränkten Zugang zu dem Kapital- und Warenmarkt ihrer ehemaligen Kolonien erhalten. Das aber gelingt ihnen immer weniger.

Im Jahresbericht für 1976 der Zentralbank werden unter der Überschrift ,,Regionale Beziehungen'' unter anderem folgende Maßnahmen aufgeführt, die die westafrikanischen Staaten 1976 zur gegenseitigen Unterstützung durchgeführt haben:

– Die CEAO schafft ab dem 1.1.76 die Zölle auf alle Agrarprodukte ab, die zwischen den Staaten der Gemeinschaft gehandelt werden. Für Industrieprodukte wird eine ,,Steuer für Regionale Zusammenarbeit'' erhoben. Diese Abgabe wird von Fall zu Fall zwischen den handelnden Staaten verabredet. Sie ist in jedem Fall geringer als der bis dahin geltende Zoll. Die Verluste in den Zolleinnahmen der ärmeren Staaten werden über den ,,Gemeinschaftlichen Entwicklungsfonds'' aus den Exporteinnahmen der stärkeren Staaten bezahlt. Die Exportüberschüsse z.B. der Elfenbeinküste können so für die Entwicklungsprojekte z.B. in Obervolta genutzt werden.

– Die Zusammenarbeit zwischen den Staaten der ,,Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten Westafrikas'' (CEDEAO) wird verstärkt. Die CEDEAO umfaßt alle 15 Staaten Westafrikas, die ehemaligen französischen Kolonien, die ehemaligen britischen Kolonien und die ehemaligen portugiesischen Kolonien. Die Maßnahmen zielen ebenfalls ab auf den Abbau von Zöllen, auf die gegenseitige Unterstützung durch die Lieferung der Waren, die sonst bei den Imperialisten eingekauft werden müßten, und die Beseitigung von Hindernissen, die die Imperialisten durch ihre ,,Währungszone'' hinterlassen haben.

– Die Organisation für die Nutzung des Senegalflusses, die Senegal, Mali und Mauretanien umfaßt, beschließt den Bau von zwei Staudämmen, die gemeinschaftliche Schaffung von Bewässerungsanlagen für 430000 ha Land und den gemeinsamen Abbau der Bodenschätze entlang des Flußlaufs.

– Schließlich meldet der Bericht, daß der Handel zwischen den Staaten der CEAO 1975 um 17% zugenommen hat.

Die Erfolge der gegenseitigen Unterstützung drücken sich im langsamen Verfall des Handelsmonopols der alten Kolonialmacht aus. 1973 lieferte Frankreich 43% aller Importe des Niger, 1975 noch 30%. Der Anteil Senegals stieg von 0,9 auf 10%. Schritt für Schritt schaffen die westafrikanischen Staaten Voraussetzungen für einen gemeinsamen Wirtschaftsaufbau. Die Küstenstaaten der CEAO, Senegal und Elfenbeinküste, haben eigene Raffinerien aufgebaut, die Mali und Obervolta zu 100% und Mauretanien zu 30% mit dem nötigen Benzin versorgen. In allen Mitgliedsstaaten wurden die imperialistischen Erdölkonzerne zu 50%, in Mauretanien zu 100% enteignet. Die Gemeinschaft führt ein großes Forschungs- und Ausbildungsprogramm zur Nutzung der Sonnenenergie durch. ,,Es ist besonders bemerkenswert, daß die CEAO in ihren Anstrengungen zur Beherrschung des Energiesektors, wie übrigens auch auf anderen Gebieten der regionalen Integration, sich auf ihre eigenen Kräfte stützt'', schreibt besorgt das französische Außenhandelsblatt ,,Marchés Tropicaux'' am 6.6.78.

Auch auf dem Kapitalmarkt, auf dem sie zunächst dank ihres Kolonialfrancs ein starkes Übergewicht hatten, verlieren die französischen Imperialisten Zug um Zug ihren Einfluß. 1965 kamen 84% der Auslandskredite des Niger aus Frankreich, 1978 sind es noch 27%. Der Schuldendienst ans Ausland beträgt für den Niger, der eines der ärmsten Länder der Region ist, noch 6,6% seiner Exporte. An die Stelle des imperialistischen Kapitalexportes ist für viele Landwirtschafts- und Industrieprojekte die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der CEAO und die Hilfe anderer afrikanischer und arabischer Staaten getreten.



Ein gemeinsames Erdnußlager der CEDEAO. Erdnüsse gehören zu den wichtigsten Exporten der Wirtschaftsgemeinschaft.

Eine halbe Milliarde Überlebenskredit für Südafrika

„Durchbruch": Erster Kredit seit zwei Jahren, natürlich in DM

z.mif. Etwa 500 Mio. DM hat Südafrika an DM-Krediten in den letzten Wochen aufnehmen können. Die Sache bedurfte der längeren beidseitigen Vorbereitung. Im Juni kündigte der Finanzminister an, er wolle sich auf den Geldmarkt begeben. Am 23. August meldete der Evangelische Pressedienst, „der deutsche Kapitalmarkt ist heute praktisch der einzige, der Südafrika für Anleihen offensteht... Allein die privaten Anleihen Südafrikas vom DM-Markt werden für 1978 auf 150 bis 180 Mio. Rand (umgerechnet rund 330 bis 400 Millionen DM) geschätzt. Im Juli gab die Schweizer Nationalbank bekannt, daß Südafrika in diesem Jahr keine Kredite mehr erhalten kann, nachdem es Anleihen in Höhe von 120,8 Millionen Rand aufgenommen und damit den Kreditrahmen ausgeschöpft hat. Um das Haushaltsdefizit zu decken, will Südafrikas Finanzminister Horwood 320 Millionen Rand auf ausländischen Geldmärkten leihen."

Ende September brachte das südafrikanische Finanzministerium eine Broschüre „Finanzielle Perspektiven" heraus und erklärte: „Es handelt sich keineswegs um den Beginn einer Kampagne zur Erlangung ausländischer Kredite" (Financial Mail, 1.9.).

Kurz darauf ist Konferenz des Internationalen Währungsfonds. Der Minister kehrt von der Sitzung zurück mit den Worten, „es gebe beträchtliches ausländisches Interesse an Investitionen in Südafrika. Sanktionen seien unwahrscheinlich, und er sei der Meinung, daß Südafrika sich in der Lage befinde, über erhebliche ausländische Darlehen zu verhandeln." (South African Digest, 6.10.).

Am 2.10. spricht Otto Wolff von Amerongen, Präsident des westdeutschen Industrie- und Handelstages, vor der Südafrikanisch-Deutschen Kammer für Handel und Industrie in Johannesburg: „Südafrika ist einer der wichtigsten überseeischen Handelspartner Deutschlands. Die Importbedürfnisse Südafrikas entsprechen dem klassischen Spektrum deutscher Exportprodukte. Für viele Firmen gibt es in Afrika keine Alternative für ihre Handelsbeziehungen mit Südafrika... Nach Schätzungen von Experten beläuft sich das deutsche finanzielle Engagement auf etwa 12 Milliarden DM einschließlich Reinvestitionen und Portfolio-Investitionen... Die Industrie hofft, ihren Teil zu der Entwicklung einer friedlichen Zukunft in Südafrika beitragen zu können" (South African Digest, 6.10.).

Otto Wolff spricht nicht nur als Präsident des Industrie- und Handelstages. Die „Weserhütte Südafrika, ein Unternehmen der Otto-Wolff-Gruppe, hat das Pojektmanagement für den gesamten Bereich der Transport- und Umschlageinrichtungen, die Kohlebrecher und den Siebbetrieb sowie für die Mischbetten und die Lageranlagen bis zur schlüsselfertigen Übernahme" in der Kohlemine Kleinkopje mit einem Gesamtkapitaleinsatz von 109 Mio. Rand (rd. 260 Mio . DM, Afrika Post, Juli 1978).

In den ersten sechs Monaten 1978 sind die Exporte der westdeutschen Imperialisten nach Südafrika um 37% gestiegen auf über 1,6 Mrd. DM, die Importe um 46% auf über 1,7 Milliarden. Alles unternehmen die Bourgeois, um ihren Spießgesellen in Südafrika das Wasser vom Hals zu schaffen. VW läßt Pressen im Wert von 500000 Rand in Südafrika produzieren. BMW läßt 3000 BMW 518, die der Schah in besseren Tagen bestellt hat, in Südafrika herstellen, Wert 46 Mio. DM, und trägt damit dazu bei, daß Südafrika seine Ölrechnung an den Iran bezahlen kann. Südafrika bezieht ca. 87% seines Öls aus dem Iran; trotz aufwendiger Bohrungen haben die Kolonialisten im Land und vor den Küsten des Volkes von Azania bisher kein Öl finden können. Ob jetzt die BMWs noch vom Iran abgenommen werden? Ob Südafrika jetzt noch Öl vom Iran bekommt? Die Bundesregierung hat eben doch nicht den Einfluß auf den Gang der Weltläufte, den sie sich wünschen würde.

Die jetzt getätigten Anleihen des Kolonialistenhaufens Südafrika umfassen nach Angaben des Finanzministers etwa 250 Mio. Dollar. Es sind die ersten seit zwei Jahren, die die Statthalter der Imperialisten haben tätigen können, „ein deutlicher Durchbruch für Südafrika", sagen sie erleichtert. Das Hauptdarlehen ist ein Kredit über fünf Jahre unter Beteiligung der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Schweizer Union Bank. Das Geschäft wurde in Zürich getätigt. Einzelheiten gab die Kolonialistenbande nicht bekannt, ließ aber durchblicken, daß weitere 100 Mio. Dollar bei verschiedenen Geldgebern aufgenommen wurden. Für alle Darlehen wurden Zinsen von eineinhalb Prozent über den Londoner Bankzinsen vereinbart.

Die „Financial Times" stellt fest, der Kredit bedeute einen „erheblichen Sieg angesichts der internationalen Feindseligkeit und der politischen Sorge um die Zukunft des Landes" (15.11.).

Man sage nicht, die westdeutsche Imperialistenjournaille übergehe diese Verbrechen mit Stillschweigen. Der Kuponschneider muß immerhin die Angebote erhalten. Das „Handelsblatt" meldet am 13.11.: „Seit Freitag ist z.B. die angekündigte Privatplazierung der South African Railways & Harbours über 50 Mio. DM mit einer Laufzeit von 5 Jahren, einem Kupon von 7¾% und einem Verkaufspreis von 99¾% im Markt (Manager BHF-Bank). Die Bayerische Vereinsbank bereitet zudem eine dreijährige Privatplazierung für den South African Oil Fund über 20 Mio. DM mit einem Kupon von 7¼% vor, wie aus Marktkreisen verlautet. Solche Emissionen berühren den Markt allerdings kaum, da mit ihnen ein besonderer Anlegerkreis angesprochen wird." Besonderer Anlegerkreis? Damit ist nicht eine besonders rückständige, in den Kolonialismus vernarrte Kapital„fraktion" gemeint, sondern schlicht die einschlägigen Branchen. Die Kolonialisten rüsten derzeit ihren Frachttransport per Bahn auf. Kohle und eingefrorene Lebensmittel wollen sie schneller transportieren und bei Verzögerungen problemlos lagern können, sagen sie. Fortschritt der Produktion? Die Kolonialherren ergreifen Maßnahmen, um auch im Streik und im Aufstand die Reichtümer des Landes noch zu ihren Herren schaffen zu können.

Den Kredit kriegen sie natürlich nicht nur ihrer germanisch blauen Augen wegen. Während der durchschnittliche Zinssatz auf DM-Anleihen bei 6,6% liegt, haben sie 7 3/4% zu zahlen. Auf 500 Mio. DM macht das einen Zusatztribut von 575000 DM über die 3,3 Mio. Normalzins hinaus. Ohne diesen Kredit hätten die Kolonialisten fällige Schulden nicht zurückzahlen können, wie diskret angedeutet wird. „Es hat einige Zweifel darüber gegeben, ob Südafrika dazu in der Lage ist" (Financial Times, 15.11.). Dies, obwohl die Goldpreise riesige Höhen erreicht haben und die Kolonialisten auf die Unze Gold knapp 100% Profit machen. Ihre Produktionskosten geben sie mit 109 Dollar pro Unze an, den Verkaufspreis im Schnitt im 3. Quartal 78 mit 204 Dollar.

Kein Extraprofit, keine Superausbeutung der schwarzen Arbeiter kann die südafrikanischen Statthalter der Imperialisten dagegen schützen, daß der Kampf der Völker von Azania und Namibia gegen Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus die Grundlagen ihrer Herrschaft fortschreitend untergräbt. Unter Führung der SWAPO hat das Volk von Namibia Mitte letzter Woche das gesamte Fernmeldenetz in Ovamboland lahmgelegt. Elf Telegraphenmasten konnten im Landesinnern gesprengt werden.

den Worten, „es gebe beträchtliches ausländisches Interesse an Investitionen in Südafrika. Sanktionen seien unwahrscheinlich, und er sei der Meinung, daß Südafrika sich in der Lage befinde, über erhebliche ausländische Darlehen zu verhandeln." (South African Digest, 6.10.).

Am 2.10. spricht Otto Wolff von Amerongen, Präsident des westdeutschen Industrie- und Handelstages, vor der Südafrikanisch-Deutschen Kammer für Handel und Industrie in Johannesburg: „Südafrika ist einer der wichtigsten überseeischen Handelspartner Deutschlands. Die Importbedürfnisse Südafrikas entsprechen dem klassischen Spektrum deutscher Exportprodukte. Für viele Firmen gibt es in Afrika keine Alternative für ihre Handelsbeziehungen mit Südafrika... Nach Schätzungen von Experten beläuft sich das deutsche finanzielle Engagement auf etwa 12 Milliarden DM einschließlich Reinvestitionen und Portfolio-Investitionen... Die Industrie hofft, ihren Teil zu der Entwicklung einer friedlichen Zukunft in Südafrika beitragen zu können" (South African Digest, 6.10.).

Otto Wolff spricht nicht nur als Präsident des Industrie- und Handelstages. Die „Weserhütte Südafrika, ein

Weltläufte, den sie sich wünschen würde.

Die jetzt getätigten Anleihen des Kolonialistenhaufens Südafrika umfassen nach Angaben des Finanzministers etwa 250 Mio. Dollar. Es sind die ersten seit zwei Jahren, die die Statthalter der Imperialisten haben tätigen können, „ein deutlicher Durchbruch für Südafrika", sagen sie erleichtert. Das Hauptdarlehen ist ein Kredit über fünf Jahre unter Beteiligung der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Schweizer Union Bank. Das Geschäft wurde in Zürich getätigt. Einzelheiten gab die Kolonialistenbande nicht bekannt, ließ aber durchblicken, daß weitere 100 Mio. Dollar bei verschiedenen Geldgebern aufgenommen wurden. Für alle Darlehen wurden Zinsen von eineinhalb Prozent über den Londoner Bankzinsen vereinbart.

Die „Financial Times" stellt fest, der Kredit bedeute einen „erheblichen Sieg angesichts der internationalen Feindseligkeit und der politischen Sorge um die Zukunft des Landes" (15.11.).

Man sage nicht, die westdeutsche Imperialistenjournaille übergehe diese Verbrechen mit Stillschweigen. Der

gen wegen. Während der durchschnittliche Zinssatz auf DM-Anleihen bei 6,6% liegt, haben sie 7 3/4% zu zahlen. Auf 500 Mio. DM macht das einen Zusatztribut von 575000 DM über die 3,3 Mio. Normalzins hinaus. Ohne diesen Kredit hätten die Kolonialisten fällige Schulden nicht zurückzahlen können, wie diskret angedeutet wird. „Es hat einige Zweifel darüber gegeben, ob Südafrika dazu in der Lage ist" (Financial Times, 15.11.). Dies, obwohl die Goldpreise riesige Höhen erreicht haben und die Kolonialisten auf die Unze Gold knapp 100% Profit machen. Ihre Produktionskosten geben sie mit 109 Dollar pro Unze an, den Verkaufspreis im Schnitt im 3. Quartal 78 mit 204 Dollar.

Kein Extraprofit, keine Superausbeutung der schwarzen Arbeiter kann die südafrikanischen Statthalter der Imperialisten dagegen schützen, daß der Kampf der Völker von Azania und Namibia gegen Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus die Grundlagen ihrer Herrschaft fortschreitend untergräbt. Unter Führung der SWAPO hat das Volk von Namibia Mitte letzter Woche das gesamte Fernmeldenetz in Ovamboland lahmgelegt. Elf Telegraphenmasten konnten im Landesinnern gesprengt werden.

Der fromme Landesanwalt haßt die Sammlung
Eine Druckausrüstung für die ZANU



Landesanwalt Diem tritt beim Verwaltungsgericht Sigmaringen mit folgender Begründung für Sammlungsverbot ein: „Es ist mir auch bekannt, daß über die Frage der Unterstützung von gewaltsamen Befreiungsbewegungen durch den Weltkirchenrat eine große Unruhe in unseren Kirchen entstanden ist... Was aber den Vorstoß des KBW anlangt, so ist dies, wie im Verfahren schon dargestellt, ein von Skrupel und Nachdenken unbeleckter Irrweg nach dem Motto: Und heute gehört uns Zimbabwe und morgen die ganze Welt." Weder mit Schlagstock noch Rosenkranz noch Hitlers Parolen werden Sie verhindern, daß die ZANU die Druckausrüstung erhält und das Volk von Zimbabwe sich befreit, Herr Landesanwalt!

Länder der Dritten Welt unterstützen den Befreiungskampf im Südlichen Afrika



Pakistan. Der Vorsitzende der ZANU (Zimbabwe African National Union), Dr. Robert Mugabe, wird bei seiner Ankunft auf dem Flughafen Islamabad zu einem kurzen Besuch in Pakistan am 20.5.78 von dem Berater in Auswärtigen Angelegenheiten, Agha Shahi, empfangen. Der Berater für Auswärtige Angelegenheiten, Agha Shahi, versicherte Robert Mugabe der vollen und anhaltenden Unterstützung Pakistans, sowohl politisch wie materiell, für das Volk von Zimbabwe in seinem gerechten Befreiungskampf. Er teilte dem Führer der ZANU mit, daß die Regierung von Pakistan beschlossen hat, Zimbabwe sofort humanitäre Hilfe zukommen zu lassen: Reis, Kleidung, Schuhe und andere Gegenstände, die in Zimbabwe dringend gebraucht werden. (Weekly Pakistan News, 23. Mai 1978)

Rodong Sinmun, Pyongyang, Demokratische Volksrepublik Korea. Angestachelt vom Imperialismus, versucht die Rassistenclique im Südlichen Afrika den patriotischen Kampf der Patrioten und des Volkes in Zimbabwe zu erwürgen und die unabhängigen afrikanischen Länder daran zu hindern, vorwärts zu gehen. Aber sie kann niemals Erfolg haben. Das Volk von Zimbabwe wird gewiß die Freiheit und Unabhängigkeit erlangen und Herr seines Landes werden. Der afrikanische Kontinent muß völlig von der Herrschaft der Imperialisten, Kolonialisten und Rassisten befreit werden. Keine Macht der Erde kann das aufhalten. (Third World Unity, Mai 1978, S. 54)

New Nation, Georgetown, Guayana. Die Kämpfe der Völker des Südlichen Afrika, Zimbabwe, Namibia und Südafrika sind zweifellos nicht nur die Kämpfe der Völker dieser Länder um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, sondern sind Kämpfe der gesamten Dritten Welt, für die die Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung zu einer Frage des Überlebens geworden ist. (Third World Unity, Juni 1978, S. 57)

Uhuru, Dar es Salaam, Tansania. Die Rassisten täuschen sich, wenn sie glauben, daß sie die afrikanischen Länder in diesem Gebiet daran hindern kön-

Rodong Sinmun, Pyongyang, Demokratische Volksrepublik Korea. Angestachelt vom Imperialismus, versucht die Rassistenclique im Südlichen Afrika den patriotischen Kampf der Patrioten und des Volkes in Zimbabwe zu erwürgen und die unabhängigen afrikanischen Länder daran zu hindern, vorwärts zu gehen. Aber sie kann niemals Erfolg haben. Das Volk von Zimbabwe wird gewiß die Freiheit und Unabhängigkeit erlangen und Herr seines Landes werden. Der afrikanische Kontinent muß völlig von der Herrschaft der Imperialisten, Kolonialisten und Rassisten befreit werden. Keine Macht der Erde kann das aufhalten. (Third World Unity, Mai 1978, S. 54)

New Nation, Georgetown, Guayana. Die Kämpfe der Völker des Südlichen Afrika, Zimbabwe, Namibia und Südafrika sind zweifellos nicht nur die Kämpfe der Völker dieser Länder um Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, sondern sind Kämpfe der gesamten Dritten Welt, für die die Frage der neuen Weltwirtschaftsordnung zu einer Frage des Überlebens geworden ist. (Third World Unity, Juni 1978, S. 57)

Uhuru, Dar es Salaam, Tansania. Die Rassisten täuschen sich, wenn sie glauben, daß sie die afrikanischen Länder in diesem Gebiet daran hindern kön-nen, die Freiheitskämpfer und Nationalisten zu unterstützen und ihnen zu helfen. Keine Drohung kann diese Länder daran hindern, ihre historischen Pflichten gegenüber den Freiheitskämpfern von Zimbabwe zu erfüllen. Tatsächlich haben die rassistischen Provokationen gegen die Nachbarländer die afrikanischen Länder mobilisiert, dem Befreiungskampf im Südlichen Afrika mehr Hilfe zu gewähren. Weil diese Provokationen noch klarer erwiesen haben, daß es keinen wirklichen Frieden und keine Sicherheit für die unabhängigen afrikanischen Staaten geben wird, solange die rassistischen Regimes noch auf der anderen Seite ihrer Grenze existieren. (Third World Unity, Juli 1978)

Thailand. Die Regierung von Thailand hat Ende Juli beschlossen, die Handelsbeziehungen mit Südafrika abzubrechen, als Protest gegen die Apartheidspolitik der rassistischen Machthaber. Das Handelsministerium verlautbarte in einer Erklärung, daß die Entscheidung der Thai-Regierung, die am 1. August in Kraft tritt, den Export und Import von Waren des täglichen Bedarfs und von strategischen Gütern nach und von Südafrika verbietet. (Third World Unity, September 1978).

Pyongyang. Der große Führer Genosse Kim Il Sung, Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas (WPK) sandte zum 15. Jahrestag der Gründung der ZANU eine Grußadresse an Genosse Robert G. Mugabe, Präsident der Zimbabwe African National Union ZANU. (Pyongyang Times, 19.8.1978)

Addis Abeba, Äthiopien. Internationale Konferenz der Solidarität mit dem Kampf der arabischen und afrikanischen Völker gegen Imperialismus und Rassismus, vom 15. bis 17.9.1978; anwesend: Delegationen aus 132 Staaten und Organisationen.

In bezug auf die Situation in Südafrika sprach sich die Konferenz für ökonomische Sanktionen gegen Pretoria als ersten Schritt zum Ausschluß aus den Vereinten Nationen aus. Die Konferenz erklärte ihre Zurückweisung der neuen imperialistischen Strategie, deren Ziel es ist, die imperialistische wirtschaftliche Hegemonie über Afrika zu erlangen. Die Teilnehmer der Konferenz versicherten ihre Unterstützung für alle nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere der Patriotischen Front in Zimbabwe, der PLO und des African National Congress in Südafrika (nach: Palestine, PLO-Informations-Bulletin, 30.9.1978).

October Star, Mogadishu, Somalia. Die afrikanischen Völker, die unabhängig geworden sind und sich selbst von der kolonialen Herrschaft befreit haben, stehen heute in einem erbitterten Kampf um die Festigung ihrer Freiheit. Es ist die Pflicht der Organisation für Afrikanische Einheit, die Neokolonialisten zu entlarven, die sich in die inneren Angelegenheiten des afrikanischen Kontinents einmischen, denn das ist eines der Ziele, für die diese Organisation geschaffen wurde. Es ist notwendig, daß Afrika seine eigene Armee hat, und das ist auch der einzige Weg, Imperialismus und Neokolonialismus zu bekämpfen. (Third World Unity, September 1978)

Daily News, Dar es Salaam, Tansania. Die Lage im Südlichen Afrika ist ausgezeichnet, sie entwickelt sich immer schneller auf die vollständige Befreiung zu. Das Befreiungskomitee der OAU wurde gegründet, um die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus zu unterstützen. Es hat diese Pflicht bisher nach besten Kräften erfüllt. Aber der Kampf um Freiheit ist noch keineswegs vorbei. Indem wir gegen die letzten Bastionen des Imperialismus auf unserem Kontinent vorrücken, verschärft sich der Kampf erheblich (Third World Unity, September 1978).



für Afrikanische Einheit, die Neokolonialisten zu entlarven, die sich in die inneren Angelegenheiten des afrikanischen Kontinents einmischen, denn das ist eines der Ziele, für die diese Organisation geschaffen wurde. Es ist notwendig, daß Afrika seine eigene Armee hat, und das ist auch der einzige Weg, Imperialismus und Neokolonialismus zu bekämpfen. (Third World Unity, September 1978)

Daily News, Dar es Salaam, Tansania. Die Lage im Südlichen Afrika ist ausgezeichnet, sie entwickelt sich immer schneller auf die vollständige Befreiung zu. Das Befreiungskomitee der OAU wurde gegründet, um die Befreiung Afrikas vom Kolonialismus zu unterstützen. Es hat diese Pflicht bisher nach besten Kräften erfüllt. Aber der Kampf um Freiheit ist noch keineswegs vorbei. Indem wir gegen die letzten Bastionen des Imperialismus auf unserem Kontinent vorrücken, verschärft sich der Kampf erheblich (Third World Unity, September 1978).



Auf ihren Transparenten fordern die Demonstranten in Windhoek: „Weg mit Südafrika! Weg mit den Marionetten! Weg mit dem Imperialismus! Die Macht an die SWAPO – Die Macht an das Volk!"

Algerien. Präsident Houari Boumedienne versichert die Unterstützung seines Landes für die Befreiung Zimbabwes. Nach der Aggression der Rassisten aus Salisbury gegen die Flüchtlingslager in Sambia sandte der algerische Präsident Houari Boumedienne eine Solidaritätsbotschaft an Joshua Nkomo und Robert Mugabe, die Führer der Patriotischen Front (nach: Jamahiriyah News Agency, Libyen, 24.10.1978).

Kap Verde und Sao Tome. Kap Verde und die Demokratische Republik von Sao Tome und Principe haben erklärt, sie wollen weiterhin gemeinsam mit anderen Ländern für die Konsolidierung des anti-imperialistischen Charakters der Bewegung der Blockfreien kämpfen. Das Kommuniqué weist erneut auf die Unterstützung für die Befreiungsbewegungen in Südafrika hin und verurteilt die unnachgiebige Haltung der rassistischen südafrikanischen Regierung im Zusammenhang mit Namibias Unabhängigkeit, ebenso wie ihre gegen Sambia und Mosambik gerichteten Übergriffe (nach: Prensa Latina, Sao Tome, 30.10.1978).

Tarifvertrag statt „Dritten Weg“

r.scd. Die Diakonische Konferenz Westberlin, höchstes Beschlußgremium des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirchen, hat beschlossen, keine Tarifverträge mit den Beschäftigten der kirchlichen Krankenhäuser abzuschließen. Stattdessen soll ab 1.1.1979 ein neues Arbeitsrechtsregelungsgesetz gelten, wonach „Arbeitsrechtliche Kommissionen“ über Lohnerhöhung befinden sollen. Kommt es dort zu keiner Einigung, erfolgt Zwangsschlichtung. Das ganze nennt sich „Dritter Weg“, ein Weg, so hat die Mehrheit der Beschäftigten auf Personalversammlungen und Veranstaltungen beschlossen, der für sie nicht annehmbar ist und wogegen sie seit längerem schon den Kampf führen. An der nichtöffentlichen Sitzung der Diakonischen Konferenz nahmen Mitarbeitervertretungen und Beschäftigte teil, setzten Rederecht durch und forderten die Konferenz auf, den Beschluß abzulehnen. Die konferierenden Kirchenfürsten stimmten aber zu. Am nächsten Tag hatten sie die Anwort. Elf Mitarbeitervertretungen gaben eine Presseerklärung heraus. Darin heißt es: „Wir... wenden uns ganz entschieden gegen diesen Beschluß.“ „Die über 5000 in den evangelischen Krankenhäusern Beschäftigten sehen im Abschluß von Tarifverträgen den einzigen Weg, ihre arbeitsrechtliche Stellung im gleichen Umfang wie in den städtischen Krankenhäusern Beschäftigte zu sichern“

Arbeiter halten Betrieb besetzt

r.inh.Brake. Arbeiter von Beker-Chemie halten seit dem 2.November ihren Betrieb besetzt, nachdem der US-Kapitalist Beker der Produktion schlicht die Rohstoffe entzogen hatte, weil die Profite nicht mehr stimmten – nach nur 11 Monaten Produktionszeit. Dabei hatte Beker, der in den USA über eigene Phosphatminen verfügt und sich daraus einen Konkurrenzvorteil erhoffte beim Einstieg in den europäischen Düngemittelmarkt, alle Mittel ausgeschöpft, um sein Kapital trotz schärfster Konkurrenz profitträchtig in der Wesermarsch anzulegen: Subventionen des Bundes, des Landes, Ausbau der Verkehranbindung durch den Braker Hafen. Vor allem aber baute er auf die billige Arbeitskraft aus der Wesermarsch. Arbeiter berichteten, daß er uralte Maschinen nach Brake bringen ließ, die ihren Wert längst umgesetzt hatten und die nur durch die Geschicklichkeit der Arbeiter wieder funktionsfähig gemacht wurden. Die Forderungen der Arbeiter stehen nach wie vor: Keine Entlassungen, keine Werksschließung. Die Kündigung der Angestellten durch Konkurs-Zwangsverwalter lehnte der Betriebsrat einhellig ab. Bisher gingen über 40 Solidaritätserklärungen von Betrieben und Gewerkschaftseinheiten bei den Arbeitern ein, sowie materielle Spenden von mehr als 2500 DM. (Spendenkonto: Commerzbank Brake, Konto 3011624).

Wirtschaftsförderung – Mästung der Kapitalisten

Bankierstochter Breuel streitet gegen „Anspruchsinflation“, zu hohes Lohnniveau und für mehr Konkurrenz

r.pel. Ernst Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen, hat in seiner Regierungserklärung am 28.6. dieses Jahres den Kapitalisten weitere Unterstützung bei der Profitmacherei versprochen. „Blicken wir auf die letzten Jahrzehnte zurück, so müssen wir feststellen, daß es nicht gelungen ist, den wirtschaftlichen Abstand zwischen Niedersachsen und den übrigen Bundesländern zu verringern. Es muß deshalb mehr getan werden als bisher. Die Landesregierung ist hierzu fest entschlossen. Sie wird festhalten an dem Grundsatz, daß wichtige Industrieansiedlungsvorhaben in keinem Fall am Geld scheitern dürfen.“ (Stenographische Berichte des Landtages)

„Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen“, unter dieser Schlagzeile hat er seine Absichten bekunden lassen im Volk. Die Kapitalisten hatten ihn gleich richtig verstanden. Verschiedene haben sogleich erklärt, bei ihnen seien Arbeitsplätze in Gefahr und der Konkurs nicht abzuwenden, wenn ihnen der Staat nicht unter die Arme greife. Allein in der ersten Novemberwoche haben die Wilke-Firmen Braunschweig, die Apparatebaukapitalisten Ahlborn und Voss aus Hildesheim bzw. Sarstedt sowie das Textilunternehmen Dierig Landesbürgschaften beantragt. Je 2,5 Mio. DM hat die Wirtschaftsministerin Breuel den Ahlborn und Voss-Kapitalisten zugesagt, nachdem diese schon in den letzten Jahren ca. 15 Mio. DM Kredit bekommen hatten. Es sei ein erfolgversprechender Sanierungsplan vorgelegt worden, hörte man aus dem Wirtschaftsministerium.

Daß sich die Erfolgsprognose nur auf die Profite der Kapitalisten beziehen kann, verdeutlicht die Absicht, bei Ausführung dieses Planes 300 von den 900 Beschäftigten dieser beiden Betriebe zu entlassen. Sicherung der Arbeitsplätze à la Albrecht!

Dabei haben sich die Kapitalisten streng an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten. Im 7. Rahmenplan nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ findet sich folgende Passage: „Die Frage, ob und inwieweit die Erhaltung von Arbeitsplätzen *ohne* Erhöhung der Einkommen in der Region förderungswürdiges Ziel der Regionalpolitik sein kann oder soll, ist nicht eindeutig zu beantworten. Zwar kann kurzfristig die Erhaltung von Arbeitsplätzen mit *geringer* Entlohnung regionalpolitisch geboten sein, um die regionale Arbeitsmarktlage nicht zu verschärfen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, daß notwendige Anpassungen verhindert werden.“ (Niedersächsisches Ministerialblatt, Nr. 42, S.1602) 71,8 Mio. DM aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe und 50,9 Mio. DM aus dem Sonderprogramm „Infrastrukturmaßnahmen in Schwerpunktorten“ will die Landesregierung 1978 als Investitionszulage unter die Kapitalisten bringen. Bürgschaften können bis zu 500 Mio. DM gewährt werden.

Vielfältige „Hilfen“ hat die Landesregierung vorgesehen. Steuerliche Abzugsmöglichkeiten, Zuschüsse, Darlehen, Bürgschaften, Exportgarantien; auf 70 Broschürenseiten wird dieses Programm der Mästung der Kapitalisten diesen nahegebracht. Die Entscheidung über die Mittelvergabe liegt beim Wirtschaftsminister. Seit Juni 1978 heißt dieser Birgit Breuel. Die bürgerliche Presse lobt die Frau. Für Bankrotteure sei es nicht mehr so einfach, Investitionshilfen oder Kredite zu ergattern. Tatsächlich ist der Haushaltsansatz um 10 Mio. DM gesenkt worden, tatsächlich sind die Wilke-Kapitalisten z.B. nicht gestützt worden.

Ein Widerspruch? Albrecht weiß, warum er die Dame erwählt hat. In der „Mittelfristigen Planung Niedersachsen 1077 - 1981“ signalisiert er einen schärferen Kurs gegen die Arbeiter: „Stand die Industriepolitik lange Zeit relativ einseitig unter dem Aspekt der Arbeitsplatzbeschaffung..., so wird mehr als bisher die Sicherung und Stärkung der Wachstumskräfte der Industrie in den Vordergrund rücken.“ (S. 63) Die Tochter des Bankiers Alwin Münchmeyer, ehemaliger Präsident des Bundesvorstandes deutscher Banken, scheint der Bourgeoisie geeignet für diese Aufgabe. Ihre ersten Amtshandlungen nach der Vereidigung waren die Einrichtung einer Kommission, die die Möglichkeit der Privatisierung staatlicher Unternehmen bei Aussicht auf Profit prüfen soll, und die Unterstützung einer harten Linie der Kapitalisten in den Lohnkämpfen: „Es wird vergessen, daß bei Lohnverhandlungen auch über die Arbeitslosenquote verhandelt wird“ und „es ist nicht zu vergessen, daß in jedem Fall zwei Unterschriften unter einem Tarifvertrag notwendig sind“, drohte sie unmißverständlich den Gewerkschaften.

„Es gibt kein Butterbrot umsonst“. In einem Büchlein dieses Titels propagiert sie die Verelendung der Massen: „Das deutsche Lohnniveau ist zu hoch, der gegenwärtige Zustand ist jetzt und auf Dauer untragbar“ (S. 115), fordert sie „private Hochschulen, finanziert über Studiengebühren“ (S. 132) und den „dynamischen Unternehmer mit Eigeninitiative, Entscheidungsbereitschaft und Moblität“ (S. 147). Dieser wird staatliche Hilfen erhalten und von der „strangulierenden Wirkung zunehmender Belastungen durch Abgaben, Ertrags- und Vermögenssteuern befreit werden“ (S. 92). Die Arbeiter hingegen sind ihr nur Material und Arbeitsvieh. „Es gibt kein Butterbrot umsonst“. Es wird Zeit, daß das für die Dame Wahrheit wird.



r.chs. 200 Beschäftigte der „Paritätischen Gesellschaft Behindertenhilfe“ in Stadthagen demonstrierten am 20.11.1978 gegen den neuen Runderlaß des niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit vom 8.11., der Lohnsenkungen, Entlassungen, Mittelkürzungen zwecks umfassender Rationalisierung beinhaltet. Mehrere Geschäftsführer von Behindertenwerkstätten haben vorgerechnet, wie der Erlaß nach beiden Seiten wirkt: Z.B. beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, der in Niedersachsen rund 80% der Behindertenwerkstätten betreibt, müßten 162 Sozialarbeiter oder sonstige Beschäftigte entlassen und 680 Änderungskündigungen vorgenommen werden. Würden alle wie bisher weiterbeschäftigt, müßten 25% der „Behindertenlöhne' für die Gehälter aufgebracht werden. 60 bis 600 DM bekommt ein Behinderter monatlich. Auf einer Versammlung hatte Schnipkoweit erklärt, „die Behinderten könnten sich mit einem Viertel ihres Lohnes , an den von ihnen verursachten Kosten' beteiligen“. Man glaubt dem Minister gern, daß diese Vorstellung ganz und gar der Ankündigung Albrechts in seiner Regierungserklärung entspricht, die Lage der Behinderten zu bessern!

Probleme der staatlichen Jugendarbeit: Der zähe Kampf der Jugendlichen für Häuser in ihrer Kontrolle

r.kiu. Jugendliche, „die draußen randalieren“, müssen unter Kontrolle gebracht werden. Damit eröffnete der Bürgermeister in Trappenkamp das Jugendzentrum. Lehrlinge, Schüler, ar-

Mit der Bereitstellung von halben Ruinen als „Jugendzentren“ sollen die Jugendlichen mürbe gemacht werden. In Jöllenbeck bei Bielefeld versucht der Sozialdezernent jetzt, Stellen zu strei-

wolle, auf die Dauer komme für sie aber nur ein Jugendzentrum in eigener Verwaltung in Frage. Um besser gegen Kreistag und Gemeinderäte antreten zu können, haben sich die Jugendinitiati-

werden darf, wenn die Jugendeinrichtung „verfassungsfreundlich“ sei. In Hannover werden dem Jugendzentrum Kornstraße zum 1.1.79 die Gelder gestrichen, weil Zweifel an dieser

Arbeiter halten Betrieb besetzt

r.inh.Brake. Arbeiter von Beker-Chemie halten seit dem 2.November ihren Betrieb besetzt, nachdem der US-Kapitalist Beker der Produktion schlicht die Rohstoffe entzogen hatte, weil die Profite nicht mehr stimmten – nach nur 11 Monaten Produktionszeit. Dabei hatte Beker, der in den USA über eigene Phosphatminen verfügt und sich daraus einen Konkurrenzvorteil erhoffte beim Einstieg in den europäischen Düngemittelmarkt, alle Mittel ausgeschöpft, um sein Kapital trotz schärfster Konkurrenz profitträchtig in der Wesermarsch anzulegen: Subventionen des Bundes, des Landes, Ausbau der Verkehranbindung durch den Braker Hafen. Vor allem aber baute er auf die billige Arbeitskraft aus der Wesermarsch. Arbeiter berichteten, daß er uralte Maschinen nach Brake bringen ließ, die ihren Wert längst umgesetzt hatten und die nur durch die Geschicklichkeit der Arbeiter wieder funktionsfähig gemacht wurden. Die Forderungen der Arbeiter stehen nach wie vor: Keine Entlassungen, keine Werksschließung. Die Kündigung der Angestellten durch Konkurs-Zwangsverwalter lehnte der Betriebsrat einhellig ab. Bisher gingen über 40 Solidaritätserklärungen von Betrieben und Gewerkschaftseinheiten bei den Arbeitern ein, sowie materielle Spenden von mehr als 2500 DM. (Spendenkonto: Commerzbank Brake, Konto 3011624).

born und Voss-Kapitalisten zugesagt, nachdem diese schon in den letzten Jahren ca. 15 Mio. DM Kredit bekommen hatten. Es sei ein erfolgversprechender Sanierungsplan vorgelegt worden, hörte man aus dem Wirtschaftsministerium.

Daß sich die Erfolgsprognose nur auf die Profite der Kapitalisten beziehen kann, verdeutlicht die Absicht, bei Ausführung dieses Planes 300 von den 900 Beschäftigten dieser beiden Betriebe zu entlassen. Sicherung der Arbeitsplätze à la Albrecht!

Dabei haben sich die Kapitalisten streng an die gesetzlichen Bestimmungen gehalten. Im 7. Rahmenplan nach dem Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ findet sich folgende Passage: „Die Frage, ob und inwieweit die Erhaltung von Arbeitsplätzen *ohne* Erhöhung der Einkommen in der Region förderungswürdiges Ziel der Regionalpolitik sein kann oder soll, ist nicht eindeutig zu beantworten. Zwar kann kurzfristig die Erhal-



r.chs. 200 Beschäftigte der „Paritätischen Gesellschaft Behindertenhilfe“ in Stadthagen demonstrierten am 20.11.1978 gegen den neuen Runderlaß des niedersächsischen Sozialministers Schnipkoweit vom 8.11., der Lohnsenkungen, Entlassungen, Mittelkürzungen zwecks umfassender Rationalisierung beinhaltet. Mehrere Geschäftsführer von Behindertenwerkstätten haben vorgerechnet, wie der Erlaß nach beiden Seiten wirkt: Z.B. beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, der in Niedersachsen rund 80% der Behindertenwerkstätten betreibt, müßten 162 Sozialarbeiter oder sonstige Beschäftigte entlassen und 680 Änderungskündigungen vorgenommen werden. Würden alle wie bisher weiterbeschäftigt, müßten 25% der „Behindertenlöhne' für die Gehälter aufgebracht werden. 60 bis 600 DM bekommt ein Behinderter monatlich. Auf einer Versammlung hatte Schnipkoweit erklärt, „die Behinderten könnten sich mit einem Viertel ihres Lohnes , an den von ihnen verursachten Kosten' beteiligen“. Man glaubt dem Minister gern, daß diese Vorstellung ganz und gar der Ankündigung Albrechts in seiner Regierungserklärung entspricht, die Lage der Behinderten zu bessern!

Probleme der staatlichen Jugendarbeit: Der zähe Kampf der Jugendlichen für Häuser in ihrer Kontrolle

r.kiu. Jugendliche, „die draußen randalieren“, müssen unter Kontrolle gebracht werden. Damit eröffnete der Bürgermeister in Trappenkamp das Jugendzentrum. Lehrlinge, Schüler, arbeitslose Jugendliche, die selbständig über Räume und Gelder verfügen – das versetzt die Politiker der Bourgeoisie in tiefe Unruhe. Immer neue Manöver brüten sie aus, um die Jugendlichen an die Kandare zu kriegen.

In Trappenkamp mußte die Gemeinde den Jugendlichen nach vier Jahren Kampf das alte Gemeindehaus zur Verfügung stellen. Das Haus ist von den Jugendlichen nach Arbeit und Schule umgebaut worden. Jetzt hat die Gemeinde ihnen einen Sozialarbeiter vor die Nase gesetzt.

In Neumünster soll Anfang Dezember mit dem Umbau eines alten Fabrikgebäudes zum Jugendzentrum begonnen werden. Bei der Planung sollen die Jugendlichen „mitbestimmen“ können. Zu dem Zweck hat der Bürgermeister einen „Koordinationsausschuß“ gebildet. Dort sitzen, zwecks Koordinierung der Kontrolle: Bürgermeister, Vertreter von SPD, FDP, CDU, mehrere Sozialpädagogen der Jugendpflege, der Leiter des Jugendamtes, dessen Stellvertreter, ein Professor für Pädagogik der PH Kiel und zwei Vertreter der Jugendlichen. Gegen dieses Monstrum ist von den Jugendlichen eine Initiative gegründet worden. Jugendliche aus dem Bezirksjugendheim, die Aktion Jugendzentrum, die Naturfreundejugend und der Stadtjugendring haben innerhalb kurzer Zeit über 600 Unterschriften gesammelt für ein Jugendzentrum, in dem sie selbst entscheiden über die Verteilung des Geldes, die Programmgestaltung, die Raumvergabe und über die Einstellung der hauptamtlichen Kräfte.

Mit der Bereitstellung von halben Ruinen als „Jugendzentren“ sollen die Jugendlichen mürbe gemacht werden. In Jöllenbeck bei Bielefeld versucht der Sozialdezernent jetzt, Stellen zu streichen, nachdem die Stadt erst hämisch hat verkünden lassen, daß sie für „40000 Mark Arbeitsleistung“ von den Jugendlichen erzwungen hat. Die Jugendlichen fordern eine weitere Sozialarbeiterstelle, eine Hausmeister- und eine Putzfrauenstelle für das Haus.

Die Gelder, die die Jugendlichen zur Verfügung haben, reichen selten für die Einrichtungen, die sie brauchen. In Jöllenbeck mußten die Jugendlichen fast jeden Nagel einzeln beantragen; Gelder für Fotolabor oder Druckmaschinen gibt es gleich gar nicht. In Kalletal-Langenholzhausen lehnte die CDU die Forderung der Jugendlichen nach solchem Material ab, ebenso die Forderung nach einem weiteren Jugendzentrum im oberen Kalletal. Stattdessen fordern die Christlichen die „Einstellung eines Jugendarbeiters, der sich als Fachmann mit den Problemen der Jugendarbeit im Kalletal auseinandersetzen soll“. In Lage hat der Stadtrat den Jugendlichen Mitspracherecht bei der Einstellung eines Sozialarbeiters zugesichert, jetzt aber schon einen abgelehnt, ohne die Vertreter des JZ zu informieren. Die Jugendlichen antworteten darauf mit einer Plakat- und Flugblattaktion.

Die „Jugendinteressengemeinschaft Hohenhausen“ (JigHo) ist vom Kirchenvorstand aus ihren jetzigen Räumen gefeuert worden, weil einige aus dem Zentrum ihre Wut an Fensterscheiben, Mobiliar und natürlich auch an den Kirchenfenstern ausgelassen hatten. Die JigHo hat eine Demonstration beschlossen und erklärt, daß sie sofort wieder in das Gemeindehaus wolle, auf die Dauer komme für sie aber nur ein Jugendzentrum in eigener Verwaltung in Frage. Um besser gegen Kreistag und Gemeinderäte antreten zu können, haben sich die Jugendinitiativen in Lippe im Aktionskreis lippischer Jugendzentren zusammengeschlossen, denn sie brauchen eigene Häuser. Oft richten sie sich Werkstätten ein, wo sie ihre Mofas und Motorräder selbst reparieren können. Die Jugendzentren in Lippe geben regelmäßig eine Zeitung heraus.

Wenn weder Sozialarbeiter noch andere Schikanen nützen, wird das Jugendwohlfahrtgesetz aufgerufen. Dort ist festgelegt, daß nur Geld gezahlt werden darf, wenn die Jugendeinrichtung „verfassungsfreundlich“ sei. In Hannover werden dem Jugendzentrum Kornstraße zum 1.1.79 die Gelder gestrichen, weil Zweifel an dieser Freundlichkeit bestehen. Das UJZ hat sich an der Demonstration gegen das Kernkraftwerk Grohnde beteiligt und den Kampf gegen die Grohnde-Prozesse geführt. Nachdem die Sozialdemokratie erst manövriert hat und mit einem Rechtsgutachten die „Verfassungsförderlichkeit“ des UJZ feststellte, hat jetzt der Stadtjugenddezernent Beste die Förderung gestrichen. Das UJZ fordert seine Gelder und den Rücktritt von Beste.

Manteltarifverhandlungen für die Kautschukindustrie

r.gef. Die Manteltarifkommission der IG Chemie und der Kautschuk-Kapitalistenverband haben sich am 9.11.1978 geeinigt, wie sie die Verhandlungen um einen neuen Manteltarif für die Kautschuktarifbezirke Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz führen wollen. Drei „Verhandlungspakete“ soll es geben. Das erste Paket (mit Urlaub, Bezahlung der Pausen, Lohnausgleich bei Kurzarbeit, Absicherung übertariflicher Leistungen) wird am 19.12. verhandelt. Für die von der Manteltarifkommission bereits 1974 aufgestellten Forderungen nach 6 Wochen mehr Urlaub und vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit gibt es großen Rückhalt bei den Arbeitern, genauso wie für die Bezahlung der Pausen. Um für die Durchsetzung dieser Forderungen den Zusammenschluß herzustellen, wären die zunächst angesetzten Betriebsversammlungen in den Conti-Werken ein wichtiger Schritt. Die Kautschuk-Kapitalisten wollen verhindern, daß die Arbeiter sich für ihre Forderungen zusammenschließen. Jetzt sollen die Betriebsversammlungen nicht stattfinden, weil der Vorstand „keine Zeit“ habe. In der jetzigen Konkurrenzschlacht mit den amerikanischen und europäischen Gummimonopolen haben sie angekündigt, alles, was die Arbeiter jetzt durchzusetzen versuchen, auf den Abschluß im Lohnkampf Mitte 1979 „anzurechnen“. Das macht die Betriebsversammlungen umso dringlicher.

Kündigung von Erziehern beim Diakonischen Werk zurückgeschlagen

Am 17.11. hat das Arbeitsgericht in Husum die fristlose Entlassung von 16 Erziehern aus dem Jugendgemeinschaftswerk in Büsum , einer Zwangsanstalt des Diakonischen Werkes, aufgehoben und ihre Wiedereinstellung angeordnet. In Büsum werden im Schnitt etwa 60 Kinder und Jugendliche kaserniert. Das Gericht war dazu gezwungen, nachdem die entlassenen Erzieher die in Büsum üblichen Unterdrückungspraktiken veröffentlicht hatten. So mußte ein Jugendlicher, der zu einem Selbstmordversuch getrieben wurde, als er aus dem Krankenhaus zurückkam, seine eigenen Blutspritzer wegmachen. Die entlassenen Erzieher waren nicht bereit, zu solchen Methoden der Unterdrückung zu greifen oder zu solchen, wie sie im Birkenhof in Hannover, auch einer Zuchthausanstalt des Diakonischen Werkes, praktiziert werden: Valium in dem Kakao, Arbeitsdienst, um die Rebellion der Jugendlichen zu brechen. Dazu erklärte der Pfaffe Kirrschstein, Leiter des Diakonischen Werkes, als die Entlassung der 16 Erzieher bekannt geworden war: „Sie können noch gar nicht erziehen, das müßten sie erst noch lernen.“ Ihre Entlassung hat das Diakonische Werk betrieben, um Fortschritte in der Abrichtung der Jugendlichen zu machen, sowie durch Einführung der 24-Stunden-Schicht, zu der die übrigen Erzieher gezwungen wurden, die passenden Sklavenaufseher dafür zu beschaffen.

Nach der Entlassung ist die Heimleitung dazu übergegangen, die Kontrollen und Kasernierung der Jugendlichen zu verschärfen. Heimleiter Rump nannte das: „Erziehung zu Liebe und Verständnis, um eine innere Ausgeglichenheit zu erlangen, ohne die man die Gesellschaft vor ihnen (den Jugendlichen) nicht schützen kann.“ Jugendliche, die sich nicht zu einem willenlosen Lohnsklaven abrichten lassen wollen, kommen dann in ein geschlosssenes Heim des Diakonischen Werkes.

Alle Jahre wieder... Schwimmhallenbau in Preetz

b.hew. Seit nunmehr neun Jahren plant die Stadt Preetz den Bau einer Schwimmhalle für ihre Bürger. Damals, 1969, hatte die SPD diese gute Idee, und es wurden flugs aus der Fraktionskasse 5000 DM für diesen Zweck locker gemacht. Bereits ein Jahr nach diesem grandiosen Einfall ging das Gezeter um die ,,Urheberrechte" los, denn es war Kommunal-Wahlzeit. – Als Mehrheitsfraktion zogen aus dieser Kommunalwahl 1970 die SPD und FDP ins Preetzer Rathaus. Durch den Verkauf der Stadtwerke Preetz an die Stadtwerke Kiel strich die Stadt etliche Millionen ein, genug, um das Schwimmhallenprojekt anzupacken. Doch es verstrichen drei Jahre, bis endlich ein seit Jahren brachliegendes Bauland auf der Wunderschen Koppel als Bauplatz auserkoren wurde. Über diesen Plan herrschte schnell Einigkeit bei allen Fraktionen im Rathaus, denn es war mal wieder so weit: Kommunalwahl 1974. – Nachdem dann Kommunalwahl '74 und Landtagswahl '75 gelaufen waren, mußte zunächst die bedauerliche schlechte finanzielle Lage der Stadt herhalten. Aber es war schon abzusehen, daß sich einige höhere Bürokraten und Angestellte, die sich auf der Wunderschen Koppel Häuser hatten errichten lassen, in ihrer erkauften Ruhe gestört fühlen würden. Über ein Normenkontrollverfahren haben sie versucht, den Baubeginn zu verhindern. – So verstrich die Zeit bis zur letzten Kommunalwahl 1978. – Obwohl 16 Bewohner Einspruch erhoben haben gegen die kurz vor der Wahl erteilte Baugenehmigung, brüstete sich Bürgervorsteher Girnus: ,,Baubeginn wird trotzdem in den nächsten Tagen sein."(OHT 7.1.78) – Um ihre Entschlossenheit den Wählern glaubhaft zu machen, ließ die Stadt kurzerhand im März 78 die Bäume auf dem Baugelände abholzen, denn der Bau dürfe jetzt nicht weiter hinausgezögert werden. Natürlich erfolgte kein Baubeginn. Nach einem halben Jahr kamen dann im September 78 dem Landrat Galette Zweifel, ob die Stadt überhaupt in der Lage sei, das Projekt zu finanzieren und zu unterhalten. Berechtigte Zweifel? Wohl kaum. Ihm ging's um die Auslastung der schon bestehenden Schwimmhallen im Kreis. Die Volksmassen, die die 380000 DM jährliche Unterhaltung über Gebührenausplünderung und Steuern und die Eintrittspreise erbringen müssen, sind sicher nicht seine Sorgen. – Inzwischen – so teilt Bürgervorsteher Girnus am 13.11.78 in der ,,Preetzer Zeitung" mit, habe sich der Schwimmhallenausschuß einstimmig in seiner letzten Sitzung für eine Gasbeheizung entschieden. ,,Mit diesen letzten wichtigen Beschlüssen ist jetzt der Weg frei für eine Ausschreibung der Bauarbeiten." (,,Kieler Nachrichten", 11.11.78) Allerdings setzt der Ausschuß voraus, ,,daß die Stadtwerke Kiel der Stadt Preetz ein noch günstigeres Angebot machen werden."

letzten Kommunalwahl 1978. – Obwohl 16 Bewohner Einspruch erhoben haben gegen die kurz vor der Wahl erteilte Baugenehmigung, brüstete sich Bürgervorsteher Girnus: ,,Baubeginn wird trotzdem in den nächsten Tagen sein."(OHT 7.1.78) – Um ihre Entschlossenheit den Wählern glaubhaft zu machen, ließ die Stadt kurzerhand im März 78 die Bäume auf dem Baugelände abholzen, denn der Bau dürfe jetzt nicht weiter hinausgezögert werden. Natürlich erfolgte kein Baubeginn. Nach einem halben Jahr kamen dann im September 78 dem Landrat Galette Zweifel, ob die Stadt überhaupt in der Lage sei, das Projekt zu finanzieren und zu unterhalten. Berechtigte Zweifel? Wohl kaum. Ihm ging's um die Auslastung der schon bestehenden Schwimmhallen im Kreis. Die Volksmassen, die die 380000 DM jährliche Unterhaltung über Gebührenausplünderung und Steuern und die Eintrittspreise erbringen müssen, sind sicher nicht seine Sorgen. – Inzwischen – so teilt Bürgervorsteher Girnus am 13.11.78 in der ,,Preetzer Zeitung" mit, habe sich der Schwimmhallenausschuß einstimmig in seiner letzten Sitzung für eine Gasbeheizung entschieden. ,,Mit diesen letzten wichtigen Beschlüssen ist jetzt der Weg frei für eine Ausschreibung der Bauarbeiten." (,,Kieler Nachrichten", 11.11.78) Allerdings setzt der Ausschuß voraus, ,,daß die Stadtwerke Kiel der Stadt Preetz ein noch günstigeres Angebot machen werden."
(,,Preetzer Zeitung", 13.11.78) Ganz zu schweigen davon, daß es in diesem Gebiet gar keine Gasversorgung gibt. Aber da eine Gasversorgung allen Anliegern zugutekommt, könnten die Kosten auf die Bewohner umgelegt werden. Und wenn es dann Streit bei der Umlage gibt, hat die Stadt wieder Teile der Bevölkerung gefunden, die sie für die Hinauszögerung des Baus der Schwimmhalle verantwortlich machen kann.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon: 0221/720876/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Numerus clausus für Lehramtsanwärter

CDU-Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

b.gus. Mit großer Eile hat die CDU-Fraktion einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Zulassung zum Vorbereitungsdienst für Beamtenanwärter gesetzlich über ein Quotensystem regeln soll. Ende Mai 1979 soll das Gesetz in Kraft treten; zum Einstellungstermin Febr.'79 soll bereits nach den aufgestellten Kriterien verfahren werden. Zugleich preist die Landesregierung die Schaffung von 240 neuen Stellen im Vorbereitungsdienst an Schulen (,,Kieler Nachrichten", 2.11.78) an. Vorauszusehen ist jetzt schon, daß dies nicht ausreichen wird, um alle Bewerber einstellen zu können. Schon seit langem hat es gegen die Einstellungspraxis des Landesschulamtes von Seiten der Betroffenen, Studenten, Lehramtsanwärter und der GEW Protest gegeben. Durch die beabsichtigte Änderung des Landesbeamtengesetzes soll jetzt die Verantwortung für die Nichteinstellung den Betroffenen zugeschoben werden. Denn durch die Quotenregelung sollen 65 bis 80% der zu vergebenden Stellen nach ,,Eignung und fachlicher Leistung der Bewerber unter Berücksichtigung der Studiendauer", 10% jeweils nach Wartezeit und persönlichen und sozialen Härtefällen zugewiesen werden. Die Auswahl ,,ranggleicher" Bewerber geschieht nach dem Losverfahren.

Die Konkurrenz der Bewerber um eine Anstellung im Vorbereitungsdienst wird durch diese Regelung vertieft. Wer nicht aufgenommen wird wegen mangelnder fachlicher Leistung und evtl. zu hoher Semesterzahl, hat durch ein ,,eigenes Verschulden" dazu beigetragen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen sich die zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze nach den im ,,Haushaltsplan bereitgestellten Ausbildungsstellen und -mitteln" d.h. Seminaren, Studienleitern und Mentoren richten. Damit ist die Kapazitätsregelung schon festgelegt. Die oberste Landesbehörde kann aber noch auf andere Weise den Zustrom der Bewerber kanalisieren. In §248, Art.1, Abs.4 wird sie ermächtigt ,,durch Verordnung die Laufbahnen Fachgebiete oder Fächer, für die die Zulassung zum Vorbereitungsdienst beschränkt wird ... zu bestimmen." So können die durch das Studium erworbenen speziellen Qualifikationen der Lehrer, die sich z.B. in ihren Fächerkombinationen ausdrücken, für sie unbrauchbar und wertlos gemacht werden, wie es bereits einmal bei der neuen Lehrerlaufbahnverordnung für die Grund- und Hauptschullehrer geschehen ist.

Neben der Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Bewerbern soll die Auswahl nach dem Leistungsprinzip die Studierenden verstärkt zur politischen Unterwerfung zwingen. Gute Examensnoten erhält, wer vor den Professoren und den Beisitzern vom Prüfungsamt eine Verbeugung macht. Auch hiermit ordnet sich dieser Gesetzentwurf in die vom Dienstherrn betriebene Reform des Öffentlichen Dienstrechts ein, nach der nur derjenige Zugang zu einer beamtenrechtlichen Laufbahn hat, der die beamtenrechtliche Befähigung und die entsprechende fachliche Leistung vorzuweisen hat, die in nichts anderem als unbedingter Staatstreue bestehen.

Einen Anspruch auf die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst hat der Bewerber mit diesem Gesetz keineswegs. Die Landesregierung stand bisher auf dem Standpunkt, daß die Qualifikation für eine Lehrtätigkeit bereits nach dem ersten Examen erworben ist. Nur für die Aufnahme in ein Beamtenverhältnis ist die 2. Ausbildungsphase beamtenrechtliche Vorschrift. An Vorgängen in anderen Bundesländern kann man erkennen, daß nur noch ein Teil der Lehrer als Beamte eingestellt werden sollen. In Hessen entscheidet die Note im 2. Staatsexamen über die Wartezeit bis zur Aufnahme ins Beamtenverhältnis. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Vorlage in den Bundesrat eingebracht, nach der der Vorbereitungsdienst im Angestelltenverhältnis absolviert werden kann. Auf diese Weise schafft sich der Dienstherr Lehrer mit verschiedenem Status. Die Kollegien sind dann unterschieden nach Angestellten mit befristeten und unbefristeten Verträgen, nach Beamten mit und ohne Teilzeitbeschäftigung, nach Lehramtsanwärtern mit Angestellten- oder Beamtenstatus. Mit diesen Maßnahmen will sich der Dienstherr eines kleinen Teils ,loyaler' Beamten versichern, die er gut bezahlt und die er von der Masse der anderen Lehrer abspalten kann, die weniger Rechte und geringere Gehaltsansprüche haben sollen. Bei der Durchsetzung dieser Absichten dient der Landesregierung dieses Gesetz als ein Eckpfeiler.



Zu Buß- und Bettag begab sich Stoltenberg mit seinem geistlichen Amtskollegen Bischof Hübner auf die Kanzel der Kieler Nicolai-Kirche. Enthaltsamkeit gemäß Calvin hatte Stoltenberg schon in seinem Buch ,,Schleswig-Holstein . . ." gepredigt, einzubläuen mittels Luthers ,,Volksbildungswesen". ,,Es geht nicht an, daß wenige auf Dauer herrlich und in Freuden auf Kosten der vielen Hungernden leben" hebt der Bischof an, und Stoltenberg fährt fort: ,,. . . beziffern sich allein in der Bundesrepublik die Schäden durch Überernährung auf rund 7 Milliarden DM". Ein Dr. Lefringhausen, Kirchenfachmann für Entwicklungspolitik u.ä., stellt in Kiel am selben Tag zur Einläutung von ,,Brot für die Welt" klar: ,,Die billigen Importe aus den Billiglohnländern gefährden zunehmend Arbeitsplätze, mittels Entwicklungshilfe müssen vergleichbare Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Land geschaffen werden." Brot für die Welt: Der Beitrag der Kirche zum Lohnraub in der BRD und zur verschärften Ausplünderung der Länder der Dritten Welt.

Termine und Veranstaltungen

Montag, den 27.11.
bis Freitag, den 1.12.

Schulung:
Karl Marx, Friedrich Engels
Manifest der Kommunistischen Partei

Preetz: Gaststätte ,,Schellhorner Berg", Plöner Landstraße, 20 Uhr
Neumünster: Gaststätte ,,Mühlenhof" (Montag bis Donnerstag), Schützenstraße 34, Freitag: Gaststätte ,,Winterhuder Eck", Rendsburger Straße/Ecke Victoriastraße, täglich 20.00 Uhr
Itzehoe: Gaststätte ,,Zum Kulmbacher", Große Paaschburg 55, 20.00 Uhr
Segeberg: Gaststätte ,,Zum Schultheiss", Hamburger Str. 41, 20.00 Uhr
Norderstedt: ,,Bazar-Hotel" im Herold-Center, 20.00 Uhr
Pinneberg: Karl-Sörensen-Schule, Lindenstraße, 20.00 Uhr
Kiel: Max-Planck-Schule, Winterbeker Weg, 20.00 Uhr
Ahrensburg: Reuter-Schule, Stormarnstraße

Dienstag, den 28.11.

Prozeß gegen M. Lohnstein wegen Beleidigung Ehrenbergs
Elmshorn: 11.00 Uhr, Amtsgericht.

Mittwoch, den 29.11.

Prozeß gegen R. Lötzer wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf
Itzehoe, 13.30 Uhr, Amtsgericht

Donnerstag, den 30.11.

Prozeß gegen B. Balzer wegen Beleidigung des Norderstedter Bürgermeisters Embacher
Kiel, 10.30 Uhr, Amtsgericht, Schützenwall 31/33, Zi. 106

Freitag, den 1.12.

Prozeß gegen J. Steinborn u.a. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung während der SRK-Kundgebung gegen den Reservistentag in Nordoe 1977
Itzehoe, 14 Uhr, Amtsgericht, Zi. 15 (Verschoben vom 23.11.)

Prozeß gegen F. Kontny wegen Beleidigung Ehrenbergs
Lübeck, 11.00 Uhr, Amtsgericht, Burgfeld 7, Zi. 252

Krankenhausneubau Rendsburg

fren.

Die Konkurrenz der Bewerber um eine Anstellung im Vorbereitungsdienst wird durch diese Regelung vertieft. Wer nicht aufgenommen wird wegen mangelnder fachlicher Leistung und evtl. zu hoher Semesterzahl, hat durch ein ,,eigenes Verschulden" dazu beigetragen.

Nach dem Gesetzentwurf sollen sich die zur Verfügung gestellten Ausbildungsplätze nach den im ,,Haushaltsplan bereitgestellten Ausbildungsstellen und -mitteln" d.h. Seminaren, Studienleitern und Mentoren richten. Damit ist die Kapazitätsregelung schon festgelegt. Die oberste Landesbehörde kann aber noch auf andere Weise den Zustrom der Bewerber kanalisieren. In §248, Art.1, Abs.4 wird sie ermächtigt ,,durch Verordnung die Laufbahnen Fachgebiete oder Fächer, für die die Zulassung zum Vorbereitungsdienst beschränkt wird ... zu bestimmen." So können die durch das Studium erworbenen speziellen Qualifikationen der Lehrer, die sich z.B. in ihren Fächerkombinationen ausdrücken, für sie unbrauchbar und wertlos gemacht werden, wie es bereits einmal bei der neuen Lehrerlaufbahnverordnung für die Grund- und Hauptschullehrer geschehen ist.

Neben der Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Bewerbern soll



Zu Buß- und Bettag begab sich Stoltenberg mit seinem geistlichen Amtskollegen Bischof Hübner auf die Kanzel der Kieler Nicolai-Kirche. Enthaltsamkeit gemäß Calvin hatte Stoltenberg schon in seinem Buch ,,Schleswig-Holstein . . ." gepredigt, einzubläuen mittels Luthers ,,Volksbildungswesen". ,,Es geht nicht an, daß wenige auf Dauer herrlich und in Freuden auf Kosten der vielen Hungernden leben" hebt der Bischof an, und Stoltenberg fährt fort: ,,. . . beziffern sich allein in der Bundesrepublik die Schäden durch Überernährung auf rund 7 Milliarden DM". Ein Dr. Lefringhausen, Kirchenfachmann für Entwicklungspolitik u.ä., stellt in Kiel am selben Tag zur Einläutung von ,,Brot für die Welt" klar: ,,Die billigen Importe aus den Billiglohnländern gefährden zunehmend Arbeitsplätze, mittels Entwicklungshilfe müssen vergleichbare Arbeitsmöglichkeiten im eigenen Land geschaffen werden." Brot für die Welt: Der Beitrag der Kirche zum Lohnraub in der BRD und zur verschärften Ausplünderung der Länder der Dritten Welt.

Mittwoch, den 29.11.

Prozeß gegen R. Lötzer wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW-Brokdorf
Itzehoe, 13.30 Uhr, Amtsgericht

Donnerstag, den 30.11.

Prozeß gegen B. Balzer wegen Beleidigung des Norderstedter Bürgermeisters Embacher
Kiel, 10.30 Uhr, Amtsgericht, Schützenwall 31/33, Zi. 106

Freitag, den 1.12.

Prozeß gegen J. Steinborn u.a. wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Beleidigung während der SRK-Kundgebung gegen den Reservistentag in Nordoe 1977
Itzehoe, 14 Uhr, Amtsgericht, Zi. 15 (Verschoben vom 23.11.)

Prozeß gegen F. Kontny wegen Beleidigung Ehrenbergs
Lübeck, 11.00 Uhr, Amtsgericht, Burgfeld 7, Zi. 252

Krankenhausneubau Rendsburg

Intensivere Antreiberei des Personals als bessere Patientenversorgung verkauft

b.ols. Zum 1. April 1979 soll in Rendsburg der Neubau des Stadtkrankenhauses, eines Schwerpunktkrankenhauses, gemäß Stoltenbergs Krankenhauszielplan, bezogen werden. Ein großer Fortschritt, werden die bürgerlichen Politiker sagen. Wer aber die Patienten pflegen soll, d.h., wie die Personalbesetzung aussehen wird, darüber schweigen sie bewußt. Unter Beiziehung einer Wirtschaftsberatungskommission, die dafür 70000 DM bekommt, brüten sie noch über einem möglichst ,,rationellen" Personalbestand. Wie meistens in solchen Fällen, hält die Geheimhaltung vor der Belegschaft nicht stand. Einiges ist bekannt.

Vorgeschlagen wird die Einführung der Gruppenpflege, d.h., die bisherigen Stationen mit etwa 25 bis 28 Betten werden aufgelöst. Größere Abteilungen werden eingerichtet, welche unterteilt sind in sog. Pflegegruppen mit 17 Betten. Für die Arbeitseinteilung folgt daraus, daß nicht mehr eine bestimmte Anzahl von Schwestern und Pflegern die auf einer Station anfallende Arbeit unter sich aufteilt und hintereinander erledigt, also Frühstück austeilen, Betten machen, usw., sondern die für eine Pflegegruppe zuständigen Schwestern alles machen. Dies soll angeblich den persönlichen Kontakt zu den Patienten intensivieren. Tatsächlich soll nur die Arbeit des Pflegepersonals ,,intensiviert" werden.

Von vornherein ist vorgesehen, daß eine Schwester, statt bisher 2,57 jetzt 3,28 Patienten zu betreuen hat. Begründet wird dies damit, daß das moderne Krankenhaus einen ,,zentralisierten Versorgungsdienst" hat, die Schwestern also angeblich kaum noch die Station verlassen müssen, um Medikamente, Verbandsmaterial usw. zu holen. Dafür, daß die Patienten jetzt in den Genuß eines nicht mehr auf Station direkt für sie zubereiteten Abendbrotes, sondern so richtig ,,persönlich" abgepackten Folienessens kommen, dürfen also die Schwestern 0,71 Patienten mehr versorgen, was einer durchschnittlichen Mehrbeanspruchung von 27,6% entspricht.

Des weiteren soll die Zahl der Planstellen von 566 auf 597 gesteigert werden, d.h. um 31 Betten oder 5,47%. 231 Pflegekräfte insgesamt sollen dafür da sein. Vergleichen wir mit früheren Jahren! Nach Zahlen des Landesrechnungshofes sind noch vor drei Jahren, 1975, bei 566 Betten nur drei Schwestern weniger, nämlich 288, beschäftigt gewesen. Zwar gibt es eine Steigerung gegenüber 1976, wo der Personalbestand auf 218 Pflegekräfte gekürzt worden war, aber im Vergleich dazu bleibt es mindestens so schlecht wie es ist. Und auch dies nur nach den Gesamtzahlen, die durch einen ,,Mindestbesetzungszuschlag" von 11 Pflegekräften überhaupt 231 ausmachen.

Die Grundbesetzung einer Station soll knapper bemessen sein, wie aus dem ,,Dienstplanvorschlag für Normalpflegeeinheiten bis 17 Patienten, Tagesdienst" hervorgeht. Eine Schwester in der Frühschicht (6 bis 13.10 Uhr), eine in der Spätschicht (13 bis 20 Uhr), eine im geteilten Dienst (6.30 bis 11 Uhr und 16 bis 18.30 Uhr), das soll die ganze Besetzung sein. Um dies aufrechterhalten zu können, am Wochenende noch eine halbe Aushilfskraft dazu. 3,5 Kräfte über 14 Tage als ,,Anwesenheitsbedarf". Und das unter den Bedingungen der Gruppenpflege, wo man doch für die Patienten allein und ,,persönlich" verantwortlich ist. Da wird es nicht nach einer erledigten Sache noch einen kleine Lücke geben, da soll man praktisch mit der Arbeit nie fertig werden. Stopfung noch vorhandener Poren des Arbeitstages ist der ganze Fortschritt, der hier eingeführt werden soll.

Am schärfsten wird die Unterversorgung wie bisher in den Nachtdiensten sein, nur schlimmer noch. Für jeweils zwei Pflegeeinheiten zu 17 Betten, 34 insgesamt, soll nur eine Nachtwache da sein. Aber gottlob – es wird ja dann eine Hauptnachtwache geben, die man rufen kann, wenn es schwierig wird. Der Hauptzweck dieses neuen Postens ist, daß dann auch Schülerinnen, die nur unter Aufsicht nachts Dienst tun dürfen, dafür herangezogen werden dürfen.

Eine gediegene Lumperei, die Beisenkötter und Ahrens hier erneut im Schilde führen. Ebensowenig wie die Geheimhaltung der Pläne wird ihre Durchsetzung gegenüber der Belegschaft klappen.

Kündigung gegen den Arzt Hans Berger nicht durchgekommen

b.Rendsburg. Am 24.11. hat der Arzt H. Berger seine Tätigkeit am Stadtkrankenhaus Rendsburg wieder aufgenommen. Im Verlauf der letzten zwei Monate haben gegen diese Kündigung Stellung genommen: Fast alle Assistenzärzte am Stadtkrankenhaus, das Personal der Stationen, auf denen Berger arbeitet, in einer weiteren Unterschriftensammlung nochmals über 110 Mitglieder der Krankenhausbelegschaft, über 870 Unterzeichner einer Unterschriftensammlung, die von der Aktionseinheit durchgeführt worden war, und bei der in manchen Häuserblocks zwischen ⅔ und ¾ der Bewohner unterzeichnet hatten. Schließlich hatte auch das Arbeitsgericht die Kündigungsgründe nicht anerkannt. Auch dagegen hat der Bürgermeister noch Widerspruch einlegen wollen. Dazu hätte er die Mehrheit in der Ratsversammlung gebraucht. Als er die nicht hatte, konnte ihm nur der Innenminister zu helfen, indem er das Widerspruchsrecht an den Senat delegiert hätte, in welchem bei dem gegenwärtigen Stimmenpatt die Stimme des Bürgermeisters entscheidet. Diese Suppe wollte Titzck ihm wohl nicht auslöffeln, zumal er damit grundsätzliche Eingriffe in die Kommunalverfassung hätte durchführen müssen. So ist aus den Kündigungsabsichten von Bürgermeister Beisenkötter und Verwaltungsleiter Ahrens nichts geworden. Dem Kampf der Belegschaft gegen die weiteren Rationalisierungspläne kann das nur nützen.

Erhöhung der Müllgebühren um fast 50%

b.chb.Steinburg. Mit den Stimmen der CDU und der Grünen Liste beschloß der Kreistag die Erhöhung der Müllabfuhrgebühren in den Städten und Gemeinden des Kreises Steinburg vom 1.1.79 an. Die jährliche Grundgebühr wurde von 51 DM auf 75 DM erhöht, die Gebühr für die Säcke von 3,35 DM auf 4,95 DM, was bei der Grundgebühr eine Erhöhung um 27,5% und bei den Müllsäcken um 47,8% bedeutet. Die SPD stimmte zwar im Kreistag dagegen, ihr wortradikal auftretender Abgeordneter Peperkorn meinte, daß die Erhöhung unsozial und unerträglich sei und den „Mitbürgern das Fell über die Ohren gezogen werde", jedoch nur um seinen Vorschlag der Ausplünderung, Erhöhung der Grundgebühr auf 57,40 DM und der Müllsäcke auf 10 DM (je 20 Stück), durchzusetzen. – Am 15.11. zog die Stadt Itzehoe dann nach. Der private Kapitalist Schreiber, der die Müllabfuhr und Straßenreinigung in Itzehoe organisiert, hatte sich 3 Jahre lang verpflichten müssen, die Gebühren nicht zu erhöhen. Jetzt zum 1.1.79 kann er loslegen. Die „Kostensteigerungen betragen allein auf dem Lohnsektor ca. 30%", hatte er angekündigt. Erhöht wurden jetzt die Preise für 60-Liter-Tonnen von 746,40 DM auf 984 DM. Das sind Erhöhungen zwischen 31 und 42%, wobei die Erhöhung bei den 60-Liter-Tonnen von 69,60 DM auf 99 DM von 69,60 DM auf 99 DM, für 110-Liter-Tonnen von 93,60 DM auf 123 DM sowie für 1100-Liter-Tonnen von 746,40 DM auf 984 DM. Das sind Erhöhungen zwischen 31 und 42%, wobei die Erhöhung bei den 60-Liter-Tonnen, die die meisten Haushalte haben, mit 42,24% am höchsten ist. Aber auch damit haben die Stadt Itzehoe und der Kapitalist Schreiber noch nicht genug, Schreiber will auf ein neues Mülltonnensystem umstellen. Die Investitionskosten sollen die Volksmassen zahlen, was noch einmal 3,13 DM je Einwohner im Jahr ausmachen würde. Darüber gibt es noch Streit in der Ratsversammlung, Ablenkung von der bereits beschlossenen ungeheuer verschärften Ausplünderung.

Jugendliche für selbstverwaltetes Jugendzentrum

b.Neumünster. Vor ein paar Tagen wollten die bürgerlichen Parteien ein Hearing im Haus der Jugend veranstalten. Dazu hatte das Jugendamt über einen Koordinierungsausschuß, in dem Vertreter der Stadt, der Jugendverbände, der bürgerlichen Parteien und zwei Jugendliche sitzen, einen Fragebogen an die Verbände ausgegeben, in dem sie beantworten sollten, wie sie das Haus nutzen wollen. Ca. 250 Jugendliche sind zu der Veranstaltung gekommen und haben durchgesetzt, daß über die Selbstverwaltung des Jugendzentrums geredet wird und nicht über diesen Fragebogen. Volker Andresen

110-Liter-Tonnen von 93,60 DM auf 123 DM sowie für 1100-Liter-Tonnen von 746,40 DM auf 984 DM. Das sind Erhöhungen zwischen 31 und 42%, wobei die Erhöhung bei den 60-Liter-Tonnen, die die meisten Haushalte haben, mit 42,24% am höchsten ist. Aber auch damit haben die Stadt Itzehoe und der Kapitalist Schreiber noch nicht genug, Schreiber will auf ein neues Mülltonnensystem umstellen. Die Investitionskosten sollen die Volksmassen zahlen, was noch einmal 3,13 DM je Einwohner im Jahr ausmachen würde. Darüber gibt es noch Streit in der Ratsversammlung, Ablenkung von der bereits beschlossenen ungeheuer verschärften Ausplünderung.

Jugendliche für selbstverwaltetes Jugendzentrum

b.Neumünster. Vor ein paar Tagen wollten die bürgerlichen Parteien ein Hearing im Haus der Jugend veranstalten. Dazu hatte das Jugendamt über einen Koordinierungsausschuß, in dem Vertreter der Stadt, der Jugendverbände, der bürgerlichen Parteien und zwei Jugendliche sitzen, einen Fragebogen an die Verbände ausgegeben, in dem sie beantworten sollten, wie sie das Haus nutzen wollen. Ca. 250 Jugendliche sind zu der Veranstaltung gekommen und haben durchgesetzt, daß über die Selbstverwaltung des Jugendzentrums geredet wird und nicht über diesen Fragebogen. Volker Andresen

(SPD) hat gleich gesagt, Selbstverwaltung sei sowieso nicht drin,höchstens Mitbestimmung, weil die Jugendlichen kein Millionenprojekt verwalten könnten. Achterberg von der FDP meinte, Selbstverwaltung ginge nur über einen Trägerverein. Wahrscheinlich hat er sich schon selbst als Vorsitzenden gesehen. Die Jugendlichen haben diese Manöver zurückgewiesen und eine Abstimmung durchgesetzt. Mit drei Gegenstimmen wurde die Forderung nach Selbstverwaltung angenommen. Auch das Manöver von Oldenburg (Kreisvorsitzender der SPD), die Forderung nach Selbstverwaltung zum Nachdenken dem Koordinationsausschuß zu überlassen, ist nicht durchgekommen. Am Montag um 19 Uhr treffen sich die Jugendlichen im vorläufigen Jugendzentrum, um über ein Flugblatt, eine Presserklärung und weitere Kampfmaßnahmen zu beraten.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

b.Kiel. Bereits im zweiten Jahr stellt die Stadt Kiel im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms (ABM) 90 arbeitslose Erzieher, Sozialpädagogen und Jugendliche beim Jugendamt ein. 25 Erzieher warten bereits seit dem 14. September auf eine Einstellung und werden ständig 14-tägig hingehalten. Dagegen haben jetzt mehrere Erzieher sich in einem Offenen Brief an die Stadt Kiel gewandt. Fordern muß man, daß diese Kollegen sofort eingestellt werden, nicht nach dem ABM-Programm, sondern volle Planstellen erhalten.

Kongreß der Erzieherfachschüler

b.thh. Am 18.11. tagte in Kiel der Erzieherkongreß, zu dem die Landesschülervertretung der berufsbildenden Schulen eingeladen hatte, mit 120 Teilnehmern. Eine Reihe von Forderungen zur Vebesserung der Ausbildungsziele und Inhalte wurden verabschiedet. Sie richten sich gegen die staatliche Willkür und Unterdrückung während der Ausbildung. Vor zwei Jahren wurde z.B. das Fach Soziologie gestrichen, weil hier eine kritische Auseinandersetzung mit den Hintergründen der Lage der Jugendlichen geführt wurde. Demgegenüber wird die sofortige Wiedereinführung des Faches Soziologie und Verwaltungskunde gefordert, außerdem soll Sozialrecht gegeben werden. Die Arbeitsgruppe über die Praktika stellte dar, daß während der Praktika Beurteilungen und Zensuren vorgenommen werden, die der Unterdrückung dienen und forderte die Abschaffung derartiger Benotungen.

Außerdem wurde über die Spaltung zwischen den einzelnen sozialpädagogischen Berufen diskutiert. Die Kinderpflegerinnen z.B. werden mit einer Hilfskraft gleichgestellt und sind nicht berechtigt, Kindergruppen selbständig zu leiten. Möglich ist dem Staat und den Dienststellen so, den Lohn auf Hilfskrafttarif zu drücken. Demgegenüber fordert der Kongreß die Anerkennung der Kinderpflegerinnen als vollwertige sozialpädagogische Fachkraft. Schon während der Ausbildung, die an den einzelnen Schulen teilweise verschieden ist, muß eine Vereinheitlichung für ganz Schleswig-Holstein gefordert werden, die die Forderungen der Schüler beinhaltet. In dem Zusammenhang wird gefordert, daß jede ausgebildete Kinderpflegerin die mittlere Reife und jeder ausgebildete Erzieher die Fachhochschulreife für Sozialpädagogik erhält. Bislang konnte man über die sog. Aufbaustufe noch das Studium an der Fachhochschule aufnehmen, jetzt soll das ab 1980 abgeschafft werden.

Strittig waren aber die Fragen, welche BAFöG-Forderung aufgestellt werden muß und Forderungen nach tarifmäßiger Bezahlung der praktischen Arbeit. Sie werden am 16.12. auf einem erneuten Kongreß besprochen und abgestimmt werden.

An der Fachhochschule Kiel wurde unter den Schülern eine Fragebogenaktion durchgeführt zur Bezahlung der Praktika und zum BAFöG. Diese Aktion zeigte deutlich, daß die Erzieherfachschüler als billige Arbeitskräfte oftmals ohne Tarifvertrag von den Dienststellen ausgebeutet werden. Das Diakonische Werk z.B. zahlt während eines Vorpraktikums, was Ausbildungsvoraussetzung ist, für einen Achtstundentag keinen Pfennig.

Beginnt dann die zweijährige schulische Ausbildung, so unterliegen die

nung der Kinderpflegerinnen als vollwertige sozialpädagogische Fachkraft. Schon während der Ausbildung, die an den einzelnen Schulen teilweise verschieden ist, muß eine Vereinheitlichung für ganz Schleswig-Holstein gefordert werden, die die Forderungen der Schüler beinhaltet. In dem Zusammenhang wird gefordert, daß jede ausgebildete Kinderpflegerin die mittlere Reife und jeder ausgebildete Erzieher die Fachhochschulreife für Sozialpädagogik erhält. Bislang konnte man über die sog. Aufbaustufe noch das Studium an der Fachhochschule aufnehmen, jetzt soll das ab 1980 abgeschafft werden.

Strittig waren aber die Fragen, welche BAFöG-Forderung aufgestellt werden muß und Forderungen nach tarifmäßiger Bezahlung der praktischen Arbeit. Sie werden am 16.12. auf einem erneuten Kongreß besprochen und abgestimmt werden.

An der Fachhochschule Kiel wurde unter den Schülern eine Fragebogenaktion durchgeführt zur Bezahlung der Praktika und zum BAFöG. Diese Aktion zeigte deutlich, daß die Erzieherfachschüler als billige Arbeitskräfte oftmals ohne Tarifvertrag von den Dienststellen ausgebeutet werden. Das Diakonische Werk z.B. zahlt während eines Vorpraktikums, was Ausbildungsvoraussetzung ist, für einen Achtstundentag keinen Pfennig.

Beginnt dann die zweijährige schulische Ausbildung, so unterliegen die

Schüler dem BAFöG. Die Befragung ergab, daß von 71 nur 38 überhaupt BAFöG erhielten. Die ausgezahlten Beträge reichten von 59 bis 580 DM im Monat. Die Spaltung ist also ungeheuer groß. Hinzu kommt, daß die Wartezeit auf die erste Zahlung zwischen 16 und 20 Wochen betrug!

Für die Fachschüler heißt das: entweder müssen die Eltern „zuschiessen," also den Hauptteil der Ausbildung zahlen, oder die Schüler müssen neben der Schule noch arbeiten. Dem Staat ist es dabei möglich, das Geld für einen Monat einzubehalten, wenn mehr als drei Tage „unentschuldigt gefehlt" wird, was bei einem längeren Streik z.B. der Fall ist. Auf dieser Grundlage will der Staat willen- und rechtlose Erzieher heranzüchten, die bei der Unterdrückung der Jugendlichen mithelfen sollen.

Wollen die Erzieherfachschüler im Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Ausbildung und für ihre Forderungen an Inhalte, Formen und Ziele der Ausbildung vorankommen, so ist der Kampf gegen die Spaltung durch das BAFöG und den zusätzlichen Verschleiß ihrer Arbeitskraft grundlegend. Auf dem Kongreß gab es eine entgegengesetzte Strömung, die behauptet, jede BAFöG-Forderung sei „illusionär".

Das ist gefährlich, weil dadurch die Erzieherfachschüler den Plänen des bürgerlichen Staates ausgeliefert werden. Die Bundesregierung hat jetzt ein BAFöG-Angebot vorgelegt (6. BAFöG-Änderungsgesetz.) Nach Angaben des Bundesministeriums sollen gleich 23000 gar nichts mehr bekommen. Im kommenden Jahr soll keine Erhöhung vorgenommen werden, dann soll der Höchstbetrag für Fachschüler und Studenten auf 620 DM und der Elternfreibetrag auf 1220 DM angehoben werden. Zwischen 5 und 40 DM mehr heißt das in der Praxis.

Die GEW fordert demgegenüber die Anhebung des Höchstsatzes auf 700 DM und des Elternfreibetrages auf 1400 DM. Das ist grundfalsch. Denn: 1400 DM sind schon wenig, um davon überhaupt existieren zu können. Verbunden mit einer Erhöhung des BAFöG-Höchstsatzes kommt zum Schluß heraus, daß den Eltern vorgeschrieben wird, ihren Kindern noch mehr zu zahlen, aber keine Erhöhung der BAFöG-Zahlungen.

Notwendig ist eine einheitliche Erhöhung für alle BAFöG-Empfänger von 100 DM und eine Anhebung des Elternfreibetrages auf 1500 DM, auf die Höhe, die zum Leben absolut notwendig ist. So wird dem Zugriff auf den Lohn und die Arbeitskraft der Erzieherfachschüler entgegengewirkt und auch der Spaltung unter den Schülern.

Hier zeigt sich die grundlegende Bedeutung der richtigen BAFöG-Forderung. Ausgerichtet werden muß der Kampf auf die Erkämpfung eines Ausbildungs- und Tarifvertrages für Erzieherfachschüler, wie ihn die LSV der berufsbildenden Schulen letztes Schuljahr gefordert hat. Dieser allein kann die Inhalte, Ziele und Formen der Ausbildung rechtlich absichern. Alle Forderungen, die der Kongreß am 18.11. verabschiedet hat, müssen im Ausbildungsvertrag festgeschrieben werden. Außerdem muß der Tarifvertrag die Bezahlung sowohl der praktischen als auch der schulischen Ausbildung einheitlich regeln. So erhalten die Fachschüler schon in der Ausbildung soviel Geld, wie sie zum Erhalt und zur Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft brauchen. Dadurch wird der rechtlosen Lage der Erzieherfachschüler und ihrer bisher nahezu uneingeschränkten Ausbeutung Schranken gesetzt.

Ein intriganter Hofhund

b.mag. Man stelle sich einen unreifen blonden Jüngling vor, etwas speckig geworden, mit gelernter Demagogenpose – und man hat den Landtagsabgeordneten der CDU und langjährigen Vorsitzenden der Jungen Union, Werner Kalinka vor sich. Als Vorstehhund von Stoltenberg hat er eine steile Karriere hinter sich und es immerhin geschafft, bereits mit 25 Jahren einen Minister (Schwarz) um seine Abgeordnetenpension zu bringen. Obwohl auf der CDU-Landesliste hinter Schwarz, ergatterte Kalinka 1977 den Abgeordnetensessel. „Zu Berichten, Kalinka solle das Mandat zugesichert worden sein, habe Ministerpräsident Stoltenberg bislang in bermerkenswerter Weise geschwiegen", hieß es in den KN (12.5.77).

Angst hat dieser Pinkel vor dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes, insbesondere der Zusammenschluß gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf und das Energieprogramm hat ihn erschreckt. So warnte er denn auch im März 77 in einer Presseerklärung vor weiterer Lockerung des Strafrechts und schlug stattdessen vor, das Demonstrationsrecht zu verschärfen, zu überprüfen, inwieweit die Straftatbestände des Landfriedensbruchs und der Bildung krimineller Vereinigungen ausreichen und das Haftrecht zu überdenken. Gegenwärtig würden Täter wieder zu schnell auf freien Fuß gesetzt

b.mag. Man stelle sich einen unreifen blonden Jüngling vor, etwas speckig geworden, mit gelernter Demagogenpose – und man hat den Landtagsabgeordneten der CDU und langjährigen Vorsitzenden der Jungen Union, Werner Kalinka vor sich. Als Vorstehhund von Stoltenberg hat er eine steile Karriere hinter sich und es immerhin geschafft, bereits mit 25 Jahren einen Minister (Schwarz) um seine Abgeordnetenpension zu bringen. Obwohl auf der CDU-Landesliste hinter Schwarz, ergatterte Kalinka 1977 den Abgeordnetensessel. „Zu Berichten, Kalinka solle das Mandat zugesichert worden sein, habe Ministerpräsident Stoltenberg bislang in bermerkenswerter Weise geschwiegen", hieß es in den KN (12.5.77).

Angst hat dieser Pinkel vor dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes, insbesondere der Zusammenschluß gegen das Kernkraftwerk in Brokdorf und das Energieprogramm hat ihn erschreckt. So warnte er denn auch im März 77 in einer Presseerklärung vor weiterer Lockerung des Strafrechts und schlug stattdessen vor, das Demonstrationsrecht zu verschärfen, zu überprüfen, inwieweit die Straftatbestände des Landfriedensbruchs und der Bildung krimineller Vereinigungen ausreichen und das Haftrecht zu überdenken. Gegenwärtig würden Täter wieder zu schnell auf freien Fuß gesetzt

werden.

Als Vorsitzender der *Jungen* Union hat er auch schon seine Vorschläge zur Niederhaltung und Spaltung präsentiert. Die Methode ist die Spaltung zwischen jung und alt und sodann Lohnraub für die Arbeiterklasse und Zwangsarbeit für die Jugend. „Es ist gegenüber der jungen Generation unverantwortlich, ihr die materielle und damit die geistige Grundlage für die Zukunft zu nehmen." Deshalb müßten die Ansprüche an den Staat allgemein zurückgeschraubt werden, ein „Umdenken zu größerer Sparsamkeit" sei notwendig. Das „Personal" im Öffentlichen Dienst dürfte nur in den „Kernbereichen" verstärkt werden, womit er wohl Polizei, Bundesgrenzschutz etc. meint. Hatte er 1974 angesichts der „Finanzkrise" vorgeschlagen, man solle die vorübergehende Wiedereinführung der 42-Stundenwoche in Kauf nehmen, so tritt er heute ein für den Arbeitsdienst. „Kalinka stellt... den Vorschlag der Jungen Union zur Diskussion, ... über die Einführung des Sozialdienstjahres für Mädchen nachzudenken." (KN, 11.11.78)

Das ist also die geistige und materielle Grundlage für die Zukunft der Jugend, wie sie dieses Bourgeoisfrüchtchen bereithält. Doch damit nicht genug. Die Arbeitskraft muß billig sein, und möglichst früh für die Ausbeutung durch die Kapitalisten zur Verfügung stehen, damit die „soziale Marktwirtschaft" floriert. „Die Gleichrangigkeit von allgemeiner und beruflicher Bil-

raub für die Arbeiterklasse und Zwangsarbeit für die Jugend. „Es ist gegenüber der jungen Generation unverantwortlich, ihr die materielle und damit die geistige Grundlage für die Zukunft zu nehmen." Deshalb müßten die Ansprüche an den Staat allgemein zurückgeschraubt werden, ein „Umdenken zu größerer Sparsamkeit" sei notwendig. Das „Personal" im Öffentlichen Dienst dürfte nur in den „Kernbereichen" verstärkt werden, womit er wohl Polizei, Bundesgrenzschutz etc. meint. Hatte er 1974 angesichts der „Finanzkrise" vorgeschlagen, man solle die vorübergehende Wiedereinführung der 42-Stundenwoche in Kauf nehmen, so tritt er heute ein für den Arbeitsdienst. „Kalinka stellt... den Vorschlag der Jungen Union zur Diskussion, ... über die Einführung des Sozialdienstjahres für Mädchen nachzudenken." (KN, 11.11.78)

Das ist also die geistige und materielle Grundlage für die Zukunft der Jugend, wie sie dieses Bourgeoisfrüchtchen bereithält. Doch damit nicht genug. Die Arbeitskraft muß billig sein, und möglichst früh für die Ausbeutung durch die Kapitalisten zur Verfügung stehen, damit die „soziale Marktwirtschaft" floriert. „Die Gleichrangigkeit von allgemeiner und beruflicher Bil-

dung muß überall verwirklicht werden", deshalb tritt Kalinka ein für den Ausbau des Jugendaufbauwerks, den Ausbau des Berufsgrundbildungsjahres und die Verstärkung des berufsbefähigenden Jahres, wo Jugendliche dann für ein Taschengeld acht Stunden lang ausgebeutet werden können. Am liebsten natürlich „hüben und drüben", von der westdeutschen Kapitalistenklasse. Zu den politischen Forderungen dieses Knaben gehört von daher auch das „aktive Eintreten für die Wiedervereinigung", ein „Freies Europa", frei von „Kommunisten und Sozialisten", wozu erforderlich ist eine Verstärkung der „Verteidigungsbereitschaft". Die gesamte Jugend soll in den Wehrdienst gepreßt werden. In der Stellungnahme des JU-Landesvorstandes zur Novellierung der Wehrdienstnovelle heißt es deshalb, „Verweigerer sollen nach Vorstellungen der Jungen Union in einem Zivilschutzverband in einer dem Wehrdienst vergleichbaren Form (Kasernierung, Uniformierung, Disziplin) tätig werden.

Zusammengefaßt ergibt sich so eine Mischung von altem Manchesterliberalismus mit wütendsten Angriffen gegen jegliche Koalition der Arbeiterklasse, gepaart mit aggressivem Chauvinismus.

Etwas angekratzt worden ist seine Fassade bei der Debatte um das Schulgesetz, wo er sich durch die Zustimmung im Landtag Angriffe aus den eigenen Reihen einhandelte; bei der Debatte um das Schulgesetz in Neumünster hat er unter den Jugendlichen kein Bein an Deck bekommen. Seiner Karriere wird das aber unter seinesgleichen

lang ausgebeutet werden können. Am liebsten natürlich „hüben und drüben", von der westdeutschen Kapitalistenklasse. Zu den politischen Forderungen dieses Knaben gehört von daher auch das „aktive Eintreten für die Wiedervereinigung", ein „Freies Europa", frei von „Kommunisten und Sozialisten", wozu erforderlich ist eine Verstärkung der „Verteidigungsbereitschaft". Die gesamte Jugend soll in den Wehrdienst gepreßt werden. In der Stellungnahme des JU-Landesvorstandes zur Novellierung der Wehrdienstnovelle heißt es deshalb, „Verweigerer sollen nach Vorstellungen der Jungen Union in einem Zivilschutzverband in einer dem Wehrdienst vergleichbaren Form (Kasernierung, Uniformierung, Disziplin) tätig werden.

Zusammengefaßt ergibt sich so eine Mischung von altem Manchesterliberalismus mit wütendsten Angriffen gegen jegliche Koalition der Arbeiterklasse, gepaart mit aggressivem Chauvinismus.

Etwas angekratzt worden ist seine Fassade bei der Debatte um das Schulgesetz, wo er sich durch die Zustimmung im Landtag Angriffe aus den eigenen Reihen einhandelte; bei der Debatte um das Schulgesetz in Neumünster hat er unter den Jugendlichen kein Bein an Deck bekommen. Seiner Karriere wird das aber unter seinesgleichen

wohl keinen Abbruch tun, hat er doch die persönliche Patronage von Stoltenberg in der Tasche.

Ob er sich aber noch lange unversehrt unter die Volksmassen wagen kann, das steht auf einem anderen Blatt.

„Soziales Mietrecht" – Mittel zur Ausplünderung der Volksmassen und Mästung der Haus- und Grundbesitzer

b.hoo. Seit dem 1.1.1975 ist das „Gesetz zur Regelung der Miethöhe" in Kraft. Es soll, so die amtliche Begründung der Bundesregierung, „einen Anreiz für die Modernisierung von Altbauwohnungen bieten". Dieser Anreiz hat gewirkt, mit der Folge, daß die Mieten für modernisierte Altbauten drastisch steigen. In §3 dieses Gesetzes heißt es: „Hat der Vermieter bauliche Änderungen durchgeführt, die den Gebrauchswert der Mietsache nachhaltig erhöhen oder die allgemeinen Wohnverhältnisse auf die Dauer verbessern, oder hat er bauliche Änderungen auf Grund von Umständen, die er nicht zu vertreten hat, durchgeführt, so kann er eine Erhöhung des Mietzinses verlangen, die sich aus einer Erhöhung der jährlichen Miete vor Durchführung der baulichen Änderungen um vierzehn von Hundert der für die Wohnung aufgewendeten Kosten ergibt". (Seit dem 1.7.78 sind es nicht mehr 14, sondern 11%, bei gleichzeitiger Erhöhung der direkten staatlichen Zuwendungen an den Vermieter.) Aufgrund dieser Bestimmung werden nach Modernisierungsmaßnahmen die Grundmieten oft um mehr als 100% erhöht. So im Fall der Rentnerin A. in Kiel-Wik, Hohenrade.Seit 1968 wohnt sie in einer 2-Zimmer-Wohnung mit Küche, Toilette einen halben Stock tiefer, zunächst für 74 DM, 127 DM hat sie zuletzt dafür gezahlt. Der Hauseigentümer ließ jahrelang nichts an dem Haus renovieren. Die Fenster waren 1925 eingebaut und seitdem weder gestrichen noch sonst überholt worden. In den Fluren blätterte der Putz ab; in den einzelnen Wohnungen nahmen die Mieter schließlich selbst Reparaturen vor. Im April 1977 erhielten die Mieter ein Schreiben des Vermieters: „Weil der Kapitalmarkt z.Zt. günstig ist, soll die Modernisierung des Hauses in Angriff genommen werden". Dann folgten die Maßnahmen, die vorgenommen werden sollten, schließlich: „Von der im Gesetz zur Regelung der Miethöhe vorgesehenen Möglichkeit, die Miete um 14% des Modernisierungsaufwandes zu erhöhen, beabsichtige ich Gebrauch zu machen und zwar mindestens so lange, bis die mir erwachsenen Kosten getilgt sind... Es ergibt sich, daß die Mietkosten nicht unerheblich steigen werden. Deshalb möchte ich auf die Möglichkeit der Beantragung von Wohngeld und zum anderen auf das dem Mieter wegen der Modernisierung zustehende Recht der Kündigung mit verkürzter Frist hinweisen". Gegen Einbau neuer Fenster, von Toilette und Dusche hatte Frau A. zwar nichts einzuwenden, wegen der Mieterhöhung von 155 DM wollte sie aber ihre Zustimmung nicht geben. Der Preis für eine andere Wohnung hätte aber in der gleichen Höhe gelegen, so daß sie schließlich der Modernisierung zustimmte. Wie diese Modernisierung durchgeführt werden sollte, darüber wurde sie nicht informiert. Über 4 Monate wurden dann im Haus Bauarbeiten durchgeführt. Ergebnis: Frau A. hat jetzt Toilette, Dusche und ein kleines Waschbecken in der Küche. Dafür wurde die Speisekammer, auf die sie dringend angewiesen ist, weggenommen. In der Speisekammer hatte sie ihr Eingemachtes aus dem kleinen Garten untergestellt. Die Küche ist jetzt so klein, daß sie weder einen Tisch noch einen Stuhl darin unterbringen kann. Durch die Umbauarbeiten hat sie keine Vorteile, sondern muß jetzt z.B. Lebensmittel im Schlafzimmer unterbringen, weil in der Küche kein Platz ist. Dafür zahlt sie jetzt 155,06 DM im Monat mehr.

Für den Hausbesitzer hat sich die Sache gelohnt. Für den Einbau neuer Fenster sowie Zentralheizung, Dusche und WC hat er einen Gesamtkostenaufwand von 95342 DM. Da der Hausbesitzer auch sämtliche Finanzierungskosten, d.h. die Bankdarlehen, voll auf die Mieter abwälzen kann, gibt er für die Modernisierung im Ergebnis keinen Pfennig aus – 7 Jahre lang läßt er sich den Gesamtkostenaufwand durch die Mieterhöhung erstatten. Nach Ablauf von 7 Jahren wandert die erhöhte Miete voll in seine Tasche. Im Beispielsfall sind dies 155 DM im Monat für jede Wohnung, bei 7 Wohnungen im Hause insgesamt 1085 DM im Monat, im Jahr sind dies 13020 DM. Darüberhinaus hat der Grundeigentümer, da er die Fenster noch rechtzeitig vor dem völligen Verfall modernisiert hat, vollkommen die Instandsetzung erspart, zu der er sonst verpflichtet gewesen wäre.

Panzerzug 14 – 69 von Wssewolod Iwanow

Aufführung des Theaterstücks durch das Soldaten- und Reservistenkomitee



Probe für das Theaterstück „Panzerzug 14 – 69" von Wssewolod Iwanow. Die Proben finden mittwochs um 20 Uhr und samstags von 15 bis 20 Uhr in der Gaststätte Schellhorn bei Preetz, Plöner Landstraße (B 76) statt. Das Theaterstück zeigt den erfolgreichen Kampf der russischen Arbeiter und Bauern unter Führung der Bolschewiki gegen japanische Invasoren und die Weissgardisten. Sylvesterabend um 20.00 Uhr wird das Invasoren und die Weissgardisten. Sylvesterabend um 20.00 Uhr wird das Invasoren und die Weissgardisten. Sylvesterabend um 20.00 Uhr wird das Stück vom Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees in Kiel in der Gaststätte Waidmannsruh aufgeführt. Anschliessend führen KBW und SRK einen Fackelzug durch zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes der unterdrückten Völker. Damit werden die Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees abgeschlossen, die am 2. Weihnachtstag in Westberlin beginnen. „Unterstützung des gerechten Krieges der unterdrückten Völker bis zum Sieg" ist ihre Losung.

Am Meer, Hafenanlagen, Kräne weiter hinten die Mole; Lichter von Schiffen, Schienen verlaufen fast unmittelbar längs des Meeres. Es ist Abend. Eine Laterne glimmt auf. Vereinzelte Liebespaare gehen spazieren. Ihnen gilt, wie es scheint, das Flötenspiel Mischas, eines armen, kranken Studenten. Er sitzt auf einem Prellstein, daneben liegen ein Anker und starke Eisenketten. Aus entgegengesetzter Richtung kommt der erste und der zweite Fischer, sie sehen sich um und mustern Mischa.

2. FISCHER: Hier laufen wohl Streifenwachen?

Sie gehen ab.

(...)

Werschinin tritt auf, mit seiner Frau Nastassjuschka. Trotz der Wärme ist Werschinin fast so dick angezogen wie im Winter. Er hat sogar eine Mütze auf. Er ist etwa 45 Jahre alt, ein gesetzter Bauer, mit unerschütterlicher innerer Würde. Er hat Fischereigerät in der Hand. Seine Frau Nastassjuschka – er behandelt sie zärtlich und liebevoll – ist etwa 10 Jahre jünger; sie trägt kleidsame bäuerliche Tracht und eine Men-

Soldaten- und Reservistenkomitees abgeschlossen, die am 2. Weihnachtstag in Westberlin beginnen. „Unterstützung des gerechten Krieges der unterdrückten Völker bis zum Sieg" ist ihre Losung.

Am Meer, Hafenanlagen, Kräne weiter hinten die Mole; Lichter von Schiffen, Schienen verlaufen fast unmittelbar längs des Meeres. Es ist Abend. Eine Laterne glimmt auf. Vereinzelte Liebespaare gehen spazieren. Ihnen gilt, wie es scheint, das Flötenspiel Mischas, eines armen, kranken Studenten. Er sitzt auf einem Prellstein, daneben liegen ein Anker und starke Eisenketten. Aus entgegengesetzter Richtung kommt der erste und der zweite Fischer, sie sehen sich um und mustern Mischa.

2. FISCHER: Hier laufen wohl Streifenwachen?

Sie gehen ab.

(...)

Werschinin tritt auf, mit seiner Frau Nastassjuschka. Trotz der Wärme ist Werschinin fast so dick angezogen wie im Winter. Er hat sogar eine Mütze auf. Er ist etwa 45 Jahre alt, ein gesetzter Bauer, mit unerschütterlicher innerer Würde. Er hat Fischereigerät in der Hand. Seine Frau Nastassjuschka – er behandelt sie zärtlich und liebevoll – ist etwa 10 Jahre jünger; sie trägt kleidsame bäuerliche Tracht und eine Men-

ge Spielzeug in den Händen. Lächelnd hält sie eine buntbemalte Blechklapper immer wieder an ihr Ohr.

(...)

Snobow kommt die Treppe herunter.

SNOBOW: Ich dachte, Sie kommen nicht, Nikita Jegorytsch.

WERSCHININ: Warum sollte ich nicht kommen, wir sind doch alte Bekannte? Setzen wir uns und reden miteinander. Es ist ungemütlich in der Stadt für unsereins. Wenn der Fisch sich nur schneller verkaufte, daß ich zurück könnte. Ich muß in den Kreis. Das Volk ist unruhig. Es fängt aus Langerweile an, heimlich Schnaps zu brennen.

SNOBOW: Es handelt sich um etwas Unangenehmes, Nikita Jegorytsch.

WERSCHININ: Weißt du, Snobow, bleib mir mit dem Unangenehmen vom Leib. Komm mir besser einmal mit etwas Angenehmen. Unangenehme Dinge gibt es genug bei mir im Kreis. Wir Bauern leben langsam. Wir sind unwissend, wir können weder lesen noch schreiben. Aber mein Leben ist reich... Ich habe eine Frau und ich habe zwei Kinder, Mitja und Ssaschka.

NASTASSJUSCHKA: Es sind liebe Kinder, so anstellig.

WERSCHININ: Gute Kinder, fröhliche. Ich muß dafür sorgen, daß sie fröhlich bleiben können. Aber wie soll ich das machen? Wir leben in der Taiga, in den Bergen, am Fluß. Und die Welt um uns herum brodelt. Wie soll sich da einer zurechtfinden, der nicht schreiben kann und der nicht lesen kann?

SNOBOW: Wir wissen, was Sie können, Nikita Jegorytsch. Ich war mit Ihnen auf der Jagd, und ich weiß, wer Sie sind. Sie halten sich für unwissend. Aber im Leben kennen Sie sich besser aus als einer, der lesen und schreiben kann. Der Kreis Wukulowsk, der Kreis Oserminsk, der ganze Kreis Rayon Nowo-Ssergijewsk achtet Sie wegen Ihrer Klugheit.

WERSCHININ: Nein, nein, zerr mich nicht in den Krieg hinein, Snobow. Ich bin Jäger, Fischer und Bauer.

SNOBOW: Um Sie wird der Krieg einen Bogen machen, Nikita Jegorytsch. Das ist Ihr persönliches Glück. Nur, ich habe gehört, daß die Japaner in den Kreis Wukulowsk gekommen sind. Stimmt es, daß Eure Bauern sich empört haben?

WERSCHININ: Niemand hat sich empört! Zwei Milizsoldaten wurden bei einer Sauferei erstochen. Von Japanern weiß ich nichts. Was sollten sie bei uns? Hör jetzt auf damit! Snobow, wenn du fertig bist mit deinem Krieg, dann komm wieder zu mir jagen... Ich weiß da von sechs Bären...

SNOBOW: Ich komme gern. *Pause.*

kann?
SNOBOW: Wir wissen, was Sie können, Nikita Jegorytsch. Ich war mit Ihnen auf der Jagd, und ich weiß, wer Sie sind. Sie halten sich für unwissend. Aber im Leben kennen Sie sich besser aus als einer, der lesen und schreiben kann. Der Kreis Wukulowsk, der Kreis Oserminsk, der ganze Kreis Rayon Nowo-Ssergijewsk achtet Sie wegen Ihrer Klugheit.
WERSCHININ: Nein, nein, zerr mich nicht in den Krieg hinein, Snobow. Ich bin Jäger, Fischer und Bauer.
SNOBOW: Um Sie wird der Krieg einen Bogen machen, Nikita Jegorytsch. Das ist Ihr persönliches Glück. Nur, ich habe gehört, daß die Japaner in den Kreis Wukulowsk gekommen sind. Stimmt es, daß Eure Bauern sich empört haben?
WERSCHININ: Niemand hat sich empört! Zwei Milizsoldaten wurden bei einer Sauferei erstochen. Von Japanern weiß ich nichts. Was sollten sie bei uns? Hör jetzt auf damit! Snobow, wenn du fertig bist mit deinem Krieg, dann komm wieder zu mir jagen... Ich weiß da von sechs Bären...
SNOBOW: Ich komme gern. Pause.

Wollen Sie nicht doch?

WERSCHININ: Ich kann nicht. Um Christi willen versteh, daß ich nicht kann. Snobow, du bist ein guter Mensch, aber ich darf nicht auf dich hören.

(...)

Der erste und der zweite Fischer treten auf.

Da, Leute aus unserem Dorf. Was macht ihr in der Stadt?

2. FISCHER: *verlegen* Der Flüchtling da hat gespielt, Nikita Jegorytsch.

1. FISCHER: Und so traurig, Nikita Jegorytsch. Dem kommt das Leben sicher schwer an. Was machst du denn in der Stadt, Nikita Jegorytsch?

2. FISCHER: Ich hab dir doch gesagt, Nikita Jegorytsch ist nicht im Dorf, sonst wär er bei dem Unglück gleich dagewesen.

NASTASSJUSCHKA: Ein Unglück?

WERSCHININ: Was heißt dagewesen? Was für ein Unglück? Ich bin doch erst vor vier Tagen in die Stadt gefahren! Redet doch!

1. FISCHER: Ich hab dir gesagt, er ist am Meer.

2. FISCHER: Ja, am Meer. Du bringst mich noch um meinen Verstand, Nikita Jegorytsch, es ist ein Unglück geschehen, es ist ein großes Unglück geschehen. Deshalb hat uns der Kreis geschickt. Holt Nikita Jegorytsch, sagten sie, wir müssen in den Krieg.

WERSCHININ: Der Kreis? Der Kreis läßt mich nicht umsonst holen.

1. FISCHER: Gegen abend haben die Japaner das Dorf umzingelt. Sie haben Maschinengewehre aufgestellt. Sie haben aus den Maschinengewehren auf uns geschossen, als wir vom Acker heim kamen. Sie haben auf die Alten geschossen und auf die Jungen.

NASTASSJUSCHKA: Und auf die Jungen.

1. FISCHER: Und auf die Jungen.

WERSCHININ: Die Jungen? Oooh. Habt ihr für Mitja und Ssaschenka eine Messe gelesen? Sag, sag, für wen?

1. FISCHER: Dein Vater hat in den Bergen eine Messe lesen lassen für Mitja und Ssaschenka.

NASTASSJUSCHKA: Mütterlein... eine Messe für Mitjenka... Mütterlein...

WERSCHININ: Für Mitja und Ssaschenka, für beide?

1. FISCHER: Für beide. *Pause.* Unsere Korngarben haben gebrannt, Nikita Jegorytsch. Es klang, wie wenn jemand weint. Zwei Tage und zwei Nächts war der Feuerschein von den Bergen aus zu sehen. Alle waren auf den Bergen und sahen hinunter. Und die Garben brannten und brannten. Der Wind drehte, da zog der Rauch zu uns herauf. Der Rauch, Nikita Jegorytsch, er roch nach Brot.

nach Brot.

2. FISCHER: Hör auf! Ich halt das nicht aus!

WERSCHININ: Bringt Nastassja weg!

NASTASSJUSCHKA: Meine Kinderchen, meine Lieben. Sie waren so anstellig. *Die Fischer führen sie weg.*

WERSCHININ: Wo habt ihr das Boot? Ich weiß, ich weiß, wo ihr es habt. Ich komme gleich. Sagt allen im Kreis meinen Dank. Geht jetzt. *Pause.* Und du, Nikita Jegorytsch, du bist in die Stadt gekommen, Fisch zu verkaufen. Du wolltest einkaufen; die Kinder sollten eine Flöte haben – *blickt auf Mischa, der seiner Flöte heulende Töne entlockt* – Er hat sicher auch einen Kummer, und er möchte sich sicher auch zurechtfinden... *Snobow und Peklewanow treten auf.*

PEKLEWANOW: Das ist Werschinin?

SNOBOW: Ja. Ich mache Sie darauf aufmerksam, Genosse Peklewanow, daß er in dem riesigen Nowo-Ssergijewsker Bezirk und in den Rayons der Kreise Wululowsk und Oserminsk großen Einfluß hat.

PEKLEWANOW: *unterbricht ihn:* Dieser kleine Student da, ist das ein Spitzel?

SNOBOW: Ein Sympathisierender... ich werde ihn beschäftigen, Ilja Gerassimowitsch...

Snobow geht zu Mischa. Peklewanow nähert sich Werschinin.

PEKLEWANOW: Ich habe viel Gutes von Ihnen gehört, Nikita Jegorytsch. Ich weiß, daß Sie Ihr Land lieben, daß Sie sich Gedanken machen, was aus ihm wird, und wollen, daß es glücklich wird. Sie suchen dieses Glück natürlich auf Ihre Art und Weise. Wir haben

chen, meine Lieben. Sie waren so anstellig. Die Fischer führen sie weg.
WERSCHININ: Wo habt ihr das Boot? Ich weiß, ich weiß, wo ihr es habt. Ich komme gleich. Sagt allen im Kreis meinen Dank. Geht jetzt. Pause. Und du, Nikita Jegorytsch, du bist in die Stadt gekommen, Fisch zu verkaufen. Du wolltest einkaufen; die Kinder sollten eine Flöte haben – blickt auf Mischa, der seiner Flöte heulende Töne entlockt – Er hat sicher auch einen Kummer, und er möchte sich sicher auch zurechtfinden... Snobow und Peklewanow treten auf.
PEKLEWANOW: Das ist Werschinin?
SNOBOW: Ja. Ich mache Sie darauf aufmerksam, Genosse Peklewanow, daß er in dem riesigen Nowo-Ssergijewsker Bezirk und in den Rayons der Kreise Wululowsk und Oserminsk großen Einfluß hat.
PEKLEWANOW: unterbricht ihn: Dieser kleine Student da, ist das ein Spitzel?
SNOBOW: Ein Sympathisierender... ich werde ihn beschäftigen, Ilja Gerassimowitsch...
Snobow geht zu Mischa. Peklewanow nähert sich Werschinin.
PEKLEWANOW: Ich habe viel Gutes von Ihnen gehört, Nikita Jegorytsch. Ich weiß, daß Sie Ihr Land lieben, daß Sie sich Gedanken machen, was aus ihm wird, und wollen, daß es glücklich wird. Sie suchen dieses Glück natürlich auf Ihre Art und Weise. Wir haben

beide nicht viel Zeit, und ich werde offen und ehrlich mit Ihnen sprechen, Nikita Jegorytsch.

WERSCHININ: Worüber?

PEKLEWANOW: Ich bin der Vorsitzende des Revolutions-Komitees... Ich heiße Peklewanow.

SNOBOW: Leise! es könnten Patrouillen...

PEKLEWANOW: Halten Sie sie auf. *zu Werschinin:* Das Revolutionskomitee hat den letzten Aufstand in der Stadt geleitet. Er war, wie Sie vielleicht wissen, gegen die Weissen gerichtet, gegen die Japaner und die Amerikaner, die unser Land ins Unglück stürzen wollen. Der Aufstand wurde niedergeschlagen, viele Genossen sind gefallen, einige halten sich verborgen.

SNOBOW: Ilja Gerassimytsch will auch die Stadt verlassen, Nikita Jegorytsch... als Pilger...

PEKLEWANOW: Nein, ich bleibe. Das ist der letzte Beschluß des Revolutionskomitees. Wir müssen eine schwere Lehre durchmachen, Nikita Jegorytsch, damit wir die Gutsbesitzer, die Bourgeoisie und die Interventen schlagen können... Wir müssen sehr viel wissen, und wir müssen uns sehr viel merken. Ihnen zum Beispiel, Nikita Jegorytsch, untersteht ein ganzer Kreis oder sogar ein Bezirk, aber Sie können nicht einmal das Einmaleins.

WERSCHININ *schmerzlich:* Ich kann es nicht, Bruder, du hast recht.

PEKLEWANOW: Und das Einmaleins muß man als Kind lernen, die Kinder müssen das Einmaleins können.

WERSCHININ *mit noch größerem Schmerz:* Kinder? Auch meine Kinder hätten das Einmalaeins...ooh!...

PEKLEWANOW: Ich nehme das nur als Beispiel. Der Sozialismus, um den wir für uns und unsere Kinder kämpfen, bringt noch ganz andere Dinge zuwege... Doch was ist mit Ihren Kindern, Nikita Jegorytsch? Was haben Sie? Ich habe den Faden verloren... die Streichhölzer... *Snobow kommt und zündet ein Streichholz an.*

WERSCHININ: Du hast recht, Bruder.

PEKLEWANOW: Nikita Jegorytsch! Wir brauchen jetzt Hilfe, eure Hilfe, wir brauchen euch Bauern. Aber, wenn Sie sich draußen halten wollen, dann müssen unsere Genossen als Pilger verkleidet zur Jagdhütte kommen.

WERSCHININ: Wieviel bieten die Japaner für Deinen Kopf? 30000 Rubel? Und du hast keine Angst vor mir, du zeigst offen dein Gesicht, und du sagst zu mir: hier bin ich, gib mir einen Rat... Pilger ... Das ist jetzt vorbei. Ich habe einmal Kinder gehabt und ein Haus... Gestern haben die Japaner mit meinem Haus und meinen Korngarben den Himmel beleuchtet. Der Rauch hat nach Brot gerochen, nicht nur nach Brot, nach Rußland! Sie haben meine Kinder mit dem Brot, mit den Hütten, mit dem Dorf verbrannt. Sie wollen ganz Rußland niederbrennen. Eine Messe haben sie gelesen in den Bergen für meine Söhne. Nun bin ich auch ein Pilger. Du, Snobow, hast gesagt: Nikita Jegorytsch, du bist klug. Klug? Ich wollte mich aus dem Krieg heraushalten, ich wollte mich vor Rußland retten. Aber der Krieg ist zu mir gekommen, in mein Dorf, er hat meine Kinder... *Pause*

PEKLEWANOW: Es ist schwer für Sie, Nikita Jegorytsch, und ich verstehe Sie, ich verstehe Sie gut. *Pause.* Nikita Jegorytsch! Die Bauern in Ihrem Bezirk habe ich in einzelnen Gruppen zusammengeschlossen. Machen Sie aus diesen Gruppen eine Armee. Sie haben das Vertrauen der Bauern; schneiden Sie die Eisenbahnlinie westlich von Nowo-Ssergijewsk ab. Dann bleiben die Japaner und die Amerikaner in der Taiga stecken; wir hier in der Stadt greifen noch mal an, und ich schwöre bei meinem Leben; wir erobern den Hafen und die Stadt. Die soziale Revolution muß siegen, und sie wird siegen, Nikita Jegorytsch.

SNOBOW: Eine Streifenwache. Ich halte sie auf, Ilja Gerassimytsch.

PEKLEWANOW: Bleiben Sie, wir haben alles besprochen.

WERSCHININ: Wir haben alles besprochen, Mann, es ist Zeit, gegen die Japaner zu gehen. Ich danke dir, Ilja Gerassimytsch. Ohne dich wäre alles... so finster...

PEKLEWANOW: *verlegen:* Aber...

nen. Eine Messe haben sie gelesen in den Bergen für meine Söhne. Nun bin ich auch ein Pilger. Du, Snobow, hast gesagt: Nikita Jegorytsch, du bist klug. Klug? Ich wollte mich aus dem Krieg heraushalten, ich wollte mich vor Rußland retten. Aber der Krieg ist zu mir gekommen, in mein Dorf, er hat meine Kinder... Pause
PEKLEWANOW: Es ist schwer für Sie, Nikita Jegorytsch, und ich verstehe Sie, ich verstehe Sie gut. Pause. Nikita Jegorytsch! Die Bauern in Ihrem Bezirk habe ich in einzelnen Gruppen zusammengeschlossen. Machen Sie aus diesen Gruppen eine Armee. Sie haben das Vertrauen der Bauern; schneiden Sie die Eisenbahnlinie westlich von Nowo-Ssergijewsk ab. Dann bleiben die Japaner und die Amerikaner in der Taiga stecken; wir hier in der Stadt greifen noch mal an, und ich schwöre bei meinem Leben; wir erobern den Hafen und die Stadt. Die soziale Revolution muß siegen, und sie wird siegen, Nikita Jegorytsch.
SNOBOW: Eine Streifenwache. Ich halte sie auf, Ilja Gerassimytsch.
PEKLEWANOW: Bleiben Sie, wir haben alles besprochen.
WERSCHININ: Wir haben alles besprochen, Mann, es ist Zeit, gegen die Japaner zu gehen. Ich danke dir, Ilja Gerassimytsch. Ohne dich wäre alles... so finster...
PEKLEWANOW: verlegen: Aber...

Da, in der Eile habe ich anstatt der Zigarettendose den Revolver eingesteckt. Nehmen Sie ihn nur, ich habe noch einen. Behalten Sie ihn als Unterpfand oder als Vollmacht. Zweifeln Sie nicht an der Revolution und an den Bolschwiken. Es gibt nichts Schlimmeres für uns als den Zweifel. Ich wünsche Ihnen viel Glück.

SNOBOW: Ilja Gerassimytsch, die Streifenwache.

Snobow und Peklewanow ab. Neselassow kommt vorbei, einen kleinen Hund auf dem Arm. Er bemerkt Werschinin nicht, der auf den Revolver starrt. Ein Bursche trägt Neselassow die Sachen nach, Werschinin hebt den Revolver. Mischa greift verwirrt nach der Flöte und beginnt, laut zu spielen.

WERSCHININ: Jetzt weiß ich nicht, knall ich ihn nieder...

MISCHA: Sie fangen dich gleich.

WERSCHININ: Sieh, da findet sich ein Ratgeber. Kannst Du das Einmaleins. Flötenspieler?

MISCHA: Ich war auf der Technischen Hochschule.

WERSCHININ: Wie heißt du?

MISCHA: Mischa.

WERSCHININ: Mischa, hör zu. Du weißt noch nicht, wohin du gehörst. Komm mit mir!

MISCHA: Ja, ich bin so allein.

WERSCHININ: Gehen wir! *Sie gehen ab.*

EINE STREIFE *kommt angelaufen:* Halt! Wer da? Wer kommt?

WERSCHININ *aus der Ferne:* Der Bauer kommt, nimm Dich in acht! *Die Streife schießt.*

Die Front gegen die Entlassung von M. Smit wird aufgebaut

b.mes. Am 13.11.78 fand vor dem Arbeitsgericht in Neumünster die Anhörung zur einstweiligen Verfügung gegen die Zwangsbeurlaubung von M. Smit durch die Firma Lüttmer statt. Nach den Erläuterungen des Rechtsanwalts von M. Smit konnte die Anwältin der Firma Lüttmer nur noch mit einigen dummen Sprüchen kommen. So sollen die Kollegen Angst haben und z.B. befürchten, daß ihnen die Reifen aufgeschlitzt werden. Das Gericht verkündete, daß der Kollege Smit bis zum fristgerechten Entlassungstermin weiter arbeitet. – Als er am 15.11. wieder zur Arbeit kam, versuchte die Geschäftsleitung mit allen Mitteln, M. Smit von den Kollegen zu isolieren. Mit dem Manöver, daß die Stricker nicht mehr mit dem Kollegen, zusammenarbeiten wollten, hat sie ihn dann empfangen. Doch keiner der Stricker hat das bestätigt. Die Kollegen von der Nachtschicht haben M. Smit freudig begrüßt. – Nicht die Spaltung der Belegschaft, sondern einen Zusammenschluß hat sich die Geschäftsführung eingehandelt. Von der KVZ Nr. 47 sind bei Lüttmer 6 Exemplare verkauft worden. Mehrere Frauen aus der Näherei haben dem Kollegen ihre Solidarität im Kampf gegen die Entlassung ausgesprochen. Jetzt muß erreicht werden, daß die Kündigung zurückgenommen wird. Die nächste Gerichtsverhandlung findet am 6.2.78 statt.

Akkordarbeit für FSG-Lehrlinge

b.how. Auf der Lehrlingsveranstaltung der Flensburger-Schiffbaugesellschaft am 17.11. wurde unter anderem die Akkordarbeit für Lehrlinge angegriffen. Ab dem zweiten Lehrjahr und wenn sie schon 18 Jahre alt sind, arbeiten *alle* Lehrlinge in sämtlichen Ausbildungsstugen Akkord. Gearbeitet wird jeweils in Kolonnen mit einem Arbeiter, der Rest Lehrlinge. Dazu kommen bis auf eine Berufsgruppe, die 50% vom Zuschlag der Arbeiter zusätzlich erhält, alle keinen Akkordzuschlag. Als Forderung wurde das Verbot der Akkordarbeit für Lehrlinge beschlossen. Die Jugendvertretung wollte sich außerdem für eine Pauschale von 80 bis 100 DM für Akkordarbeit einsetzen.

Expansion im Versicherungsgeschäft

b.wiv. Als „Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" hat die Landesbrandkasse/Provinzial die Schaffung von 100 Ausbildungsplätzen für Versicherungsinspektoren angekündigt. Tatsächlich geht es um verschärfte Expansion im Versicherungsgeschäft Schleswig-Holsteins. – In fast jedem Dorf Schleswig-Holsteins mit mehr als 3000 Einwohnern sitzt ein sog. Bezirkskommissar, der selbstständig arbeitet und einen bestimmten Anteil an den eingehenden Beiträgen erhält. Viele von ihnen sind der Landesbrandkasse „zu fett" geworden, weil ihnen der Bestand an Versicherungsanträgen ausreicht. Den Bezirkskommissaren

der Flensburger-Schiffbaugesellschaft am 17.11. wurde unter anderem die Akkordarbeit für Lehrlinge angegriffen. Ab dem zweiten Lehrjahr und wenn sie schon 18 Jahre alt sind, arbeiten alle Lehrlinge in sämtlichen Ausbildungsstugen Akkord. Gearbeitet wird jeweils in Kolonnen mit einem Arbeiter, der Rest Lehrlinge. Dazu kommen bis auf eine Berufsgruppe, die 50% vom Zuschlag der Arbeiter zusätzlich erhält, alle keinen Akkordzuschlag. Als Forderung wurde das Verbot der Akkordarbeit für Lehrlinge beschlossen. Die Jugendvertretung wollte sich außerdem für eine Pauschale von 80 bis 100 DM für Akkordarbeit einsetzen.

Expansion im Versicherungsgeschäft

b.wiv. Als „Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" hat die Landesbrandkasse/Provinzial die Schaffung von 100 Ausbildungsplätzen für Versicherungsinspektoren angekündigt. Tatsächlich geht es um verschärfte Expansion im Versicherungsgeschäft Schleswig-Holsteins. – In fast jedem Dorf Schleswig-Holsteins mit mehr als 3000 Einwohnern sitzt ein sog. Bezirkskommissar, der selbstständig arbeitet und einen bestimmten Anteil an den eingehenden Beiträgen erhält. Viele von ihnen sind der Landesbrandkasse „zu fett" geworden, weil ihnen der Bestand an Versicherungsanträgen ausreicht. Den Bezirkskommissaren

sollen die ausgebildeten Versicherungsinspektoren zugeordnet werden. Diese erhalten ein Festgehalt, das zum Leben nicht reicht. Um auf ca. 2000 DM im Monat zu kommen, muß ein bestimmtes Jahressoll erfüllt werden: Durch Erneuerung alter Verträge mit Erhöhungen von Versicherungssumme und Beiträgen oder durch Neuabschlüsse. – Die Landesbrandkasse hat den Bestand an Verträgen 1977 um 1,8% auf 658149 erhöhen können, die Beitragseinnahmen sind gleich um 10,27% auf 134,8 Mio.DM gestiegen. Durch die verschärfte Ausbeutung der neuen Versicherungsinspektoren und Ausplünderung der Volksmassen erwarten die Versicherungskapitalisten raschere Fortschritte bei ihren Expansionsbestrebungen.

Arzneimittelrazzien in Neumünster

b. Neumünster. Zur Zeit werden im Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster Arzneimittelrazzien von der Apotheke aus auf den einzelnen Stationen durchgeführt. Es soll angeblich überprüft werden, ob die Medikamente auch richtig gelagert sind. Auf einer Station sah es aber z.B. so aus, daß die Hälfte der Medikamente aussortiert und von der Apotheke mitgenommen wurde. – Nicht nur dadurch, daß einige Medikamente nicht mehr von der Apotheke geliefert werden, auch durch direkte Kontrolle der Medizinschränke der Stationen soll die Ehrenbergsche Kostendämpfung durchgesetzt werden.

Lateinamerikanische Länder entwickeln ihren Bergbau

Hartnäckige Anstrengungen, die Bodenschätze für die Entwicklung der nationalen Industrie zu nutzen

z.brp./lup. Vom 27. November bis zum 6. Dezember findet in Mexiko der erste Weltkongreß des kleinen Bergbaus statt. Die Konferenz wird durchgeführt von der UNO-Unterorganisation UNITAR (Institut der Vereinten Nationen für Ausbildung und Forschung) in Zusammenarbeit mit dem mexikanischen Ministerium für Staatsbesitz und Industrieförderung. 80 Teilnehmerländer beraten auf dieser Konferenz „Probleme des kleinen Bergbaus" und „Auswirkungen auf die Produktion der Entwicklungsländer".

Kleiner Bergbau bezeichnet die Art des Abbaus der Rohstoffe. Diese müssen sich dicht in der Oberfläche befinden, so daß sie im Tagebau abgebaut werden können. Solche günstigen Bedingungen, zurückzuführen auf paläozoische und kristalline Gesteinsschichten, die mit jungem Eruptionsgestein ummantelt sind, sind in Lateinamerika weitgehend vorhanden. Bedingt durch diese günstigen geologischen Umstände haben die Völker Lateinamerikas eine jahrhundertelange Tradition im Abbau und der Gewinnung von Metallen, vor allem Edelmetallen.

Seit der Entwicklung des Kapitalismus in Europa und den kolonialen Eroberungsfeldzügen der europäischen Kolonialmächte verwandelten sich diese naturbedingten glücklichen Umstände für die lateinamerikanischen Völker in ein Pech. Die Gier auf die Silberschätze, die sich die Völker Lateinamerikas mit großem Geschick und auf einem relativ entwickelten Niveau der Produktivkräfte angeeignet hatten, bildet eine wesentliche Triebfeder für die kolonialen Eroberungs-und Raubfeldzüge Spaniens. Die Beute, die sie dabei machten, bildet eine wesentliche Quelle der usprünglichen Akkumulation des Kapitals in Europa. Allein in Mexiko haben die Kolonialisten bis zur Nationalisierung der Silberminen Ende der 50iger Jahre auf diese Weise 223 Millionen kg reinen Silbers geplündert. Im Kampf um die Entwicklung und Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit unternehmen die Länder Lateinamerikas heute große Anstrengungen, um ihre natürlichen Reichtümer und ihre langen Erfahrungen in der Ausbeutung derselben in den Dienst der Entwicklung einer selbstständigen und unabhängigen nationalen Industrie zu stellen, ihre Produktivkräfte zielstrebig zu entwickeln, zu fördern, sich dabei gegenseitig zu unterstützen und von einander zu lernen, um so die schweren Folgen jahrhundertelanger kolonialer Plünderung und die weitere Ausplünderung durch die Imperialisten Schritt für Schritt zu beseitigen.

Bolivien ist besonders reich an ergiebigen Silbervorkommen, die bis zu den spanischen Kolonialeroberungen bis zu 200 kg Silber je Tonne Roherz erbracht haben. Diese reichen Silbervorkommen sind von den Kolonialisten in solchem Umfang geplündert worden, daß die Silberausbeute, die 1950 noch über 200 t im Jahr betragen hatte, bis 1966 auf gut 100 Tonnen zurückging. Silber wird heute vorwiegend als Nebenprodukt bei der Ausbeutung unedler Metalle gewonnen. Bis 1975 wurde die Silberausbeute erneut auf 150 Jahrestonnen gesteigert. Der bei weitem wichtigste Rohstoff ist heute Zinn, das – teilweise in Verbindung mit anderen seltenen Metallen wie Wismut, Wolfram und Silber, aber auch Blei – in Gängen vorkommt, die eine Mächtigkeit bis zu 100 Metern aufweisen. Bolivien ist mit einem Anteil von 13% an der Weltzinnproduktion beteiligt. Bis zu ihrer Enteignung 1952 waren in Bolivien 3 große Kapitale beherrschend: die Zinnkönige Patino, Aramyo und Hochschild. Nach ihrer Enteignung verließen sie samt ihrer kompletten Ingenieursriege das Land und hinterließen in der Zinngewinnung ein Chaos. Die Maschinerie, mit der sie die Zinnreichtümer ebenso hemmungslos geplündert hatten wie die Menschen, die sie ausbeuteten, verschlissen, waren derartig hoffnungslos veraltet, daß sie praktisch nicht mehr weiterverwendet werden konnte. Die Folge war, daß die Zinngewinnung, die 1950 31000 Tonnen betrug, zunächst rapide zurückging und noch 1970 bei knapp 20 Tonnen lag, bevor sie bis 1972 auf 31000 Tonnen gesteigert werden konnte.

Aus Mangel an flüssigem Kapital konnte sie vom bolivianischen Staat lange Zeit nicht erneuert werden. Unter diesen Bedingungen waren die Produktionskosten lange Zeit äußerst hoch. Gleichzeitig warf die Sowjetunion große Mengen Zinn zu Niedrigstpreisen auf den Weltmarkt. Das führte dazu, daß Boliviens Produktionskosten jahrelang um 20% über dem Weltmarktpreis lagen. Bolivien mußte 6 Mio. Dollar zum Stützungskauf der internationalen Zinnkammer beisteuern und gleichzeitig seine Quoten bei der internationalen Zinnkammer für die Zinnproduktion reduzieren. Das trug erheblich zur Kreditabhängigkeit und Verschuldung bei, in die die Imperialisten das Land stürzen konnten. Gleichzeitig ist Bolivien gezwungen, einen großen Teil vor allem der weniger ergiebigen Zinnerze an die Imperialisten, vor allem Großbritannien und die BRD, zu verkaufen. Durch eine große Zinnschmelze, die mit einer Kapazität von 10000 Tonnen die Verarbeitungskapazität von Zinn um 50% vergrößern wird, wird sich Bolivien in den Stand versetzen, seine gesamte Zinnausbeute selbständig weiterzuverarbeiten. Gleichzeitig unternimmt Bolivien Anstrengungen, um die Abhängigkeit vom Zinnweltmarkt zu beseitigen. In den letzen Jahren wurden gewaltige Eisenerzvorkommen entdeckt, die auf 40 Mrd. t. geschätzt werden und deren Eisengehalt bei 53 – 58% liegt.

In *Peru* haben die spanischen Kolonialisten ebenso wie in Bolivien die reicheren Silbervorkommen bereits weit-

Seit der Entwicklung des Kapitalismus in Europa und den kolonialen Eroberungsfeldzügen der europäischen Kolonialmächte verwandelten sich diese naturbedingten glücklichen Umstände für die lateinamerikanischen Völker in ein Pech. Die Gier auf die Silberschätze, die sich die Völker Lateinamerikas mit großem Geschick und auf ei-

spanischen Kolonialeroberungen bis zu 200 kg Silber je Tonne Roherz erbracht haben. Diese reichen Silbervorkommen sind von den Kolonialisten in solchem Umfang geplündert worden, daß die Silberausbeute, die 1950 noch über 200 t im Jahr betragen hatte, bis 1966 auf gut 100 Tonnen zurückging. Silber wird heute vorwiegend als Nebenpro-

konnte sie vom bolivianischen Staat lange Zeit nicht erneuert werden. Unter diesen Bedingungen waren die Produktionskosten lange Zeit äußerst hoch. Gleichzeitig warf die Sowjetunion große Mengen Zinn zu Niedrigstpreisen auf den Weltmarkt. Das führte dazu, daß Boliviens Produktionskosten jahrelang um 20% über dem Weltmarktpreis lagen. Bolivien mußte 6 Mio. Dollar zum Stützungskauf der internationalen Zinnkammer beisteuern und gleichzeitig seine Quoten bei der internationalen Zinnkammer für die Zinnproduktion reduzieren. Das trug erheblich zur Kreditabhängigkeit und Verschuldung bei, in die die Imperialisten das Land stürzen konnten. Gleichzeitig ist Bolivien gezwungen, einen großen Teil vor allem der weniger ergiebigen Zinnerze an die Imperialisten, vor allem Großbritannien und die BRD, zu verkaufen. Durch eine große Zinnschmelze, die mit einer Kapazität von 10000 Tonnen die Verarbeitungskapazität von Zinn um 50% vergrößern wird, wird sich Bolivien in den Stand versetzen, seine gesamte Zinnausbeute selbständig weiterzuverarbeiten. Gleichzeitig unternimmt Bolivien Anstrengungen, um die Abhängigkeit vom Zinnweltmarkt zu beseitigen. In den letzen Jahren wurden gewaltige Eisenerzvorkommen entdeckt, die auf 40 Mrd. t. geschätzt werden und deren Eisengehalt bei 53 – 58% liegt.

In *Peru* haben die spanischen Kolonialisten ebenso wie in Bolivien die reicheren Silbervorkommen bereits weit-

gehend geplündert, so daß Silber heute oft nur noch in weniger ergiebigen Erzen vorkommt, deren Verarbeitung nur in Verbindung mit der Gewinnung weiterer Metalle lohnt.

Trotzdem gehört Peru noch heute zu den vier größten Silberproduzenten der Welt. Entscheidendes Bergbauprodukt ist heute Kupfer, die peruanischen Kupfererzvorkommen machen 10% der heute bekannten Weltvorkommen aus. Bis zu ihrer Verstaatlichung 1974/75 haben die amerikanischen Kupferbergwerke einen hemmungslosen Raubbau an den Kupfervorkommen betrieben und gewaltige Profite aus dem Lande gezogen. Seitdem sind die Kupferpreise durch die imperialistischen Käufer in den Keller gedrückt worden, was – ebenso wie die Preissenkungen für Zucker, ein weiteres wesentliches Exportprodukt Perus – wesentlich zu der Schulden- und Zinslast beigetragen hat, mit der der IWF Peru zu erpressen sucht. Das ist vor allem auch deshalb möglich, weil die imperialistische Beherrschung neben der Ausplünderung der Naturreichtümer Peru zugleich in eine riesige Plantage verwandelt hat, die den Imperialisten Zucker, Kaffee und Baumwolle liefert, Peru selber aber gezwungen ist, zur Nahrungsmittelversorgung der Massen große Mengen an Öl, Getreide und Fleisch einzuführen. Neben der Entwicklung seiner Landwirtschaft versucht Peru durch die Ausbeutung der



Die Streikkämpfe der peruanischen Bergarbeiter gegen die Forderungen des IWF bilden den Kern des Kampfes der peruanischen Volksmassen gegen die imperialistische Ausplünderung des Landes

gewaltigen Eisenerzvorkommen und deren selbständige Weiterverarbeitung sowie durch die Ausbeutung der Erdölvorkommen, die 1977 90% des eigenen Bedarfs deckten, eine selbständige Industrie zu entwickeln, um so aus der Schlinge der imperialistischen Plünderung und Knechtung herauszukommen.



Die Streikkämpfe der peruanischen Bergarbeiter gegen die Forderungen des IWF bilden den Kern des Kampfes der peruanischen Volksmassen gegen die imperialistische Ausplünderung des Landes

gewaltigen Eisenerzvorkommen und deren selbständige Weiterverarbeitung sowie durch die Ausbeutung der Erdölvorkommen, die 1977 90% des eigenen Bedarfs deckten, eine selbständige Industrie zu entwickeln, um so aus der Schlinge der imperialistischen Plünderung und Knechtung herauszukommen.

Aus *Mexiko* hatten die Kolonialisten seit der Eroberung bis 1860 mehr Silber geplündert als in allen anderen Ländern der Welt produziert wurde. Die in den Silberminen ausgebeuteten Arbeiter haben im Kampf der spanischen Massen um Unabhängigkeit immer an der vordersten Front gestanden. Seit der Verstaatlichung der Silberminen Ende der 50er Jahre hat Mexiko Anstrengungen unternommen, die von den Imperialisten zugrundegerichtete Silberproduktion wieder zu entwickeln, neue Technologien einzusetzen und neue Vorkommen zu erschließen. Heute ist Mexiko mit einer Jahresproduktion von 1136 Tonnen der größte Silberproduzent der Welt. Auch in der Produktion von Flußspat, Quecksilber, Blei, Zink, Antimon, Wismut, Arsenik, Schwefel, Graphit, Salz und Schwerspat gehört Mexiko jeweils zu den 10 größten Erzeugerländern der Welt, wobei die Weiterverarbeitung der gewonnenen Erze immer weiter ausgedehnt wurde. Seit 1960 um 63%. Seine Eisenerzgewinnung hat Mexiko in zehn Jahren von 1966 bis 1975 mehr als verdoppelt, die Rohstahlerzeugung wurde im gleichen Zeitraum auf 7,5 Mio. t verdreifacht. 1978 soll die Jahresproduktion 13,2 Mio. t betragen. Die Selbstversorgung mit Stahl beträgt gegenwärtig 80%, die Eisen- und Stahleinfuhrkosten wurden von 1974 (1,5 Mio. Dollar) auf 0,5 Mio. Dollar 1977 gesenkt.

Um die Entwicklung der Industrie voranzutreiben, ohne die Verschuldung und Kreditabhängigkeit von den Imperialisten noch weiter zu steigern, will Mexiko die Industrialisierung in enger Verbindung mit der Entwicklung der Landwirtschaft in Mikroregionen betreiben, wobei vor allem die Kleinindustrie und der kleine Bergbau gefór-

Um die Entwicklung der Industrie voranzutreiben, ohne die Verschuldung und Kreditabhängigkeit von den Imperialisten noch weiter zu steigern, will Mexiko die Industrialisierung in enger Verbindung mit der Entwicklung der Landwirtschaft in Mikroregionen betreiben, wobei vor allem die Kleinindustrie und der kleine Bergbau gefór-

dert werden soll.

In ihrem Kampf gegen Ausplünderung und Kontrolle durch den Imperialismus unterstützen sich die lateinamerikanischen Länder gegenseitig. Im August haben sich die Mitgliedsländer des Andenpakts verpflichtet, bei Preisverhandlungen mit den Imperialisten einheitlich aufzutreten, den gegenseitigen Handel auszuweiten und die Verkehrsverbindungen auszubauen. Die Konferenz über den kleinen Bergbau werden sie gewiß nutzen, um in der Entfaltung der Produktivkräfte bei der Ausbeutung ihrer Bodenschätze voneinander zu lernen.

Die günstige Lagerung der Bodenschätze Lateinamerikas, die zu großen Teilen im Tagebau abgebaut werden können, bildet für die Imperialisten nur eine günstige Bedingung für Höchstprofite und zügellosen Raubbau an den Rohstoffen Lateinamerikas und an Leben und Gesundheit seiner Völker.